

GEWERBLICHER RECHTSSCHUTZ UND URHEBERRECHT

Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht

Internationaler Teil

In Gemeinschaft mit Prof. Dr. Kurt Bußmann und Dr. Ludwig Heydt herausgegeben im
Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht
von Prof. Dr. Dr. h. c. Eugen Ulmer und Prof. Dr. Friedrich-Karl Beier

Heft 12

Dezember 1967

Seite 425—538

Die Stockholmer Konferenz für geistiges Eigentum 1967

Inhaltsverzeichnis s. S. 426/427

VERLAG CHEMIE • GMBH • WEINHEIM/BERGSTR.

Aus dem Inhalt des Inlandsteils

Dezember 1967

KUMM, Systematische Kennzeichnung der schutzfähigen und der nicht schutzfähigen Erfindungen

FICHTNER, Umfang und Grenzen der Prüfung im patentamtlichen Widerspruchsverfahren

BEIER, Gedanken zum Verhältnis von Warenzeichen- und Ausstattungsschutz im künftigen deutschen Markenrecht

SCHRICKER, Schutz des Allgemeininteresses im Markenrecht und Koexistenz verwechselbarer Marken verschiedener Inhaber

MOSER, Vergleichende Literaturuntersuchung hinsichtlich der Schutzfähigkeit von Rechenprogrammen für Datenverarbeitungsmaschinen

Mitteilungen aus der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht — Rechtsprechung — Buchbesprechung — Aus Zeitschriften

GEWERBLICHER RECHTSSCHUTZ UND URHEBERRECHT · INTERNATIONALER TEIL

erscheint monatlich. Jahresbezugspreis DM 114,— zuzüglich Versandgebühren. Einzelheftpreis DM 11,—. Die Bezugsbedingungen für die Mitglieder der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht werden auf Anfrage von der Geschäftsstelle, 5 Köln, Worringer Straße 30, mitgeteilt. — Gerichtsstand und Erfüllungsort Weinheim/Bergstr. Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Empfängers. Abbestellungen nur bis spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Kalenderjahres. Zuschriften an den Verlag — auch wegen der Aufnahme von Inseraten — sind zu richten an: Verlag Chemie, GmbH, 694 Weinheim/Bergstr., Postfach 149, Telefon: Sammel-Nr. 36 35, Fernschreiber 465516 vchwh d

Schriftleitung: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, 8 München 27, Siebertstraße 3, Telefon: 48 18 85. — Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eugen Ulmer und Prof. Dr. Friedrich-Karl Beier. Mitarbeiter der Schriftleitung: Dr. Gerhard Schricker, Abteilungsleiter im Institut.

GEWERBLICHER RECHTSSCHUTZ UND URHEBERRECHT

Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht

Internationaler Teil

In Gemeinschaft mit Prof. Dr. Kurt Bußmann und Dr. Ludwig Heydt herausgegeben im
Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht
von Prof. Dr. Dr. h. c. Eugen Ulmer und Prof. Dr. Friedrich-Karl Beier

Heft 12

Dezember 1967

Seite 425—538

113

Die Stockholmer Konferenz für geistiges Eigentum 1967

VORBEMERKUNG

Die Stockholmer Konferenz für geistiges Eigentum ist nach über fünfwöchigen Beratungen am 14. Juli 1967 zu Ende gegangen. Sie hat zu wichtigen Ergebnissen geführt, die für die weitere Entwicklung der internationalen Übereinkünfte auf dem Gebiete des Urheberrechts und des gewerblichen Rechtsschutzes von wesentlicher Bedeutung sind.

Über die vorbereitenden Arbeiten und das Programm der Stockholmer Konferenz sind die Leser dieser Zeitschrift durch das im Frühjahr dieses Jahres veröffentlichte Sonderheft „Vorbereitende Dokumente zur Stockholmer Konferenz“ unterrichtet worden (GRUR Int. 1967, 115 bis 189). Das vorliegende Heft enthält den Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz sowie die wichtigsten der in Stockholm beschlossenen Konventionstexte.

Der Bericht über Verlauf und Ergebnisse der Konferenz stammt von Mitgliedern der deutschen Delegation, die an den Beratungen und Beschlüssen der Konferenz aktiv mitgewirkt haben. Er hat keinen offiziellen Charakter, ist aber ein Bericht aus erster Hand, der die persönlichen Eindrücke und Meinungen der Verfasser wiedergibt. Die Verfasser haben dabei besonderen Wert darauf gelegt, die verschiedenen Standpunkte und Interessen darzulegen, zwischen denen ein Ausgleich gefunden werden mußte. Da die meisten Vorschriften das Ergebnis eines solchen Interessenausgleichs sind, ohne daß der Kompromißcharakter im Wortlaut immer deutlich in Erscheinung tritt, gibt der Bericht für das Verständnis und die künftige Auslegung der neuen konventionsrechtlichen Vorschriften wertvolle Hinweise.

Im Anschluß an den Bericht veröffentlichen wir in französischer und englischer Sprache die wichtigsten der in Stockholm unterzeichneten Texte:

1. die Stockholmer Fassung der revidierten Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst einschließlich des Protokolls betreffend die Entwicklungsländer;
2. die Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums und
3. das neue Abkommen über die Errichtung einer Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO).

Von einem Abdruck der übrigen Stockholmer Texte mußte aus Platzgründen abgesehen werden. Es handelt sich dabei um die Stockholmer Fassungen des Madrider Markenabkommens, des Nizzaer Klassifikationsabkommens und des Lissaboner Ursprungsabkommens sowie um die Zusatzakte zum Madrider Herkunftsabkommen und die Ergänzungsakte zum Haager Musterabkommen. Die für diese Nebenabkommen in Stockholm vorgenommenen Änderungen sind nicht materiellrechtlicher Art, sondern betreffen lediglich die Organisationsvorschriften, die den neugestalteten Organisationsvorschriften der beiden Hauptabkommen und des WIPO-Abkommens angepaßt wurden.

Amtliche deutsche Übersetzungen der Stockholmer Texte werden zur Zeit vorbereitet; sie können erst in einem der nächsten Hefte abgedruckt werden. Soweit im Bericht der Delegationsmitglieder einzelne Vorschriften in deutscher Übersetzung wiedergegeben werden, handelt es sich um nichtamtliche Übersetzungen der Verfasser. Wir danken der Gesellschaft für Rechtsvergleichung, daß sie durch einen erheblichen Druckkostenzuschuß das Erscheinen dieses Heftes in erweitertem Umfange ermöglicht hat.

Die Schriftleitung

INHALTSÜBERSICHT

EINLEITUNG

Von Dr. Kurt Haertel	428
--------------------------------	-----

1. TEIL URHEBERRECHT

Die Reform der materiellrechtlichen Bestimmungen der Berner Übereinkunft	431
--	-----

Von Rechtsanwalt Dr. Dietrich Reimer und Professor Dr. Dr. h. c. Eugen Ulmer

I. Einleitung	431
II. Geschützte Werke (Art. 2)	432
1. Körperliche Festlegung der geschützten Werke	432
2. Gleichstellung der Film- und Fernsehwerke	432
3. Amtliche Werke	433
4. Werke der angewandten Kunst	433
5. Sonstiges	434
III. Wiedergabe von Vorträgen und dgl. durch Presse und Rundfunk (Art. 2 ^{bis})	434
IV. Anknüpfungspunkte und Ursprungsland (Art. 3 bis 6)	435
1. Die neue Systematik	435
2. Erweiterung der Anknüpfungspunkte	436
3. Änderung des Begriffs der Veröffentlichung	437
4. Bestimmung des Ursprungslandes	438
V. Droit moral (Art. 6 ^{bis})	439
VI. Schutzdauer (Art. 7, 7 ^{bis})	439
1. Einzelfragen	439
2. Die allgemeine Schutzdauer	440
VII. Das Übersetzungsrecht (Art. 8)	441
1. Grundsatz und Vorbehalte	441
2. Übersetzungsschutz und Schranken der Verwertungsrechte	441
VIII. Das Vervielfältigungsrecht (Art. 9)	442
1. Bisherige Regelung	442
2. Gründe für die Revision	443
3. Die Anerkennung des Vervielfältigungsrechts	443
4. Ausnahmen	443
IX. Zitate, Entlehnungen, Berichterstattung über Tagesfragen (Art. 10 und 10 ^{bis})	445
1. Zitate (Art. 10 Abs. 1)	445
2. Entlehnungen (Art. 10 Abs. 2)	445
3. Berichterstattung über Tagesfragen (Art. 10 ^{bis})	445
X. Die Rechte zur unkörperlichen Wiedergabe (Art. 11, 11 ^{bis} , 11 ^{ter})	446
1. Aufführungsrecht (Art. 11)	446
2. Vortragsrecht (Art. 11 ^{ter})	446
3. Senderecht (Art. 11 ^{bis})	447

XI. Das mechanische Vervielfältigungsrecht (Art. 13)	447
--	-----

XII. Das Filmrecht (Art. 14, 14 ^{bis})	447
1. Die derzeitige Regelung und die Rechtssysteme der Verbandsländer	447
2. Vorbereitung der Revision	448
3. Grundgedanken der Revision. Vorschläge der Arbeitsgruppe	448
4. Die Rechte an vorbestehenden Werken	449
5. Das Urheberrecht am Filmwerk	449
6. Die Vermutungen für die Legitimation des Herstellers	450
7. Die Form der die Vermutungen begründenden Verträge	451
8. Gesamtwürdigung	452

XIII. Der Schutz von Folklore (Art. 15)	452
---	-----

XIV. Fragen des öffentlichen Rechts (Art. 17)	452
1. Allgemeines	452
2. Die Hoheitsgewalt der Verbandsländer	453
3. Mißbrauch der Monopolstellung	453
4. Pflicht zur Hinterlegung von Originalmanuskripten und zur Verbreitung graphischer Exemplare?	453

Das Protokoll betreffend die Entwicklungsländer	454
---	-----

Von Regierungsdirektor Kurt Schiefler

I. Vorgeschichte und Grundgedanken	454
II. Die Regelung im einzelnen	455
1. Definition des Begriffs Entwicklungsland	455
2. Mögliche Vorbehalte	456
3. Dauer der Vorbehalte	458
4. Inkrafttreten des Protokolls	459
5. Anwendung des Protokolls auf abhängige Gebiete	459
6. Empfehlung betreffend Entschädigung der Urheber	459
III. Schlußbemerkung	459

2. TEIL GEWERBLICHER RECHTSSCHUTZ

Die Einführung der Erfinderscheine in die Pariser Verbandsübereinkunft (Art. 4 I)	460
---	-----

Von Regierungsdirektor Dr. Heribert Mast

I. Vorgeschichte	460
II. Der Vorschlag des Konferenzprogramms	460
III. Die Beratungen auf der Konferenz	461
IV. Bedeutung der neuen Vorschrift	462

3. TEIL VERWALTUNGS- UND STRUKTURFRAGEN**Die neue Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union und die neue Weltorganisation für geistiges Eigentum 462**

Von Ministerialrat Albrecht Krieger und Landgerichtsrat Dr. Dirk Rogge

A. Vorgeschichte und Konferenzverlauf im allgemeinen	462
B. Die neue Gesamtkonzeption	463
C. Die neuen Organisationsnormen und Schlußbestimmungen der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft	464
I. Organisationsnormen der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft	465
1. Die Versammlung (Art. 13 PVÜ; Art. 22 RBÜ)	465
2. Der Verwaltungsausschuß (Art. 14 PVÜ; Art. 23 RBÜ)	467
3. Internationales Büro (Art. 15 PVÜ; Art. 24 RBÜ)	468
4. Finanzfragen (Art. 16 PVÜ; Art. 25 RBÜ)	468
5. Änderungen und Revisionen der Konventionen (Art. 17, 18 PVÜ; Art. 26, 27 RBÜ)	470
6. Sonderabkommen (Art. 19 PVÜ; Art. 20 RBÜ)	470
II. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 20 bis 30 PVÜ; Art. 28 bis 38 RBÜ)	470
1. Beitritt; Mitgliedschaft in den Unionen und der WIPO	470
2. Vorbehalte (Art. 22 PVÜ; Art. 30 RBÜ)	471
3. Inkrafttreten (Art. 20, 21 PVÜ; Art. 28, 29 RBÜ)	471
4. Abhängige Gebiete (Art. 24 PVÜ; Art. 31 RBÜ)	472
5. Anwendbarkeit verschiedener Fassungen (Art. 27 PVÜ; Art. 32 RBÜ)	472
6. Schiedsklauseln (Art. 28 PVÜ; Art. 33 RBÜ)	473
7. Sprachen (Art. 29 PVÜ; Art. 37 RBÜ)	473
8. Übergangsregelung (Art. 30 PVÜ; Art. 38 RBÜ)	474
9. Nebenabkommen der Pariser Verbandsübereinkunft	474
III. Resolution über das vorläufige Inkrafttreten der Stockholmer Akte	474
IV. Finanzfragen	475
D. Die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO)	475
I. Errichtung der neuen Weltorganisation (Art. 1 und 10)	475
II. Zweck und Aufgaben der neuen Weltorganisation (Präambel, Art. 2, 3 und 4)	476
1. Internationale Zusammenarbeit	476

2. Weltweite Förderung des geistigen Eigentums	476
3. Modernisierung der Verwaltung der Unionen	477

III. Die Beitrittsklauseln (Art. 5, 14 und 16)	477
1. Die Alternativ-Vorschläge der Vorkonferenzen 1964/65	477
2. Der BIRPI-Vorschlag 1967	478
3. Die Diskussion innerhalb der Hauptkommission V	478
4. Ergebnis: status quo	480
5. Sonderbestimmungen für den Beitritt von Unionsstaaten	480
6. Vorbehalte	480

IV. Die Organe (Art. 6 bis 9)	481
1. Die Generalversammlung (Art. 6)	481
2. Die Konferenz (Art. 7)	482
3. Der Koordinationsausschuß (Art. 8)	483
4. Das Internationale Büro (Art. 9)	484

V. Finanzfragen (Art. 11)	484
-------------------------------------	-----

VI. Rechtsstellung der Weltorganisation. Beziehungen zu anderen Organisationen (Art. 12 und 13)	485
1. Rechtsstellung	485
2. Beziehungen zu anderen Organisationen	485

VII. Inkrafttreten (Art. 15)	486
--	-----

VIII. Änderungen der WIPO-Konvention (Art. 17)	486
--	-----

IX. Kündigung (Art. 18)	487
-----------------------------------	-----

X. Schluß- und Übergangsbestimmungen (Art. 19 bis 21)	487
1. Schlußbestimmungen	487
2. Übergangsbestimmungen	487

E. Schlußbemerkungen	488
--------------------------------	-----

TEXT DER ÜBEREINKÜNFT

1. Stockholmer Fassung der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst mit Protokoll betreffend die Entwicklungsländer (französische und englische Fassung)	489
Empfehlungen auf dem Gebiete des Urheberrechts (französische und englische Fassung)	509
2. Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des geistigen Eigentums (französische und englische Fassung)	510
3. Abkommen über die Errichtung einer Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO/OMPI) (französische und englische Fassung)	528

EINLEITUNG

Von Dr. Kurt Haertel, Präsident des Deutschen Patentamts

Die Stockholmer Konferenz für geistiges Eigentum wurde in der Zeit vom 11. Juni bis 14. Juli 1967 in der schwedischen Hauptstadt abgehalten. Der schwedische Justizminister eröffnete am 11. Juni 1967 in Anwesenheit des diplomatischen Korps sowie von Vertretern der Stadt Stockholm die Konferenz.

Auf der letzten diplomatischen Konferenz zur Revision der Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, die im Jahre 1948 in Brüssel stattgefunden hat, war von den beteiligten Staaten beschlossen worden, die nächste Revisionskonferenz in Stockholm abzuhalten. War also ursprünglich die Stockholmer Konferenz nur als Revisionskonferenz für die Berner Union gedacht, so ließen es doch im Laufe der Jahre zwei Gesichtspunkte als notwendig erscheinen, das Thema der Stockholmer Konferenz über den ursprünglich abgesteckten Rahmen hinaus zu erweitern. Das war einmal die Entwicklung des Patentrechts in einer Reihe von osteuropäischen Mitgliedstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, Mitgliedstaaten, die das Institut der Erfinderscheine ausgebildet und den Wunsch hatten, dieses Institut jedenfalls in die Vorschriften der Pariser Verbandsübereinkunft über die Unionspriorität einbeziehen zu lassen. Die Notwendigkeit einer dahingehenden Teilrevision der Pariser Verbandsübereinkunft wurde durch den im Jahre 1965 erfolgten Beitritt der Sowjetunion zu dieser Übereinkunft verstärkt. Wenn auch die Regierung der Sowjetunion in ihrer Beitrittserklärung keine dahingehende ausdrückliche Erklärung aufgenommen hatte, so war es doch offensichtlich, daß die Regierung der Sowjetunion ihren Beitritt in der stillschweigenden Voraussetzung erklärt hat, daß die Erfinderscheine alsbald in die Vorschriften der Pariser Verbandsübereinkunft miteinbezogen werden. Der andere Gesichtspunkt, der zu einer Ausweitung des Themas der Stockholmer Konferenz zwang, war die immer dringlicher werdende Notwendigkeit, die veraltete Struktur der verschiedenen von den Vereinigten Büros für den Schutz des geistigen Eigentums betreuten Übereinkünfte modernen internationalen Verwaltungsformen anzugleichen und ein gemeinsames Dach für alle Übereinkünfte durch Errichtung einer neuen Organisation zu schaffen, die gleichzeitig ein weltweites Forum für die Behandlung aller Fragen des geistigen Eigentums im weitesten Sinne darstellen sollte. Das so ausgeweitete Konferenzthema fand seinen Niederschlag auch in dem Namen der Konferenz, deren offizielle Bezeichnung lautete: „Stockholmer Konferenz für geistiges Eigentum“.

Von der schwedischen Regierung waren zur Stockholmer Konferenz nicht nur alle Mitgliedstaaten der verschiedenen Unionen, sondern mit Rücksicht auf den Entwurf eines Abkommens zur Errichtung einer Weltorganisation für geistiges Eigentum (World Intellectual Property Organization, WIPO = Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle, OMPI) alle Staaten der Welt überhaupt, insgesamt 129, eingeladen worden. Darüber hinaus waren 19 zwischenstaatliche Organisationen und 27 internationale Vereinigungen aufgefordert worden,

Beobachter zu der Konferenz zu entsenden. Der Einladung waren 74 Staaten, darunter fast alle Mitgliedstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft¹⁾ und der Berner Übereinkunft²⁾ gefolgt. Ferner waren 13 zwischenstaatliche Organisationen, darunter die Organisation der Vereinten Nationen, die UNESCO, der Europarat und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sowie 26 der eingeladenen 27 internationalen Vereinigungen, darunter die Internationale Vereinigung für Literatur und Kunst (ALAI), die Internationale Gesellschaft für Urheberrecht (INTERGU), die Internationale Vereinigung zum Schutz des gewerblichen Eigentums (AIPPI) und die Internationale Handelskammer auf der Konferenz vertreten. Insgesamt haben an der Konferenz mehr als 400 Delegierte und Beobachter teilgenommen. Die Anzahl und die Zusammensetzung der Teilnehmer sind ein Beweis für die Bedeutung, die der Stockholmer Konferenz sowohl von den Regierungen als auch von den zwischenstaatlichen Organisationen beigemessen wurde.

Die deutsche Delegation, die mit 11 Mitgliedern vergleichsweise sparsam zusammengesetzt war — die Delegation der USA zählte 37, die Frankreichs 28 und die Italiens 23 Personen —, wurde von Ministerialdirigent Dr. *Walter Truckenbrodt* vom Auswärtigen Amt geführt. Stellvertretende Delegationsleiter waren der Präsident des Deutschen Patentamts, Dr. *Kurt Haertel*, und der Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, Professor Dr. Dr. h. c. *Eugen Ulmer*. Ferner gehörten der deutschen Delegation an: Vom Auswärtigen Amt Legationsrat Dr. *Karl Heinz Kunzmann*, vom Bundesministerium der Justiz Ministerialrat *Albrecht Krieger*, Regierungsdirektor Dr. *Heribert Mast*, Landgerichtsrat Dr. *Dirk Rogge*, Regierungsdirektor *Kurt Schiefler* und Ministerialrat *Gerhard Schneider*, vom Deutschen Patentamt Regierungsdirektor Dr. *Romuald Singer* und vom Max-Planck-Institut Dr. *Dietrich Reimer*.

Die Bedeutung der Konferenz kam auch in der Tagungsstätte zum Ausdruck, die die schwedische Regierung für die Konferenz ausgewählt hatte. Es war das Gebäude des schwedischen Reichstags, das um die Jahrhundertwende erbaut und neben dem königlichen Schloß gelegen mit seinen beiden Plenarsälen für die erste und zweite Kammer des schwedischen Reichstags und seinen zahlreichen sonstigen Räumlichkeiten sowohl für die Plenarsitzungen der Konferenz und deren Hauptkommissionen als auch für die Präsidenten der Hauptkommissionen und den großen Stab des Sekretariats angenehme Arbeitsmöglichkeiten und einen würdigen Rahmen bot.

Das Programm der auf fünf Wochen angesetzten Konferenz erschien zunächst allen Delegationen undurchführbar. Neben der bereits genannten umfassenden Revision der Berner Union, der Teilrevision der Pariser Verbandsübereinkunft und dem Abschluß des neuen Abkommens

¹⁾ Von den Mitgliedstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft waren nicht vertreten: Ceylon, Dahome, Haiti, Laos, Malawi, Mauretanien, Neuseeland, Nigeria, Obervolta, Rhodesien, Sambia, San Marino, Syrien, Tansania, Trinidad, Tschad, Vietnam und Zypern.

²⁾ Von den Mitgliedstaaten der Berner Union fehlten: Ceylon, Dahome, Mali, Neuseeland, Obervolta und Zypern.

über die Errichtung einer Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO/OMPI) sollten ein Protokoll für die Entwicklungsländer sowie zwei Zusatzprotokolle zur Berner Union behandelt werden. Außerdem bedingte die Neuschaffung einer Weltorganisation eine Änderung aller Verwaltungs- und Organisationsbestimmungen sowohl der beiden Unionen als auch sämtlicher Nebenabkommen der Pariser Verbandsübereinkunft (Madrider Markenabkommen, Madrider Abkommen über die Unterdrückung falscher Herkunftsbezeichnungen, Haager Musterabkommen, Nizzaer Klassifikationsabkommen und Lissaboner Abkommen zum Schutz von Ursprungsbezeichnungen).

Dem umfangreichen Programm der Konferenz entsprach die vielfältige und detaillierte Organisation der Konferenz. An der Spitze der Konferenz stand der Präsident der Vollkonferenz, unterstützt durch einen Generalsekretär sowie durch den Ersten Vizepräsidenten und 19 Vizepräsidenten, unter denen sich auffallenderweise kein Vertreter der Bundesrepublik Deutschland befand. Da in der Vollkonferenz selbst wegen der verschiedenen Abkommen und des jeweils unterschiedlichen Mitgliederkreises eine Erörterung und Abstimmung praktisch nicht durchführbar waren, waren der Vollkonferenz 8 Plenarversammlungen vorgeschaltet, je eine für die beiden Unionen und ihre 5 Nebenabkommen sowie für den Entwurf für eine Weltorganisation (WIPO/OMPI), in denen die erforderliche Einstimmigkeit erzielt werden mußte. Die Vollkonferenz als solche und die 8 Plenarversammlungen tagten jeweils nur zum Beginn und zum Abschluß der Konferenz. Die eigentliche Arbeit wurde in 5 Hauptkommissionen geleistet.

Es würde den Rahmen dieser kurzen Einleitung sprengen, würden alle Personen genannt werden, die in der Funktion als Präsidenten oder Vizepräsidenten in der Konferenz und ihren zahlreichen Untergliederungen mitgewirkt haben. Es seien daher nur diejenigen hervorgehoben, deren Wirken die Arbeit der Konferenz besonders geprägt und den Erfolg der Konferenz mitbestimmt haben. An erster Stelle ist hier zu nennen der Präsident der Konferenz, der schwedische Justizminister *Kling*, der zwar nur zum Beginn und zum Abschluß der Konferenz in Erscheinung trat, der aber außerhalb des Rampenlichts als der für die Konferenz verantwortliche Minister der schwedischen Regierung unermüdlich für die Konferenz tätig war und manche während des Verlaufs der Arbeiten aufgetretene Schwierigkeit lautlos beseitigt hat. Ihm zur Seite stand als Erster Vizepräsident der Richter am Obersten Gerichtshof *Hesser*, der auf schwedischer Seite maßgeblich an den Vorbereitungen der Konferenz beteiligt gewesen ist, und als Generalsekretär der Vizedirektor von BIRPI Dr. *Bogsch*, dessen Wirken überall spürbar war und der insbesondere für die vorzügliche Arbeit des Sekretariats die Verantwortung trug. Die Hauptlast der täglichen Arbeit lag, wie schon erwähnt, bei den fünf Hauptkommissionen und innerhalb der Hauptkommissionen bei deren Präsidenten und Berichterstattern. Ihre Namen, die mit der Konferenz besonders verbunden bleiben werden, sind:

Hauptkommission I: Revision der Berner Übereinkunft
 Präsident: Professor Dr. *Ulmer* (Bundesrepublik Deutschland),
 Berichterstatter: Professor *Bergström* (Schweden)

Hauptkommission II: Zusatzprotokoll für die Entwicklungsländer
 Präsident: *Singh* (Indien), Erziehungsminister,
 Berichterstatter: Dr. *Strnad* (Tschechoslowakei)

Hauptkommission III: Revision der Pariser Verbandsübereinkunft bezüglich der Erfinderscheine
 Präsident: *Marinete* (Rumänien), Direktor des Staatlichen Amtes für Erfindungen,
 Berichterstatter: *King* (Australien), Rechtsanwalt

Hauptkommission IV: Die Verwaltungs- und organisatorischen Vorschriften aller Abkommen, die sog. *clauses finales*
 Präsident: *Savignon* (Frankreich), Direktor des französischen Patentamts,
 Berichterstatter: *de Sanctis* (Italien), Rechtsanwalt

Hauptkommission V: Entwurf eines Abkommens zur Errichtung einer Weltorganisation für geistiges Eigentum
 Präsident: *Braderman* (USA), stellvertretender Unterstaatssekretär im State Department,
 Berichterstatter: *Voyame* (Schweiz), Direktor des Eidgenössischen Amtes für geistiges Eigentum.

Eine unermeßliche Arbeit vor und während der Konferenz ist insbesondere von BIRPI geleistet worden, die auf der Konferenz durch ihren Direktor, Professor Dr. *Bodenhausen*, repräsentiert wurden, der niemals um eine Auskunft oder um einen Vermittlungsvorschlag verlegen gewesen ist.

Unter den vielen Besonderheiten, die die Stockholmer Konferenz aufzuweisen hat, ist auch die Regelung der Konferenzsprachen erwähnenswert. Für die Verhandlungen zur Revision der Berner Union waren Englisch und Französisch Konferenzsprachen, da ein offizieller Text in beiden Sprachen abgefaßt werden mußte. Was die Pariser Verbandsübereinkunft anlangte, so war bereits auf der Lissaboner Revisionskonferenz im Jahre 1958 beschlossen worden, daß die Revisions- und Verwaltungskonferenzen dieser Union außer in der englischen und französischen Sprache auch in der spanischen Sprache abzuhalten sind. Für das in Stockholm ebenfalls zu behandelnde neue Abkommen zur Errichtung einer Weltorganisation für geistiges Eigentum waren als Textsprachen Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch vorgesehen worden, woraus sich die Folgerung ergab, daß diese Sprachen auch Konferenzsprachen sein mußten, soweit dieses Abkommen behandelt wurde, also in der Hauptkommission V und in der Plenarversammlung für dieses Abkommen. Aus dieser Sachlage folgte aber weiter, daß auch für die Vollkonferenz die vier Sprachen zugelassen werden mußten, da die Vollkonferenz für alle Abkommen gleichermaßen zuständig war. Darüber hinaus wurden die vier Sprachen aber auch bei den Verhandlungen über die Revision der Pariser Verbandsübereinkunft verwandt, offensichtlich um der Sowjet-

union die Teilnahme an der Konferenz zu erleichtern. Das führte dazu, daß erstmalig in der Geschichte der Pariser Verbandsübereinkunft Sitzungen auf einer Revisionskonferenz in russischer Sprache geleitet wurden, so vom Rumänen *Marinete* als Präsidenten der Hauptkommission III und vom Präsidenten des sowjetischen Patentamts *Maksarev* als Präsidenten der Plenarversammlung für die Pariser Verbandsübereinkunft.

Es versteht sich von selbst, daß auf einer Konferenz von dem Ausmaß der Stockholmer Konferenz, die Vertreter von Staaten aus Ost und West sowie von Entwicklungsländern und entwickelten Ländern vereinigte, politische Probleme nicht völlig ausgespart werden konnten. Im Vordergrund, wenn auch nicht im Scheinwerferlicht der politischen Fragen, die auf der Konferenz in Erscheinung traten, stand die deutsche Frage, das zweigeteilte Deutschland. Während die Bundesrepublik Deutschland zur Konferenz eingeladen worden war, hatte die schwedische Regierung eine solche Einladung an den anderen Teil Deutschlands nicht ergehen lassen. Dies wurde gleich zu Beginn von der sowjetischen Delegation und den Delegationen anderer sozialistischer Staaten bemängelt. Das eigentliche Ringen spielte sich ab um die Fassung der Beitrittsklausel zum Abkommen zur Errichtung der Weltorganisation, über das an anderer Stelle näher berichtet werden wird. Dieser Gegensatz wurde im wesentlichen außerhalb der offiziellen Verhandlungen ausgetragen und endete mit einer Formulierung, die der Aufrechterhaltung des Status quo gleichkommt. In der Schlußsitzung der Plenarversammlung zum Abkommen zur Errichtung der Weltorganisation kamen dann die beiderseitigen gegensätzlichen Auffassungen noch einmal zum Ausdruck. Eine weitere politische Debatte entzündete sich in der Hauptkommission IV an dem Art. 24 der Pariser Verbandsübereinkunft in der Stockholmer Fassung (bisher Art. 16^{bis}) bzw. dem Art. 31 der Berner Union (bisher Art. 26), in denen die Anwendung der Bestimmungen dieser Unionen auf Kolonien, Protektorate usw. geregelt ist. Die Erörterung dieser Artikel wurde von einer Anzahl von Delegationen der Entwicklungsländer, unterstützt von den Delegationen der sozialistischen Staaten, zum Anlaß heftiger Angriffe gegen den Kolonialismus genommen und die Streichung dieser Bestimmung gefordert. Es war der Delegierte von Kenya, der diese Debatte beendete, indem er darauf hinwies, daß mit der Streichung dieser Bestimmungen den in Frage kommenden Gebieten nicht geholfen werde, ihre Aufrechterhaltung vielmehr im wohlverstandenen Interesse dieser Gebiete liege. So verblieb es bei diesen Bestimmungen, die nur textlich eine weniger angreifbare Fassung erhielten. Schließlich rückte auch, ohne daß es ausdrücklich angesprochen wurde, bei den Beratungen über Art. 18 RBÜ das Apartheid-Problem für kurze Zeit in den Mittelpunkt der Erörterung. Es führte zu dem einzigen Veto in der Konferenz, das nicht mit einem Kompromiß überwunden werden konnte. Daß die vorhandenen politischen Gegensätze weder den Verlauf noch die Ergebnisse der Konferenz zu irgendeiner Zeit ernsthaft gefährdeten, ist ein Beweis für den echten Willen zu internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet des geistigen Eigentums, der die Stockholmer Konferenz auszeichnete.

Wie vorgesehen schloß die Konferenz am 14. Juli 1967 mit der Unterzeichnung von neun Dokumenten im schwe-

dischen Außenministerium. Diese neun Dokumente waren:

1. Die Schlußakte der Stockholmer Konferenz.
Die Schlußakte enthält nur die Feststellung, daß die Konferenz stattgefunden und welches Ergebnis sie zeitigt hat. Mit der Aufstellung einer Schlußakte wurde der Zweck verfolgt, mehreren Delegationen, darunter der sowjetischen Delegation, die keine Zeichnungsvollmachten für die Abkommen besaßen, die Möglichkeit zu verschaffen, an der Zeichnungszeremonie teilzunehmen. Die Schlußakte wurde von 63 Staaten unterzeichnet.
2. Ein Abkommen zur Errichtung der Weltorganisation für das geistige Eigentum (WIPO/OMPI). Dieses neue Abkommen wurde auf der Konferenz von 43 Staaten unterzeichnet³⁾. Die Sowjetunion hat das Abkommen als 44. Staat in der Unterzeichnungsfrist nachgezeichnet.
3. Eine revidierte Fassung der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst, der das Protokoll für die Entwicklungsländer als Bestandteil beigelegt ist. Diese Fassung haben auf der Konferenz 35 Staaten unterzeichnet⁴⁾. Nicht unterzeichnet hat u. a. die Delegation des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland.
4. Eine revidierte Fassung der Pariser Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums. Diese ist von 39 Staaten unterzeichnet worden⁵⁾. Als 40. Staat hat die Sowjetunion die revidierte Fassung nachträglich gezeichnet.
5. Eine revidierte Fassung des Madrider Abkommens betreffend die internationale Registrierung von Fabrik- oder Handelsmarken. Unterzeichnet wurde diese Fassung von 16 Staaten⁶⁾.
6. Ein Zusatzabkommen zum Madrider Abkommen betreffend die Unterdrückung falscher Herkunftsangaben auf Waren. Das Zusatzabkommen ist von 14 Staaten unterzeichnet worden⁷⁾.
7. Ein Ergänzungsabkommen zum Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster oder Modelle. Das Ergänzungsabkommen wurde von 10 Staaten unterzeichnet⁸⁾.
8. Eine neue Fassung des Nizzaer Abkommens über die internationale Klassifikation von Waren und Dienst-

³⁾ Algerien, Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Ecuador, Elfenbeinküste, Finnland, Frankreich, Gabun, Griechenland, Iran, Island, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Kamerun, Kenia, Kongo (Kinshasa), Liechtenstein, Luxemburg, Madagaskar, Marokko, Mexiko, Monaco, Niger, Norwegen, Niederlande, Österreich, Peru, Philippinen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Senegal, Spanien, Südafrika, Tunesien, Vatikanstadt, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten, Zentralafrikanische Republik

⁴⁾ Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Elfenbeinküste, Finnland, Frankreich, Gabun, Griechenland, Indien, Island, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Kamerun, Kongo (Kinshasa), Liechtenstein, Luxemburg, Madagaskar, Marokko, Mexiko, Monaco, Niger, Norwegen, Österreich, Philippinen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Senegal, Spanien, Südafrika, Tunesien, Vatikanstadt

⁵⁾ Algerien, Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Elfenbeinküste, Finnland, Frankreich, Gabun, Griechenland, Iran, Island, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Kamerun, Kenia, Liechtenstein, Luxemburg, Madagaskar, Marokko, Monaco, Niederlande, Niger, Norwegen, Österreich, Philippinen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Senegal, Spanien, Südafrika, Tunesien, Vatikanstadt, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten, Zentralafrikanische Republik

⁶⁾ Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Liechtenstein, Luxemburg, Marokko, Monaco, Niederlande, Österreich, Portugal, Rumänien, Schweiz, Spanien, Tunesien

⁷⁾ Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Israel, Italien, Japan, Liechtenstein, Marokko, Monaco, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Tunesien, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland

⁸⁾ Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Liechtenstein, Marokko, Monaco, Niederlande, Spanien, Schweiz, Tunesien

leistungen für Fabrik- oder Handelsmarken. 16 Staaten haben diese neue Fassung unterzeichnet⁹⁾.

9. Eine neue Fassung des Lissabonner Abkommens betreffend den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und ihre internationale Registrierung. Diese Neufassung wurde von 3 Staaten unterzeichnet¹⁰⁾.

Die deutsche Delegation hat mit Ausnahme des vorstehend unter 9. aufgeführten Abkommens alle in Stockholm zur Zeichnung ausgelegten Texte unterzeichnet.

Mit Ausnahme der Schlußakte stehen die in Stockholm revidierten oder neu abgeschlossenen Abkommen sämtlich bis zum 13. Januar 1968 für die nachträgliche Unterzeichnung in Stockholm offen. Bis zum 1. November 1967 hat nur die Sowjetunion, wie bereits erwähnt, von der Möglichkeit der nachträglichen Unterzeichnung Gebrauch gemacht.

Zusätzlich zu der Annahme der genannten acht Abkommen wurden auf der Konferenz zwei Entscheidungen über die Erhöhung des Gesamtbetrages der Beiträge zur Pariser und Berner Union gefaßt; ferner wurden eine Empfehlung, die Einführung einer Gebühr für die Inanspruchnahme einer Priorität auf Grund der Pariser Verbandsübereinkunft zu prüfen, sowie drei Empfehlungen für das Gebiet des Urheberrechts beschlossen.

Daß die Konferenz von Stockholm dieses umfangreiche und vielseitige, nicht weniger als 8 Abkommen

⁹⁾ Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Israel, Italien, Jugoslawien, Marokko, Monaco, Norwegen, Niederlande, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
¹⁰⁾ Frankreich, Israel, Portugal

berührende Programm in der für die Fülle der zu behandelnden Probleme verhältnismäßig kurzen Zeit von 5 Wochen zum erfolgreichen Abschluß bringen konnte, ist im wesentlichen auf drei Umstände zurückzuführen. Einmal auf die sehr sorgfältige und sachlich ausgezeichnete Vorbereitung der Konferenz durch die Genfer Internationalen Büros und die schwedische Regierung, zum anderen auf die glänzende Organisation der Konferenz selbst, insbesondere auf die aufopfernde Arbeit des von den Genfer Büros gestellten Sekretariats, das in kürzester Zeit jedes Dokument in den verschiedenen Sprachen und in der erforderlichen Anzahl zu erstellen und zu verteilen verstand. Als letzter, aber keineswegs geringster Umstand ist „the Stockholm spirit“ zu nennen, ein Ausdruck, den der Präsident der Konferenz in seiner Schlußansprache prägte und durch den die ungewöhnliche Atmosphäre der Konferenz gekennzeichnet werden sollte, die sich durch den aufrichtigen Wunsch aller Delegationen zur Zusammenarbeit, durch die Achtung der Meinung des anderen und durch die Bereitschaft, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles Zugeständnisse zu machen, auszeichnete.

Daß der „Stockholm spirit“ entstehen konnte, ist sicher nicht zuletzt der unvergleichlichen Gastfreundschaft zu verdanken, die die schwedische Regierung allen Teilnehmern der Konferenz hat zuteil werden lassen und die diesen unvergeßlich bleiben wird. Zu den Imponderabilien, die sich auf die Atmosphäre der Konferenz günstig ausgewirkt haben dürften, wird auch die ungewöhnlich schöne nordische Mittsommerzeit des Jahres 1967 mit ihren hellen Nächten zu zählen sein.

1. TEIL URHEBERRECHT

Die Reform der materiellrechtlichen Bestimmungen der Berner Übereinkunft

Von Rechtsanwalt Dr. Dietrich Reimer^{*)} und Professor Dr. Dr. h. c. Eugen Ulmer^{**)}

I. Einleitung

(Verfasser: Reimer)

Die Arbeit der Stockholmer Revisionskonferenz war auf fünf Kommissionen aufgeteilt, von denen der Kommission I die Reform der materiellrechtlichen Bestimmungen der Berner Übereinkunft zum Schutze der Werke der Literatur und Kunst oblag (Art. 1–20 RBÜ). Zum Präsidenten der Kommission I wurde Professor Dr. Eugen Ulmer gewählt, dessen straffer und souveräner Verhandlungsleitung es zu danken ist, daß der umfangreiche Stoff in der relativ kurzen zur Verfügung stehenden Zeit bewältigt und daß auch in sehr kontroversen Fragen, insbesondere im Filmrecht, schließlich die erforderliche Einstimmigkeit erzielt werden konnte.

Generalberichterstatte der Kommission I war Prof. Dr. Svante Bergström (Schweden); Vorsitzender des Redaktionsausschusses William Wallace (Großbritannien). Ferner wurden innerhalb der Kommission I vier Arbeitsgruppen gebildet, die folgende Fragen zu untersuchen hatten:

1. Arbeitsgruppe:

Ausnahmen vom Vervielfältigungsrecht (Art. 9 Abs. 2) und erlaubte Entlehnungen (Art. 10 Abs. 2)
Vorsitz: Valerio de Sanctis, Italien;

2. Arbeitsgruppe:

Filmrecht (Art. 14, 14^{bis})
Vorsitz: Eugen Ulmer, Deutschland;

3. Arbeitsgruppe:

Fragen der Folklore (Art. 15 Abs. 4)
Vorsitz: Vojtech Strnad, Tschechoslowakei;

4. Arbeitsgruppe:

Wiedergabe von Vorträgen und dgl. durch die Presse, u. a. (Art. 2^{bis})
Vorsitz: Pierre Cavin, Schweiz.

Von den Ergebnissen, die innerhalb der Kommission I erzielt wurden, sind als die wichtigsten die Einführung des allgemeinen Vervielfältigungsrechts und die Regelung damit zusammenhängender Fragen sowie die Reform des Filmrechts zu nennen. Unter den zahlreichen sonstigen Änderungen verdienen die Neuordnung des Rechts der Anknüpfungspunkte und des Ursprungslands sowie die Verlängerung des Schutzes des *droit moral* besondere Erwähnung.

^{*)} Verfasser der Abschnitte I–VI, IX–XI und XIII

^{**)} Verfasser der Abschnitte VII, VIII, XII und XIV

Für die deutsche Leserschaft ist von Interesse, daß die Stockholmer Fassung der RBÜ im wesentlichen keine Änderungen des neuen deutschen Urheberrechtsgesetzes vom 9. September 1965 erforderlich macht¹⁾.

Im folgenden werden Verlauf und Ergebnisse der Stockholmer Konferenz in der Reihenfolge der einzelnen Artikel dargestellt.

II. Geschützte Werke (Art. 2)

(Verfasser: Reimer)

1. Körperliche Festlegung der geschützten Werke

Nach Art. 2 Abs. 1 RBÜ sind die Werke der Literatur und Kunst ohne Rücksicht auf die Art und Form des Ausdrucks geschützt. Eine körperliche Festlegung wird daher grundsätzlich nicht verlangt. Die Brüsseler Fassung machte jedoch eine Ausnahme bei choreographischen Werken und Pantomimen, deren Bühnenvorgang schriftlich oder auf andere Weise festgelegt sein mußte. Diese Formulierung ging auf Vorschläge der deutschen und italienischen Delegation auf der Berliner Revisionskonferenz von 1908 zurück²⁾. Man hatte die Festlegung für erforderlich gehalten, um Beweisschwierigkeiten zu vermeiden.

Das Programm der Stockholmer Konferenz sah vor, das Erfordernis der Festlegung von choreographischen Werken und Pantomimen zu streichen. Die vorbereiteten schriftlichen Stellungnahmen einer Anzahl von Regierungen ließen darauf schließen, daß dieser Vorschlag, der bereits auf der Brüsseler Konferenz von 1948 gescheitert war³⁾, wenig Aussicht hatte, angenommen zu werden. Zwar hatte sich vor allem die Bundesrepublik Deutschland für diesen Vorschlag eingesetzt⁴⁾. Die meisten Länder (unter ihnen Frankreich, Italien und Großbritannien) hatten jedoch die Beibehaltung der geltenden Fassung befürwortet. Von einigen Ländern war es als unlogisch gerügt worden, daß das Programm bei choreographischen Werken und Pantomimen den Verzicht auf die Fixierung vorsah, während es die Gleichstellung der Fernsehwerke mit den Filmwerken von der körperlichen Festlegung der Fernsehwerke abhängig machen wollte.

Bei den Beratungen in der Kommission zeigte sich, daß die Frage der Festlegung von allgemeinerer Bedeutung und nicht auf einzelne WerkGattungen beschränkt ist. So setzt das Entstehen des Urheberrechts nach englischem Recht in weiten Bereichen eine Aufzeichnung oder sonstige körperliche Fixierung voraus⁵⁾. Und auch das Recht der Vereinigten Staaten von Amerika, die zwar gegenwärtig der RBÜ nicht angehören, deren Beitritt aber mit Rücksicht auf die bevorstehende Reform des US-Copyright⁶⁾ für die Zukunft nicht ausgeschlossen erscheint, knüpft den gesetzlichen Urheberrechtsschutz an den in

der amerikanischen Verfassung verankerten Begriff der „writings of an author“⁷⁾.

Einer Anregung des Präsidenten der Kommission und einem britischen Antrag folgend wurde dementsprechend die Einfügung eines neuen Absatzes 2 in Art. 2 beschlossen, der allen Verbandsländern die Möglichkeit vorbehält, den Schutz der Werke der Literatur und Kunst oder einzelner WerkGattungen von der körperlichen Festlegung abhängig zu machen. Angesichts dieser neuen Vorschrift bestand nunmehr kein Hindernis mehr gegen die Streichung des Erfordernisses der Festlegung von choreographischen Werken und Pantomimen in Art. 2 Abs. 1. Derartige Werke sind somit nach der Stockholmer Fassung in allen Ländern, die keine Festlegung verlangen, ohne weiteres geschützt. Auch die Gleichstellung der Fernsehwerke mit den Filmwerken in Art. 2 Abs. 1 wurde folgerichtig nicht von der Festlegung abhängig gemacht. Jedes Land hat aber ebenso wie bei allen anderen Werkarten nach Art. 2 Abs. 2 die Möglichkeit, die Festlegung zu verlangen.

2. Gleichstellung der Film- und Fernsehwerke

Die Frage der Gleichstellung des Schutzes der Film- und Fernsehwerke stellte, zumal wegen ihrer engen Verbindung mit der Regelung des Filmrechts (Art. 14, 14^{bis}), innerhalb des Art. 2 das schwierigste Problem dar. Die Kommission hat sich in drei Sitzungen mit diesem Thema befaßt und ist zu einem endgültigen Beschluß erst gelangt, nachdem die Arbeitsgruppe Filmrecht die Ergebnisse ihrer Beratungen vorgelegt hatte.

Der Werkkatalog des Art. 2 Abs. 1 Brüsseler Fassung (nachstehend BF genannt) erwähnt neben den Werken der Kinematographie „Werke, die durch ein der Kinematographie ähnliches Verfahren hergestellt sind“ (œuvres cinématographiques et celles obtenues par un procédé analogue à la cinématographie).

Das Programm der Konferenz hatte sich zum Ziel gesetzt, die erstrebte Gleichstellung des Schutzes der Fernsehwerke mit demjenigen der Filmwerke im Text der Konvention klar zum Ausdruck zu bringen. Bei den vorbereitenden Arbeiten, insbesondere im Sachverständigenausschuß 1963, war man zu dem Schluß gekommen, daß die Ähnlichkeiten beider Werkarten weniger in den angewandten Verfahren als in den erzielten Wirkungen zu finden seien. Das Programm der Konferenz schlug daher (als gesonderten Abs. 2 des Art. 2) folgende Formulierung vor:

„Für die Zwecke dieser Übereinkunft sind den Filmwerken diejenigen Werke gleichgestellt, die durch ein Verfahren zum Ausdruck gebracht werden, das der Kinematographie ähnliche Bildwirkungen erzeugt, und die körperlich festgelegt sind.“ („... œuvres exprimées pour un procédé produisant des effets visuels analogues à ceux de la cinématographie et fixées sur un support matériel“).

Die Beratungen in der Kommission ergaben, daß die neuere Entwicklung zu einer Verwischung der Unterschiede in der Aufnahmetechnik von Film und Fernsehen geführt hat, und daß insbesondere auch in der Filmproduktion von dem elektromagnetischen Verfahren Gebrauch gemacht wird. Damit erschienen die bei den vorbereitenden Arbeiten erhobenen Bedenken, auf die Ähnlichkeit des Verfahrens abzustellen, behoben. Andererseits gelangte man bei den Überlegungen der Arbeits-

1) Eine Ausnahme gilt in Bezug auf das Recht zur weiteren Vervielfältigung vor Einführung des mechanischen Vervielfältigungsrechts erlaubterweise hergestellte Tonträgeraufnahmen. Da dieses Recht auf der Stockholmer Konferenz zeitlich begrenzt wurde (vgl. unten XI 3), während § 133 des deutschen URG von 1965 eine entsprechende Beschränkung nicht vorsieht, wird diese Vorschrift im Falle des Beitritts der Bundesrepublik zur Stockholmer Fassung geändert werden müssen (vgl. Schulze, GEMA Nachrichten Heft 76 [1967], S. 4).

2) Actes de Berlin S. 231.

3) Actes de Bruxelles S. 155.

4) Das neue deutsche Urheberrechtsgesetz vom 9. September 1965 verlangt im Gegensatz zum LUG von 1901 keine Festlegung des Bühnenvorgangs choreographischer und pantomimischer Werke.

5) Das gilt jedenfalls für Sprach- und dramatische Werke, Copinger-Skone James, On Copyright, 10. Aufl. 1965, §§ 153 und 167, während die Frage bei Musikwerken zweifelhaft ist, Copinger-Skone James § 172.

6) Vgl. hierzu Derenberg, DdA 1967, 104.

7) Vgl. hierzu Möhring-Schulze-Ulmer-Zweigert, Quellen des Urheberrechts, USA/I unter 11/1.

gruppe Filmrecht zu dem Schluß, daß für die rechtliche Gleichstellung der Fernsehwerke mit den Filmwerken nicht so sehr die Ähnlichkeit der angewandten Technik als vielmehr diejenige der Herstellungsmethode von Bedeutung sei, die sich beispielsweise im Schnitt und in der Montage manifestiert. Hierauf wurde von dem Präsidenten der Kommission vor der Abstimmung über den von der Arbeitsgruppe vorgelegten Text hingewiesen, ein Text, der bei zwei Enthaltungen schließlich einstimmig angenommen wurde und der den Filmwerken solche Werke gleichstellt, die durch ein der Kinematographie ähnliches Verfahren zum Ausdruck gebracht werden („...œuvres exprimées par un procédé analogue à la cinématographie“). Seitens der italienischen Delegation wurde allerdings Wert darauf gelegt, daß eine Auslegung dieser Formulierung in dem von Professor Bergström verfaßten Generalbericht unterbleibt — sie ist dort auch nicht erfolgt —, sondern den einzelnen Verbandsländern überlassen wird. Mit Rücksicht auf die im italienischen Filmrecht zugunsten des Produzenten vorgesehene *cessio legis* sind gewisse Kreise in Italien offenbar daran interessiert, die Gleichstellung von Film und Fernsehen zu beschränken.

Seitens der österreichischen Delegation wurde mit Recht hervorgehoben, daß sich die Gleichstellung nur auf solche Fernsehproduktionen bezieht, die sich als das Ergebnis individueller geistiger Tätigkeit darstellen und daher als Werke im urheberrechtlichen Sinne anzusehen sind. Die bloße Übertragung von Tagesereignissen, Sportveranstaltungen, Opernaufführungen und dgl. durch das Fernsehen begründet kein Fernsehwerk in diesem Sinne.

Die Frage, ob der Schutz der Fernsehwerke eine Festlegung voraussetzt oder ob auch Live-Sendungen geschützt sind, bedurfte angesichts der neuen Bestimmung des Art. 2 Abs. 2⁸⁾ keiner Regelung mehr: Während der Werkkatalog des Art. 2 Abs. 1 eine Festlegung nicht verlangt, steht es den Verbandsländern frei, in ihrem Gebiet den Schutz von einer solchen Festlegung abhängig zu machen.

Nachdem die Formel für den Schutz der Fernsehwerke gefunden war, lag es nahe, auf dem Gebiet der Photographie einen entsprechenden Text zu wählen. Die Konvention schützt somit neben den photographischen Werken solche, die durch ein der Photographie ähnliches Verfahren zum Ausdruck gebracht werden.

3. Amtliche Werke

Die Brüsseler Fassung der RBÜ kennt keine allgemeine Bestimmung über amtliche Werke. Lediglich im Zusammenhang mit dem Schutz von Übersetzungen ist den Verbandsländern die Möglichkeit vorbehalten, den Schutz der Übersetzungen offizieller Texte auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu bestimmen, also auch auszuschließen oder zu beschränken (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 RBÜ BF). Infolge der Einführung des allgemeinen Vervielfältigungsrechts in der Übereinkunft (Art. 9 Abs. 1 Stockholmer Fassung, nachfolgend StF genannt) ergab sich die Notwendigkeit, den Verbandsländern zu gestatten, auch den Schutz der amtlichen Texte selbst abweichend von den Vorschriften der Konvention zu regeln. Andererseits schien die geltende Fassung insoweit als zu weit gehend, als sie den Verbandsländern die Möglichkeit gibt, auch private Übersetzungen

gen amtlicher Texte vom Schutz auszuschließen. Die deutsche Delegation hat daher folgende Neufassung vorgeschlagen:

„Es bleibt den Gesetzgebern der Verbandsländer vorbehalten, den Schutz für offizielle Texte auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung sowie für offizielle Übersetzungen solcher Texte zu bestimmen.“

Die Stockholmer Konferenz hat diesen Vorschlag angenommen und die neue Bestimmung in Art. 2 Abs. 4 untergebracht. Auf englischen Wunsch wurde im Generalbericht festgehalten, daß die neue Bestimmung den Verbandsländern keinen Freibrief gibt, allen Regierungsveröffentlichungen überhaupt den Schutz zu versagen⁹⁾. Die Regelung in § 5 des neuen deutschen Urheberrechtsgesetzes erscheint jedoch auch insoweit konventionsrechtlich gedeckt, als sie neben Gesetzen, Verordnungen, amtlichen Erlassen, Bekanntmachungen, Entscheidungen sowie amtlich verfaßten Leitsätzen hierzu andere amtliche Werke vom Schutz ausnimmt, die im amtlichen Interesse zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht worden sind¹⁰⁾.

4. Werke der angewandten Kunst

Die nach der Konvention geschützten Werke genießen den Schutz grundsätzlich in allen Verbandsländern (Art. 2 Abs. 4 BF, Art. 2 Abs. 6 StF). Das ist ein Schutz, der unmittelbar aus der Übereinkunft folgt (Schutz *jure conventionis*)¹¹⁾, also auch dann gewährt werden muß, „wenn die nationale Gesetzgebung die geschützten Werksgattungen enger umgrenzt“¹²⁾. Die Werke der angewandten Kunst unterstehen diesem fortschrittlichen Regime jedoch nur mit Einschränkungen. Obwohl auch sie (seit Brüssel) in dem Werkkatalog des Art. 2 Abs. 1 enthalten sind, hat es die Konvention „den Gesetzgebern der Verbandsländer vorbehalten, den Anwendungsbereich der Gesetze, welche die Werke der angewandten Künste und die gewerblichen Muster und Modelle betreffen, sowie die Voraussetzungen des Schutzes dieser Werke, Muster und Modelle festzulegen“ (Art. 2 Abs. 5 Satz 1 BF). Der Grund hierfür ist darin zu erblicken, daß die Auffassungen der einzelnen Verbandsländer über die Voraussetzungen des Schutzes der Werke der angewandten Kunst und seine Abgrenzung zum Schutz der Muster und Modelle stark divergieren. So gilt beispielsweise in Frankreich der Grundsatz der Einheit der Kunst (*unité de l'art*), nach dem Muster und Modelle in großem Umfang zugleich nach dem Urheberrechtsgesetz und — im Falle der Hinterlegung — nach dem Gesetz über die designs et modèles geschützt sind. Dagegen ist in Großbritannien ein doppelter Schutz ausgeschlossen: Selbst wenn ein Gegenstand die Voraussetzungen des Kunstschutzes und insbesondere des Schutzes als „work of artistic craftsmanship“ erfüllt, wird der Urheberrechtsschutz im Falle der Eintragung oder gewerblichen Verwertung des Gegenstands als Muster durch den Schutz nach dem Registered Designs Act verdrängt. In Deutschland ist zwar ein doppelter Schutz denkbar, doch sind in

⁹⁾ Der englische Copyright-Act von 1956 sieht bei „original works“, die unter der Leitung oder Kontrolle der Krone oder einer Regierungsabteilung geschaffen werden, ein Urheberrecht der Krone vor (Sec. 39).

¹⁰⁾ § 5 des deutschen URG bezieht sich allerdings auf alle Werksgattungen, während in Art. 2 Abs. 4 RBÜ StF nur von offiziellen „Texten“ die Rede ist.

¹¹⁾ Vgl. Baum, Die Brüsseler Konferenz zur Revision der revidierten Berner Übereinkunft, GRUR 1049, 1 (9 f.).

¹²⁾ Ulmer, Urheber- und Verlagsrecht, 2. Aufl. 1960, S. 76 f. Inhalt und Umfang dieses Schutzes richten sich allerdings nach dem Recht der einzelnen Verbandsländer, Bappert-Wagner, Kommentar zum internationalen Urheberrecht 1956, Art. 2 RBÜ Anm. 22.

⁸⁾ Vgl. oben S. 432 (II 1).

der Regel die Voraussetzungen, die man für den Urheberrechtsschutz an die künstlerische Gestaltungshöhe stellt, nicht erfüllt. In Italien setzt der Urheberrechtsschutz voraus, daß die künstlerischen Elemente von dem gewerblichen Charakter des Erzeugnisses trennbar sind, und so fort. Angesichts dieser Unterschiede mußte die RBÜ nicht nur den Verbandsländern die Regelung des Schutzes der Werke der angewandten Kunst vorbehalten, vielmehr hat sie auf diesem Gebiet auch die ihr sonst (abgesehen vom Vergleich der Schutzfristen) fremde materielle Reziprozität¹³⁾ zugelassen:

„Für Werke, die im Ursprungsland nur als Muster und Modelle geschützt werden, kann in den anderen Verbandsländern nur der Schutz beansprucht werden, der in diesen Ländern den Mustern und Modellen gewährt wird“ (Art. 2 Abs. 5 Satz 2 BF).

Auf der Stockholmer Konferenz hat Dänemark den sehr weitgehenden Vorschlag unterbreitet, die Sonderregelung betreffend die Werke der angewandten Kunst in Art. 2 Abs. 5 BF zu streichen und ihren Schutz somit in vollem Umfang dem Schutz der übrigen Werksgattungen gleichzustellen. Es ist nicht verwunderlich, daß dieser Vorschlag, für den der Boden in keiner Weise vorbereitet war, abgelehnt wurde. Aber auch ein niederländischer Antrag auf Streichung des Art. 2 Abs. 5 Satz 2 (betreffend die materielle Gegenseitigkeit) blieb ohne Erfolg.

Dagegen konnte sich ein italienischer Antrag durchsetzen, nach dem der Grundsatz der materiellen Gegenseitigkeit nicht gilt, wenn in dem Land, in dem der Schutz beansprucht wird, ein Sonderschutz für Muster und Modelle nicht besteht. In diesem Fall ist das Schutzland verpflichtet, auch solchen Werken, die im Ursprungsland nur als Muster oder Modelle geschützt sind, den Kunstwerkschutz zuzubilligen (vgl. den letzten Satz des Art. 2 Abs. 7 StF)¹⁴⁾. Da Schweden beispielsweise gegenwärtig nur auf dem Gebiet der Metallindustrie einen Musterschutz kennt, muß es auf anderen Gebieten Mustern englischen Ursprungs den Urheberrechtsschutz gewähren, obwohl sie in Großbritannien bezüglich der mustermäßigen Verwertung nur nach dem Registered Designs Act geschützt sind.

Schließlich wurde entsprechend dem Vorschlag des amtlichen Programms in dem neuen Abs. 7 des Art. 2 ein Hinweis auf Art. 7 Abs. 4 aufgenommen, der die Verbandsländer verpflichtet, bei der Regelung des urheberrechtlichen Schutzes der Werke der angewandten Kunst eine Mindestschutzfrist von 25 Jahren seit der Schaffung des Werkes nicht zu unterschreiten.

5. Sonstiges

Im Zusammenhang mit Art. 2 sind schließlich folgende formelle Änderungen erwähnenswert:

a) Im Zuge der Einführung des allgemeinen Vervielfältigungsrechts und der dadurch bedingten völligen Neugestaltung des Art. 9 erschien es zweckmäßig, den bisherigen Art. 9 Abs. 3 betreffend Tagesneuigkeiten und vermischte Nachrichten nach Art. 2 zu verweisen, in dessen Abs. 8 er — sachlich unverändert — Platz gefunden hat. Die neue Placierung erscheint auch systematisch gerechtfertigt. Wie der Generalbericht ausdrücklich her-

vorhebt, erfüllen bloße Mitteilungen über Tagesneuigkeiten oder laufende Ereignisse nicht die an den Werkbegriff des Art. 2 gestellten Anforderungen. Um so weniger sind die Tatsachen oder Ereignisse, über die berichtet wird, geschützt¹⁵⁾. Dagegen stehen journalistische Artikel und andere literarische Werke, die sich mit Neuigkeiten befassen, ebenso wie sonstige Werke unter Konventionsschutz.

b) In terminologischer Beziehung ist eine Vereinheitlichung und zugleich Vereinfachung dadurch vorgenommen worden, daß der in manchen Artikeln der Konvention (vgl. Art. 12 und 14 BF) vorkommende Begriff der Werke der Literatur, Wissenschaft oder Kunst durch den Begriff der Werke der Literatur oder Kunst (bzw. Werke der Literatur und Kunst) ersetzt worden ist. Aus Art. 2 Abs. 1 der Konvention ergibt sich, daß diese Bezeichnung auch die Werke der Wissenschaft umfaßt.

III. Wiedergabe von Vorträgen und dgl. durch Presse und Rundfunk (Art. 2^{bis})

(Verfasser: Reimer)

Während Art. 2^{bis} in seinen Absätzen 1 und 3 sachlich unverändert geblieben ist, hat Abs. 2 dieser Bestimmung einige wesentliche Änderungen erfahren.

Im amtlichen Programm waren keine Änderungen dieser Vorschrift vorgesehen, die in ihrer Brüsseler Fassung den Verbandsländern die Befugnis vorbehält, „zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Vorträge, Ansprachen, Predigten und andere Werke gleicher Art durch die Presse wiedergegeben werden dürfen“. Verschiedene Regierungen (so Deutschland, Bulgarien, Polen, die Tschechoslowakei und Indien) hatten eine Erweiterung dieser Vorschrift auf die Wiedergabe durch den Rundfunk vorgeschlagen. Da in anderer Beziehung auch Vorschläge zur Einschränkung des geltenden Textes gemacht wurden, schien die Einberufung einer kleinen Arbeitsgruppe zweckmäßig, die unter dem Vorsitz des Schweizer Bundesrichters *Pierre Cavin* folgenden Text ausarbeitete, der von der Kommission gebilligt wurde:

„Es bleibt den Gesetzgebungen der Verbandsländer die Befugnis vorbehalten, zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen Vorträge, Ansprachen und andere Werke gleicher Art, die öffentlich dargeboten wurden, durch die Presse wiedergegeben, durch den Rundfunk gesendet, durch Drahtfunk öffentlich übertragen und zum Gegenstand öffentlicher Mitteilungen im Sinne des Art. 11^{bis} Abs. 1 der vorliegenden Übereinkunft gemacht werden dürfen, sofern eine solche Verwertung durch den erstrebten Informationszweck gerechtfertigt ist.“

Die neue Vorschrift enthält im Vergleich zum geltenden Text eine Erweiterung und drei Einschränkungen:

a) Die Erweiterung besteht darin, daß die Verbandsländer eine freie Wiedergabe nicht nur durch die Presse, sondern auch durch den Rundfunk, den Drahtfunk und im Wege der Zweitverwertung im Sinne des Art. 11^{bis} Abs. 1 (öffentliche Wiedergabe des gesendeten Werkes) vorsehen können. Diese Erweiterung erschien insbesondere im Interesse einer Gleichstellung von Presse und Rundfunk unvermeidbar.

b) Die erste Einschränkung besteht darin, daß Predigten nicht mehr zu den von der Ausnahmenvorschrift des Art. 2^{bis} Abs. 2 betroffenen Werken gehören. Es

¹³⁾ Dies im Text der Konvention selbst zum Ausdruck zu bringen, wie es die britische Delegation beantragte, erschien überflüssig.

¹³⁾ Über die beim Übersetzungsrecht neu eingeführte materielle Reziprozität vgl. unten S. 439 (V).

¹⁴⁾ Dies gilt freilich nur, wenn die Voraussetzungen, die das eigene Recht an den Kunstwerkschutz stellt, erfüllt sind. — Im gleichen Sinne wie der italienische Antrag hatte sich die Bundesrepublik Deutschland schon in ihrer schriftlichen Stellungnahme geäußert, ohne allerdings einen formellen Antrag zu stellen.

wurde als angemessen empfunden, daß für die Presseveröffentlichung, Rundfunksendung etc. einer Predigt die Zustimmung der Pfarrer (bzw. der Kirche) eingeholt werden muß. Von sachverständiger Seite wurde in der Arbeitsgruppe darauf hingewiesen, daß in der Praxis Rundfunksendungen von Predigten ohnehin nur auf Wunsch der Kirche erfolgten, wobei diese nicht nur keine Vergütung verlange, sondern die Rundfunkanstalt sogar für die Sendung bezahle.

c) Die zweite Einschränkung allgemeiner Art besteht darin, daß Art. 2^{bis} Abs. 2 nur noch öffentlich dargebotene Werke (*œuvres ... prononcées en public*) betrifft. Private Vorträge, Ansprachen und Darbietungen gleicher Art fallen also nicht unter diese Ausnahmenvorschrift.

d) Schließlich ist als dritte Einschränkung vorgesehen, daß die Verwertung durch den erstrebten Informationszweck gerechtfertigt ist. Die deutsche Delegation hatte eine noch stärkere Einschränkung in dem Sinne vorgeschlagen, daß die in Art. 2^{bis} Abs. 2 genannten Werke Tagesfragen betreffen müssen. Dieser Vorschlag ließ sich jedoch nicht durchsetzen.

IV. Anknüpfungspunkte und Ursprungsland (Art. 3–6)

(Verfasser: Reimer)

Die Bestimmungen über Anknüpfungspunkte und Ursprungsland (Art. 4–6 BF) haben wesentliche Verbesserungen sachlicher und systematischer Art erfahren. Unter den sachlichen Änderungen stehen diejenigen im Vordergrund, die zu einer Erweiterung des Anwendungsbereiches der Konvention geführt haben. Die systematischen Verbesserungen sind das große Verdienst des Präsidenten der Kommission I, Professor Dr. Eugen Ulmer, nach dessen Vorschlägen die bisherigen Bestimmungen neu geordnet wurden. Zum besseren Verständnis der Art. 3–6 StF erscheint es zweckmäßig, mit der Erläuterung der neuen Systematik zu beginnen.

1. Die neue Systematik

Das Verständnis der Brüsseler Fassung (Art. 4–6) wird dadurch erschwert, daß sie bereits an früher Stelle (Art. 4 Abs. 3 und 5) Vorschriften über das Ursprungsland bringt, ohne zuvor erschöpfend geklärt zu haben, für welche Werke die Konvention Schutz gewährt (sog. Anknüpfungspunkte). Vielmehr ist die Regelung der Anknüpfung in der Brüsseler Fassung über drei Vorschriften (Art. 4 Abs. 1, Art. 5, Art. 6 Abs. 1) verstreut. Die bisherige Regelung ist daher nicht nur schwer überschaubar, sondern begründet auch die Gefahr, daß die rechtliche Bedeutung der Begriffe „Anknüpfungspunkte“ und „Ursprungsland“ sowie ihr Verhältnis zueinander mißverstanden werden.

Eugen Ulmer hat in einer Abhandlung¹⁶⁾ klargestellt, daß die Frage nach den Anknüpfungspunkten der Frage nach dem Ursprungsland logisch vorgeordnet ist: Zuerst muß geprüft werden, ob das Werk den Schutz der Konvention genießt (Frage nach den Anknüpfungspunkten), und erst dann spielt die Frage eine Rolle, welches das Ursprungsland des Werkes ist. Die Bestimmung des

Ursprungslands ist für Inhalt und Dauer des Schutzes von Bedeutung und setzt somit voraus, daß die Frage, ob überhaupt Konventionsschutz besteht, ob mit anderen Worten ein Anknüpfungspunkt vorliegt, bejaht worden ist. Der Schutz im Ursprungsland richtet sich einzig und allein nach der nationalen Gesetzgebung dieses Landes. Ist das Ursprungsland das Land, dem der Urheber angehört, so kommt der Konventionsschutz im Ursprungsland überhaupt nicht zum Tragen, sondern gilt nur in den übrigen Verbandsländern (Art. 4 Abs. 1 BF, Art. 5 Abs. 3 Satz 1 StF). Handelt es sich also beispielsweise um das unveröffentlichte Werk eines Deutschen (Ursprungsland Deutschland) oder um das erstmals in Deutschland veröffentlichte Werk eines Deutschen (Ursprungsland Deutschland) oder um das erstmals in einem verbandsfremden Land veröffentlichte Werk eines Deutschen (Ursprungsland Deutschland), dann ist Grundlage für den Schutz des Werkes in Deutschland allein das deutsche Urheberrechtsgesetz. Die Konvention steht hier zur Seite, ohne sich in den Schutz einzumischen, den die Verbandsländer ihren eigenen Angehörigen angedeihen lassen¹⁷⁾. Ist das Ursprungsland dagegen ein Land, dem der Urheber nicht angehört, so gilt für den Schutz im Ursprungsland Inländerbehandlung (Art. 5 BF, Art. 5 Abs. 3 Satz 2 StF), während die von der Konvention garantierten Mindestschutzrechte nur in den übrigen Verbandsländern in Anspruch genommen werden können. Handelt es sich also beispielsweise um das erstmals in Deutschland veröffentlichte Werk eines Franzosen (Ursprungsland Deutschland), dann richtet sich der Schutz des Werkes in Deutschland auch hier nur nach dem deutschen Urheberrechtsgesetz: Die Konvention beschränkt sich darauf, die – keineswegs selbstverständliche – Inländerbehandlung zu garantieren, nimmt aber davon Abstand, dem Ursprungsland über die Anwendung des eigenen Gesetzes hinaus die Zuerkennung bestimmter Mindestrechte vorzuschreiben.

Weiterhin ist die Bestimmung des Ursprungslandes in der Frage der Schutzdauer von Bedeutung. Zwar richtet sich die Schutzfrist grundsätzlich nach dem Recht des Landes, in dem der Schutz beansprucht wird. Doch können die Verbandsländer im Wege des Vergleichs der Schutzfristen den Schutz auf die Zeit beschränken, für die das Werk im Ursprungsland geschützt ist (vgl. Art. 7 Abs. 2 BF und Art. 7 Abs. 8 StF). Es handelt sich hier um einen Fall der materiellen Gegenseitigkeit: Kein Land ist verpflichtet, dem Werk einen längeren Schutz zukommen zu lassen, als er im Ursprungsland besteht.

Die Gründe für die Regeln über das Ursprungsland liegen somit teils in der Rücksichtnahme auf die Souveränität der internen Gesetzgebung der einzelnen Verbandsländer, teils in der Aufrechterhaltung des Prinzips der materiellen Gegenseitigkeit bei der Bemessung der Schutzdauer. Es fragt sich, ob diese Gründe auf weite Sicht schutzwürdig sind, oder ob es nicht vorzuziehen ist, den Begriff des Ursprungslandes und die diesbezüglichen Regeln ganz abzuschaffen und die Konvention damit wesentlich zu vereinfachen. Eine entsprechende Anregung ist gelegentlich von dem britischen Delegierten Wallace gegeben worden¹⁸⁾. Auch in Stockholm hat er darauf hingewiesen, daß Großbritannien einen Vergleich

¹⁶⁾ In französischer Sprache in NIR 1967, 208, in deutscher Sprache in der Festschrift des Heidelberger Instituts für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht (1967) veröffentlicht.

¹⁷⁾ Selbstverständlich übt aber die Entwicklung des Konventionsschutzes Einfluß auf die nationale Gesetzgebung aus, da diese kaum geneigt sein wird, Werken fremder Staatsangehöriger einen stärkeren Schutz als den eigenen Staatsbürgern zu gewähren.

¹⁸⁾ Vgl. hierzu Ulmer, a.a.O.

der Schutzfristen nicht kennt und die Abschaffung dieser Institution ebenso begrüßen würde wie die des Ursprungslandes. Ein Antrag in diesem Sinne ist jedoch nicht gestellt worden und hätte auch um so weniger Aussicht auf Erfolg gehabt, als gerade das in Stockholm beschlossene Protokoll über die Entwicklungsländer zeigt, wie groß in Zukunft die Unterschiede im Niveau des Schutzes innerhalb der Union sein können.

Die neue Systematik trägt dem Umstand Rechnung, daß die Frage der Anknüpfung vorrangig und diejenige nach dem Ursprungsland nur von sekundärer Bedeutung ist. In Art. 3 sind die allgemeinen Anknüpfungspunkte (Staatsangehörigkeit, Erstveröffentlichung, gewöhnlicher Aufenthaltsort) und der Begriff der Veröffentlichung geregelt. Der Art. 4 handelt von zusätzlichen Anknüpfungspunkten bei Filmwerken, Werken der Baukunst und solchen der graphischen und plastischen Künste, welche Bestandteile eines Grundstücks sind. Art. 5 legt die Schutzprinzipien in den anderen Verbandsländern und dem Ursprungsland fest und bestimmt, welches Land als Ursprungsland anzusehen ist. Art. 6 enthält entsprechend der bisherigen Regelung in Art. 6 Abs. 2–4 BF Regeln über die Retorsion in Bezug auf den Schutz von Werken verbandsfremder Urheber, die erstmalig in einem Verbandsland veröffentlichen.

Bei den Beratungen innerhalb der Kommission wurde die neue Systematik von den meisten Delegierten lebhaft begrüßt. Nur die italienische Delegation äußerte vorübergehend Bedenken, da sie offensichtlich versteckte sachliche Änderungen hinter der neuen Ordnung witterte. Als sie sich jedoch davon überzeugt hatte, daß dem nicht so ist, war der Weg für die allgemeine Anerkennung frei.

2. Erweiterung der Anknüpfungspunkte

Unter den sachlichen Änderungen steht die Schaffung einiger neuer Anknüpfungspunkte im Vordergrund, durch die der Anwendungsbereich der Konvention erweitert wird.

a) Die Staatsangehörigkeit als allgemeiner Anknüpfungspunkt

Nach der Brüsseler Fassung stehen solche Werke der in einem Verbandsland angehörigen Urheber, die erstmalig in einem verbandsfremden Land veröffentlicht werden, nicht unter Konventionsschutz. Diese Regelung wurde als unbefriedigend empfunden. Der Vorschlag im Programm der Konferenz, die Staatsangehörigkeit des Urhebers zum allgemeinen Anknüpfungspunkt zu machen mit der Folge, daß die Konvention auch außerhalb der Union erstveröffentlichte Werke von Staatsangehörigen eines Verbandslandes schützt, wurde daher einmütig gutgeheißen. Demgemäß schützt Art. 3 Abs. 1 a StF die einem Verbandsland angehörigen Urheber allgemein für ihre veröffentlichten und unveröffentlichten Werke.

Dagegen wurde der Vorschlag der indischen Delegation, Art. 6 BF zu streichen, den in einem Verbandsland erstveröffentlichten Werken verbandsfremder Urheber in Zukunft also den Konventionsschutz zu entziehen, mit allen Stimmen gegen Indien abgelehnt. Die Annahme dieses Vorschlags hätte zu einer wesentlichen Einschränkung des Konventionsschutzes und zu einem Bruch mit einer 80jährigen Tradition geführt. Art. 3 Abs. 1 b StF schützt dementsprechend wie bisher (Art. 6 Abs. 1 BF) die keinem Verbandsland angehörigen Urheber, die ihre Werke zum erstenmal in einem Verbandsland veröffentlichen.

b) Gewöhnlicher Aufenthaltsort in einem Verbandsland

Das Programm der Konferenz hatte vorgeschlagen, in einer neuen Vorschrift Urheber, die keinem Verbandsland angehören, aber in einem Verbandsland ihren Wohnsitz haben, den einem Verbandsland angehörigen Urhebern gleichzustellen. Außerdem sollte den Verbandsländern die Möglichkeit gegeben werden, durch die Ratifizierung eines Zusatzprotokolls auch Staatenlose und/oder Flüchtlinge, die ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort in einem Verbandsland haben, in den Schutz einzubeziehen.

Bei den Beratungen in der Kommission zeigte sich, daß der Begriff „Wohnsitz“ in einzelnen Verbandsländern eine verschiedene Bedeutung hat und daher zu Auslegungsschwierigkeiten führen kann. Ein weiteres Problem lag in der Frage, ob sich der Begriff „Wohnsitz“ nach dem Recht des Landes richtet, in dem der Wohnsitz (so die österreichische und deutsche Auffassung) oder in dem der Schutz (so die bulgarische, französische und schwedische Auffassung) beansprucht wird.

Angesichts dieser Schwierigkeiten hat sich die Kommission mit knapper Mehrheit entschlossen, den Begriff „Wohnsitz“ durch den einfachen Begriff „gewöhnlicher Aufenthaltsort“ zu ersetzen. Art. 3 Abs. 2 StF stellt dementsprechend die Urheber, die keinem Verbandsland angehören, aber ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort in einem Verbandsland haben, den Staatsangehörigen dieses Verbandslandes gleich. Mit dieser Regelung entfiel zugleich die Notwendigkeit eines Zusatzprotokolls betreffend den Schutz von Staatenlosen und Flüchtlingen, da die dort vorgesehene Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthaltsort nun allgemein gilt.

Fraglich ist, zu welchem Zeitpunkt ein solcher gewöhnlicher Aufenthaltsort vorhanden sein muß, um als Anknüpfungspunkt dienen zu können. Einem allgemeinen Grundsatz (vgl. auch Art. 18 RBÜ) zufolge darf das Werk noch nicht gemeinfrei geworden sein, als der Aufenthaltsort in einem Verbandsland begründet wurde. Es darf also nicht vor Begründung des Aufenthaltsortes in einem Verbandsland außerhalb der Union veröffentlicht worden sein. Hat die erste Veröffentlichung des Werkes eines verbandsfremden Urhebers innerhalb der Union stattgefunden, dann bedarf es für die Begründung des Schutzes nicht eines gewöhnlichen Aufenthaltsortes, weil der Schutz an die Erstveröffentlichung anknüpft. Der Anknüpfungspunkt des Aufenthaltsortes ist somit nur für unveröffentlichte Werke verbandsfremder Urheber und für solche veröffentlichte Werke verbandsfremder Urheber von praktischem Interesse, bei denen die Erstveröffentlichung nach der Begründung des Aufenthaltsortes in einem Verbandsland außerhalb der Union erfolgt ist. Hat beispielsweise ein Russe zur Zeit der ersten Veröffentlichung seines Werkes in Rußland seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in Paris, so ist der Konventionsschutz gegeben. Dieser Schutz sollte auch dann nicht entfallen, wenn der Russe zur Zeit der Schutzbeanspruchung wieder in Rußland lebt; denn es wäre beispielsweise unbillig, wenn das während der Pariser Zeit des Urhebers für einen französischen Verlag begründete Verlagsrecht nach Rückkehr des Russen in seine Heimat von jedermann mißachtet werden könnte.

Bei unveröffentlichten Werken liegt es nahe, auf den Zeitpunkt abzustellen, zu dem die Verletzungshandlung begangen wird. Dagegen kann weder verlangt werden noch ist es ausreichend, daß das unveröffentlichte Werk

während des gewöhnlichen Aufenthaltsortes in einem Verbandsland geschaffen wurde. Hat der Russe beispielsweise ein Manuskript in Paris geschrieben, ohne es zu veröffentlichen, so besteht kein Konventionsschutz, wenn er es nach Rußland mitnimmt. Wird ihm aber in Paris das Manuskript entwendet, so kann er den Konventionsschutz in Anspruch nehmen. Dies gilt auch dann, wenn er das Manuskript in Moskau geschrieben und dann nach Paris mitgenommen hat, wo er seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort begründet hat.

Nach dem Generalbericht von Professor *Bergström* (vgl. Nr. 28) kommt es bei unveröffentlichten Werken wahrscheinlich darauf an, daß der Urheber seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in einem Verbandsland zu einer Zeit hat, zu der das Werk erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird (etwa durch Vortrag, Ausführung oder Sendung). Ist dies durch eine unbefugte Person geschehen, so soll der Urheber den Konventionsschutz gegen diese Person in Anspruch nehmen können, wenn er zu diesem Zeitpunkt seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in einem Verbandsland hatte. Diese Auffassung deckt sich mit der hier vertretenen, behandelt aber nur einen Teilaspekt.

c) Zusätzlicher Anknüpfungspunkt bei Filmwerken

Das Programm der Konferenz hatte vorgeschlagen, bei Filmwerken als zusätzlichen Anknüpfungspunkt neben den allgemeinen Anknüpfungspunkten die Zugehörigkeit des Herstellers zu einem Verbandsland oder seinen Wohnsitz oder seine Niederlassung in einem Verbandsland vorzusehen.

Bei den Beratungen in der Kommission zeigte sich, daß die Staatsangehörigkeit des Herstellers kein sehr brauchbares Kriterium ist, zumal es sich bei den Unternehmen der Filmproduktion meist um juristische Personen handelt. Dieser Anknüpfungspunkt wurde daher fallengelassen. Dagegen wurde die zusätzliche Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthaltsort (statt an den Wohnsitz, vgl. oben b) oder an die Niederlassung gutgeheißen, wobei sich der Begriff Niederlassung auf juristische und der Begriff gewöhnlicher Aufenthaltsort auf natürliche Personen beziehen soll. Die neue Vorschrift ist in Art. 4 a StF enthalten. Für den Fall der Koproduktion soll es nach einer Bemerkung des Präsidenten der Kommission genügen, daß einer der Koproduzenten seine Niederlassung oder seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in einem Verbandsland hat.

d) Zusätzlicher Anknüpfungspunkt bei Werken der Baukunst

Art. 4 Abs. 5 BF sieht als Ursprungsland bei unveröffentlichten Werken der Baukunst und der graphischen und plastischen Künste, welche Bestandteile eines Grundstücks sind, das Verbandsland vor, in welchem diese Werke errichtet oder einem Bauwerk eingefügt worden sind. Diese Regelung betrifft nur das Ursprungsland, begründet jedoch keinen zusätzlichen Anknüpfungspunkt¹⁹⁾. Der Konventionsschutz setzt also voraus, daß der Urheber des betreffenden unveröffentlichten Werkes Staatsangehöriger eines Verbandslandes ist.

Das Programm der Konferenz hatte demgegenüber vorgeschlagen, den Schutz zusätzlich zu den allgemeinen

Anknüpfungspunkten an die Errichtung eines Werkes der Baukunst in einem Verbandsland oder an die Einfügung eines Werkes der graphischen oder plastischen Künste in ein in einem Verbandsland gelegenes Bauwerk anzuknüpfen.

Bei den Beratungen in der Kommission wurde dieser Vorschlag grundsätzlich gutgeheißen (vgl. den neuen Art. 4 b). Es wurden jedoch — insbesondere seitens der australischen, britischen und monegassischen Delegation — Bedenken in zwei Richtungen geltend gemacht. Einmal wurde die Frage aufgeworfen, ob es gerechtfertigt sei, bei Ausstellungen Werke, die wie Bilder mit dem Ausstellungsraum nur lose verbunden sind, ungeschützt zu lassen, während Statuen, die mit dem Bauwerk verbunden würden, den Schutz erhielten. Diese Frage wird sich dahin beantworten lassen, daß nur eine dauerhafte, nicht aber eine von vornherein nur vorübergehende Verbindung den Schutz begründen kann. Zum anderen ging es um die Frage, ob auch Kopien eines außerhalb der Union geschaffenen Kunstwerkes in den Genuß der neuen Anknüpfung gelangen sollen. Hierzu wurde auf Anregung des Präsidenten der Kommission in dem Generalbericht Professor *Bergströms* klargestellt, daß die neue Vorschrift nur anwendbar sein soll, wenn es sich um das Original des betreffenden Werkes handelt.

3. Änderung des Begriffs der Veröffentlichung

Nach Art. 4 Abs. 4 BF werden unter veröffentlichten Werken im Sinne der Art. 4, 5 und 6 die erschienenen Werke verstanden, „ohne Rücksicht auf die Art der Herstellung der Werkstücke, die in genügender Zahl zur Verfügung des Publikums gestellt sein müssen“. Dagegen stellen die Akte der öffentlichen Wiedergabe (Aufführung, Vorführung, Vortrag, Übertragung, Rundfunk-sendung) ebensowenig eine Veröffentlichung dar wie die Ausstellung eines Werkes der bildenden Künste und die Errichtung eines Werkes der Baukunst (Art. 4 Abs. 4 Satz 2 BF).

Die Stockholmer Fassung (Art. 3 Abs. 3) hat diesen Begriff der Veröffentlichung im wesentlichen übernommen. Im Vergleich zum geltenden Text wurden jedoch drei kleine Änderungen vorgenommen.

a) Die erste Änderung folgte einem Vorschlag des Programms der Konferenz, den Begriff der Veröffentlichung nicht nur für die Art. 4–6, sondern für die ganze Konvention einheitlich festzulegen. Dementsprechend wurden die Worte „im Sinne der Art. 4, 5 und 6“ gestrichen. Da in Art. 7 Abs. 4 BF, nach dem die Schutzdauer bei anonymen und pseudonymen Werken 50 Jahre seit ihrer Veröffentlichung beträgt, der Begriff der Veröffentlichung die weitere Bedeutung des öffentlichen Zugänglichmachens hat, worunter auch die Akte der öffentlichen Wiedergabe, die Ausstellung von Kunstwerken und die Errichtung eines Werkes der Baukunst fallen, ist diese Vorschrift dahin geändert worden, daß bei anonymen und pseudonymen Werken der Schutz 50 Jahre beträgt, seitdem sie der Öffentlichkeit erlaubterweise zugänglich gemacht wurden (neuer Art. 7 Abs. 3).

b) Als zweite Änderung hatte das Programm der Konferenz vorgeschlagen, den Text dahin zu ergänzen, daß eine Veröffentlichung nur angenommen werden kann, wenn das Werk erlaubterweise erschienen ist. Wird ein Werk beispielsweise gestohlen und anschließend rechtswidrig veröffentlicht, so liegt keine Veröffentlichung im konventionsrechtlichen Sinne vor.

¹⁹⁾ Vgl. *Ulmer*, a.a.O.; vgl. auch das vorbereitende Dokument S/1 (Schweden/BIRPI) S. 32; anderer Ansicht *Desbois*, *Le droit d'auteur en France*, 2. Aufl. 1966, S. 877 ff.

Grundsätzlich wurde die im Programm vorgeschlagene Änderung begrüßt. Die britische Delegation schlug jedoch vor, den Begriff „erlaubterweise“ durch die Worte „mit Zustimmung seiner Urheber“ zu ersetzen. Der Vorschlag wurde angenommen (Art. 3 Abs. 3 StF). Er bedeutet, daß ein Werk nicht als veröffentlicht im Sinne des Konventionsrechts anzusehen ist, wenn es zwar erlaubterweise, so z. B. auf Grund einer Zwangslizenz, aber gegen den Willen des Urhebers veröffentlicht worden ist. In solch einem Fall wird das Land der ersten Verbreitung nicht zum Ursprungsland, und der Konventionsschutz wird nicht begründet, wenn der Urheber keinem Verbandsland angehört. Man wird jedoch annehmen können, daß der Urheber diese Rechtsfolgen dadurch herbeiführen kann, daß er der Veröffentlichung nachträglich zustimmt, daß er sie mit anderen Worten genehmigt.

c) Die dritte Änderung war nicht im Programm vorgesehen. Doch wurde die Brüsseler Fassung, nach der die Werkexemplare in genügender Anzahl zur Verfügung des Publikums gestellt sein müssen, von verschiedenen Regierungen teils in schriftlichen Stellungnahmen, teils in mündlichen Interventionen als zu eng gerügt. So werden beispielsweise Filmkopien den Kinobesitzern, Musikpartituren den Orchestern, nicht aber dem Publikum zur Verfügung gestellt. Dennoch liegt eine Veröffentlichung des Filmwerkes vor, wenn Filmkopien in ausreichender Zahl in den Verleih gelangt sind, und ein Musikwerk kann selbst dann als veröffentlicht anzusehen sein, wenn nur ein einziges Stück der Partitur zum Zwecke der Aufführung durch jedes interessierte Orchester vermietet wird. Bei der Suche nach einer besseren Formel haben verschiedene Delegationen zusammengearbeitet. Grundlage der beschlossenen Änderung wurde ein gemeinsamer Vorschlag von Südafrika, Monaco, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland. Er wurde durch Vorschläge der britischen Delegation ergänzt. Nach der neuen Formulierung (Art. 3 Abs. 3) liegt eine Veröffentlichung vor, wenn Werkexemplare derart zur Verfügung gestellt werden, daß unter Berücksichtigung der Natur des Werkes die angemessenen Bedürfnisse des Publikums befriedigt werden. Mit anderen Worten muß dem Publikum in ausreichender Weise der Werkgenuß ermöglicht werden. Das kann beispielsweise bei einem Werk der ernsten Musik, das nur gelegentlich bei großen Orchesterkonzerten aufgeführt wird, durch das Zurverfügungstellen eines einzigen Partiturexemplares geschehen. Der Verleih einer Filmkopie zum Zwecke der Vorführung anlässlich eines Filmfestivals wird dagegen nicht als Veröffentlichung des Films angesehen werden können. Festzuhalten bleibt, daß die Akte der öffentlichen Wiedergabe (Vortrag, Aufführung usw.) als solche wie bisher keine Veröffentlichung darstellen: Art. 4 Abs. 4 Satz 2 BF wurde unverändert beibehalten (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 StF).

4. Bestimmung des Ursprungslandes

Zur rechtlichen Bedeutung des Begriffs „Ursprungsland“ kann auf die Ausführungen oben IV 1 verwiesen werden, mit denen die neue Systematik erläutert wurde. In dem neuen Art. 5 Abs. 4 ist zusammenfassend geregelt, welches Land als Ursprungsland anzusehen ist.

a) Für die erstmalig in einem Verbandsland veröffentlichten Werke ist entsprechend der bisherigen Regelung (vgl. Art. 4 Abs. 3 BF) das Land der Erstveröffentlichung Ursprungsland. Ist das Werk gleichzeitig in mehreren

Verbandsländern mit verschiedenen Schutzfristen veröffentlicht worden, dann ist Ursprungsland das Land mit der kürzesten Schutzdauer. Wird das Werk gleichzeitig in einem verbandsfremden Land und in einem Verbandsland veröffentlicht, dann ist das letztere als Ursprungsland anzusehen. Als gleichzeitig in mehreren Ländern veröffentlicht gilt jedes Werk, das innerhalb von 30 Tagen seit der ersten Veröffentlichung in zwei oder mehreren Ländern erschienen ist (Art. 4 Abs. 3 letzter Satz BF; Art. 3 Abs. 4 StF). In allen diesen Beziehungen sind sachlich keine Änderungen erfolgt. Das gleiche gilt bezüglich der Regel, daß bei unveröffentlichten Werken grundsätzlich das Land, dem der Urheber angehört, Ursprungsland ist (Art. 4 Abs. 5 Satz 1 BF; Art. 5 Abs. 4 c StF).

Neu ist dagegen die Vorschrift, daß auch bei Werken, die erstmalig in einem verbandsfremden Land veröffentlicht werden, ohne daß eine gleichzeitige Veröffentlichung in einem Verbandsland erfolgt, Ursprungsland das Verbandsland ist, dem der Urheber angehört (Art. 5 Abs. 4 c StF). Diese Regelung ist die logische Folge der Erweiterung des Konventionsschutzes auf Werke, die erstmalig in einem verbandsfremden Land veröffentlicht, aber von einem Urheber geschaffen wurden, der einem Verbandsland angehört²⁰⁾.

b) In diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß die Schweizer Delegation auf der Konferenz den Antrag gestellt hat, bei allen Werken einem Verbandsland angehöriger Urheber, also auch bei den erstmals in einem Verbandsland veröffentlichten Werken solcher Urheber, das Land der Staatsangehörigkeit des Urhebers als Ursprungsland festzulegen. Die Annahme dieses Vorschlags hätte Urheber und Verleger der Möglichkeit beraubt, durch die erste Veröffentlichung des Werkes in einem Land mit langer Schutzdauer die dem Werk zukommende Schutzfrist günstig zu beeinflussen. Läßt beispielsweise ein Schweizer Urheber sein Werk erstmalig in Deutschland erscheinen, so genießt er im Ursprungsland Deutschland den 70jährigen Schutz post mortem auctoris, und außerdem kommt ihm die lange Schutzfrist des Ursprungslandes insoweit zugute, als andere Länder mit längerer Schutzfrist als 50 Jahre post mortem auctoris den Schutz nicht im Wege des Vergleichs der Schutzfristen auf 50 Jahre beschränken können. Veröffentlicht umgekehrt ein deutscher Urheber sein Werk erstmalig in der Schweiz, so genießt er zwar in Deutschland den 70jährigen Schutz (§ 120 Abs. 1 Satz 1 URG), muß sich aber in anderen Ländern, die den Vergleich der Schutzfristen vornehmen, die kürzere 50jährige Frist des schweizerischen Rechts entgegenhalten lassen. Dieser Rechtszustand begünstigt die Erstveröffentlichung in Ländern mit langer Schutzfrist. Die Annahme des Schweizer Vorschlags hätte daher nicht im deutschen Interesse gelegen. Da auch die meisten anderen Länder dem Schweizer Antrag die Unterstützung versagten, hat ihn die Schweizer Delegation im Geiste guter internationaler Zusammenarbeit zurückgenommen. Sie hat sich jedoch vorbehalten, ihn anlässlich späterer Konferenzen wieder aufzugreifen.

c) Schließlich ist noch auf einige Sonderbestimmungen betreffend das Ursprungsland bei Filmwerken, bei in einem Verbandsland errichteten Werken der Baukunst und bei Werken der graphischen und plastischen Künste einzugehen, welche Bestandteile eines in einem Verbandsland gelegenen Grundstücks sind. Sind diese

²⁰⁾ Vgl. oben S. 436 (IV 2 a).

Werke erstmalig in einem Verbandsland veröffentlicht worden, so ergeben sich keine Besonderheiten: Ursprungsland ist das Land der ersten Veröffentlichung. Handelt es sich dagegen um unveröffentlichte Werke oder um Werke, die erstmalig in einem verbandsfremden Land ohne gleichzeitige Veröffentlichung in einem Verbandsland veröffentlicht wurden, so gilt folgendes:

Bei Filmwerken ist Ursprungsland das Verbandsland, in dem der Produzent seine Niederlassung oder seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat (Art. 5 Abs. 4 ci; vgl. über den entsprechenden neuen Anknüpfungspunkt oben IV 2 c). Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so ist Ursprungsland das Land, dem der Urheber des Filmwerks angehört. Da in der Regel mehrere Personen als Urheber des Filmwerks anzusehen sind, können sich bei der Bestimmung des Ursprungslands in diesem Falle Schwierigkeiten ergeben. Man wird die Auffassung vertreten können, daß es auf die Staatsangehörigkeit des Haupturhebers ankommt, also wohl auf die des Drehbuchautors oder — je nach Sachlage — des Regisseurs.

Handelt es sich um Werke der Baukunst, die in einem Verbandsland errichtet wurden, oder um Werke der graphischen und plastischen Künste, welche Bestandteile eines in einem Verbandsland gelegenen Grundstücks sind, dann ist dieses Verbandsland Ursprungsland (Art. 5 Abs. 4 ii; vgl. über den entsprechenden neuen Anknüpfungspunkt oben IV 2 d). Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so ist Ursprungsland das Land, dem der Urheber des Werkes der Baukunst oder des Werkes der graphischen oder plastischen Kunst angehört.

V. Droit moral (Art. 6^{bis})

(Verfasser: Reimer)

Die Brüsseler Fassung der RBÜ gewährleistet den Schutz des droit moral nur zu Lebzeiten des Urhebers und überläßt die Aufrechterhaltung des Schutzes nach seinem Tode der Gesetzgebung der Verbandsländer. Das Programm der Stockholmer Konferenz hatte vorgeschlagen, die Schutzfrist des droit moral derjenigen des Urhebervermögensrechts zwingend gleichzustellen. Doch stieß dieser Vorschlag, der schon auf der Brüsseler Konferenz 1948 gescheitert war, auf Schwierigkeiten, die darauf beruhen, daß den angelsächsischen Ländern, so vor allem Großbritannien und USA, ein im Urheberrecht wurzelndes droit moral unbekannt ist. So enthält der englische Copyright Act zwar einige Vorschriften betreffend die Anerkennung der Urheberschaft, überläßt aber den Schutz gegen Entstellungen und Verstümmelungen dem allgemeinen Recht, insbesondere dem Schutz gegen libel und slander, der nach dem Tode der diffamierten Person versagt. Auch die USA, auf deren möglichen Beitritt zur RBÜ auf der Stockholmer Konferenz verschiedentlich Bedacht genommen wurde (vgl. auch oben I 1), besitzen kein droit moral im kontinental-europäischen Sinne und haben hierin schon in der Vergangenheit ein wesentliches Hindernis für ihren Beitritt gesehen.

Auf der anderen Seite machte sich in Stockholm eine starke Strömung bemerkbar, die weit über den Vorschlag Schwedens/BIRPI hinaus die Anerkennung eines ewigen droit moral erstrebte. Entsprechende Anträge wurden von Bulgarien (unterstützt durch andere Ostblockländer wie die Tschechoslowakei und Rumänien), Griechenland

und Portugal gestellt, während die großen europäischen Länder mit ewigem droit moral — Frankreich und Italien — stärkere Zurückhaltung übten. In einer Kampfabstimmung lehnte die Kommission das ewige Urheberpersönlichkeitsrecht mit sehr knapper Mehrheit (14 gegen 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen) ab.

Um den anglo-amerikanischen Bedenken Rechnung zu tragen hatten inzwischen die Delegationen von Australien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Irland, Norwegen und Schweden einen Kompromißvorschlag ausgearbeitet, welcher der Erstreckung des urheberpersönlichkeitsrechtlichen Schutzes auf die gesamte Laufzeit des Urheberrechts zustimmen, aber folgenden zusätzlichen Absatz einfügen wollte:

„Die Gesetzgebung eines Verbandslandes kann jedoch vorsehen, daß bestimmte dem Urheber nach dem vorhergehenden Absatz gewährte Rechte nach seinem Tode nicht aufrechterhalten werden.“

Auf Anregung des Präsidenten der Kommission wurde dieser Zusatz schließlich dahin eingeschränkt, daß nur solche Länder die Möglichkeit haben, bestimmte Befugnisse des droit moral nach dem Tode des Urhebers nicht aufrechtzuerhalten, deren Gesetzgebung zur Zeit der Ratifizierung der oder des Beitritts zur Stockholmer Fassung nicht alle in Art. 6^{bis} Abs. 1 anerkannten urheberpersönlichkeitsrechtlichen Befugnisse schützt (Art. 6^{bis} Abs. 2 Satz 2 StF)²¹.

VI. Schutzdauer (Art. 7, 7^{bis})

(Verfasser: Reimer)

1. Einzelfragen

In der Frage der Schutzdauer hatte das Programm eine Reihe von Änderungen vorgeschlagen, die sich auf Einzelfragen bezogen und im wesentlichen von der Konferenz gebilligt wurden. Es handelt sich um folgende Änderungen:

a) Bezüglich des Schutzes der Filmwerke sieht Art. 7 Abs. 3 BF im Gegensatz zur allgemeinen Schutzdauer (Art. 7 Abs. 1) keine Mindestfrist vor. Das Programm befürwortete demgegenüber eine Mindestschutzfrist von 50 Jahren von der ersten Veröffentlichung, öffentlichen Vorführung oder Sendung an oder — mangels eines solchen Ereignisses innerhalb von 50 Jahren seit der Herstellung des Films — von der Herstellung des Films an. In Stockholm schlug die britische Delegation vor, die Worte „von der ersten Veröffentlichung, öffentlichen Vorführung oder Sendung an“ durch die Wendung „seit das Werk mit Zustimmung des Urhebers der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist“ zu ersetzen. Mit dieser Änderung wurde der Vorschlag Schwedens/BIRPI angenommen (vgl. Art. 7 Abs. 2 StF). Dagegen hatte ein portugiesischer Vorschlag, den Verbandsländern die Bestimmung der Schutzdauer ohne Festlegung einer Mindestfrist in der Weise vorzubehalten, daß sie eine angemessene Entschädigung der vorgenommenen Investitionen ermöglicht, ebenso wenig Erfolg wie der ungarische Antrag, einen Mindestschutz von 25 Jahren seit der Herstellung des Filmwerks festzulegen.

b) Die Brüsseler Fassung kennt auch bei Werken der angewandten Kunst und der Photographie keine Mindestschutzfrist (Art. 7 Abs. 3 BF). Das

²¹ Zur Frage des Zugangs zu Originalpartituren vgl. unten S. 453 (XIV 4).

amtliche Programm schlug bei diesen Werken die Einführung eines Mindestschutzes von 25 Jahren seit der Herstellung des Werkes vor. Der Vorschlag wurde angenommen (Art. 7 Abs. 4 StF).

c) Die geltende Vorschrift über den Schutz anonymer und pseudonymer Werke (Art. 7 Abs. 4 BF) hat entsprechend den Vorschlägen des Programms eine Klarstellung und eine Ergänzung erfahren (Art. 7 Abs. 3 StF). Die Klarstellung besteht darin, daß die 50jährige Schutzfrist des Satzes 1 dieser Vorschrift nicht mehr von der Veröffentlichung, sondern von dem Zeitpunkt an läuft, zu dem das Werk der Öffentlichkeit erlaubterweise zugänglich gemacht worden ist. Dies bedeutet keine sachliche, sondern nur eine terminologische Änderung, da „Veröffentlichung“ im Sinne dieser Vorschrift schon bisher die Bedeutung des „öffentlichen Zugänglichmachens“ hatte. Die terminologische Änderung ist dadurch bedingt, daß der Begriff der Veröffentlichung für die ganze Konvention einheitlich im Sinne des Art. 3 Abs. 3 festgelegt wurde²²⁾. Abweichend von der Regelung der Schutzfrist bei Filmwerken ist es bei den anonymen und pseudonymen Werken nicht erforderlich, daß das Werk „mit Zustimmung des Urhebers“ öffentlich zugänglich gemacht wird. Es genügt vielmehr, daß dies „erlaubterweise“ geschieht. Der Grund hierfür ist darin zu erblicken, daß der Urheber bei anonymen Werken häufig unbekannt ist und daß es daher untunlich wäre, auf seine Zustimmung abzustellen (vgl. über die Vertretung unbekannter Urheber unten XI).

Die Ergänzung besteht in folgendem, neu eingefügtem Satz:

„Die Vertragsländer sind nicht verpflichtet, anonyme oder pseudonyme Werke zu schützen, bei denen aller Anlaß zu der Vermutung besteht, daß ihr Urheber schon 50 Jahre tot ist.“

Die Vorschrift will verhindern, daß anonyme und pseudonyme Werke über die wahrscheinlich schon abgelaufene allgemeine Schutzfrist hinaus geschützt werden müssen.

d) Art. 7 Abs. 5 BF sah für nachgelassene Werke, die weder als Filmwerke oder Werke der Photographie oder der angewandten Kunst noch als anonyme oder pseudonyme Werke der Sonderregelung der Absätze 3 und 4 BF unterstanden, eine 50jährige Schutzfrist post mortem auctoris vor. Diese Bestimmung wurde in Stockholm einem Vorschlag des Programms entsprechend als überflüssig gestrichen.

e) Neu wurde in Art. 7 Abs. 6 eine Vorschrift über die Gewährung längerer Schutzfristen aufgenommen. Sie besagt, daß die Vertragsländer die Möglichkeit haben, eine längere als die in den vorangehenden Absätzen vorgesehene Schutzdauer zu gewähren. Eine sachliche Änderung des geltenden Rechtszustandes ist damit nicht verbunden.

f) Die Bestimmung über den Vergleich der Schutzfristen findet sich nunmehr in Art. 7 Abs. 8 (bisher Art. 7 Abs. 2). Sie stellt klar, daß sich die Schutzfrist — vorbehaltlich der in der Konvention festgelegten Mindestfristen — in allen Fällen nach dem Recht des Landes richtet, wo der Schutz beansprucht wird, daß sie jedoch die im Ursprungsland festgesetzte Schutzdauer nicht überschreitet, sofern die Gesetzgebung des Schutz-

landes nicht etwas anderes bestimmt. Durch diesen Zusatz wird deutlich gemacht, daß der Vergleich der Schutzfristen für die Vertragsländer nur fakultativ ist, während die Fassung des Art. 7 Abs. 2 BF den Eindruck erwecken konnte, er sei obligatorisch vorgeschrieben²³⁾. Die Schweizer Delegation hatte vorgeschlagen, auch in der Frage der Schutzfrist die Inländerbehandlung zur Regel zu erheben, den Vertragsländern aber die Möglichkeit zu geben, durch Einführung des Vergleichs der Schutzfristen von dieser Regel abzuweichen. Da die Annahme dieses Vorschlags in zahlreichen Ländern gesetzgeberische Maßnahmen notwendig gemacht hätte, hat die Konferenz der im Programm vorgesehenen Fassung den Vorzug gegeben.

g) Art. 7^{bis}, der die Schutzfrist bei Miturheberschaft regelt, ist lediglich redaktionell überarbeitet worden. Er lautet in der Stockholmer Fassung:

„Die Bestimmungen des vorstehenden Artikels sind in gleicher Weise anwendbar, wenn das Urheberrecht den Miturhebern eines Werkes gemeinschaftlich zusteht, mit der Maßgabe, daß die vom Tode des Urhebers an laufenden Fristen vom Tode des letzts überlebenden Miturhebers an berechnet werden.“

2. Die allgemeine Schutzdauer

Im Gegensatz zu den vorstehend geschilderten Änderungen betreffend Einzelfragen der Schutzfrist ist Art. 7 Abs. 1, der die allgemeine Schutzdauer auf 50 Jahre post mortem auctoris festlegt, unverändert geblieben. Angesichts der sehr unterschiedlichen Auffassungen über die Schutzdauer innerhalb der Union hätte ein Antrag auf Verlängerung der allgemeinen Schutzfrist keine Chancen gehabt. So steht der 70jährigen Schutzfrist im neuen deutschen Urheberrechtsgesetz beispielsweise die Tatsache gegenüber, daß Portugal neuerdings vom bisher ewigen Urheberrechtsschutz auf 50 Jahre post mortem auctoris zurückgegangen ist. In den meisten Ländern mit 50jähriger Schutzfrist ist die Neigung zu einer Verlängerung gering. In einigen sozialistischen Ländern besteht sogar heute noch eine wesentlich kürzere Schutzfrist.

Unter diesen Umständen hat die deutsche Delegation davon Abstand genommen, in Stockholm eine allgemeine Schutzfristverlängerung zu beantragen. Sie hat jedoch mit Rücksicht darauf, daß

- einige Länder (Brasilien, Spanien) bereits eine längere als 50jährige Schutzfrist kennen,
- verschiedene Länder (Belgien, Frankreich, Italien, Österreich und Norwegen) die Schutzfrist wegen der geringen Verwertbarkeit der Rechte während einer der beiden Weltkriege verlängert haben,
- auf internationaler Ebene schon Verhandlungen über die Verlängerung der Schutzfrist im Wege eines besonderen Abkommens stattgefunden haben und
- zwischen verschiedenen Ländern bereits Vereinbarungen über die gegenseitige Anwendbarkeit der kriegsbedingten Schutzfristverlängerung getroffen oder Notwendigkeiten gewechselt worden sind²⁴⁾,

die Konferenz gebeten, den Wunsch auszusprechen, daß die interessierten Länder Verhandlungen über ein besonderes Abkommen betreffend eine Verlängerung

²²⁾ Vgl. oben S. 437 (IV 3).

²³⁾ Vgl. hierzu Ulmer, Der Vergleich der Schutzfristen im Welturheberrechtsabkommen, GRUR Int. 1960, 57 ff. (58/59).

²⁴⁾ Über die gegenseitige Anwendung der deutschen Schutzfristverlängerung und der in einigen Auslandsstaaten erfolgten Schutzfristverlängerung aus Anlaß des Krieges vgl. die Verlautbarung des Bundesministers der Justiz vom 31. Juli 1967, GRUR Int. 1967, 413.

des Schutzes in denjenigen Ländern fortsetzen, die diesem Abkommen beitreten wollen.

Der erste Versuch der deutschen Delegation, die Konferenz zu einer solchen Empfehlung zu veranlassen, scheiterte. Zu der Unbeteiligtheit der meisten Länder, die sich der Stimme enthielten, gesellte sich die klare Opposition des sozialistischen Lagers. Bulgarien und Polen hatten den gemeinsamen Vorschlag unterbreitet, denjenigen Ländern, die zur Zeit des Beitritts zur oder der Ratifizierung der Stockholmer Fassung noch der Romfassung angehören, die Möglichkeit zu geben, geringere Schutzfristen zu gewähren, als sie Art. 7 vorsieht. Sie spürten den verbreiteten Widerstand gegen ihren Vorschlag und waren nicht gewillt, die Bemühungen um eine Schutzfristverlängerung in einem kleinen Kreis zu unterstützen, bevor ihrem eigenen Anliegen Rechnung getragen war. Kulissengespräche mußten den Boden vorbereiten. Dabei zeigte sich, daß die Zurückweisung des bulgarisch-polnischen Antrags einige Länder von der Ratifizierung der Stockholmer Fassung überhaupt abgehalten hätte. Es handelt sich in erster Linie um Bulgarien, dessen Urheberrechtsgesetz von 1951 keine feste Schutzfrist kennt, sondern von dem Grundgedanken ausgeht, den Urhebererben die Früchte des Urheberrechtsschutzes nur so lange zu gewähren, als sie — insbesondere mangels eigener Erwerbstätigkeit — schutzbedürftig sind. So erlischt der Urheberrechtsschutz, wenn die Erben mit Vollendung des 18. Lebensjahres volljährig geworden sind. Handelt es sich um Studenten, so endet der Schutz mit dem Abschluß ihres Studiums, jedoch nicht später als nach Vollendung ihres 24. Lebensjahres. Handelt es sich um arbeitsunfähige Erben, so besteht das Urheberrecht während ihrer Arbeitsunfähigkeit. Sind der überlebende Ehegatte oder die Eltern des Urhebers Erben, so steht ihnen das Urheberrecht auf Lebenszeit²⁵⁾ zu. Zu den Ländern mit kurzer Schutzdauer gehören ferner Polen mit einer Schutzfrist von 20 Jahren, Rumänien mit wechselnder Schutzdauer²⁶⁾ und Thailand mit 30jähriger Frist, das allerdings zu den Entwicklungsländern zählt und von dem Vorbehalt einer kürzeren Schutzfrist gemäß Art. 1 a des Entwicklungsländerprotokolls Gebrauch machen kann. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es somit nur um das Anliegen der drei Länder Bulgarien, Polen und Rumänien ging, hat das Sekretariat der Konferenz vorgeschlagen, nur denjenigen Ländern, die der Romfassung angehören und deren Gesetzgebung zur Zeit der Unterzeichnung der Stockholmer Fassung kürzere Schutzfristen als die dort vorgesehenen gewährt, die Möglichkeit zu geben, diese kürzeren Fristen beim Beitritt zur oder bei der Ratifizierung der Stockholmer Fassung aufrechtzuerhalten. Dieser Vorschlag wurde nach wiederholt vertagter Diskussion schließlich angenommen (vgl. Art. 7 Abs. 7 StF).

Nunmehr war auch der Weg frei, auf die von der deutschen Delegation gewünschte Empfehlung zurückzukommen. Nachdem die österreichische Delegation die Wiederbehandlung des Themas beantragt hatte und die hierfür nach der Geschäftsordnung vorgesehene Zweidrittelmehrheit erzielt worden war, wurde auch der deutsche Vorschlag schließlich angenommen und die oben inhaltlich wiedergegebene Empfehlung ausgesprochen²⁷⁾.

²⁵⁾ Vgl. hierzu Avramov, Das Urheberrecht und das Urhebervertragsrecht der Volksrepublik Bulgarien, UFITA Bd. 50 S. 98 (110) (1967).

²⁶⁾ Bei überlebenden Ehegatten und Eltern die Lebenszeit, bei Abkömmlingen 50 und bei anderen Erben 15 Jahre post mortem auctoris.

²⁷⁾ Vgl. oben S. 440.

VII. Das Übersetzungsrecht (Art. 8)

(Verfasser: Ulmer)

1. Grundsatz und Vorbehalte

Die seit der Berliner Revisionskonferenz geltende Regel des Art. 8 RBÜ über den Übersetzungsschutz blieb in Stockholm unangetastet: Die Urheber genießen während der ganzen Dauer ihrer Rechte am Originalwerk das ausschließliche Recht, ihre Werke zu übersetzen oder deren Übersetzung zu erlauben.

Einschränkungen erfährt der volle Übersetzungsschutz freilich seit jeher durch die Möglichkeit der Erklärung von Vorbehalten. Von den Rechten, die dabei den Entwicklungsländern eingeräumt wurden, wird unten (S. 456) berichtet werden. Für die sonstigen Verbandsländer verbleibt es bei der Möglichkeit, die früher wirksam erklärten Vorbehalte aufrechtzuerhalten²⁸⁾. Auch neu beitretende Staaten können den Übersetzungsschutz dahin beschränken, daß er erlischt, wenn nicht binnen 10 Jahren seit der Veröffentlichung des Originalwerks eine Übersetzung in ihre Landessprache erfolgt ist; anders als bisher gilt in solchem Falle freilich künftig der Grundsatz der materiellen Reziprozität: Die anderen Verbandsländer können in Ansehung von Werken, deren Ursprungsland das neu beigetretene Land ist, das den Vorbehalt erklärt, den Übersetzungsschutz in entsprechender Weise beschränken²⁹⁾.

2. Übersetzungsschutz und Schranken der Verwertungsrechte

Einen breiten Raum nahm in der Diskussion der ersten Hauptkommission die Frage ein, in welchem Verhältnis der durch Art. 8 RBÜ gewährleistete Übersetzungsschutz zu den Regeln der Konvention steht, die in bestimmten Fällen eine Beschränkung von Verwertungsrechten gestatten. Es geht dabei nicht nur um die Ausnahmen vom Vervielfältigungsrecht, deren Zulassung die Stockholmer Fassung angesichts der Gewährleistung des ausschließlichen Vervielfältigungsrechts den Verbandsländern in Art. 9 Abs. 2 gestattet, sondern auch um die bereits bisher bestehenden Schranken, die sich nicht nur auf das Vervielfältigungsrecht, sondern auch auf andere Verwertungsrechte, insbesondere das Senderecht, beziehen. Wie steht es beispielsweise bei der Zitierfreiheit (Art. 10 Abs. 1), bei den Vorschriften über die Wiedergabe von öffentlichen Reden oder von Presseartikeln in Presse und Rundfunk (Art. 2^{bis} Abs. 2 und 10^{bis} Abs. 1) oder bei den Regeln der Art. 11^{bis} und 13 RBÜ, die den Verbandsländern die Einschränkung des Senderechts oder des mechanischen Vervielfältigungsrechtes durch die Einführung von Zwangslizenzen gestatten? Beziehen sich die Regeln über die Zitier- und Wiedergabefreiheit und über die Zwangslizenzen nur auf die Rechte, die dem Urheber an der Originalfassung des Werkes, oder auch auf diejenigen, die ihm an fremdsprachlichen Versionen zustehen?

Die Frage ist bisher in der Konvention nicht ausdrücklich geregelt. Bei manchen Bestimmungen wurde es als selbstverständlich angesehen, daß sie auch die Übersetzung des Textes mit einschließen, daß beispielsweise die Zitierfreiheit auch die Anführung von Teilen fremder

²⁸⁾ Nach dem Stand vom 1. Januar 1967 sind es noch Irland, Island, Japan, Jugoslawien und die Türkei, die an ihren Vorbehalten hinsichtlich des Übersetzungsrechts festhalten.

²⁹⁾ Vgl. darüber unten S. 471.

Werke in Form einer Übersetzung ermöglicht. Auch findet sich im Schrifttum die Meinung, es sei in der Regel davon auszugehen, daß die Schranken, die den Verwertrungsrechten gezogen werden, gleichermaßen für die Originalfassung wie für die Übersetzung gelten³⁰⁾. In Stockholm waren es u. a. die skandinavischen Staaten, die diese Auffassung vertraten. Andere Delegationen betonten dagegen, daß die Erstreckung auf die Übersetzung jedenfalls nicht für die besonders einschneidenden Schranken gelten könne, die dem Urheberrecht durch die Zulassung der Zwangslizenz in Art. 11^{bis} und Art. 13 RBÜ gezogen werden. Wenn beispielsweise zusammen mit der Musik auch der dazugehörige Text der Zwangslizenz unterworfen werde, so könne dies zwar für die Originaltexte, nicht aber für fremdsprachliche Fassungen gelten.

Als Vorsitzendem der ersten Hauptkommission erschien es mir von Anfang an als ratsam, wie bisher von einer ausdrücklichen Regelung der Frage in der Konvention abzusehen und sich mit einer Bemerkung darüber im Bericht zu begnügen. Die Verfolgung dieser Linie wurde aber dadurch erschwert, daß mehrere Delegationen formell beantragten, einzelne Bestimmungen (darunter Art. 2^{bis} Abs. 2 und Art. 10^{bis} Abs. 1) dahin zu fassen, daß die Wiedergabe sowohl des Originaltextes wie seiner Übersetzung zulässig sein soll. Eine solche ausdrückliche Regelung im Rahmen einzelner Ausnahmebestimmungen hätte für andere Bestimmungen ein *argumentum e contrario* nahegelegt. Es wurde daher erforderlich, die Prüfung der Frage auf alle einschlägigen Bestimmungen auszudehnen. Im Ergebnis sprach sich dabei die Mehrheit der Delegationen bei sämtlichen Bestimmungen für die Erstreckung auf die Übersetzung aus. Es waren aber wechselnde Mehrheiten. Sehr knapp waren sie bei den Zwangslizenzen. Bei der Zwangslizenz des Art. 13 stimmten 13 Delegationen für die Bejahung, 12 Delegationen dagegen für die Verneinung der Frage, während sich ein erheblicher Teil der Delegationen der Stimme enthielt.

Das Ergebnis dieser Abstimmungen war keine tragfähige Grundlage für die Formulierung von Konventionsregeln. Nachdem die französische Delegation noch einmal mit besonderem Nachdruck erklärt hatte, daß sie bei den Zwangslizenzen einer Ausdehnung auf die fremdsprachliche Version keinesfalls zustimmen könne, entschloß man sich, wie bisher von einer ausdrücklichen Regelung abzusehen und sich mit einer Erläuterung der Frage im Bericht zu begnügen. In dieser Erläuterung heißt es sinngemäß: Einig war man sich darüber, daß die Art. 2^{bis} Abs. 2, 9 Abs. 2, 10 Abs. 1 und 2 und 10^{bis} die Möglichkeit eröffnen, ein Werk nicht nur in der Originalfassung, sondern auch in Form einer Übersetzung zu benutzen, vorausgesetzt, daß — insbesondere unter Berücksichtigung der guten Sitten — die Bedingungen als gleichartig anzusehen sind und daß das *droit moral* gewahrt bleibt. Dagegen wurden bezüglich der Benutzungen, die durch Art. 11^{bis} und Art. 13 gestattet werden, verschiedene Meinungen geäußert. Einige Delegationen waren der Ansicht, daß auch diese Bestimmungen unter den genannten Voraussetzungen auf die fremdsprachliche Fassung des Werkes anwendbar seien. Andere Delegationen, darunter diejenigen von Belgien, Frankreich und Italien, vertraten dagegen den Standpunkt, daß die Redaktion dieser Artikel in dem Text von Stockholm nicht in dem Sinne auszulegen sei, daß die Möglichkeit,

das Werk ohne Einwilligung des Urhebers zu benutzen, auch das Recht der Übersetzung einschließe.

Damit wurde eine Klärung der Frage jedenfalls für eine größere Zahl von Ausnahmebestimmungen erreicht, insbesondere für diejenigen, die die Benutzung ohne Bezahlung einer Vergütung zulassen. Die für die Erstreckung auf fremdsprachliche Versionen gemachte Voraussetzung, daß die Bedingungen gleichartig sein müssen, sowie die Hinweise auf die guten Sitten und das *droit moral* sind vorsichtshalber im Hinblick auf Erwägungen eingefügt worden, die zum Fotokopierproblem angestellt wurden. Werden beispielsweise in einer Schweizer Zeitschrift, die in deutscher Sprache erscheint, auch Übersetzungen von französischen Beiträgen abgedruckt, so liegt es in der Natur der Sache, daß die Frage, inwieweit die Herstellung von Fotokopien zulässig ist, für die Beiträge, die aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt wurden, in gleicher Weise zu beantworten ist, wie für die Beiträge, die von vornherein in deutscher Sprache abgefaßt worden sind. Anders stünde es aber, wenn die Zeitschrift in französischer Sprache erschiene und es sich darum handeln würde, die Artikel ins Deutsche zu übersetzen, um von dieser besonders gefertigten Übersetzung Fotokopien zu machen. Spezialbestimmungen über Fotokopien von Zeitschriftenbeiträgen, die die fotomechanische Vervielfältigung in begrenztem Umfang gestatten, wären sinngemäß auf den letzteren Fall nicht mehr anwendbar, bei dem es sich nicht mehr um eine vom Autor genehmigte Übersetzung und den aus Gründen der Praktikabilität privilegierten Fall handelt, daß der Druck in der Zeitschrift selbst als Grundlage für die Fotokopien benutzt wird.

Bezüglich der Zwangslizenzen der Art. 11^{bis} und 13 RBÜ ergibt sich dagegen aus dem Bericht, daß die Meinungen darüber, ob auch bei ihnen eine Erstreckung auf fremdsprachliche Versionen möglich ist, geteilt sind. Die Frage, die schon bisher streitig war, bleibt daher auch in Zukunft offen, so daß jedenfalls dem Argument der Boden entzogen wurde, die Stockholmer Fassung laufe auf eine Schmälerung der Rechte der Urheber hinaus.

VIII. Das Vervielfältigungsrecht (Art. 9)

(Verfasser: Ulmer)

Ein wesentlicher, in Stockholm erzielter Fortschritt ist die Verankerung des Vervielfältigungsrechtes im Text der Konvention (Art. 9 RBÜ).

1. Bisherige Regelung

Regeln über die Vervielfältigung enthielt die Berner Übereinkunft in ihrer ursprünglichen Fassung nur bezüglich der Artikel, die in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht wurden: Es geht hier um das sogenannte Urheberrecht der Presse³¹⁾. Darüber hinaus bedingte es der Fortschritt der technischen Entwicklung, daß auf den Revisionskonferenzen Bestimmungen über das mechanische Vervielfältigungsrecht (Art. 13), das kinematographische Vervielfältigungsrecht (Art. 14) und die Vervielfältigung im Betriebe des Rundfunks (Art. 11^{bis} Abs. 3) aufgenommen wurden. Im übrigen hatte es bei dem Grundsatz der Inländerbehandlung sein Bewenden, der die Anwendung der nationalen Rechtsvorschriften über das Vervielfältigungsrecht sicherstellt.

³⁰⁾ Vgl. in diesem Sinne Hoffmann, Die Berner Übereinkunft (1935, S. 141).

³¹⁾ Vgl. darüber unten S. 445 (IX).

2. Gründe für die Revision

Der fortschreitende Ausbau der besonderen, durch die Konvention gewährleisteten Rechte auf den Revisionskonferenzen, der die Berner Übereinkunft mehr und mehr zu einem wirkungsvollen Instrument des internationalen Urheberrechtsschutzes machte und eine weitgehende Annäherung der nationalen Rechtsordnungen der Verbandsländer zur Folge hatte, ließ es auf die Dauer als einen Mangel erscheinen, daß die Konvention zwar die Rechte zur unkörperlichen Wiedergabe (Vortrag, Aufführung, Vorführung und Rundfunksendung) sowie das Übersetzungsrecht, das Verfilmungsrecht und andere Befugnisse des Urhebers gewährleistet, daß aber das älteste und wichtigste Recht des Urhebers, das Vervielfältigungsrecht, nur in einigen speziellen Ausprägungen geregelt wird.

Es geht dabei um einen Mangel an Systematik, der schon angesichts der bisherigen Regeln der Konvention nicht ohne Bedenken ist: Wenn die RBÜ in Art. 10 Abs. 2 der bisherigen Fassung den Verbandsländern vorbehält, aus geschützten Werken Entlehnungen zugunsten von Veröffentlichungen zu gestatten, die für den Unterricht bestimmt oder wissenschaftlicher Natur sind, sowie für Chrestomathien, so setzt sie offenbar, indem sie eine Möglichkeit der Einschränkung des Vervielfältigungsrechtes gestattet, dessen Bestand voraus, schweigt aber im übrigen über den Inhalt und die Grenzen dieses Rechts.

Darüber hinaus hätte das Fehlen einer Regelung des allgemeinen Vervielfältigungsrechtes auch dem weiteren Ausbau der Konvention im Wege gestanden. Es geht dabei u. a. um das wichtige Problem der Fotokopien. Soll ihre Herstellung — von gewissen eng umschriebenen Ausnahmen zugunsten des persönlichen oder wissenschaftlichen Gebrauchs abgesehen — schlechthin verboten oder soll sie in bestimmten Fällen zwar erlaubt, aber mit einer Vergütungspflicht belastet werden? Der ständige Ausschuß der Berner Union und der Regierungsausschuß des Welturheberrechtsabkommens haben das Problem auf ihre Tagesordnung gesetzt; die Sekretariate der beiden Ausschüsse stellen Recherchen insbesondere über die Rechtslage in Deutschland und Großbritannien an, um eine Grundlage für eine internationale Regelung zu finden. Aber jede derartige Regelung setzt voraus, daß zunächst einmal das Vervielfältigungsrecht in der Konvention verankert und dann die Frage geprüft wird, in welchem Umfang Ausnahmen zugelassen werden können.

Ähnlich steht es mit der bereits in Sicht kommenden Frage, inwieweit es erlaubt sein soll, wissenschaftliche Literatur in elektronischen Rechenanlagen zu speichern, um es den Benutzern — insbesondere den Benutzern der in Bibliotheken aufgestellten Anlagen — zu ermöglichen, ihrem Bedarf entsprechend Ausdrucke (print-outs) herstellen zu lassen. Schließlich gehört auch die in Deutschland so besonders eingehend geprüfte Frage, ob und inwieweit es zulässig sein soll, Aufnahmen von geschützten Werken auf Tonträgern oder auf Bildträgern zum persönlichen Gebrauch zu machen, in diesen Zusammenhang.

Der Vorschlag einer Regelung des allgemeinen Vervielfältigungsrechtes in der Konvention ist nicht neu. Er war bereits auf der Brüsseler Revisionskonferenz von der österreichischen Delegation gemacht worden. Dabei zeigte sich jedoch, daß eine Regelung nicht getroffen werden

kann, ohne daß man sich zugleich darüber einigt, in welchen Fällen den Verbandsländern die Zulassung von Ausnahmen gestattet sein soll. Es war daher von wesentlicher Bedeutung, daß die Studiengruppe Schweden-BIRPI in Vorbereitung der Stockholmer Konferenz auch das Problem der Ausnahmen überprüft und dafür eine Regelung vorgeschlagen hat, die zwar nicht in ihrem vollen Inhalt angenommen wurde, aber doch den Weg zu einer Einigung ebnete.

3. Die Anerkennung des Vervielfältigungsrechtes

Die allgemeine Regel über das Vervielfältigungsrecht enthält nunmehr Art. 9 Abs. 1 RBÜ: Die Urheber von Werken der Literatur und der Kunst, die durch diese Übereinkunft geschützt sind, genießen das ausschließliche Recht, die Vervielfältigung ihrer Werke zu erlauben, gleichviel auf welche Art und in welcher Form sie vorgenommen wird.

Anträge, den Begriff der Vervielfältigung noch genauer zu bestimmen, darunter der Antrag der österreichischen Delegation, die die Übernahme des im französischen Urheberrechtsgesetz enthaltenen Vervielfältigungsbegriffs vorschlug, wurden als überflüssig abgelehnt. In der Tat ist der Begriff eindeutig: Vervielfältigung (reproduction) ist im Sinne der RBÜ ebenso wie im Sinne des deutschen URG (§ 16) jede körperliche Festlegung des Werkes, jede Wiedergabe in einem oder mehreren Werkstücken.

Nur ein möglicher Zweifel wurde, einer Anregung der deutschen Delegation folgend, durch die Sonderbestimmung des Art. 9 Abs. 3 ausgeräumt. Es wurde klargestellt, daß der Begriff der Vervielfältigung als Oberbegriff auch denjenigen der Aufnahme des Werkes auf Tonbändern oder Bildträgern (enregistrement sonore ou visuel) umfaßt. Diese Klarstellung erschien u. a. deshalb als ratsam, weil in dem Rom-Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen der Begriff der Vervielfältigung nicht als Oberbegriff verwendet, vielmehr zwischen der Festlegung der Darbietung bzw. der Sendung und der Vervielfältigung der Festlegung entschieden wird. Im Sinne der RBÜ ist dagegen bereits die erste körperliche Festlegung als Vervielfältigung zu deuten. Im besonderen empfahl sich diese Klarstellung im Hinblick auf die Neufassung der Regeln über das mechanische Vervielfältigungsrecht (Art. 13): Angesichts der Gewährleistung des Vervielfältigungsrechtes durch Art. 9 Abs. 1 RBÜ wurde die bisher in Art. 13 Abs. 1 RBÜ enthaltene Regel gestrichen, daß die Urheber von musikalischen Werken das ausschließliche Recht genießen, die Aufnahme dieser Werke auf Vorrichtungen zu ihrer mechanischen Wiedergabe zu gestatten. Durch die ausdrückliche Bestimmung, daß bereits die Aufnahme eine Vervielfältigung ist, wird jedem Mißverständnis vorgebeugt, das diese Streichung zur Folge haben könnte.

4. Ausnahmen

Die Ausnahmen vom Vervielfältigungsrecht, die die Verbandsländer in ihren nationalen Gesetzen gestatten, sind zahlreich. Es handelt sich u. a. um Vervielfältigungen zum privaten und persönlichen Gebrauch, um die Vervielfältigung von öffentlichen Reden und Vorträgen, um die Zitier- und Entlehnungsfreiheit, um Vervielfältigungen, die für die Zwecke der Gerichte, der Polizei oder der Verwaltungsbehörden vorgenommen werden, um die

Vervielfältigung von Personenbildnissen und um die Wiedergabe von Bauwerken an öffentlichen Plätzen im Wege der Zeichnung oder Fotografie. Auch sind die gesetzlichen Lizenzen und die Zwangslizenzen, die die Gesetzgebung in einer Reihe von Verbandsländern auf Grund der in der RBÜ enthaltenen Ermächtigung vorsieht, ihrer Natur nach Einschränkungen des Vervielfältigungsrechts.

Eine Überprüfung der Rechtslage zeigte dabei, daß eine Anzahl der in Betracht kommenden Ausnahmen bereits durch die Bestimmungen gedeckt wird, die die RBÜ in ihrer bisherigen Fassung enthält und die im Stockholmer Text, wenn auch zum Teil in revidierter Fassung beibehalten sind (vgl. u. a. Art. 2^{bis}, 10^{bis}, 11^{bis} Abs. 2 und 3, 13 RBÜ). Überwiegend handelt es sich dabei um Bestimmungen, die nicht nur die Einschränkung des Vervielfältigungsrechts, sondern auch diejenige anderer Verwertungsrechte gestatten, darunter beispielsweise um die Regeln, durch die es der nationalen Gesetzgebung vorbehalten wird, die Wiedergabe von öffentlichen Reden und Presseartikeln sowohl in Zeitungen und Zeitschriften wie durch den Rundfunk zu erlauben.

Die besondere, in Stockholm zu lösende Aufgabe bestand daher darin, die Zulässigkeit derjenigen Ausnahmen zu regeln, die nur das Vervielfältigungsrecht, nicht auch sonstige Verwertungsrechte betreffen und die durch keine der bereits bestehenden Konventionsregeln gedeckt werden.

Der Vorschlag des Programms sah vor, daß den Verbandsländern die Zulassung von Ausnahmen in drei Fällen gestattet werden soll:

- a) zum privaten Gebrauch;
- b) zu gerichtlichen oder behördlichen Zwecken;
- c) in gewissen Sonderfällen, in denen die Vervielfältigung den berechtigten Interessen des Urhebers nicht entgegensteht und die normale Auswertung des Werkes nicht beeinträchtigt.

In den Stellungnahmen der Regierungen und in der Diskussion auf der Konferenz wurden teils Erweiterungen, teils Einschränkungen der Ausnahmemöglichkeiten vorgeschlagen. Indien und Rumänien befürworteten, daß den Verbandsländern generell die Einführung einer Zwangslizenz und damit die Möglichkeit gestattet werden soll, das ausschließliche Vervielfältigungsrecht zu einem bloßen Vergütungsanspruch abzuschwächen. Solche Aushöhlung des Vervielfältigungsrechtes wurde aber mit großer Mehrheit unter Hinweis darauf abgelehnt, daß es die Aufgabe des Protokolls für die Entwicklungsländer sei, die besonderen Interessen dieser Länder auch im Hinblick auf die Vervielfältigung zu berücksichtigen.

Stärkeres Gewicht hatten die Stimmen, die eine Einschränkung der im Programm vorgesehenen Ausnahmen befürworteten. Unter anderem wurden Bedenken dagegen geltend gemacht, daß es zulässig sein soll, die Vervielfältigung zum privaten Gebrauch ohne jede Einschränkung freizugeben. Die französische Delegation schlug vor, den Begriff des privaten Gebrauchs durch denjenigen des persönlichen oder familiären Gebrauchs zu ersetzen. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde dem Problem der Fotokopien besondere Beachtung geschenkt. Dabei zeigte sich, daß Regeln über die Vervielfältigung zum privaten oder persönlichen Gebrauch nicht ausreichen, um Probleme dieser Art in angemessener Weise zu lösen.

Unter diesen Umständen erschien es als ratsam, sich mit einer Formel zu begnügen, die die Interessenabwägung aufzeigt, auf die es bei der Zulassung der Ausnahmen ankommt. Dabei knüpfte man an die oben erwähnte, in c) des Programmvorschlages enthaltene Klausel an, nahm aber auf Grund eines britischen Antrags eine leichte Abänderung vor: Den Gesetzgebungen der Verbandsländer — so heißt es nunmehr in Art. 9 Abs. 2 — ist die Befugnis vorbehalten, die Vervielfältigung dieser Werke in gewissen Sonderfällen unter der Voraussetzung zu erlauben, daß eine solche Vervielfältigung die normale Auswertung des Werkes nicht beeinträchtigt und den berechtigten Interessen des Urhebers keinen unzumutbaren Schaden zufügt³²⁾. Die Formulierung stellt klar, daß im Bereich der normalen Auswertung des Werkes Ausnahmen vom Vervielfältigungsrecht grundsätzlich unzulässig sind. Dies gilt beispielsweise für die Vervielfältigung literarischer Werke durch den Buchdruck oder für die Veranstaltung einer Neuauflage im Wege der fotomechanischen Vervielfältigung. Keine normale Verwertungsart ist dagegen z. B. die Herstellung einzelner Fotokopien. Hier kommt es daher darauf an, ob den berechtigten Interessen der Urheber ein unzumutbarer Schaden zugefügt wird. Dabei wird man davon ausgehen können, daß die Herstellung einzelner Fotokopien, die zu rein persönlichen oder wissenschaftlichen Zwecken erfolgt, nicht als unzumutbarer Schaden anzusehen ist und daher von den nationalen Gesetzgebern gestattet werden kann. Anders steht es dagegen, worauf in der Diskussion ausdrücklich hingewiesen wurde, bei der Herstellung von Fotokopien durch gewerbliche Unternehmungen, die dem innerbetrieblichen Gebrauch der Unternehmungen und damit einem gewerblichen Zweck dienen. Auch hier kann aber der Gesichtspunkt, daß dem Urheber ein unzumutbarer Schaden zugefügt wird, entfallen, wenn die nationale Gesetzgebung wenigstens eine angemessene Vergütung vorsieht. Die im deutschen URG (§ 54) getroffene Regelung, die die Herstellung einzelner Vervielfältigungsstücke von kleinen Teilen eines Werkes sowie von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln „zum sonstigen eigenen Gebrauch“ (d. h. zum innerbetrieblichen Gebrauch der Unternehmungen) gestattet, bei der Verfolgung eines gewerblichen Zweckes aber die Zahlung einer angemessenen Vergütung vorschreibt, liegt daher im Sinne der Interessenabwägung, die der Formel des Art. 9 Abs. 2 RBÜ zugrunde liegt.

Im ganzen kann die Lösung, die in Stockholm gefunden wurde, als befriedigend angesehen werden. Unleugbar ist freilich, daß sie in ihrer Elastizität der Auslegung durch die nationale Gesetzgebung einen Spielraum läßt, der unter Umständen zu weit gezogen wird. Eine solche Elastizität war aber bei der erstmaligen Regelung der Frage in der Konvention nicht zu vermeiden. Es kam darauf an, zunächst eine Grundlage zu schaffen, auf der später weiter gearbeitet werden kann, insbesondere dadurch, daß man für Einzelfragen, wie das Fotokopierproblem, auf künftigen Revisionskonferenzen präzisere Regeln trifft.

³²⁾ In der englischen Fassung der Bestimmung wird von einem „unreasonable prejudice“ gesprochen. Die Übersetzung dieses Begriffs ins Französische bereitete Schwierigkeiten. Der Ausdruck „déraisonnable“ erschien nicht als angemessen. Im Redaktionsausschuß wurde von dem tschechoslowakischen Abgeordneten Dr. Štrnad erklärt, daß das deutsche Wort „unzumutbar“ dem englischen Begriff „unreasonable“ im Sinne der einschlägigen Vorschrift am nächsten käme. Aber auch „unzumutbar“ ist nicht ohne weiteres in die französische Rechtsprache zu übersetzen. Man wählte daher für den französischen Text den Begriff des „préjudice injustifié“.

IX. Zitate, Entlehnungen, Berichterstattung über Tagesfragen (Art. 10 und 10^{bis})

(Verfasser: Reimer)

Die Bestimmungen über Zitate, Entlehnungen und die Berichterstattung über Tagesfragen haben einige wesentliche Änderungen erfahren.

1. Zitate (Art. 10 Abs. 1)

Gemäß Art. 10 Abs. 1 BF sind in allen Verbandsländern kurze Zitate aus Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, auch in Form von Presseübersichten, erlaubt. Die Bestimmung hat sich in mehrfacher Hinsicht als zu eng erwiesen. In Zusammenhang mit der Einführung des allgemeinen Vervielfältigungsrechts (Art. 9 Abs. 1 StF) erschien daher eine Neufassung unerlässlich. Zitate sind im gesamten Bereich der Literatur und Kunst denkbar, nicht nur aus Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln. Ferner erscheint es nicht sachgerecht, das Zitierrecht allgemein auf kurze Zitate zu beschränken. Um andererseits Mißbräuchen der Zitierfreiheit vorzubeugen, hat das Programm vorgeschlagen, die Zulässigkeit der Zitate davon abhängig zu machen, daß sie den guten Sitten entsprechen und in ihrem Umfang durch den verfolgten Zweck gerechtfertigt sind. Ferner sollen Zitate nur aus Werken zulässig sein, die dem Publikum bereits erlaubterweise zugänglich gemacht worden sind. Unter Berücksichtigung dieser Erwägungen sah das Programm der Konferenz folgende Neufassung des Art. 10 Abs. 1 vor:

„Zitate aus einem dem Publikum bereits erlaubterweise zugänglich gemachten Werk sind zulässig, sofern sie den guten Sitten entsprechen und in ihrem Umfang durch den verfolgten Zweck gerechtfertigt sind, einschließlich der Zitate aus Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln in Form von Presseübersichten.“

Dieser Vorschlag wurde von der Konferenz nach längerer Diskussion unverändert angenommen. Dagegen blieb ein Antrag der Schweizer Delegation ohne Erfolg, nach dem die Beschränkung auf kurze Zitate beibehalten und außerdem verlangt werden sollte, daß die Zitate den guten Sitten entsprechen und in dem Zusammenhang, in den sie gestellt sind, der Erklärung, Bezugnahme oder Erläuterung dienen.

Es wird Aufgabe der Rechtsprechung sein, die neue Vorschrift, und zwar insbesondere die Begriffe der guten Sitten und des durch den verfolgten Zweck gerechtfertigten Umfangs, in einer Weise auszulegen, die sicherstellt, daß einerseits eine freie geistige Auseinandersetzung durch Zitate möglich erscheint und daß andererseits die Zitierfreiheit nicht zu einer Beeinträchtigung der Verwertung des Werkes durch die Urheberberechtigten führt. Erwähnenswert ist, daß man bei den vorbereitenden Arbeiten versucht hatte, die das Zitat rechtfertigenden Zwecke aufzuzählen, daß man von dieser Methode jedoch wegen der einer erschöpfenden Aufzählung entgegenstehenden Schwierigkeiten wieder abgerückt ist. Allgemein gesprochen kann mit dem verfolgten Zweck nur der Zitierzweck gemeint sein, der im Rahmen der eigenen selbständigen Darstellung eine Bezugnahme auf das fremde Werk oder eine Erläuterung des fremden Werkes rechtfertigt.

Den Zitaten ist die Angabe der Quelle sowie der Name des Urhebers beizufügen, wenn dieser Name in der Quelle angegeben ist (Art. 10 Abs. 3).

2. Entlehnungen (Art. 10 Abs. 2)

Nach Art. 10 Abs. 2 BF bleibt es der Gesetzgebung der Verbandsländer und den zwischen ihnen bestehenden oder in Zukunft abzuschließenden besonderen Abkommen vorbehalten, bei Werken der Literatur und der Kunst in dem durch den Zweck gerechtfertigten Umfang Entlehnungen für Veröffentlichungen, die für den Unterricht bestimmt oder wissenschaftlicher Natur sind, oder für Chrestomathien zuzulassen. Das Programm hatte keine Änderung dieser Vorschrift vorgeschlagen. Auf der Konferenz wurde ein gemeinsamer Antrag der Delegationen Bulgariens, Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei gestellt, der darauf abzielte, die Entlehnungen auch für Rundfunksendungen und Schallplatten zu gestatten. Im übrigen zeigte die Erörterung, daß viele Länder einer Einschränkung des geltenden Textes zuneigten. Seitens der Niederlande wurde sogar die völlige Streichung des Art. 10 Abs. 2 beantragt.

Mit dem weiteren Studium der Frage wurde die Arbeitsgruppe beauftragt, die sich auch mit den Ausnahmen vom Vervielfältigungsrecht (Art. 9 Abs. 2) befaßt hatte. Sie legte einen Text vor, der nach einer geringfügigen Ergänzung von der Kommission gebilligt wurde und im Vergleich zu dem alten Art. 10 Abs. 2 folgende Änderungen aufweist:

- a) Der Begriff, „bei Werken der Literatur oder Kunst Entlehnungen vorzunehmen“ ist ersetzt durch die Wendung „Werke der Literatur oder Kunst zu benutzen“. Damit ist klargestellt, daß bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen nicht nur Teile des geschützten Werkes, sondern auch ganze Werke benutzt werden dürfen.
- b) Die Benutzung ist nur noch zur Erläuterung des Unterrichts (à titre d'illustration de l'enseignement), also nicht mehr generell „für Veröffentlichungen, die für den Unterricht bestimmt oder wissenschaftlicher Natur sind, oder für Chrestomathien“ (Art. 10 Abs. 2 BF) zulässig. „Unterricht“ im Sinne dieser Vorschrift bedeutet nach dem Generalbericht (Nr. 103) Unterricht auf jeder Ebene, d. h. in Schulen wie Universitäten, öffentlichen Schulen wie Privatschulen. Dagegen soll ein Unterricht außerhalb solcher Einrichtungen von der Vorschrift nicht erfaßt sein.
- c) Die Benutzung muß nicht nur in ihrem Umfang durch den verfolgten Zweck, also den Unterrichtszweck, gerechtfertigt sein, sondern auch den guten Sitten entsprechen. Es handelt sich somit um die gleichen Anforderungen, die Art. 10 Abs. 1 an Zitate stellt.
- d) Die Benutzung ist nicht nur für Veröffentlichungen, sondern auch für Rundfunksendungen sowie Ton- und Bildaufnahmen zulässig.

Die Benutzung muß – wie bisher die Entlehnung – die Quelle und den Namen des Urhebers angeben, wenn dieser aus der Quelle ersichtlich ist (Art. 10 Abs. 3).

3. Berichterstattung über Tagesfragen (Art. 10^{bis})

In dem neuen Art. 10^{bis} ist die Berichterstattung über Tagesfragen zusammenfassend geregelt. Er behandelt in seinem Abs. 1 die Frage der Wiedergabe von Artikeln über Tagesfragen wirtschaftlicher, politischer oder religiöser Art (Art. 9 Abs. 2 BF) und regelt in seinem Abs. 2 die Frage der Wiedergabe geschützter Werke bei Ge-

legenheit der Berichterstattung über Tagesereignisse (Art. 10^{bis} BF).

a) Wiedergabe von Artikeln über Tagesfragen (Art. 10^{bis} Abs. 1 StF, Art. 9 Abs. 2 BF)

Art. 9 Abs. 2 BF lautet wie folgt:

„Artikel über Tagesfragen wirtschaftlicher, politischer oder religiöser Natur können durch die Presse wiedergegeben werden, wenn ihre Wiedergabe nicht ausdrücklich vorbehalten ist. Jedoch muß die Quelle immer deutlich angegeben werden; die Rechtsfolgen der Unterlassung dieser Angaben werden durch die Gesetzgebung des Landes bestimmt, wo der Schutz beansprucht wird.“

Das amtliche Programm hatte die ersatzlose Streichung dieser Bestimmung vorgeschlagen. Auf der Stockholmer Konferenz haben sich jedoch verschiedene Delegationen (Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Japan) für ihre Beibehaltung eingesetzt, wobei gleichzeitig eine Erweiterung der Vorschrift auf die Wiedergabe durch den Rundfunk beantragt wurde. Die Kommission hat diesen Wünschen Rechnung getragen und die Vorschrift in Art. 10^{bis} Abs. 1 aufrechterhalten, der sich von Art. 9 Abs. 2 BF wie folgt unterscheidet:

- aa) Durch die einleitende Wendung „Es bleibt der Gesetzgebung der Verbandsländer die Befugnis vorbehalten“ ist klargestellt worden, daß die nach der Bestimmung mögliche Einschränkung des Urheberrechtsschutzes nicht obligatorisch ist, sondern im freien Belieben der einzelnen Verbandsländer steht.
- bb) Artikel über Tagesfragen wirtschaftlicher, politischer oder religiöser Art können mangels eines ausdrücklichen Vorbehalts der Rechte nicht nur durch die Presse vervielfältigt, sondern auch durch Rundfunk gesendet oder durch Drahtfunk übertragen werden.
- cc) Es muß sich um Artikel handeln, die bereits in Zeitungen oder Zeitschriften veröffentlicht worden sind, oder um bereits durch Rundfunk gesendete Werke gleicher Art.

b) Wiedergabe geschützter Werke bei Gelegenheit der Berichterstattung über Tagesereignisse (Art. 10^{bis} BF, Art. 10^{bis} Abs. 2 StF)

Art. 10^{bis} BF lautet wie folgt:

„Es bleibt den Gesetzgebungen der Verbandsländer vorbehalten, zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen kurze Bruchstücke aus Werken der Literatur oder Kunst mittels der Photographie, der Kinematographie oder der Rundfunksendung bei Gelegenheit der Berichterstattung über Tagesereignisse, auf Schall- oder Bildträgern festgehalten, wiedergegeben und öffentlich mitgeteilt werden dürfen.“

In der Stockholmer Fassung (Art. 10^{bis} Abs. 2) ist diese Vorschrift in folgenden Punkten geändert worden:

- aa) Anlässlich der Berichterstattung über Tagesereignisse dürfen nicht nur kurze Bruchstücke, sondern auch ganze Werke der Literatur oder Kunst wiedergegeben werden, wenn sie im Verlauf des Ereignisses sichtbar oder hörbar werden.
- bb) Die Wiedergabe ist nur in dem Umfang zulässig, der durch den verfolgten Informationszweck gerechtfertigt ist.
- cc) Zu den erlaubten Verwertungsmitteln Photographie, Film und Rundfunk ist der Drahtfunk hinzuge treten.
- dd) Die erlaubten Verwertungshandlungen sind in vereinfachender und umfassender Form mit den Begriffen „vervielfältigen und der Öffentlichkeit zugänglich machen“ umschrieben worden.

X. Die Rechte zur unkörperlichen Wiedergabe (Art. 11, 11^{bis}, 11^{ter})

(Verfasser: Reimer)

Die Änderungen, die in Stockholm in bezug auf Vorschriften betreffend die Rechte zur unkörperlichen Wiedergabe beschlossen wurden, sind vorwiegend redaktioneller und systematischer Art.

1. Aufführungsrecht (Art. 11)

Art. 11 betrifft das Recht der öffentlichen Wiedergabe dramatischer, musikalischer und dramatisch-musikalischer Werke. Er hat folgende Änderungen erfahren:

a) Infolge der Einführung des allgemeinen Vervielfältigungsrechts in Art. 9 Abs. 1 StF ist die Streichung des Art. 13 Abs. 1 betreffend das mechanische Vervielfältigungsrecht und das Recht zur öffentlichen Aufführung der auf Vorrichtungen zur mechanischen Wiedergabe aufgenommenen Werke mittels dieser Vorrichtungen beschlossen worden. Das mechanische Vervielfältigungsrecht folgt unmittelbar aus der Neufassung des Art. 9 Abs. 1. Das Recht zur öffentlichen Aufführung mittels mechanischer Vorrichtungen ist aus systematischen Gründen in Art. 11 Abs. 1 einbezogen worden. Das in Abs. 1 Nr. 1 dieser Vorschrift festgelegte Recht zur öffentlichen Aufführung ist durch den Zusatz ergänzt worden „einschließlich der öffentlichen Aufführung durch irgendein Mittel oder Verfahren“.

b) Der letzte Satz des Art. 11 Abs. 1 BF, nach dem die Anwendung der Bestimmungen der Art. 11^{bis} und 13 vorbehalten bleibt, ist gestrichen worden, da dieser Satz als überflüssig angesehen wurde.

c) Aus dem gleichen Grunde ist Art. 11 Abs. 3 gestrichen worden, der es für unnötig erklärte, daß die Urheber bei der Veröffentlichung ihrer Werke deren öffentliche Aufführung verbieten.

Im Generalbericht von Professor Bergström (Nr. 210 und 211) wird darauf hingewiesen, daß es nicht die Absicht der Kommission gewesen ist, die Verbandsländer an der Aufrechterhaltung der „kleinen Ausnahmen“ vom Aufführungsrecht zu hindern, die sich gestützt auf die Erklärung im Generalbericht der Brüsseler Konferenz in ihrer Gesetzgebung finden.

2. Vortragsrecht (Art. 11^{ter})

Art. 11^{ter} beschränkt sich in seiner Brüsseler Fassung auf die lakonische Wendung, daß die Urheber von Werken der Literatur das ausschließliche Recht genießen, den öffentlichen Vortrag ihrer Werke zu erlauben. In Stockholm wurde die Bestimmung aus Gründen der Gleichbehandlung und Symmetrie dem Art. 11 über das öffentliche Aufführungsrecht angepaßt. Dies geschah in der Erkenntnis, daß das Vortragsrecht in seinem Umfang nicht hinter dem Aufführungsrecht zurückbleibt. Der neue Art. 11^{ter} lautet wie folgt:

„1. Die Urheber von Werken der Literatur genießen das ausschließliche Recht, zu erlauben

1° den öffentlichen Vortrag ihrer Werke einschließlich des öffentlichen Vortrags durch irgendein Mittel oder Verfahren;

2° die öffentliche Übertragung des Vortrags ihrer Werke durch irgendein Mittel.

2. Die gleichen Rechte werden den Urhebern von Werken der Literatur während der ganzen Dauer ihrer Rechte am Originalwerk bezüglich der Übersetzung ihrer Werke gewährt.“

3. Senderecht (Art. 11^{bis})

Art. 11^{bis} betreffend das Recht der Rundfunksendung war auf der Stockholmer Konferenz Gegenstand lebhafter Diskussionen, die jedoch nicht zu einer Änderung dieser Vorschrift führten. Die deutsche Delegation hatte vorgeschlagen, die Möglichkeit, gemäß Art. 11^{bis} Abs. 2 Zwangslizenzen zugunsten des Rundfunks vorzusehen, bei Filmwerken auszuschließen. Dem lag die Erwägung zugrunde, daß die Filmautoren vor der Möglichkeit geschützt werden müßten, daß ihre Filme ohne ihre Zustimmung im Fernsehen gesendet werden dürfen. Der deutsche Antrag drang zunächst in eingeschränkter Form durch. Ein von der Arbeitsgruppe Filmrecht ausgearbeiteter neuer Art. 11^{bis} Abs. 4, der die Anwendbarkeit des Art. 11^{bis} Abs. 2 und somit die Erteilung von Zwangslizenzen bei Filmwerken und den zu ihrer Herstellung benutzten Werken auf die Rechte der Zweitverwertung im Sinne des Art. 11^{bis} Abs. 1 Nr. 2 und 3 (öffentliche Mitteilung des durch Rundfunk gesendeten Werkes) beschränkte, wurde angenommen.

Bei der späteren Erörterung des Art. 11^{bis} wurden von verschiedener Seite Änderungsvorschläge zu Abs. 3 (ephemere Aufnahmen des Rundfunks) gemacht. So beantragte *Straschnov* als Vertreter von Monaco, den Verbandsländern die Möglichkeit zu geben, die Herstellung ephemerer Aufnahmen nicht nur einem Sendeunternehmen mit seinen eigenen Mitteln und für seine eigenen Sendungen zu gestatten, sondern auch mit den Mitteln fremder Sendeunternehmen sowie für Sendungen anderer Sendeunternehmen, die der Gerichtsbarkeit des betreffenden Verbandslandes unterstehen. Weitere Änderungsvorschläge wurden von der britischen und der japanischen Delegation unterbreitet. Die allgemeine Stimmung ging jedoch dahin, den auf der Brüsseler Konferenz von 1948 in der Frage der ephemeren Aufnahmen unter großen Schwierigkeiten erzielten Kompromiß nicht anzutasten. Der Präsident der Kommission legte den genannten Delegationen daher nahe, ihre Anträge zurückzuziehen. Der Vertreter von Monaco erklärte sich hiermit einverstanden, wenn Art. 11^{bis} überhaupt unverändert bliebe, also auch der bereits beschlossene Abs. 4 wieder gestrichen würde. Nach weiterer eingehender Diskussion beschloß die Kommission schließlich einstimmig bei fünf Enthaltungen, Art. 11^{bis} BF ohne jede Änderung beizubehalten.

XI. Das mechanische Vervielfältigungsrecht (Art. 13)

(Verfasser: Reimer)

Die Vorschrift über das mechanische Vervielfältigungsrecht ist in verschiedenen Punkten geändert worden.

1. Die ausdrückliche Anerkennung des mechanischen Vervielfältigungsrechts ist als überflüssig angesehen und Art. 13 Abs. 1 BF daher gestrichen worden. Das mechanische Vervielfältigungsrecht stellt eine Teilbefugnis des in Art. 9 Abs. 1 StF anerkannten allgemeinen Vervielfältigungsrechts dar und folgt unmittelbar aus dieser Vorschrift. Es ist nicht — wie Art. 13 Abs. 1 BF — auf Musikwerke beschränkt, sondern besteht bei allen Werken, die geeignet sind, auf Vorrichtungen zu ihrer mechanischen Wiedergabe aufgenommen zu werden. Das Recht, die öffentliche Wiedergabe solcher Werke mittels der mechanischen Vorrichtungen zu gestatten, ist nunmehr in den Art. 11 Abs. 1 Nr. 1 und 11^{ter} Abs. 1 Nr. 1 verankert.

2. Das Recht der Verbandsländer, in ihrer Gesetzgebung Zwangslizenzen oder gesetzliche Lizenzen vorzusehen (Art. 13 Abs. 2 BF), ist in Art. 13 Abs. 1 StF geregelt. Es hat eine Einschränkung und eine Erweiterung erfahren:

a) Die Einschränkung, die auch im amtlichen Programm vorgeschlagen worden war, besteht darin, daß Zwangslizenzen (bzw. gesetzliche Lizenzen) nur noch in bezug auf das Recht zur Aufnahme des geschützten Werkes auf die mechanische Vorrichtung, nicht mehr dagegen in bezug auf das Recht zur öffentlichen Aufführung des Werkes mittels dieser Vorrichtung zulässig sind.

b) Die Erweiterung ist auf Anträge der britischen und deutschen Delegation zurückzuführen, die mit unterschiedlicher Formulierung, aber dem Sinne nach übereinstimmend auf die Möglichkeit der Erstreckung der Zwangslizenz auf den zu der Musik gehörenden Text abzielten. Die Frage war sowohl bezüglich ihrer sachlichen Berechtigung als auch bezüglich einer angemessenen Formulierung Gegenstand längerer Erörterungen. Nachdem das Prinzip gebilligt worden war, einigte man sich schließlich auf eine von dem Redaktionsausschuß vorgeschlagene Fassung, die in Art. 13 Abs. 1 Satz 1 StF ihren Niederschlag gefunden hat:

„Jedes Verbandsland kann für seinen Bereich Vorbehalte und Bedingungen aufstellen betreffend das ausschließliche Recht des Urhebers eines Musikwerks und des Urhebers von Worten, deren Aufnahme zusammen mit dem Musikwerk von letzterem bereits genehmigt worden ist, die Tonaufnahme des betreffenden Musikwerkes, gegebenenfalls mit den Worten, zu gestatten.“

Werke der Literatur als solche unterliegen nicht der Zwangslizenz.

3. Nach der Übergangsbestimmung des Art. 13 Abs. 3 BF sind die ausschließlichen Befugnisse des Urhebers gemäß Art. 13 Abs. 1 BF auf diejenigen Werke nicht anwendbar, die in einem Verbandsland „erlaubterweise auf mechanische Vorrichtungen übertragen worden sind, bevor die am 13. November 1908 in Berlin unterzeichnete Übereinkunft in Kraft getreten ist und bevor das Land dem Verband beigetreten ist, falls es erst nach diesem Zeitpunkt beigetreten ist oder beitreten sollte“.

Auf der Stockholmer Konferenz wurde die Wirkung dieser Übergangsvorschrift in folgender Weise zeitlich beschränkt (vgl. Art. 13 Abs. 2 StF):

„Die Aufnahmen von Musikwerken, die in einem Verbandsland gemäß Art. 13 Abs. 3 der am 2. Juni 1928 in Rom und am 26. Juni 1948 in Brüssel unterzeichneten Übereinkunft hergestellt worden sind, können in diesem Verbandsland ohne Zustimmung des Urhebers des Musikwerkes bis zum Ablauf einer Frist von zwei Jahren seit dem Zeitpunkt vervielfältigt werden, zu dem das betreffende Land durch die vorliegende Fassung gebunden wird.“

XII. Das Filmrecht (Art. 14, 14^{bis})

(Verfasser: Ulmer)

1. Die derzeitige Regelung und die Rechtssysteme der Verbandsländer

Die bisher in Art. 14 RBÜ enthaltenen Regeln über das Filmurheberrecht sind auf der Berliner Revisionskonferenz in den Konventionstext eingefügt und auf den Konferenzen von Rom und Brüssel ausgebaut worden. Sie sahen den Schutz nicht nur der vorbestehenden Werke gegen Verfilmung, sondern auch den Schutz des kinematographischen Werkes selbst vor. Dabei schweigen sie aber

über die Frage, wer der Urheber des Filmwerkes ist und lassen damit Raum sowohl für die Konzeption, die vom Urheberrecht des Filmherstellers, wie für diejenige, die vom Urheberrecht der geistigen Schöpfer des Filmwerkes ausgeht. Von den Verbandsländern der Berner Union weisen dabei Großbritannien, die Länder des britischen Commonwealth, Südafrika, Israel, Japan, die Türkei und andere Länder, darunter — nach dem Vorbild der Sowjetunion — auch sozialistische Ostblockstaaten wie Polen und die Tschechoslowakei, das Urheberrecht dem Produzenten zu; man spricht, indem man die britische Regelung als Prototyp ansieht, von dem System des film-copyright. Die Mehrzahl der kontinentaleuropäischen sowie der lateinamerikanischen Staaten geht dagegen vom Urheberrecht des geistigen Schöpfers aus. Die neuen einschlägigen Gesetze, darunter insbesondere das deutsche, das französische und die skandinavischen Urheberrechtsgesetze sehen dabei freilich Vermutungen dafür vor, daß die Urheber dem Hersteller auf Grund der Verträge, die sie mit ihm schließen, bestimmte Rechte zur Auswertung des Filmes übertragen. Weiter gehen Italien und Österreich, die zwar dem Grundsatz, daß das Urheberrecht in der Person der geistigen Schöpfer entsteht, treubleiben, die Verwertungsrechte aber kraft Gesetzes auf den Hersteller übertragen (sog. System der *cessio legis*).

Die Verschiedenheit der Systeme im Rahmen der Union ist störend. Wird das Filmwerk vorgeführt oder durch Rundfunk gesendet, so müssen die Benutzer wissen, wessen Rechte im Spiele sind und aus welcher Hand sie sie erwerben müssen. Die Unterschiedlichkeit der Beantwortung der Frage in den Verbandsländern erschwert den Austausch der Filme, insbesondere auch den Austausch der Fernsehfilme.

2. Vorbereitung der Revision

Die Revision des Filmurheberrechts wurde von langer Hand vorbereitet. Schon bald nach der Brüsseler Revision der RBÜ hat der Ständige Ausschuß der Berner Union in seiner Tagung von Neuchâtel (1952) auf Antrag des Internationalen Filmproduzenten-Verbandes beschlossen, die Gesamtheit der Kinematographie betreffenden Fragen des Urheberrechts in seine Traktandenliste aufzunehmen. Nach vorausgegangenen gutachtlichen Untersuchungen³³⁾ und nach Einholung der Stellungnahme der interessierten Verbände³⁴⁾ wurden dementsprechend die Fragen des internationalen Filmurheberrechts von einem „Komitee von Filmexperten“ beraten, das auf Grund einer Einladung von BIRPI und der UNESCO im Jahre 1961 in Genf tagte³⁵⁾. Unter den Vorschlägen des Komitees ist der bedeutsamste derjenige, *jure conventionis* eine Vermutung dafür vorzusehen, daß die Urheber, auf deren Schöpfung das Filmwerk beruht, die zur Verwertung erforderlichen Rechte auf den Produzenten übertragen.

Die Studiengruppe Schweden/BIRPI hat die Ergebnisse, zu denen das Komitee kam, aufgegriffen und die Vorschläge formuliert, aus denen — unter Berücksichtigung

der Beschlüsse, die im Jahre 1965 von dem Ausschuß der Regierungssachverständigen in Genf gefaßt wurden — die im Stockholmer Programm enthaltenen Regeln erwachsen sind³⁶⁾. An die Stelle der ursprünglich vorgesehenen Vermutung für eine Rechtsübertragung ist dabei eine Vermutung für die Legitimation des Produzenten getreten: Die mit dem Hersteller vertraglich verbundenen Urheber können, so heißt es im Vorschlag des Programms, sofern keine gegenteilige oder besondere Vereinbarung getroffen wird, die Auswertung des Films in den im einzelnen bezeichneten Nutzungsarten nicht unter-sagen.

Zwischen den Verbandsländern blieb dabei freilich eine Reihe von Fragen streitig. Soll sich die Vermutung nur auf die Rechte der Urheber des Filmwerkes oder soll sie sich auch auf die Rechte der Urheber der vorbestehenden Werke beziehen? Soll, wie es insbesondere von französischer Seite mit Nachdruck verlangt wurde, die Vermutung nur eingreifen, wenn ein schriftlicher Vertrag zwischen Urheber und Filmhersteller vorliegt, oder soll auch ein mündlicher, möglicherweise nur stillschweigend abgeschlossener Vertrag als Grundlage für die Vermutung genügen? Dazu kam, daß die Verbandsländer, in denen das System des film-copyright oder der *cessio legis* gilt, entschlossen waren, an diesen Systemen festzuhalten, und eine ausdrückliche Klarstellung darüber verlangten, daß sie mit den Regeln der Konvention vereinbar sind und für ihre Länder an die Stelle der Vermutungen treten.

Nach einer Diskussion über die Grundsatzfragen, in der diese Standpunkte zum Ausdruck kamen, beschloß die Hauptkommission die Bildung einer Arbeitsgruppe, in der die Delegationen von Belgien, Brasilien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kongo (Kinshasa), Monaco, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei vertreten waren; der deutschen Delegation wurde dabei der Vorsitz übertragen.

3. Grundgedanken der Revision. Vorschläge der Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe gab sich Rechenschaft darüber, daß die Aufgabe der Revision darin bestehe, in den Grenzen des Möglichen eine Annäherung der nationalen Regelungen zu erzielen, die unter Wahrung der berechtigten Interessen der Urheber den Umlauf der Filme im Rahmen der Union erleichtert. Die Vermutungen sollten daher für die Länder, die vom Urheberrecht der geistigen Schöpfer ausgehen, ihren Platz in dem Raume haben, in dem unter den Systemen des film-copyright bzw. der *cessio legis* dem Hersteller das Urheberrecht bzw. die Verwertungsrechte kraft Gesetzes zugewiesen wird.

a) Von diesem Standpunkt aus erschien es als sachgemäß, die Rechte der Urheber der vorbestehenden Werke unangetastet zu lassen und die Revision auf die Regeln über das Urheberrecht am Filmwerk zu beschränken.

Der Unterschied zwischen den nationalen Rechtssystemen beschränkt sich auf die Frage, wem das Urheberrecht am Filmwerk zusteht. Von den Urhebern der vorbestehenden Werke muß der Hersteller seine Rechte vertraglich ableiten. Auch in den Systemen des film-copyright und der *cessio legis* werden die Rechte an den vorbestehenden Werken dem Hersteller nicht kraft Gesetzes zugewiesen; er muß sie sich vielmehr im Rahmen der Verfilmungsverträge, die er mit den Urhebern schließt,

³⁶⁾ Vgl. dazu Ulmer, in *Probleme des europäischen Rechtes*, Festschrift für Walter Hallstein (1966), S. 541 ff.

³³⁾ Ulmer in DdA 1953, 97 ff. und 1954, 108 ff. — Abdruck in deutscher Fassung: Ulmer, *Kinematographie und Urheberrecht*, GRUR Int. 1953, 182 ff. und Ulmer, *Ergänzender Bericht über Kinematographie und Urheberrecht*, GRUR Int. 1954, 206 ff.; Lyon Caen, *Le cinéma dans la Convention de Berne*, Veröffentlichungen der Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété industrielle, littéraire et artistique, 1960.

³⁴⁾ Die Stellungnahmen wurden in DdA 1960, 6 ff., 28 ff. und 58 ff. veröffentlicht.

³⁵⁾ Vgl. darüber den Bericht von Desbois in DdA 1961, 214 — deutsche Übersetzung: Desbois, *Der internationale Schutz der kinematographischen Werke*, Bericht der von der Berner Union und der UNESCO einberufenen Studiengruppe, GRUR Int. 1961, 608 ff.

einräumen lassen. Die nationalen Rechtsordnungen mögen dabei Auslegungsregeln aufstellen, durch die gewisse Vermutungen zugunsten des Produzenten begründet werden, wie dies beispielsweise in der deutschen, der französischen und der skandinavischen Gesetzgebung der Fall ist. Großbritannien und die Länder des britischen Rechtskreises sehen aber solche Auslegungsregeln nicht vor, lassen es vielmehr bei den allgemeinen Regeln über die Auslegung von Verträgen bewenden. Auch für die Zukunft lehnte die britische Delegation die Einführung von Vermutungen mit Nachdruck ab. Unter dem Gesichtspunkt möglicher Annäherung der nationalen Rechtssysteme bestand daher kein Anlaß, für die Länder, die vom Urheberrecht der geistigen Schöpfer ausgehen, *jure conventionis* eine Erstreckung der Vermutung auch auf die Rechte an vorbestehenden Werken vorzusehen, wie dies grundsätzlich im Programm vorgeschlagen war.

b) In der Frage, wem das Urheberrecht am Filmwerk zusteht, mußte die Verschiedenheit der nationalen Rechtsordnungen in Kauf genommen werden. Die Arbeitsgruppe schlug daher vor, ausdrücklich vorzusehen, daß die Bestimmung darüber, wem das Urheberrecht am Filmwerk zusteht, der nationalen Gesetzgebung des Landes vorbehalten bleibt, in dem der Schutz in Anspruch genommen wird. Vermutungen für die Legitimation des Filmherstellers sollen dabei nur für diejenigen Verbandsländer vorgesehen werden, die das Urheberrecht am Filmwerk den Urhebern der Filmbeiträge zuweisen.

In dem hier in Betracht kommenden Raum wird daher hinsichtlich der Legitimation des Filmherstellers zur Geltendmachung der Verwertungsrechte eine gewisse Annäherung erreicht. Der Unterschied, daß in einem Teil der Verbandsländer die Legitimation des Herstellers auf dem Gesetz, in einem anderen Teil dagegen nur auf einer widerlegbaren Vermutung beruht, muß dabei freilich in Kauf genommen werden.

c) Die Unterscheidung zwischen Filmbeiträgen und vorbestehenden Werken, wie sie von der Arbeitsgruppe gemacht wurde und in den Text der Konvention eingegangen ist, ist dabei so zu verstehen, daß Filmbeiträge die schöpferischen Leistungen sind, die zum Zwecke der Herstellung des Filmes erbracht werden. Die Unterscheidung deckt sich nicht mit derjenigen des deutschen Urheberrechtsgesetzes, das in § 88 von den Urhebern handelt, die die Verfilmung ihrer Werke gestatten, und in § 89 von den bei der Herstellung des Filmwerkes mitwirkenden Personen: Filmbeiträge im Sinne der Konvention sind nicht nur die Leistungen von Personen, die bei den Dreharbeiten mitwirken, sondern auch sonstige für den Film bestimmte Schöpfungen wie insbesondere das Drehbuch und die für den Film verfaßte Musik.

Die Frage war dabei freilich, ob die Vermutung *jure conventionis* die Rechte aller Urheber der Filmbeiträge umfassen soll. Daß für den Komponisten eine Ausnahme zu machen sei, stand angesichts der Praxis der selbständigen Geltendmachung der Tantiemen bei der Vorführung und der Sendung des Films durch die Verwertungsgesellschaften, die die Rechte der Komponisten wahrnehmen, von vornherein fest. Die Arbeitsgruppe schlug aber weitergehend vor, auch für den Verfasser des Drehbuches und des Dialoges vorzusehen, daß, falls die nationale Gesetzgebung nichts anderes vorschreibt, ihre Rechte von der Vermutung ausgeschlossen bleiben. Sie ließ sich dabei unter anderem von der Erwägung leiten, daß auch im

britischen System des film-copyright die Rechte der genannten Personen nicht etwa kraft Gesetzes dem Hersteller zugewiesen, sondern von ihm vertraglich erworben werden müssen, ohne daß dabei eine Vermutung zugunsten des Produzenten eingreift. Auch in der Praxis kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich jedenfalls bei den Verfassern von Drehbuch und Dialog sowie beim Filmkomponisten um echte Urheber handelt; es kann daher keine Härte für den Produzenten bedeuten, wenn er gezwungen ist, mit ihnen ausdrückliche Vereinbarungen über den Umfang der Rechtsübertragung zu schließen.

d) Die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene konstruktive Lösung wurde in ihrer großen Linie von der Hauptkommission akzeptiert und der Neuordnung zugrunde gelegt. Art. 14 RBÜ handelt dabei in der Stockholmer Fassung nur noch von den Rechten an den vorbestehenden Werken, während die Regeln über das Urheberrecht am Filmwerk in Art. 14^{bis} enthalten sind.

4. Die Rechte an vorbestehenden Werken

Bezüglich der Rechte an vorbestehenden Werken wird in Art. 14 RBÜ wie bisher vorgesehen, daß die Urheber das ausschließliche Recht haben, die filmische Bearbeitung und Vervielfältigung ihrer Werke sowie die Verbreitung und die öffentliche Vorführung der auf ihnen beruhenden Filmwerke zu gestatten. Der öffentlichen Vorführung wurde dabei, dem Vorschlag des Programms entsprechend, die Drahtfunktssendung zur Seite gestellt; die Rundfunktssendung wurde dagegen nicht einbezogen, weil dem Urheber das Senderecht durch Art. 11^{bis} gewährleistet ist.

Der bisherige Art. 14 Abs. 3, der vorsieht, daß die Erlaubnis der Urheber der vorbestehenden Werke auch für die Adaptation der auf ihren Schöpfungen beruhenden Filmwerke in irgendeine andere künstlerische Form erforderlich ist, wurde in Art. 14 Abs. 2 übernommen.

Aus dem bisherigen Art. 14 Abs. 4 RBÜ ist Art. 14 Abs. 3 geworden. Er wurde dabei, dem Vorschlag des Programms entsprechend, in seiner Fassung verbessert. Während es bisher hieß, daß die kinematographischen Adaptationen der vorbestehenden Werke den Regeln des Art. 13 RBÜ, die den Verbandsländern die Einführung einer Zwangslizenz gestatten, nicht unterworfen sind, wird nunmehr allgemein gesagt, daß die genannten Regeln des Art. 13 keine Anwendung finden. Damit ist klar gestellt, daß die Verbandsländer auch hinsichtlich des ausschließlichen Rechtes der Urheber, insbesondere der Komponisten, die filmische Vervielfältigung zu gestatten, keine Zwangslizenz vorsehen dürfen. Die Regeln des Art. 11^{bis} RBÜ über die Zwangslizenz zugunsten des Rundfunks bleiben dagegen unberührt.

5. Das Urheberrecht am Filmwerk

Die Regeln über das Urheberrecht am Filmwerk wurden in Art. 14^{bis} RBÜ übernommen und dabei durch die neuen Bestimmungen erweitert, die die Frage nach dem Inhaber des Urheberrechtes am Filmwerk und nach der Legitimation des Produzenten zur Geltendmachung der Verwertungsrechte zum Gegenstand haben.

a) Art. 14^{bis} Abs. 1 RBÜ sieht vor, daß unbeschadet der Rechte an etwaigen vorbestehenden Werken das Filmwerk wie ein Originalwerk geschützt wird. Der Inhaber des Urheberrechtes am Filmwerk genießt dabei die gleichen Rechte wie der Urheber des Originalwerkes einschließlich

der in Art. 14 für die Urheber vorbestehender Werke vorgesehenen Rechte, insbesondere also neben dem Vervielfältigungsrecht, dem Senderecht und dem Bearbeitungsrecht auch das Verbreitungsrecht, das Recht zur öffentlichen Vorführung und zur Drahtfunksendung.

b) Die Bestimmung darüber, wer Inhaber des Urheberrechts am Filmwerk ist, wird durch Abs. 2 a der Gesetzgebung des Verbandslandes vorbehalten, in dem der Schutz in Anspruch genommen wird. Damit wird sowohl das System des film-copyright wie das System der Verbandsländer anerkannt, die vom Urheberrecht der geistigen Schöpfer des Filmwerkes ausgehen. Im Bericht wird dabei ausdrücklich gesagt, daß die Regel auch diejenigen Fälle umfaßt, in denen nicht das Urheberrecht im ganzen, sondern nur einzelne Elemente desselben von der nationalen Gesetzgebung bestimmten Personen zugewiesen wird, und damit klargestellt, daß auch das in Italien und Österreich geltende System der *cessio legis* mit den Bestimmungen der Konvention in Einklang steht.

6. Die Vermutungen für die Legitimation des Herstellers

Die Regeln über die Vermutungen bleiben auf die Verbandsländer beschränkt, deren Gesetzgebung die Urheber der schöpferischen Filmbeiträge zu den Inhabern des Urheberrechts rechnet. Im einzelnen sind die Regeln in Art. 14^{bis} Abs. 2 b–d und Abs. 3 enthalten.

a) Der Inhalt der Vermutungen ist in Abs. 2 b, dem Vorschlag des Programms entsprechend, bestimmt worden: Die Personen, die sich verpflichtet haben, Beiträge zur Herstellung des Filmwerkes zu leisten, können, sofern keine gegenteilige oder besondere Vereinbarung getroffen wird, die Vervielfältigung, die Verbreitung, die öffentliche Vorführung, die Drahtfunksendung, die Rundfunksendung, die öffentliche Wiedergabe, das Versehen mit Untertiteln und die Textsynchronisierung des Filmwerkes nicht verbieten. Vermutet wird also nur die Legitimation des Filmherstellers zur Ausübung der genannten Rechte, nicht etwa die Übertragung der Rechte. Die Verbandsländer sind daher durch die Regeln über die Vermutung nicht daran gehindert, in ihrer Gesetzgebung zugunsten der Urheber schöpferischer Beiträge Ansprüche auf eine angemessene Vergütung vorzusehen, sei es, daß es sich dabei um Ansprüche gegen den Filmhersteller oder um Ansprüche gegen die Filmtheater bzw. die Rundfunkanstalten handelt, die den Film vorführen bzw. senden.

b) Ausnahmen von der Vermutung zugunsten bestimmter Urheber von Filmbeiträgen werden in Abs. 3 vorgesehen. Dem Vorschlag der Arbeitsgruppe entsprechend, finden die Regeln über die Vermutung, falls die nationale Gesetzgebung nichts anderes vorschreibt, auf die Rechte der Urheber des Drehbuches, des Dialoges und der Filmmusik keine Anwendung. Darüber hinaus wurde vor allem von der französischen und jugoslawischen Delegation verlangt, daß den genannten Personen auch der Regisseur gleichgestellt werde. Verbreiteter neuerer Auffassung entsprechend betonten sie, daß neben dem Verfasser von Drehbuch und Dialog sowie dem Komponisten auch der Regisseur zu den Haupturhebern des Filmes zu rechnen sei; auch hier müßten daher, falls die nationale Gesetzgebung nichts anderes vorsieht, ausdrückliche Vereinbarungen über den Umfang der Rechtsübertragung getroffen werden.

Im Rahmen von Kompromißverhandlungen wurde dieser Forderung insofern Rechnung getragen, als in der endgültigen Fassung des Art. 14^{bis} Art. 3 auch der Hauptregisseur des Filmwerkes (*réalisateur principal*) zu den Personen gerechnet wird, auf deren Rechte die Vermutungen mangels anderweitiger Bestimmung in der nationalen Gesetzgebung keine Anwendung finden. Es wurde jedoch hinzugefügt, daß die Verbandsländer, die in ihrer Gesetzgebung die Vermutung nicht auf die Rechte des Hauptregisseurs erstrecken, den Generaldirektor davon durch schriftliche Erklärung zu benachrichtigen haben, der seinerseits die Nachricht alsbald an sämtliche Verbandsländer weiterleiten wird. Diese Benachrichtigungspflicht ist mit Rücksicht darauf vorgesehen worden, daß in einer Reihe von Verbandsländern, die das Urheberrecht am Filmwerk den Schöpfern der Filmbeiträge zuweisen, – u. a. auch in Frankreich – die nationalen Gesetze Vermutungen vorsehen, die auch auf die Rechte des Regisseurs anwendbar sind. Der Ausschluß des Regisseurs von den Regeln über die Vermutung erscheint jedenfalls zur Zeit noch als Ausnahme. Daher soll durch die Benachrichtigung eine Klarstellung erfolgen, die die Filmhersteller, die eine Verwertung des Filmwerkes in dem betreffenden Verbandsland beabsichtigen, auf die Notwendigkeit hinweist, auch mit dem Regisseur ausdrückliche Vereinbarungen über den Umfang der Rechtsübertragung zu treffen.

c) Angesichts dieser Einschränkung der Geltung der Vermutungen liegt die auch in den Beratungen auf der Konferenz wiederholt gestellte Frage nahe, welche praktische Bedeutung den Vermutungen noch bleibt.

Die Frage hängt davon ab, welche Personen außer dem Verfasser von Drehbuch und Dialog, dem Filmkomponisten und dem Hauptregisseur in den nationalen Rechtsordnungen möglicherweise noch zu den Filmurhebern gerechnet werden. Zu denken ist dabei an Hilfsregisseure, an die Kameramänner und Cutter sowie an die Urheber von Bauten, Bildern und Zeichnungen, die für die Zwecke des Filmes geschaffen werden. Darüber hinaus werden im Schrifttum zuweilen auch die Filmdarsteller, jedenfalls die führenden Darsteller, zu den Filmurhebern gerechnet³⁷⁾. Die Praxis ist darin freilich zurückhaltender als die Lehre. Jedenfalls soll aber die Vermutung verhindern, daß Personen, über deren mögliche Beteiligung am Filmurheberrecht die Auffassungen auseinandergehen, die Verwertung des Filmwerkes verhindern können, wenn der Hersteller mit ihnen keine ausdrückliche Vereinbarung über die Rechtsübertragung geschlossen hat.

Theoretisch gesehen kann man sagen, daß die Regelung in Art. 14^{bis} Abs. 3 einen Unterschied zwischen den Haupturhebern des Filmes und anderen Personen macht, die möglicherweise als Hilfs- oder Nebenurheber anzusehen sind. Sie folgt damit einer Gedankenrichtung, die auch in einzelnen nationalen Rechtsordnungen erkennbar ist. Beispielsweise läßt das französische Urheberrechtsgesetz die Frage, welche Personen zu den Filmurhebern zu rechnen sind, zwar grundsätzlich offen, stellt aber eine Vermutung dafür auf, daß als Urheber der Verfasser des Drehbuches und seiner Bearbeitung, der Verfasser des Dialoges, der Filmkomponist und der Regisseur anzusehen sind. Noch weiter in dieser Richtung geht das italienische Urheberrechtsgesetz, das bewußt den Kreis der

³⁷⁾ So insbesondere von Desbois, *Le droit d'auteur* (2. Aufl. 1966) S. 167 ff.

Filmurheber auf die Haupturheber begrenzt. *Valerio De Sanctis* hat in diesem Zusammenhang einmal von einer Art Servitut gesprochen, die auf den etwaigen Rechten der anderen Personen lastet, die bei der Filmherstellung mitwirken. Art. 14^{bis} Abs. 3 RBÜ geht nicht so weit wie die italienische Regelung: Den Hilfs- oder Nebenurhebern werden ihre etwaigen Urheberrechte nicht entzogen. Zu ihren Lasten wird nur eine widerlegbare Vermutung für die Legitimation des Filmherstellers zur Geltendmachung der wichtigsten Verwertungsrechte vorgesehen. Jedenfalls wird aber den Haupturhebern durch die Regelung in der Konvention eine stärkere Rechtsstellung zugewiesen als den Hilfs- und Nebenurhebern, für die *jure conventionis* zwingend die Regeln über die Vermutung gelten.

7. Die Form der die Vermutungen begründenden Verträge

Besondere Schwierigkeiten bereitete in Stockholm die Frage nach der Form des Vertrages, für den die Regeln über die Vermutung gelten sollen. Die französische Delegation bestand darauf, daß der Vertrag ein schriftlicher Vertrag sein müsse, und machte zunächst nur die Einräumung, daß auch ein gleichwertiger schriftlicher Akt (beispielsweise eine schriftliche Kollektivvereinbarung oder ein schriftliches Betriebsstatut, das den Verträgen zugrunde gelegt wird) genügen soll.

Der französische Standpunkt erklärt sich daraus, daß das französische Urheberrechtsgesetz grundsätzlich für alle Urheberrechtsverträge die Schriftform vorschreibt. In der Mehrheit der Verbandsländer können aber, ebenso wie im deutschen Recht, die Urheberrechtsverträge auch mündlich geschlossen werden. Es gilt dies selbst für den wichtigsten Urheberrechtsvertrag, den Verlagsvertrag. Auch war zu bedenken, daß *jure conventionis* die Regeln über die Vermutung nur für die Verträge mit den Hilfs- oder Nebenurhebern gelten sollen. Gerade mit diesen Personen werden aber die Verträge häufig nur mündlich geschlossen. Schließlich sprach gegen die Schriftform, daß in Fällen, in denen schriftliche Akte vorliegen, ohnedies die Möglichkeit nahelege, auch den Umfang der Rechtsübertragung ausdrücklich zu regeln. Die Hauptbedeutung der Vermutung liegt daher unseres Erachtens in ihrer Anwendung auf mündliche Verträge.

Eine Überwindung dieser Meinungsverschiedenheit war nicht möglich. Es blieb nur übrig, die verschiedenen Rechtsprinzipien zu respektieren. Ebenso wie die französische Delegation die Achtung des Prinzips der Schriftform verlangte, konnten die anderen Delegationen die Respektierung ihres Rechtsstandpunktes fordern, daß auch mündliche Verträge als Basis für die Vermutungen genügen. Der Ausgleich mußte daher, wie bei sonstigen Rechtskollisionen, durch eine Regel gefunden werden, die ihrer Natur nach dem internationalen Privatrecht angehört. Die Arbeitsgruppe ließ sich dabei von der Erwägung leiten, daß sich der Grundsatz „*locus regit actum*“ nicht zur Anwendung eignet. Dem Ort, an dem der Vertrag geschlossen wird, kann, da er oft willkürlich gewählt wird, kein besonderes Gewicht beigelegt werden. Beispielsweise könnte ein französischer Filmhersteller die Verträge mit den Urhebern unschwer in Monaco oder in der Schweiz schließen und damit in Ländern, in denen der mündliche Vertragsschluß genügt. Entscheidend muß vielmehr das Recht des Landes sein, in dem der Schwerpunkt des Vertrages liegt. Ähnlich wie man bei Bank-

oder Versicherungsverträgen annimmt, daß der Schwerpunkt am Sitz des Unternehmens liegt, und wie man sich auch beim Verlagsvertrag für den Sitz des Verlages entscheidet, ging die Arbeitsgruppe davon aus, daß beim Vertrag zwischen den Urhebern und dem Filmhersteller der Schwerpunkt am Sitz des Filmherstellers liegt. Es wurde daher vorgeschlagen, daß die Frage, ob der Vertrag mündlich geschlossen werden kann oder ob ein schriftlicher Vertrag oder ein gleichwertiger schriftlicher Akt erforderlich sei, nach dem Recht des Landes beurteilt werden soll, in dem der Filmhersteller seinen Sitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat. Diese Regelung schien auch deshalb als angemessen, weil es naheliegt, daß der Filmhersteller sich in der Formfrage nach dem Recht seines Landes richtet.

Die französische Delegation war aber nicht bereit, diesen Vorschlag anzunehmen. Sie wies darauf hin, daß es den französischen Gerichten, wenn sie Verträge zu beurteilen haben, die der Filmhersteller eines anderen Landes mit den Urhebern geschlossen hat, nicht zugemutet werden könne, mündliche Verträge als Grundlage für die Vermutung anzuerkennen.

Um der Gefahr eines französischen Vetos zu begegnen, wurde daher der Kompromißvorschlag gemacht, auch in der Formfrage auf das Recht des Landes abzustellen, in dem der Schutz in Anspruch genommen wird. Dieser Vorschlag, der in der Hauptkommission mit beträchtlicher Mehrheit angenommen wurde, scheiterte aber in der Plenarsitzung an einem holländischen Veto. Der holländische Delegierte, Professor *Gerbrandy*, erklärte kategorisch, daß seine Delegation nicht bereit sei, eine solche Abweichung von allgemeinen Prinzipien des internationalen Privatrechts zu dulden.

Es waren in den letzten Stunden der Konferenz dramatische Augenblicke. Man stand zwischen der *Skylla* eines französischen und der *Charybdis* eines holländischen Vetos. Die ganze, jahrzehntelang vorbereitete und auf der Konferenz weitergeführte Revision des Filmrechts drohte zu scheitern. Die Frage wurde daher vom Plenum nochmals an die Hauptkommission zurückverwiesen. Dabei gelang es, eine Einigung über einen weiteren Vermittlungsvorschlag zu erzielen, den ich der Kommission als Vorsitzender unterbreitete: Die Regelung (Art. 14 Abs. 2 c) geht nunmehr dahin, daß die Formfrage grundsätzlich, im Sinne des Vorschlages der Arbeitsgruppe, nach dem Recht des Landes zu beurteilen ist, in dem der Filmhersteller seinen Sitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat. Dem Verbandsland, in dem der Schutz in Anspruch genommen wird, bleibt aber die Möglichkeit vorzusehen, daß ein schriftlicher Vertrag oder ein gleichwertiger schriftlicher Akt vorliegen muß. Verbandsländer, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, haben davon den Generaldirektor schriftlich zu benachrichtigen, der seinerseits die Nachricht alsbald an alle Verbandsländer weiterleiten wird.

Die Praxis wird sorgfältig darauf achten müssen, welche Verbandsländer von dem Vorbehalt Gebrauch machen. Wenn dies beispielsweise Frankreich und Jugoslawien sind, so muß auch der Filmhersteller eines anderen Landes darauf bedacht sein, daß ein schriftlicher Vertrag geschlossen wird oder ein gleichwertiger schriftlicher Akt vorliegt, falls ihm an der Verwertung des Filmes auch in den genannten Ländern gelegen ist. Für die Verwertung des Filmes in den anderen Verbandsländern genügt es

dagegen, wenn er der Rechtsordnung seines Landes entsprechend die Verträge mündlich abschließt.

8. Gesamtwürdigung

Im ganzen ist das Ergebnis, zu dem die Konferenz in den Filmrechtsfragen gelangte, bescheidener, als ursprünglich beabsichtigt war; auch ist es durch den Kompromiß belastet, der in der Formfrage geschlossen werden mußte.

Immerhin wurde der Fortschritt erzielt, daß die Konvention erstmalig Regeln über die Fragen enthält, die die Urheberschaft am Filmwerk und die Legitimation des Produzenten zur Geltendmachung der Verwertungsrechte betreffen. Die Regeln über die Vermutung gelten zwar nur für die Länder, die das Urheberrecht am Filmwerk den Schöpfern der Filmbeiträge zuerkennen. Mittelbar sind sie aber auch für andere Länder von Bedeutung: Auch für einen britischen, italienischen oder österreichischen Film können, wenn es sich um die Verwertung in Deutschland, Frankreich, Skandinavien oder in anderen Ländern handelt, die das Urheberrecht den geistigen Schöpfern zuerkennen, gegebenenfalls die in Art. 14^{bis} enthaltenen Vermutungen in Anspruch genommen werden — ebenso wie sich umgekehrt der deutsche, französische oder skandinavische Filmhersteller in Großbritannien auf das dem Produzenten zustehende film-copyright und in Italien und Österreich auf die zu seinen Gunsten stattfindende *cessio legis* berufen kann.

XIII. Der Schutz von Folklore (Art. 15 RBÜ)

(Verfasser: Reimer)

1. Die Frage, ob der Schutz der sogenannten Folklore in besonderer Weise in der Konvention zu verankern sei, wurde auf der Konferenz sehr eingehend erörtert. Die Diskussion hierüber war bereits bei den Beratungen zu Art. 2 in Gang gekommen. Indien hatte beantragt, die folkloristischen Werke in den Werkkatalog des Art. 2 Abs. 1 aufzunehmen. Doch zeigte sich bald, daß das folkloristische Schaffen von den sonstigen Werken der Literatur und Kunst nicht abgrenzbar ist und daß zum Gemeingut gewordene volkstümliche Erzeugnisse urheberrechtlich nicht geschützt werden können. Der Gedanke, der Folklore eine Sonderregelung zu widmen, hat trotzdem weitgehende Unterstützung gefunden, und zwar insbesondere seitens der afrikanischen Länder, deren Kulturgut zum erheblichen Teil folkloristischer Art ist. Das Interesse an einer Sondervorschrift wurde vor allem damit begründet, daß sich häufig bestimmte Rechtsinhaber urheberrechtlich geschützter Folklore nicht ermitteln ließen, so daß diese zum Gegenstand mißbräuchlicher Aneignung werde, ohne daß wirksam dagegen eingeschritten werden könne. Die interessierten Verbandsländer mußten daher die Möglichkeit haben, mit Wirkung für die ganze Union eine bestimmte Stelle zu benennen, welche die Urheber der Werke der Folklore vertreten und ihre Rechte geltend machen könne. Ein Vorschlag der tschechischen Delegation, eine derartige Bestimmung in die Konvention aufzunehmen, bildete den Ausgangspunkt für weitere Überlegungen, die nicht nur in der Kommission, sondern auch in einer eigens für diesen Zweck geschaffenen Arbeitsgruppe „Folklore“ angestellt wurden, die unter der Leitung des tschechischen Delegierten *Strnad* stand. Diese Arbeitsgruppe hat schließlich

einen Text vorgelegt, der von der Kommission gebilligt wurde und in dem der schwer zu bestimmende Begriff der Folklore gar nicht mehr enthalten ist. Vielmehr ist der tschechische Gedanke, einer bestimmten Stelle mit Wirkung für die ganze Union die Befugnis zur Wahrnehmung der Rechte zu verleihen, auf Anregung des Präsidenten der Kommission in folgender Form verwirklicht worden (vgl. Art. 15 Abs. 4 StF):

Es muß sich um unveröffentlichte Werke handeln, deren Urheber unbekannt ist, bei denen aber aller Anlaß zu der Vermutung besteht, daß ihr Urheber Angehöriger eines Verbandslandes ist. Dagegen kommt die neue Bestimmung auf veröffentlichte Werke oder auf Werke, deren Urheber bekannt sind, nicht zur Anwendung, vielmehr genügen hier die Vermutungen der Abs. 1 und 3 des Art. 15 StF. Liegen die geschilderten Voraussetzungen vor, dann ist das Land der vermeintlichen Staatsangehörigkeit des Urhebers berechtigt, eine zuständige Stelle zu bestimmen, die den Urheber vertritt und seine Rechte in den Ländern der Union geltend machen und verteidigen kann. Aus Gründen der Publizität haben die Länder eine solche Bestimmung dem Generaldirektor des Verbandes mitzuteilen, der sie an die anderen Verbandsländer weitergibt.

2. Ferner ist zu erwähnen, daß Art. 15 durch einen neuen Abs. 2 ergänzt worden ist, der eine Vermutung betreffend den Hersteller des Filmwerks aufstellt. Die neue Vorschrift, die zwischen die bisherigen beiden Absätze geschoben wurde, besagt, daß mangels Gegenbeweises diejenige natürliche oder juristische Person als Hersteller des Filmwerkes angesehen wird, deren Name in der üblichen Weise auf dem Werk angegeben ist.

XIV. Fragen des öffentlichen Rechts (Art. 17)

(Verfasser: Ulmer)

1. Allgemeines

Auf Fragen des öffentlichen Rechts nimmt Art. 17 RBÜ Bezug: Die Bestimmungen der vorliegenden Übereinkunft — so heißt es in Art. 17 — können in keiner Beziehung das der Regierung jedes Verbandslandes zustehende Recht beeinträchtigen, durch Maßregeln der Gesetzgebung oder inneren Verwaltung die Verbreitung, die Aufführung oder die Ausstellung von Werken oder Erzeugnissen jeder Art zu gestatten, zu überwachen oder zu untersagen, hinsichtlich welcher die zuständige Behörde dieses Recht auszuüben hat.

Die Regel war schon in der ursprünglichen Fassung der Berner Übereinkunft enthalten. Sie soll klarstellen, daß auch in Ansehung der Verbreitung, der Wiedergabe und der Ausstellung von geschützten Werken die Hoheitsgewalt der Verbandsländer unberührt bleibt, wobei insbesondere an die Vorschriften des Strafrechts über die Verbreitung unzüchtiger Werke, an die Regeln des Presserechts und an etwaige Zensurbestimmungen gedacht ist³⁸⁾.

In Stockholm ist trotz verschiedener Abänderungs- und Ergänzungsanträge der Text des Art. 17 schließlich unverändert geblieben. Die Erörterung der Anträge hat aber zur Klärung der Probleme beigetragen und Anlaß zu einer Entschließung gegeben, die eine künftige Revision vorbereiten soll.

³⁸⁾ Vgl. Röhliberger, S. 267 und Hoffmann, S. 234 f.

2. Die Hoheitsgewalt der Verbandsländer

Unmittelbaren Bezug auf den gegenwärtigen Text des Art. 17 hatten ein britischer und ein italienischer Antrag. Der britische Antrag ging dahin, die Worte „zu gestatten“ zu streichen: Die Hoheitsgewalt der Verbandsländer könne nur Überwachungen oder Verbote zum Gegenstand haben. Die Worte „zu gestatten“ könnten dagegen zu dem Mißverständnis führen, die staatliche Hoheitsgewalt schließe auch die Befugnis ein, die Verwertung der Werke ohne Zustimmung der Urheber zu erlauben. Der Antrag war einleuchtend. Die Worte „zu gestatten“ sind zwar schon bisher, richtig gesehen, nicht in dem befürchteten Sinne auszulegen. Sie sind offenbar nur deshalb eingefügt worden, weil man die Zensur vor Augen hatte, die die Verbreitung gestatten oder verbieten kann; die privaten Rechte der Urheber sollten aber nicht angetastet werden. Jedenfalls erschien aber im Interesse einer Klarstellung die Streichung der genannten Worte angebracht. Die Hauptkommission stimmte daher dem britischen Antrag zu. Auch billigte sie zwar nicht den Wortlaut, wohl aber den Grundgedanken des italienischen Vorschlags, demzufolge nur der Gesetzgeber, nicht die innere Verwaltung (*police intérieure*) zum Erlaß der Maßnahmen befugt sein soll: Im Einzelfall können zwar auch polizeiliche Maßnahmen getroffen werden; diese Maßnahmen sollten aber ihre Grundlage in der Gesetzgebung der Verbandsländer haben.

Die Hauptkommission schlug daher für die künftige Fassung des Art. 17 RBÜ folgenden Wortlaut vor:

„Die Bestimmungen der vorliegenden Übereinkunft können in keiner Beziehung das jedem Verbandsland zustehende Recht beeinträchtigen, durch Maßregeln, die in der Gesetzgebung dieses Landes vorgesehen sind, die Verbreitung, die Aufführung oder die Ausstellung von Werken oder Erzeugnissen zu überwachen oder zu untersagen, hinsichtlich welcher die zuständige Behörde dieses Recht auszuüben hat.“

In der Plenarsitzung scheiterte aber die Annahme dieses Vorschlags an einem Veto der Delegation von Südafrika. Die Delegation betonte, sie bestreite nicht, daß die Verwertung der geschützten Werke gemäß den Regeln der Konvention grundsätzlich nur mit Zustimmung des Urhebers zulässig sei. Wenn es aber die öffentliche Ordnung erfordere, so müßte auch dem Staat die Erteilung der Erlaubnis möglich sein. Gedacht war dabei offenbar an Fälle, in denen Autoren aus politischen Gründen die Wiedergabe ihrer Werke in Südafrika verbieten. In solchen Fällen glaubt man in Südafrika, daß Art. 17 RBÜ die Möglichkeit eines staatlichen Eingriffs in die Rechte der Urheber eröffne.

Das Veto schloß die Annahme der Neufassung aus. Die Bestimmung wurde daher in ihrer ursprünglichen Fassung in den Stockholmer Text übernommen. In dem Bericht wird aber entgegen der Auslegung, die ihm in Südafrika gegeben wird, eindeutig klargestellt, daß den Verbandsländern nicht die Befugnis zusteht, in Fällen, in denen nach den Regeln der Konvention die Zustimmung des Urhebers erforderlich ist, die Verwertung auch ohne seine Zustimmung zu gestatten.

3. Mißbrauch der Monopolstellung

Ein weiterer britischer Vorschlag ging dahin, dem Art. 17 einen neuen Absatz einzufügen, der die Befugnis der Verbandsländer klarstellt, im Wege der Gesetzgebung die Bestimmungen zu treffen, die erforderlich sind, um in Fällen, in denen Personen oder Verbände für ein große-

res Repertoire von Werken urheberrechtliche Befugnisse wahrnehmen, den Mißbrauch der Monopolstellung auszuschließen. Der Vorschlag bezweckte, außer Zweifel zu stellen, daß die in einer Reihe von Verbandsländern bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, die für die Verwertungsgesellschaften einen Kontrahierungszwang oder ein obligatorisches Schiedsverfahren vorsehen, in dem die Tarife festgelegt werden, nicht gegen die Bestimmungen der Konvention verstoßen, die den Urhebern das ausschließliche Recht zur Verwertung der Werke gewährleisten. Ähnlich, aber in allgemeinerer Fassung, schlug die australische Delegation vor, jedes Verbandsland solle befugt sein, die gesetzlichen Bestimmungen zu treffen, die es für erforderlich hält, um Mißbräuche in der Geltendmachung der durch die Konvention gewährleisteten Rechte auszuschließen.

Der australische Vorschlag ging ohne Zweifel zu weit; sein Text hätte gegebenenfalls auch eine Auslegung im Sinne der obengenannten Wünsche Südafrikas möglich gemacht. Dagegen war der britische Vorschlag ernstlich in Erwägung zu ziehen. Die Verwertungsgesellschaften haben sich schon wiederholt darauf berufen, daß die in einzelnen Verbandsländern bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Ausübung der von ihnen wahrgenommenen Rechte gegen die Bestimmungen der Konvention verstoßen. Unter anderem hat die CISAC auf der Londoner Tagung des Ständigen Ausschusses der Berner Union den deutschen Regierungsentwurf betreffend das Gesetz über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten unter diesem Gesichtspunkt angegriffen³⁹⁾.

Der Vorschlag rief bei mehreren Delegationen, insbesondere bei solchen, denen Vertreter von Verwertungsgesellschaften angehörten, ernstliches Unbehagen hervor. Als Vorsitzender der Hauptkommission schlug ich daher vor, sich mit einer Bemerkung im Bericht zu begnügen, in der es in Übereinstimmung mit der Erklärung, die das Internationale Büro schon in den dreißiger Jahren wiederholt zu der Frage abgegeben hatte, heißt, daß die Fragen des *ordre public* der nationalen Gesetzgebung der Verbandsländer vorbehalten sind, und daß diese Länder daher die Möglichkeit haben, die Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, dem Mißbrauch von Monopolstellungen entgegenzutreten. Die Hauptkommission billigte diese Erklärung ohne Widerspruch, worauf der britische und australische Antrag zurückgezogen wurden.

4. Pflicht zur Hinterlegung von Originalmanuskripten und zur Verbreitung graphischer Exemplare?

Um eine Frage des öffentlichen Rechts handelte es sich auch bei einem Antrag der österreichischen Delegation, die sich die u. a. von dem Dirigenten *Denis Vaughan* mit Nachdruck erhobene Forderung zu eigen machte, der Praxis der Musikverleger entgegenzutreten, die Werke nur in der von ihnen gewählten Form zu veröffentlichen und den Zugang zu den Originalpartituren auszuschließen. Der österreichische Antrag ging dahin, in Art. 6^{bis} eine Bestimmung darüber einzufügen, daß die Verleger von literarischen, dramatisch-musikalischen und musikalischen Werken verpflichtet werden sollen, von den von ihnen in einem Verbandsland veröffentlichten Werken in einer nationalen Bibliothek oder einem ähnlichen Institut ein Faksimile des ältesten, authentischen Exemplars des Wer-

³⁹⁾ Vgl. darüber *Ulmer* in GRUR Int. 1961, 61 f.

kes in der durch seinen Urheber gebilligten Form zu hinterlegen.

Ein weiterer Vorschlag, der gleichfalls durch die Praxis der Musikverleger bedingt war, ging von Israel aus. Der Delegierte Israels beantragte, dem Art. 17 einen neuen Absatz hinzuzufügen, demzufolge es der Gesetzgebung der Verbandsländer vorbehalten bleiben soll, zu bestimmen, daß in Fällen, in denen dramatisch-musikalische oder musikalische Werke mit Zustimmung des Urhebers der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, die graphischen Exemplare dieser Werke gleichfalls ohne Einschränkungen, die den guten Sitten zuwiderlaufen, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sind.

Der Grundgedanke beider Vorschläge stieß bei den Delegierten auf Anklang. Man war sich jedoch darüber klar, daß einschlägige Regeln in die Konvention nicht ohne genaue Prüfung der Sach- und Rechtslage aufgenommen werden können. Der österreichische Vorschlag begegnete dabei von vornherein dem Bedenken, daß er den

Kreis der Werke, für die eine Hinterlegung der Originalmanuskripte zur Pflicht gemacht werden soll, nicht genügend begrenzt; in jedem Fall ginge es zu weit, diese Pflicht auf alle in einem Verlag erscheinenden literarischen Werke auszudehnen. Bei dem Antrag Israels bleibt zu prüfen, ob und inwieweit er mit den Grundsätzen des Urheberrechts in Einklang zu bringen ist.

Dem Vorschlag der Hauptkommission entsprechend wurde daher von der Konferenz eine Entschliebung angenommen, in der auf die Anträge der beiden Delegationen mit der Bemerkung hingewiesen wird, daß die Konferenz Geist und Zweck dieser Vorschläge unter Vorbehalt der Frage ihrer Vereinbarkeit mit den Rechten der Urheber mit Sympathie zur Kenntnis genommen hat und in der der Wunsch ausgedrückt wird, das Internationale Büro möge eine Untersuchung der einschlägigen Fragen in die Wege leiten, damit auf einer späteren Revisionskonferenz die Möglichkeit der Einfügung von Regeln in die Konvention ins Auge gefaßt werden könne.

Das Protokoll betreffend die Entwicklungsländer

Von Regierungsdirektor Kurt Schiefner

I. Vorgeschichte und Grundgedanken

Das Protokoll betreffend die Entwicklungsländer wurde in einer besonderen Kommission (Hauptkommission II) behandelt. Zum Präsidenten der Kommission wurde der Leiter der indischen Delegation, Mr. Singh, zum Berichterstatter Dr. Strnad (Tschechoslowakei) gewählt. Für die Arbeit der Kommission waren acht Sitzungstage vorgesehen. Angesichts der Schwierigkeit des Beratungsgegenstands erwies es sich jedoch als notwendig, diese Zeit erheblich zu überschreiten. Zu einzelnen Fragen, die zugleich das Arbeitsgebiet der Hauptkommissionen I und IV berührten, wurden gemeinsame Sitzungen mit diesen Kommissionen abgehalten.

Bei den vorbereitenden Arbeiten für die Stockholmer Konferenz war von verschiedenen Seiten angeregt worden, gewisse Sondervorschriften zugunsten der Entwicklungsländer in die Berner Übereinkunft einzufügen, um diesen Ländern den Beitritt zur Berner Übereinkunft zu ermöglichen, auch wenn sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse noch nicht imstande sind, in allen Punkten den in der Übereinkunft vorgesehenen Mindestschutz zu gewähren. Dieser Gedanke wurde von den BIRPI lebhaft unterstützt, die hierin die Möglichkeit sahen, den Mitgliederstand der Union zu erweitern und damit die Bedeutung BIRPI's als Zentrum des internationalen Schutzes des geistigen Eigentums weiter zu stärken. Es erhoben sich aber auch Gegenstimmen, die davor warnten, durch derartige Ausnahmenvorschriften das erreichte hohe Schutzniveau der Berner Übereinkunft herabzusetzen. Man verwies darauf, daß den Entwicklungsländern, die den hohen Schutz der Berner Übereinkunft nicht oder noch nicht gewähren wollten, der Beitritt zum Welturheberrechtsabkommen offenstehe. Diese Stimmen konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Schon auf der vorbereitenden Konferenz der Regierungssachverständigen 1965 in Genf, auf der erstmals von der Studiengruppe Schweden/BIRPI formulierte Vorschläge für Sondervorschriften zugunsten der Entwicklungsländer vorgelegt wurden, sprach sich die große Mehrheit der Regierungssachverständigen für eine solche Regelung aus.

Ausschlaggebend war hierbei die Erwägung, daß es für die Urheber vorteilhafter sei, wenn der Urheberrechtsschutz auch in den Entwicklungsländern von Anfang an nach dem Muster der Berner Übereinkunft ausgestaltet werde. Dabei ging man davon aus, daß das Schutzniveau der Berner Übereinkunft auch unter Berücksichtigung der Sonderregelung für die Entwicklungsländer höher sein werde, als das Schutzniveau des Welturheberrechtsabkommens, das außer dem Übersetzungsschutz keine Mindestschutzrechte kennt, daß also die neue Regelung gewissermaßen eine Zwischenstufe zwischen dem Welturheberrechtsabkommen und der Berner Übereinkunft darstellen werde¹⁾.

Auch auf der Stockholmer Konferenz sprach sich dementsprechend bereits bei der einleitenden Generaldebatte in der Hauptkommission II die große Mehrheit der Delegationen grundsätzlich für die im Konferenzprogramm vorgeschlagene Sonderregelung zugunsten der Entwicklungsländer im Rahmen der Berner Übereinkunft aus.

In dieser Haltung dürften viele Delegationen durch eine zwischenzeitlich von den Entwicklungsländern innerhalb der UNESCO ergriffene Initiative noch bestärkt worden sein, die deutlich werden ließ, welche Gefahren sich für die Berner Übereinkunft aus einer bloßen Verweisung der Entwicklungsländer auf das Welturheberrechtsabkommen ergeben würden. Bei den bisherigen Überlegungen konnte man davon ausgehen, daß eine Ablehnung der Forderungen der Entwicklungsländer zwar den Beitritt neuer Staaten zur Berner Übereinkunft erschweren, deren derzeitigen Mitgliederstand jedoch voraussichtlich nicht verringern würde. Denn in das Welturheberrechtsabkommen war seinerzeit auf Verlangen der Verbandsländer der Berner Übereinkunft als Zusatzklärung zu Artikel XVII eine besondere Schutzklausel aufgenommen worden, nach der im Falle des Ausscheidens eines Landes aus der Berner Union alle Werke, für die dieses Land

¹⁾ Zu den Vorschlägen der Studiengruppe Schweden/BIRPI und den Beschlüssen des Regierungssachverständigenausschusses 1965 in Genf vergleiche im einzelnen die „Vorschläge für die Revision der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst“, Dokument S/1, GRUR Int. 1967, 162 ff.

Ursprungsland ist, in den übrigen Verbandsländern durch das Welturheberrechtsabkommen nicht geschützt werden können. Durch diese Klausel wird den der Berner Übereinkunft angehörenden Entwicklungsländern der Übertritt zum Welturheberrechtsabkommen wesentlich erschwert, weil sie dann durch das Welturheberrechtsabkommen nur noch in den wenigen Ländern Schutz erlangen können, die nicht zugleich Verbandsland der Berner Übereinkunft sind. Nunmehr hatten jedoch die Entwicklungsländer in der 14. Sitzung der Generalversammlung der UNESCO im Oktober/November 1966 in Paris eine Entschließung durchgesetzt, durch die eine Überprüfung dieser Erklärung zu Artikel XVII des Welturheberrechtsabkommens angeregt wurde mit dem Ziel, sie für Entwicklungsländer außer Kraft zu setzen²⁾. Angesichts der wachsenden politischen Bedeutung der Entwicklungsländer mußte befürchtet werden, daß sie mit dieser Initiative Erfolg haben könnten, wenn man ihnen auf der Stockholmer Konferenz nicht entgegenkommen würde. Dies hätte jedoch mit Sicherheit das Ausscheiden einer großen Zahl der immerhin über 20 Entwicklungsländer zur Folge gehabt, die zur Zeit der Berner Union angehören. Die Stockholmer Konferenz sah sich also praktisch vor die Alternative gestellt, entweder eine den Vorschlägen des Konferenzprogramms entsprechende Sonderregelung zugunsten der Entwicklungsländer im Rahmen der Berner Übereinkunft anzunehmen oder nicht nur ein Stagnieren, sondern darüber hinaus eine fühlbare Verringerung des Mitgliederstandes der Berner Union in Kauf zu nehmen.

Nur wenige Delegationen sprachen sich daher grundsätzlich gegen die vorgesehene Regelung aus, vor allem die britische, die italienische und die australische Delegation, überraschenderweise aber auch die Delegationen der Entwicklungsländer Mexiko, Argentinien und Uruguay, die soeben erst der Berner Übereinkunft beigetreten waren. Alle diese Delegationen gaben jedoch zugleich zu erkennen, daß sie der vorgeschlagenen Regelung letztlich nicht widersprechen würden, wenn diese von der großen Mehrheit befürwortet werde.

Die positive Grundeinstellung der Delegationen der meisten Länder zu dem Vorschlag, ein besonderes Protokoll zugunsten der Entwicklungsländer einzuführen, hinderte jedoch nicht, daß um die Ausgestaltung des Protokolls im einzelnen hart gerungen wurde, da selbstverständlich nicht die Bereitschaft bestand, jede beliebige Einschränkung des Urheberrechtsschutzes hinzunehmen.

II. Die Regelung im einzelnen

Ausgangspunkt für die Formulierung des Protokolls waren die Vorschläge des Konferenzprogramms, zu denen im Laufe der Konferenz zahlreiche teils erweiternde, teils einschränkende Änderungsanträge gestellt wurden. Hervorzuheben ist besonders ein gemeinsamer Vorschlag einer Gruppe asiatischer und afrikanischer Entwicklungsländer, der die Empfehlungen des im Januar 1967 in Neu Delhi von den BIRPI veranstalteten asiatischen Seminars für Urheberrecht berücksichtigte und die weiteren Erörterungen stark beeinflusste (Dokument S/160). Im einzelnen führten die Erörterungen zu folgenden Ergebnissen:

1. Definition des Begriffs Entwicklungsland

Das Konferenzprogramm hatte darauf verzichtet, die Entwicklungsländer, denen die Vorbehaltsmöglichkeiten des Protokolls zugute kommen sollten, näher zu definieren. Praktisch war es damit jedem Land freigestellt, sich selbst als Entwicklungsland zu bezeichnen, wenn man auch wohl davon ausgehen konnte, daß entwickelte Länder schon aus Prestige Gründen von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen würden. Die bestehende Unsicherheit wurde jedoch allgemein als unbefriedigend empfunden. Da verschiedene Anträge zu diesem Punkt vorlagen, wurde eine Arbeitsgruppe zur Behandlung der Frage eingesetzt, die sich auf den Vorschlag einigte, als Entwicklungsländer die Länder zu bezeichnen, die im Anhang der auf der 18. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 13. November 1963 angenommenen Erklärung Nr. 1897 (XVIII) aufgeführt sind. Durch einen Zusatzantrag wurde diese Liste um sieben afrikanische Staaten erweitert, die inzwischen ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Die Liste umfaßte danach folgende 82 Staaten:

Afghanistan	Libanon
Algerien	Liberia
Argentinien	Libyen
Äthiopien	Madagaskar
Birma	Malawi
Bolivien	Malaysia
Botsuana	Mali
Brasilien	Marokko
Burundi	Mauretanien
Ceylon	Mexiko
Chile	Nepal
Costa Rica	Neuseeland
Dahome	Nicaragua
Dominikanische Republik	Niger
Ecuador	Nigeria
Elfenbeinküste	Obervolta
El Salvador	Pakistan
Gabun	Panama
Gambia	Paraguay
Ghana	Peru
Guatemala	Philippinen
Guinea	Ruanda
Haiti	Sambia
Honduras	Saudi-Arabien
Indien	Senegal
Indonesien	Sierra Leone
Irak	Somalia
Iran	Sudan
Jamaika	Syrien
Jemen	Tansania
Jordanien	Thailand
Jugoslawien	Togo
Kambodscha	Trinidad und Tobago
Kamerun	Tschad
Kenia	Tunesien
Kolumbien	Uganda
Kongo (Brazzaville)	Uruguay
Kongo (Demokrat. Republik)	Venezuela
Kuwait	Vereinigte Arabische Republik
Laos	Zentralafrikanische Republik
Lesotho	Zypern

Der Vorschlag der Arbeitsgruppe fand die Zustimmung der großen Mehrheit der Kommission. Trotzdem erwies es sich als notwendig, nach neuen Lösungen zu suchen, da die israelische Delegation diesen Vorschlag unter Hinweis darauf, daß die genannte Liste nach politischen Gesichtspunkten aufgestellt sei und die hier interessierenden Fragen des Urheberrechts nicht berücksich-

²⁾ Resolution Nr. 5122 der 14. Sitzung der Generalversammlung der UNESCO.

tige, zurückwies und ankündigte, daß sie insoweit notfalls von ihrem Vetorecht Gebrauch machen werde. Sie könne dem Vorschlag allenfalls dann zustimmen, wenn auch auf die auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung (UNCTAD) beschlossenen Listen der Entwicklungsländer Bezug genommen werde³⁾. Dieser Zusatzantrag wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Als Kompromiß wurde dann schließlich ein gemeinsamer Vorschlag der skandinavischen Staaten angenommen, nach dem jedes Land, das nach der bestehenden Praxis der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Entwicklungsland angesehen wird, zur Erklärung der Vorbehalte berechtigt sein soll. Diese Formulierung ist unbestimmt, hat aber den Vorteil, daß sie eine schnellere Anpassung an neue Entwicklungen ermöglicht und daß insbesondere neue Entwicklungsländer nicht bis zu ihrer formellen Aufnahme in die erwähnte Liste der Vereinten Nationen warten müssen, um in den Genuß der Vorteile des Protokolls zu kommen.

2. Mögliche Vorbehalte

Die im Konferenzprogramm im einzelnen vorgesehenen Vorbehalte wurden zum Teil wesentlich umgestaltet. Der Vorbehalt hinsichtlich des Nachdrucks von Presseartikeln wurde als gegenstandslos gestrichen, da die bisherige Regelung in Art. 9 Abs. 2 der Brüsseler Fassung, die nach dem Konferenzprogramm entfallen sollte, mit gewissen Änderungen als Art. 10^{bis} Abs. 1 im Text der Übereinkunft selbst beibehalten wurde. Auf der anderen Seite wurde ein neuer Vorbehalt hinsichtlich des Vervielfältigungsrechts eingefügt und die Reihenfolge der Vorbehalte der Systematik der Übereinkunft besser angepaßt.

a) Beschränkung der Schutzfrist

Im Konferenzprogramm war vorgeschlagen, den Entwicklungsländern zu gestatten, daß sie die allgemeine Mindestschutzfrist von 50 Jahren auf 25 Jahre und die für Lichtbildwerke und Werke der angewandten Kunst vorgesehene Mindestschutzfrist von 25 Jahren auf 10 Jahre beschränken. Zu diesem Vorschlag lagen mehrere Änderungsanträge vor, die teils eine Erweiterung (Anwendung der Romfassung des Art. 7), teils eine Beschränkung (Verkürzung der Schutzfristen lediglich auf 30 bzw. 15 Jahre) zum Ziel hatten. Nach kurzer Erörterung dieser Anträge wurde der Vorbehalt mit großer Mehrheit in der Fassung des Konferenzprogramms angenommen.

b) Übersetzungsrecht

Den Vorschlag des Konferenzprogramms, für das Übersetzungsrecht einen der Regelung in Art. V des Welturheberrechtsabkommens entsprechenden Vorbehalt vorzusehen, hielten die Entwicklungsländer nicht für ausreichend, da eine solche Regelung teilweise ungünstiger gewesen wäre als der nach Art. 25 Abs. 3 Satz 2 der Brüsseler Fassung der Berner Übereinkunft allgemein für neu beitretende Staaten zugelassene Vorbehalt, Art. 8 der Übereinkunft durch Art. 5 der Pariser Zusatzakte von 1896 zu ersetzen. Nach dieser Bestimmung erlischt das Übersetzungsrecht im Falle seiner Nichtausübung durch den Urheber 10 Jahre nach der ersten Veröffentlichung des Werkes vollständig, während nach der Regelung des Welt-

urheberrechtsabkommens bei Nichtausübung des Übersetzungsrechts nach einer Frist von 7 Jahren nach der ersten Veröffentlichung lediglich vergütungspflichtige Zwangslizenzen erteilt werden können. Zwar sollte nach dem Konferenzprogramm Art. 25 Abs. 3 Satz 2 — ebenso wie Art. 27 Abs. 2 der Brüsseler Fassung, der es den Verbandsländern gestattet, früher erklärte Vorbehalte aufrechtzuerhalten — gestrichen werden. Diesen Vorschlag hatte jedoch die Hauptkommission I kurz vor Aufnahme der Arbeiten der Hauptkommission II auf japanischen Antrag abgelehnt, so daß davon auszugehen war, daß weiterhin sogar entwickelten Ländern die Anwendung des Art. 5 der Pariser Zusatzakte möglich sein würde. Die Entwicklungsländer forderten daher, daß auch der für sie vorgesehene Vorbehalt dieser Regelung Rechnung tragen müsse.

In einer zur Prüfung der Frage eingesetzten Arbeitsgruppe einigte man sich dementsprechend auf eine Fassung des Übersetzungsvorbehalts, die die Regelung nach Art. 5 der Pariser Zusatzakte mit der Regelung in Art. V des Welturheberrechtsabkommens in folgender Weise verbindet:

- (1) Das Übersetzungsrecht erlischt, wenn der Urheber nicht innerhalb von zehn Jahren nach der ersten Veröffentlichung des Originalwerks eine Übersetzung des Werkes in der Sprache, für die das Recht beansprucht wird, in einem Verbandsland veröffentlicht.
- (2) Das Übersetzungsrecht wird durch die Möglichkeit der Erteilung vergütungspflichtiger Zwangslizenzen beschränkt, wenn der Urheber nicht innerhalb von drei Jahren nach der ersten Veröffentlichung des Originalwerks in dem betreffenden Entwicklungsland eine Übersetzung seines Werkes in der Landessprache veröffentlicht.
- (3) Veröffentlicht der Urheber nach Ablauf dieser drei Jahre, jedoch vor Ablauf von zehn Jahren nach der ersten Veröffentlichung des Originalwerks noch selbst in dem betreffenden Land eine Übersetzung in der Landessprache, so erlöschen die etwa erteilten Zwangslizenzen. Das ausschließliche Recht des Urhebers tritt wieder voll in Kraft lediglich mit der Einschränkung, daß die vor diesem Zeitpunkt auf Grund der Zwangslizenzen hergestellten Werkexemplare noch verkauft werden dürfen.
- (4) Macht der Urheber trotz der Erteilung von Zwangslizenzen von dieser Möglichkeit der Wiedererlangung seines ausschließlichen Rechts keinen Gebrauch, so entfällt mit Ablauf der zehn Jahre nach der Erstveröffentlichung für den Inhaber der Zwangslizenz die Vergütungspflicht.
- (5) Sind die Exemplare einer vom Urheber zur Wahrung seines ausschließlichen Übersetzungsrechts innerhalb von zehn Jahren nach der Erstveröffentlichung des Originalwerks veröffentlichten Übersetzung vergriffen, so lebt die Möglichkeit der Erteilung vergütungspflichtiger Zwangslizenzen wieder auf.

Im einzelnen wird diese Regelung ergänzt durch nähere Vorschriften über die Voraussetzungen und das Verfahren der Erteilung der Zwangslizenzen, die Bemessung der Vergütung, den Ausschluß der Übertragbarkeit der Lizenz und den Schutz des *droit moral* des Urhebers. Hervorzuheben ist besonders, daß eine Zwangslizenz erst erteilt werden darf, wenn der Antragsteller sich zuvor um die Zustimmung des Urhebers zur Übersetzung bemüht hat.

³⁾ Auf diesen Listen (Anhang I und III der Empfehlung A.V. 1 der Konferenz), die sonst im wesentlichen mit der von der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Liste übereinstimmen, sind zusätzlich China, Israel, Korea, die Mongolei, Südafrika, Vietnam und Westsamoa als Entwicklungsländer aufgeführt.

Kann er den Urheber nicht ermitteln, so muß er den Verleger unterrichten. Durch diese Vorschriften ist sichergestellt, daß der Urheber rechtzeitig von dem Bedürfnis für eine Übersetzung seines Werkes in die betreffende Sprache erfährt.

Die auf Grund der Zwangslizenz hergestellten Exemplare der Übersetzung dürfen in ein anderes Verbandsland mit gleicher Landessprache eingeführt werden, wenn dieses Land ebenfalls die Zwangslizenz zuläßt und keine sonstigen Vorschriften dieses Landes der Einfuhr entgegenstehen.

Die Vorschriften über die Zwangslizenz sind weitgehend der ausführlichen Regelung in Art. V des Welturheberrechtsabkommens nachgebildet, enthalten jedoch einige nicht unwichtige Abweichungen: Bei der Regelung der Vergütung wird nur Angemessenheit gefordert, während nach dem Welturheberrechtsabkommen die Vergütung der zwischenstaatlichen Übung entsprechen muß. Außerdem ist hinzugefügt, daß die Zahlung und der Transfer der Vergütung den nationalen Devisenbestimmungen unterworfen sind. Ferner ist ausdrücklich klargestellt, daß der Urheber die Zwangslizenz nur durch Veröffentlichung einer Übersetzung in dem betreffenden Lande selbst vermeiden kann. Im Welturheberrechtsabkommen ist über den Ort der Veröffentlichung nichts gesagt. Auf diese Klarstellung wurde von den Entwicklungsländern besonderer Wert gelegt, die darauf hinwiesen, daß eine Veröffentlichung der Übersetzung in einem anderen Lande den erforderlichen Zugang zu dem Werk noch nicht sicherstellt.

Unter Veröffentlichung ist selbstverständlich wie allgemein in der Berner Übereinkunft und im Welturheberrechtsabkommen das Erscheinen des Werkes zu verstehen, d. h. der Urheber muß Vervielfältigungsstücke der Übersetzung in dem betreffenden Land in einer die Bedürfnisse der Öffentlichkeit befriedigenden Weise zur Verfügung stellen. Der Druck des Werkes in dem Land ist jedoch nicht erforderlich.

Die im Protokoll nunmehr vorgesehene Regelung ist, wenn man von den sich aus der Kombination mit dem herkömmlichen Übersetzungsvorbehalt der Berner Übereinkunft ergebenden weitergehenden Beschränkungen absieht, nicht wesentlich ungünstiger als die Regelung in Art. V des Welturheberrechtsabkommens. Zwar ist die dort bis zur Erteilung von Zwangslizenzen vorgesehene Schonfrist von 7 Jahren auf 3 Jahre nach der Erstveröffentlichung des Werkes verkürzt. Dafür hat jedoch der Urheber die im Welturheberrechtsabkommen nicht vorgesehene Möglichkeit, durch Nachholung der eigenen Veröffentlichung einer Übersetzung innerhalb von 10 Jahren nach der Erstveröffentlichung sein ausschließliches Recht voll zurückzuerwerben.

c) Vervielfältigungsrecht

Im Konferenzprogramm war ein besonderer Vorbehalt hinsichtlich des Vervielfältigungsrechts nicht enthalten, jedoch ergaben sich für dieses Recht weitgehende Einschränkungsmöglichkeiten aus dem unter e) vorgesehenen allgemeinen Vorbehalt der Beschränkung des Urheberrechtsschutzes zu Zwecken der Erziehung, der Wissenschaft und des Unterrichts. Dieser letztere sehr einschneidende Vorbehalt stieß auf schwerwiegende Bedenken vor allem der Länder, deren Sprache in den Entwicklungsländern verbreitet ist und deren Urheber daher

von einer Nachdruckfreiheit ihrer Werke in der Originalsprache besonders betroffen werden. Auf der anderen Seite wiesen die Entwicklungsländer gerade auf ihr dringendes Bedürfnis hin, daß ihnen auch der Zugang zu den Werken aus diesen Ländern erleichtert wird. Von beiden Seiten wurden verschiedene Änderungsanträge gestellt, die sämtlich der für die Formulierung des Vorbehalts hinsichtlich des Übersetzungsrechts bereits eingesetzten Arbeitsgruppe zur Prüfung übertragen wurden. Diese einigte sich auf einen Kompromiß, der eine gewisse Einschränkung des allgemeinen Vorbehalts unter e) (vgl. dazu unten), dafür jedoch einen neuen, dem Vorbehalt hinsichtlich des Übersetzungsrechts nachgebildeten Vorbehalt hinsichtlich des Vervielfältigungsrechts vorsah, der von der Kommission unverändert gebilligt wurde.

Dieser neue Vorbehalt beruht auf der Erwägung, daß auch in den Fällen, in denen die Landessprache eines Entwicklungslands mit der Originalsprache des Werkes übereinstimmt, die Veröffentlichung des Werkes in der Originalsprache nicht ohne weiteres den Zugang zu dem Werk sicherstellt. Das Werk kann vergriffen sein oder der Urheber sich weigern, Exemplare des Werkes in das Entwicklungsland zu liefern. Es besteht dann kein Unterschied zu dem Fall, daß ein fremdsprachiges Werk noch nicht in der Landessprache erschienen ist. Dementsprechend sollen genauso wie für Übersetzungen auch für Vervielfältigungen des Werkes in der Originalsprache Zwangslizenzen erteilt werden können, wenn der Urheber nicht selbst das Werk in dem betreffenden Entwicklungsland veröffentlicht. Im einzelnen entspricht die Regelung der Voraussetzungen und des Verfahrens der Lizenzerteilung, der Vergütungspflicht usw. genau der Regelung beim Vorbehalt hinsichtlich des Übersetzungsrechts. Auch hier ist vorgesehen, daß der Urheber erteilte Zwangslizenzen durch nachträgliche eigene Veröffentlichung des Werkes in dem betreffenden Land zum Erlöschen bringen kann und daß die Möglichkeit der Erteilung von Zwangslizenzen wieder auflebt, wenn die Exemplare der eigenen Werkveröffentlichung des Urhebers vergriffen sind. Gegenüber dem Vorbehalt hinsichtlich des Übersetzungsrechts besteht allerdings eine Einschränkung: Eine Zwangslizenz darf nur zu kulturellen oder Erziehungszwecken erteilt werden. Große praktische Bedeutung hat diese Einschränkung aber wohl nicht, da bewußt nicht gefordert worden ist, daß diese Zweckbestimmung ausschließlich sein muß. Ausgenommen von dem Vorbehalt sind danach im wesentlichen wohl nur Kriminalromane und sonstige reine Unterhaltungsliteratur.

d) Senderecht

Im Konferenzprogramm war vorgeschlagen, den Entwicklungsländern die Ersetzung der Bestimmungen in Art. 11^{bis} Abs. 1 und 2 der Übereinkunft durch Art. 11^{bis} der Romfassung zu ermöglichen. Die Entwicklungsländer sollten dadurch die auf der Brüsseler Revisionskonferenz eingeführten und in der Stockholmer Fassung unverändert beibehaltenen wesentlichen Erweiterungen des Senderechts insbesondere auf die Wiedergabe von Funksendungen z. B. in Gaststätten ausschließen können. Dieser Vorschlag bedeutete keinen schwerwiegenden Eingriff in die Rechte der Urheber, wenn man bedenkt, daß die Einziehung von Vergütungen für Rundfunkwiedergaben in Gaststätten schon wegen praktischer Schwierigkeiten in den Entwicklungsländern kaum möglich ist. Trotzdem forderte die britische Delegation, daß für die öffentliche

Wiedergabe von Funksendungen eine Vergütungspflicht bestehen müsse, wenn die Wiedergabe Erwerbszwecken diene. Mit kleiner Mehrheit wurde der britische Änderungsantrag angenommen. Der Redaktionsausschuß überarbeitete dann nochmals die Formulierung des Vorbehalts mit dem Ziel, die Bestimmung durch Auflösung der ursprünglich vorgesehenen Verweisung auf Art. 11^{bis} der Romfassung verständlicher zu machen.

e) Beschränkung zu Zwecken des Unterrichts, des Studiums und der Forschung

Wie bereits unter c) ausgeführt, war der Vorschlag des Konferenzprogramms, den Entwicklungsländern über die besonderen Vorbehalte hinsichtlich des Übersetzungsrechts, der Schutzdauer und des Senderechts hinaus allgemein das Recht zu gewähren, den Urheberrechtsschutz zu Zwecken der Erziehung, der Wissenschaft und des Unterrichts einzuschränken, auf erhebliche Bedenken gestoßen. Die mit der Prüfung dieses Vorschlags betraute Arbeitsgruppe einigte sich auf einen Kompromiß, der einerseits den bereits unter c) behandelten neuen, dem Vorbehalt hinsichtlich des Übersetzungsrechts nachgebildeten Vorbehalt hinsichtlich des Vervielfältigungsrechts vorsah, im übrigen jedoch die im Konferenzprogramm enthaltene Regelung wesentlich einschränkte. Über die besonderen Vorbehalte hinaus sollte nur noch eine Benutzung geschützter Werke im Rahmen der Lehrtätigkeit von Einrichtungen des Unterrichts und der Erziehung sowie von Zentren der Berufsbildung und landwirtschaftlichen Entwicklung zugelassen werden können, dies allerdings vergütungsfrei. Während der neue Vorbehalt hinsichtlich des Vervielfältigungsrechts ohne weitere Aussprache gebilligt wurde, führte der zweite Teil des Vorschlags der Arbeitsgruppe nochmals zu lebhaften Diskussionen. Von verschiedenen Delegationen, besonders der britischen und der australischen Delegation, wurde erklärt, daß sie keiner Regelung zustimmen könnten, die nicht wenigstens die Zahlung einer angemessenen Vergütung an den Urheber vorsehe. Andere Delegationen verlangten zumindest eine Verpflichtung zur Namensnennung des Urhebers. Mit Unterstützung des Sekretariats der Konferenz einigte man sich schließlich auf einen neuen Kompromiß, der nunmehr einerseits eine gewisse Lockerung der engen Zweckbestimmung der Ausnahme, andererseits die Einführung einer Vergütungspflicht vorsieht. Die Entwicklungsländer können danach den Urheberrechtsschutz ausschließlich zu Zwecken des Unterrichts, des Studiums und der Forschung in allen Bereichen des Erziehungswesens einschränken, sofern sie durch geeignete nationale Rechtsvorschriften dem Urheber eine Vergütung zusichern, die den für inländische Urheber geltenden Vergütungsregeln entspricht. Der Zusatz der Worte „in allen Bereichen des Erziehungswesens“ soll klarstellen, daß der Vorbehalt nicht die Beschränkung des Urheberrechtsschutzes zu gewerblichen Forschungszwecken ermöglicht. Ob diese Regelung für die Urheber günstiger ist als der ursprüngliche Vorschlag der Arbeitsgruppe, dem die Entwicklungsländer bereits zugestimmt hatten, erscheint zweifelhaft. Zur Zahlung einer der Honorierung ihrer eigenen Urheber entsprechenden Vergütung wären die Entwicklungsländer wohl schon nach dem Grundsatz der Inländerbehandlung verpflichtet gewesen, von dem das Protokoll keine Ausnahme zuläßt. Immerhin hat die ausdrückliche Anerkennung dieser Vergütungspflicht aber doch einen gewissen Wert.

Im Gegensatz zu den besonderen Vorbehalten zu a) bis d) ist der Vorbehalt zu e) nicht auf eine bestimmte Befugnis des Urhebers beschränkt. Er bezieht sich daher nicht nur auf das Vervielfältigungsrecht, sondern auch auf alle sonstigen Befugnisse des Urhebers wie das Senderecht, das Recht der öffentlichen Wiedergabe, das Verfilmungsrecht usw.. Hinsichtlich des Übersetzungsrechts war in dem ursprünglichen Vorschlag der Arbeitsgruppe eine abweichende Regelung vorgesehen, nach der sich die zulässigen Beschränkungen dieses Rechts allein aus dem Vorbehalt zu b) ergeben sollten. Diese Regelung wurde jedoch gestrichen, da eine Einigung hierüber nicht erzielt werden konnte. Die Frage, ob sich der Vorbehalt zu e) auch auf das Übersetzungsrecht erstreckt oder nicht, ist daher offengeblieben.

Ebenso wie bei den Vorbehalten hinsichtlich des Übersetzungsrechts und des Vervielfältigungsrechts ist auch beim Vorbehalt zu e) vorgesehen, daß auf Grund des Vorbehalts hergestellte Vervielfältigungsstücke des Werkes in andere Länder eingeführt werden dürfen, die ebenfalls von dem Vorbehalt Gebrauch gemacht und die Einfuhr nicht verboten haben. Nicht ausdrücklich erwähnt ist die Voraussetzung, daß es sich hierbei um Länder mit gleicher Sprache handeln muß. Praktisch ergibt sich dies jedoch weitgehend aus der Zweckbestimmung des Vorbehalts, da fremdsprachige Texte in der Regel für Unterrichtszwecke nicht verwendbar sein dürften.

3. Dauer der Vorbehalte

Nach dem Konferenzprogramm sollten die Entwicklungsländer von den Vorbehalten zunächst für einen Zeitraum von 10 Jahren Gebrauch machen können. Im Bedarfsfalle sollte diese Frist dann durch eine vor ihrem Ablauf abzugebende Erklärung bis zum Inkrafttreten der durch die nächste Revisionskonferenz angenommenen Fassung der Übereinkunft verlängert werden können. Der erste Teil dieses Vorschlags wurde nach kurzer Debatte unverändert angenommen (vgl. Art. 1 Abs. 1 des Protokolls). Der zweite Teil des Vorschlags wurde von den Entwicklungsländern abgelehnt, die Bedenken dagegen äußerten, daß der Ablauf der für die Verlängerung der Vorbehalte vorgesehenen Frist von einem Ereignis abhängig sein sollte, auf das das einzelne Entwicklungsland keinen Einfluß hätte. Die Entwicklungsländer schlugen vor, an die Stelle des Zeitpunkts des Inkrafttretens der auf der nächsten Revisionskonferenz beschlossenen Fassung das Datum zu setzen, an dem das betreffende Entwicklungsland selbst diese neue Fassung ratifiziert oder ihr beitrifft. Mit geringer Mehrheit sprach sich die Kommission für diese abgeänderte Fassung aus (Art. 3 des Protokolls).

Die von den Entwicklungsländern durchgesetzte Fassung des Art. 3 des Protokolls hat zur Folge, daß die Geltungsdauer eines einmal erklärten Vorbehalts im Ermessen des betreffenden Entwicklungslandes liegt, da niemand es dazu zwingen kann, die nächste Fassung der Übereinkunft zu ratifizieren oder ihr beizutreten. Einer mißbräuchlichen Ausnutzung dieser Regelung wird jedoch durch eine auf Vorschlag der niederländischen Delegation eingefügte neue Bestimmung vorgebeugt, nach der die Befugnis zur Aufrechterhaltung der erklärten Vorbehalte mit Ablauf einer Frist von sechs Jahren erlischt, nachdem der Generaldirektor den Verbandsländern angezeigt hat, daß das betreffende Land nach der bestehenden Praxis

der Vollversammlung der Vereinten Nationen nicht mehr als Entwicklungsland angesehen wird (Art. 4 des Protokolls).

4. Inkrafttreten des Protokolls

Nach dem Konferenzprogramm sollte das Protokoll untrennbarer Bestandteil der materiellen Bestimmungen der Übereinkunft sein und daher grundsätzlich nach Maßgabe der allgemein für das Inkrafttreten dieser Bestimmungen vorgesehenen Regelung in Kraft treten. In einem besonderen Art. 25^{quater} war jedoch vorgesehen, daß jedes Verbandsland auch jederzeit, bevor es durch die materiellen Vorschriften der Übereinkunft gebunden ist, die Anwendung des Protokolls auf Werke, für die es Ursprungsland ist, durch die Länder zulassen kann, die Vorbehalte nach dem Protokoll gemacht haben. Diese Regelung wurde im wesentlichen unverändert angenommen. Aus redaktionellen Gründen wurde jedoch die Vorschrift über die vorzeitige Anwendung des Protokolls als Art. 5 in das Protokoll selbst übernommen. Außerdem wurde die Vorschrift dahingehend erweitert, daß auch die Entwicklungsländer, bevor sie durch die materiellen Vorschriften der Stockholmer Fassung gebunden sind, erklären können, daß sie das Protokoll auf Werke anwenden werden, deren Ursprungsland dies gestattet.

5. Anwendung des Protokolls auf abhängige Gebiete

Auf Vorschlag der britischen Delegation wurde ferner ein neuer Art. 6 in das Protokoll eingefügt, der vorsieht, daß ein Verbandsland, das gemäß Art. 31 die Übereinkunft auf Gebiete für anwendbar erklärt hat, deren auswärtige Beziehungen es wahrnimmt, auch die Bestimmungen des Protokolls auf diese Gebiete für anwendbar erklären kann, sofern es durch die Bestimmungen des Protokolls gebunden ist und sich die Gebiete in einer den Entwicklungsländern entsprechenden Lage befinden. Der britische Vorschlag war zunächst auf heftigen Widerstand verschiedener Delegationen gestoßen, vor allem der tschechoslowakischen und der tunesischen Delegation, die in der Bestimmung einen Ausdruck des Kolonialismus sahen, der in dem Protokoll völlig fehl am Platze sei. Nachdem sich die Hauptkommissionen II und IV jedoch in einer gemeinsamen Sitzung mit geringer Mehrheit für die Aufnahme der vorgeschlagenen Bestimmung in das Protokoll ausgesprochen hatten, stellten diese Delegationen ihre Bedenken zurück, um die Annahme des Protokolls in seiner Gesamtheit nicht zu gefährden, verlangten jedoch eine ausdrückliche Erwähnung ihrer ablehnenden Haltung im Bericht der Kommission.

6. Empfehlung betreffend Entschädigung der Urheber

Schließlich befaßte sich die Kommission noch eingehend mit einem Vorschlag der israelischen Delegation, der die Einfügung eines weiteren Artikels in das Protokoll vorsah, nach dem jeweils in den entwickelten Ländern Fonds gebildet werden sollten, aus denen die Urheber, deren Werke nach den Bestimmungen des Protokolls vergütungsfrei in den Entwicklungsländern benutzt würden, eine Entschädigung erhalten sollten. Die Entwicklungsländer sollten verpflichtet sein, BIRPI über den Umfang der Benutzung der Werke in ihren Ländern zu unterrichten. Die Auskünfte sollte BIRPI dann den Ländern, in denen die Urheber der Werke ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, als Grundlage für die Berechnung der Entschädigung weitergeben.

Dieser Vorschlag, der auf dem Gedanken beruhte, daß die im Protokoll vorgesehene Entwicklungshilfe eine Aufgabe aller Bevölkerungskreise in den entwickelten Ländern sei und nicht allein den Urhebern aufgebürdet werden dürfe, fand im Grundsatz weitgehende Zustimmung. Die Entwicklungsländer wiesen jedoch auf die praktischen Schwierigkeiten hin, die sich für sie aus der vorgesehenen Unterrichtspflicht ergeben würden, und es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob die Berner Übereinkunft überhaupt der richtige Ort sei, das Problem einer Entschädigung der betroffenen Urheber aus öffentlichen Mitteln zu regeln. Die israelische Delegation zog daraufhin ihren Antrag zurück und schlug die Annahme einer Resolution vor, durch die BIRPI die weitere Prüfung der Frage empfohlen werden sollte. Mit geringer Mehrheit sprach sich die Kommission für diesen Vorschlag aus.

III. Schlußbemerkung

In der Schlußabstimmung wurde das Protokoll als ganzes ohne Gegenstimme bei Stimmenthaltung der Delegationen Großbritanniens, Mexikos und Uruguays angenommen. Obwohl es zum Teil sehr weitgehende Einschränkungen des Urheberrechtsschutzes in den Entwicklungsländern ermöglicht, dürften sich die Nachteile und Vorteile, die sich aus der Annahme des Protokolls für die Urheber aus den entwickelten Ländern ergeben, durchaus die Waage halten. Wie eingangs dargelegt, hätte eine Ablehnung des Protokolls den Beitritt weiterer Entwicklungsländer zur Berner Übereinkunft erschwert und darüber hinaus sehr wahrscheinlich zahlreiche der Übereinkunft bereits angehörende Entwicklungsländer zur Kündigung der Übereinkunft veranlaßt. Dies hätte jedoch zu einer weit stärkeren Schwächung des Urheberrechtsschutzes in den Entwicklungsländern geführt, selbst wenn man davon ausgeht, daß die betreffenden Länder dann dem Welturheberrechtsabkommen beigetreten wären. Denn auch unter Berücksichtigung der im Protokoll zugunsten der Entwicklungsländer vorgesehenen Einschränkungen ist insgesamt gesehen das Schutzniveau der Berner Übereinkunft nach wie vor höher als der Schutz nach dem Welturheberrechtsabkommen. Zwar ist der im Protokoll vorgesehene Schutz des Übersetzungsrechts teilweise ungünstiger als der Übersetzungsschutz nach dem Welturheberrechtsabkommen. Dafür bleiben aber auch bei Ausschöpfung aller im Protokoll vorgesehenen Vorbehaltsmöglichkeiten wesentliche Teile des durch Mindestschutzrechte gesicherten Schutzniveaus der Berner Übereinkunft erhalten, z. B. das Senderecht, das Aufführungs- und Vortragsrecht, das Verfilmungsrecht und in gewissem Umfang auch das Vervielfältigungsrecht. Darüber hinaus bewirkt die Bindung an die Berner Übereinkunft, daß auch die Länder, die zunächst von Vorbehalten nach dem Protokoll Gebrauch machen, durch die vorgesehene Befristung dieser Vorbehalte dazu angehalten werden, ihr nationales Recht allmählich dem vollen Schutzniveau der Berner Übereinkunft anzupassen. Auf lange Sicht gesehen wird daher das Protokoll, auch wenn es zunächst als ein Rückschritt erscheint, gerade zu einer Verstärkung des internationalen Urheberrechtsschutzes beitragen.

Für die Bundesrepublik Deutschland besteht somit kein Grund, sich durch die Bestimmungen des Protokolls von der beabsichtigten baldigen Ratifizierung der Stockholmer Fassung der Berner Übereinkunft abhalten zu lassen. An-

gesichts der Vorteile, die die Stockholmer Fassung der Berner Übereinkunft insgesamt selbst bei Eintritt einer vorübergehenden Rechtsminderung in einzelnen Verbandsländern für den internationalen Rechtsschutz der Urheber bietet, kann jedenfalls keine Rede davon sein, daß die Ratifizierung der Stockholmer Fassung eine „Enteignung“ der Urheber bedeuten würde. Im Gegenteil liegt eine rasche Inkraftsetzung auch gerade des Protokolls im Interesse der Urheber. Denn mit der Annahme

des Protokolls durch die Stockholmer Konferenz allein ist die der Berner Übereinkunft durch den Austritt der Entwicklungsländer drohende Gefahr noch nicht gebannt. Hierzu ist vielmehr erforderlich, daß das Protokoll — sei es durch Ratifizierung der materiellen Vorschriften der Berner Übereinkunft, sei es durch die in seinem Art. 5 vorgesehene vorzeitige Anwendungserklärung — möglichst bald für möglichst viele Mitgliedsländer der Berner Übereinkunft in Kraft tritt.

2. TEIL GEWERBLICHER RECHTSSCHUTZ

Die Einführung der Erfinderscheine in die Pariser Verbandsübereinkunft (Art. 4 I)

Von Regierungsdirektor Dr. Heribert Mast

I. Vorgeschichte

Bereits auf der Lissaboner Konferenz zur Revision der Pariser Verbandsübereinkunft im Jahre 1958 war auf Vorschlag der rumänischen Delegation in der Kommission II der Konferenz die Frage der Einbeziehung der in einzelnen Ostblockstaaten erteilten Erfinderscheine — seinerzeit als Urheberscheine auf Erfindungen bezeichnet — in die Pariser Verbandsübereinkunft erörtert worden. Nach einer längeren Debatte hatten sich 12 Länder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, dagegen ausgesprochen, über diese Frage auf der Lissaboner Konferenz eine Sachentscheidung zu treffen. Sie hatten ihre ablehnende Haltung damit begründet, daß sich ohne eingehende Vorbereitung die Tragweite eines solchen Vorschlags nicht überblicken lasse. Der rumänische Vorschlag war deshalb auf der Konferenz nicht weiter verfolgt worden¹⁾.

Erfinderscheine, wie sie nach dem Vorbild des sowjetischen Rechts von Bulgarien, Polen und Rumänien erteilt werden, unterscheiden sich vom Patent dadurch, daß sie ihrem Inhaber kein Ausschlußrecht gewähren. Die Auswertung der Erfindung steht dem Staate zu. Der Inhaber des Erfinderscheins erhält neben der Anerkennung seiner Erfindereigenschaft lediglich einen Anspruch auf eine Vergütung sowie auf besondere soziale Vorteile. Die Voraussetzungen für die Anmeldung einer Erfindung und für die Erteilung eines Erfinderscheins ähneln den Voraussetzungen für eine Patentanmeldung und für die Erteilung eines Patents. Das gleiche gilt für das Erteilungs- und das Nichtigkeitsverfahren. Von besonderen Erfindungsgruppen abgesehen kann der Erfinder nach seiner Wahl eine Erfindung zum Erfinderschein oder zum Patent anmelden.

Im Anschluß an die Lissaboner Konferenz wurde die Frage der Einbeziehung der Erfinderscheine in die Pariser Verbandsübereinkunft vom Internationalen Büro wieder aufgegriffen, nachdem sich die Ostblockstaaten auf breiter Basis durch Aufsätze und in Vortragsveranstaltungen bemüht hatten, die Fachwelt der westlichen Länder mit dem Institut des Erfinderscheins vertraut zu machen. Vom 27. bis 30. Januar 1964 befaßte sich auf Einladung des Internationalen Büros eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Ostblockstaaten, die zu dieser Zeit Mitglied der Pariser Union waren, und aus Vertretern anderer Mitgliedstaaten sowie aus Beobachtern aus der So-

wjetunion erneut mit der Frage der Einbeziehung der Erfinderscheine. Die Arbeitsgruppe konnte keine Einigung über die Frage erzielen, ob die Erfinderscheine bereits durch den Begriff „Patente“ in der Pariser Verbandsübereinkunft erfaßt seien, kam aber zu dem Ergebnis, daß keine Bedenken gegen eine ausdrückliche Anerkennung der Erfinderscheine als Prioritätsgrundlage nach Art. 4 der Übereinkunft bestehen würden. Auf Vorschlag des Internationalen Büros wurde in Aussicht genommen, bei der nächsten Revisionskonferenz eine entsprechende Änderung der Pariser Verbandsübereinkunft vorzuschlagen. Das Internationale Büro bat die schwedische Regierung, diese Frage auf die Tagesordnung der Stockholmer Konferenz von 1967 zu setzen²⁾.

Für die Zeit vom 15. bis 19. März 1965 berief das Internationale Büro eine Konferenz von Regierungssachverständigen ein, um Vorschläge für die Einbeziehung der Erfinderscheine auszuarbeiten. Während dieser Sachverständigenkonferenz kündigten die als Beobachter teilnehmenden Vertreter der Sowjetunion an, daß ihr Land seinen Beitritt zur Pariser Verbandsübereinkunft erklärt habe. Bei diesem Beitritt sei die Sowjetunion davon ausgegangen, daß eine befriedigende Lösung des Problems der Erfinderscheine gefunden werde. Die Konferenz schlug die Einfügung eines neuen Abschnitts I in Art. 4 der Übereinkunft vor, durch den die Anmeldungen zum Erfinderschein den Patentanmeldungen im Hinblick auf die Unionspriorität gleichgestellt werden sollen. Über die weitergehende Forderung einzelner Ostblockstaaten, auch in anderen Artikeln der Übereinkunft die Erfinderscheine zu erwähnen, wurde eine Einigung nicht erzielt³⁾.

II. Der Vorschlag des Konferenzprogramms

Der Vorschlag der Sachverständigenkonferenz auf Ergänzung des Art. 4 der Übereinkunft wurde in dem Dokument S/2, das die schwedische Regierung mit Unterstützung des Internationalen Büros zur Vorbereitung der Stockholmer Konferenz ausgearbeitet hatte⁴⁾, übernommen. Der Wortlaut des Vorschlags für einen neuen Art. 4 I lautete wie folgt:

„(1) Anmeldungen für Erfinderbescheinigungen, die in einem Land hinterlegt worden sind, in dem die Anmelder das Recht haben, nach ihrer Wahl entweder ein Patent oder eine Erfinderbescheinigung zu beantragen, werden im Hinblick auf das in diesem Artikel vorgesehene Prioritätsrecht in gleicher Weise behandelt und

¹⁾ Abschnitt B XVI des Berichts der Mitglieder der deutschen Delegation über die Lissaboner Konferenz zur Revision der Pariser Verbandsübereinkunft, GRUR Int. 1959, 79/80.

²⁾ Vgl. auch die von BIRPI herausgegebene Broschüre „Groupe d'étude sur le certificat d'auteur“, Genf 1964.

³⁾ Wegen weiterer Einzelheiten vgl. Pfanner in GRUR Int. 1965, 483 ff.

⁴⁾ Deutsche Übersetzung in GRUR Int., Sonderheft Frühjahr 1967, 179 ff.

haben die gleichen Wirkungen wie Patentanmeldungen. (2) In einem Land, in dem die Anmelder das genannte Wahlrecht haben, wird das in diesem Artikel vorgesehene Prioritätsrecht auch in dem Fall anerkannt, in dem der Anmelder eine Erfinderbescheinigung beantragt, unabhängig davon, ob die erste Hinterlegung (Artikel 4 A (2)) eine Patentanmeldung, eine Gebrauchsmusteranmeldung oder eine Anmeldung für eine Erfinderbescheinigung war.“⁵⁾

Weitere Ergänzungen der Übereinkunft wurden vom Internationalen Büro und von der schwedischen Regierung nicht vorgeschlagen. Es wurde darauf hingewiesen, daß nach dem Ergebnis der bisherigen Erörterungen hierüber eine Einigung auf der Stockholmer Konferenz voraussichtlich nicht erzielt werden könne. Auch praktische Erwägungen, insbesondere die mangelnde Erfahrung mit Erfinderscheinen in den Ländern, die dieses Rechtsinstitut nicht kennen, sprächen dafür, die etwaigen weiteren Änderungen der Übereinkunft bis zur Wiener Konferenz über die allgemeine Revision der Übereinkunft zurückzustellen.

III. Die Beratungen auf der Konferenz

1. Die Behandlung des Problems der Erfinderscheine wurde auf der Stockholmer Konferenz einer besonderen Kommission (Kommission III) übertragen, die von dem rumänischen Delegierten Mr. *Lucian Marinete* geleitet wurde. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der niederländische Delegierte *van Benthem* und zum Berichterstatter der australische Delegierte *A. C. King* bestimmt. Sekretär der Kommission war *M. Magnin*, stellvertretender Sekretär *M. Morozov*, beide vom Internationalen Büro. Die überwiegende Mehrheit der an der Arbeit der Kommission teilnehmenden Delegationen sowie die Beobachter der UNO und der AIPPI erklärten zu Beginn der Arbeitssitzung ausdrücklich ihr grundsätzliches Einverständnis zu der vorgeschlagenen Ergänzung der Pariser Verbandsübereinkunft durch Art. 4 I. Keine Delegation sprach sich gegen das Grundprinzip des Vorschlags aus.

2. Dagegen wurden von verschiedenen Delegationen redaktionelle Änderungsvorschläge unterbreitet.

Ein französischer Formulierungsvorschlag ging dahin, in Art. 4 I klarzustellen, daß Anträge auf Erteilung eines Erfinderscheins in den Ländern, die dieses Rechtsinstitut kennen, für Zwecke der Inanspruchnahme der Priorität unter den gleichen Bedingungen zugelassen werden wie Patentanmeldungen. Die französische Delegation war der Ansicht, daß eine Bestimmung dieser Art in dem von der schwedischen Regierung vorgelegten Vorschlag nicht enthalten sei. Die Bestimmung, Anträge auf Erteilung von Erfinderscheinen in gleicher Weise wie Patentanmeldungen zu behandeln, beziehe sich nur auf Vorschriften über die Inanspruchnahme der Priorität, wie beispielsweise die Vorschriften über die Abgabe der Prioritätserklärung und die Vorlage eines Prioritätsbelegs. Die weitere Bestimmung, daß die Erfinderscheineanmeldungen in Bezug auf das Prioritätsrecht die gleichen rechtlichen Wirkungen haben sollen, verbürge lediglich den Vorrang dieser Anmeldungen vor prioritätsjüngeren Anmeldungen oder Benutzungshandlungen. Nach Ansicht der französischen Delegation sollte daher Abs. 1 wie folgt gefaßt werden:

„(1) Anmeldungen für Erfinderbescheinigungen, die in einem Land hinterlegt worden sind, in dem die Anmel-

der das Recht haben, nach ihrer Wahl entweder ein Patent oder eine Erfinderbescheinigung zu beantragen, werden im Hinblick auf das in diesem Artikel vorgesehene Prioritätsrecht unter den gleichen Bedingungen zugelassen, in gleicher Weise behandelt und haben die gleichen Wirkungen wie Patentanmeldungen.“

Zweck eines italienischen Formulierungsvorschlags war es, im wesentlichen durch eine Umstellung der Wörter klarer zum Ausdruck zu bringen, daß die Gleichstellung von Erfinderschein- und Patentanmeldungen sich auf die Inanspruchnahme der Priorität beschränken soll.

Die niederländische Delegation wies darauf hin, daß die AIPPI auf ihrem Kongreß in Tokio vom 11. bis 16. April 1966 eine verbesserte Fassung des Art. 4 I angenommen habe⁶⁾ und brachte diese Fassung als niederländischen Vorschlag ein. Der Vorschlag der AIPPI lautete wie folgt:

„Anmeldungen von Erfinderbescheinigungen, die in einem Land hinterlegt werden, in dem die Hinterleger das Recht haben, nach ihrer Wahl unter denselben Grundbedingungen entweder ein Patent oder eine Erfinderbescheinigung zu beantragen, begründen das in diesem Artikel vorgesehene Prioritätsrecht unter denselben Bedingungen und denselben Wirkungen wie eine Patentanmeldung.

Umgekehrt kann in den Ländern, in denen die Hinterleger die Wahl zwischen einem Patent und einer Erfinderbescheinigung haben, bei Anmeldung einer Erfinderbescheinigung die Priorität aus einer Patentanmeldung, Gebrauchsmusteranmeldung oder einer Erfinderbescheinigung nach den Vorschriften dieses Artikels beansprucht werden.“⁷⁾

Auch dieser Vorschlag, der von dem Beobachter der AIPPI näher begründet wurde, hatte lediglich eine redaktionelle Verbesserung zum Ziele.

Die britische Delegation stellte den Antrag, während der Stockholmer Konferenz auch den Art. 1 Abs. 2 der Pariser Verbandsübereinkunft durch Erwähnung der Erfinderscheine als besondere Schutzform des gewerblichen Eigentums zu ergänzen. Sie zog diesen Antrag zurück, nachdem sich andere Delegationen, insbesondere auch die hauptsächlich an dem Problem der Erfinderscheine interessierte Delegation der Sowjetunion, für eine Vertagung der Erörterung dieses Vorschlags bis zur Wiener Revisionskonferenz ausgesprochen hatten.

3. Da alle vorliegenden und aufrechterhaltenen Vorschläge sich nur in redaktioneller Hinsicht unterschieden, wurde ein Redaktionsausschuß eingesetzt, dem Vertreter folgender Staaten angehörten:

Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweden, Schweiz, Spanien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, USA.

Der Redaktionsausschuß schlug folgende Fassung vor:

„(1) Anmeldungen für Erfinderscheine, die in einem Land eingereicht werden, in dem die Anmelder das Recht haben, nach ihrer Wahl entweder ein Patent oder einen Erfinderschein zu verlangen, begründen das in diesem Artikel vorgesehene Prioritätsrecht unter den gleichen Voraussetzungen und mit den gleichen Wirkungen wie Patentanmeldungen.

(2) In einem Land, in dem die Anmelder das Recht haben, nach ihrer Wahl entweder ein Patent oder einen Erfinderschein zu verlangen, genießt der Anmelder eines Erfinderscheins das auf eine Patent-, Gebrauchsmuster- oder Erfinderscheineanmeldung gegründete Prioritäts-

⁶⁾ Vgl. den Bericht über den Kongreß in Tokio in GRUR Int. 1966, 533 ff., insbesondere den Beschluß zur Frage 42 B S. 536.

⁷⁾ Siehe Fußnote 6.

⁵⁾ Übersetzung vom Verfasser.

recht nach den für Patentanmeldungen geltenden Bestimmungen dieses Artikels.“⁸⁾

Diese Fassung wurde von der Kommission nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen und der Generalkommission vorgeschlagen. In der Schlußabstimmung wurde der neue Art. 4 I ebenfalls einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

IV. Bedeutung der neuen Vorschrift

Durch die Vorschrift wird dem Anliegen der Ostblockstaaten entsprochen, Anträge auf Erteilung eines Erfinderscheins als Prioritätsgrundlage den Patentanmeldungen und Gebrauchsmusteranmeldungen in vollem Umfang gleichzustellen. Voraussetzung ist allerdings, daß in

⁸⁾ Die deutsche Übersetzung, insbesondere die Verwendung des Begriffs Erfinderschein beruht auf einer Vereinbarung der deutschen Delegation mit der österreichischen und der schweizerischen Delegation.

dem Land, in dem der Antrag auf Erteilung eines Erfinderscheins eingereicht worden ist, Anmelder zwischen der Erteilung eines Erfinderscheins oder eines Patents wählen können, dieses Land somit auch eine Schutzform zur Verfügung stellt, die im allgemeinen für den ausländischen Anmelder allein von Interesse ist. Durch Abs. 2 des Art. 4 I wird sichergestellt, daß in einem Land, in dem neben Patenten auch Erfinderscheine erteilt werden, der Anmelder im Erfinderscheinvfahren die Priorität einer ersten Patent-, Gebrauchsmuster- oder Erfinderscheinanmeldung in einem anderen Verbandsland in Anspruch nehmen kann.

Die Bedeutung der neuen Vertragsbestimmung besteht darin, daß sie die Zusammenarbeit zwischen den Ländern, nach deren Recht Erfinderscheine erteilt werden, und den übrigen Verbandsländern erleichtert und fördert.

3. TEIL VERWALTUNGS- UND STRUKTURFRAGEN

Die neue Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union und die neue Weltorganisation für geistiges Eigentum

Von Ministerialrat Albrecht Krieger^{*)} und Landgerichtsrat Dr. Dirk Rogge^{**)}

A. Vorgeschichte und Konferenzverlauf im allgemeinen (Verfasser: Krieger)

Neben der Revision der materiellrechtlichen Vorschriften der Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, die ursprünglich der einzige Gegenstand der Stockholmer Konferenz sein sollte, standen im Vordergrund der Konferenz die Bemühungen um eine Reform der Verwaltungsstruktur der Pariser und der Berner Union und um die Errichtung einer neuen Weltorganisation für geistiges Eigentum (World Intellectual Property Organization – WIPO; Organisation Mondiale pour la Propriété Intellectuelle – OMPI).

Die Pariser Verbandsübereinkunft und die Berner Übereinkunft sahen zunächst nur die Errichtung je eines „Internationalen Büros“ vor, die „der Hohen Autorität der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft unterstellt“ waren (Art. 13 PVÜ, Art. 21 RBÜ). Allein der schweizerischen Regierung oblag also von Anfang an Organisation und Überwachung der schon bald nach ihrer Errichtung zu den „Vereinigten Internationalen Büros für den Schutz des gewerblichen, literarischen und künstlerischen Eigentums“ zusammengeschlossenen Sekretariate der beiden Unionen. Erst 1958 erfuhr diese ausschließliche Entscheidungsbefugnis der schweizerischen Regierung durch die auf der Lissaboner Konferenz zur Revision der Pariser Verbandsübereinkunft beschlossene Bildung einer Vertreterkonferenz und einer Bevollmächtigtenkonferenz (Art. 14 PVÜ) eine genauere, für die Praxis aber kaum nennenswerte rechtliche Einschränkung. Im übrigen wurden nach dem zweiten Weltkrieg von den Mitgliedstaaten im Zuge ihrer Bestrebungen, größeren Einfluß auf die Verwaltung der Unionen zu gewinnen, ohne eine ausdrückliche Ermächtigung in den Unionsverträgen verschiedene neue Gremien mit ausschließlich beratender Funktion gebildet, die den Mitgliedstaaten als Forum für die Erörterung aller die Unionen betreffenden

Fragen dienten: der Ständige Ausschuß (Permanent Committee) der Berner Union, das Ständige Büro (Permanent Bureau) der Pariser Union und der Interunions-Koordinierungsausschuß (Interunion Coordination Committee), in dem der Ständige Ausschuß und das Ständige Büro zu gemeinsamen Sitzungen zusammentraten. In diesem gemeinsamen Gremium wurde 1962 der erste Anstoß für eine grundlegende Reform der Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union gegeben.

Dabei hatte man zunächst nur an eine Reorganisation und Modernisierung der Verwaltungsstruktur der beiden Übereinkünfte und ihrer „Vereinigten Internationalen Büros für den Schutz des geistigen Eigentums“ (BIRPI) gedacht. Erste Schritte in dieser Richtung waren bereits auf der Lissaboner Konferenz zur Revision der Pariser Verbandsübereinkunft im Oktober 1958 beschlossen worden¹⁾. Weitergehende Ansätze wurden aus den Verhandlungen der Lissaboner Konferenz erkennbar²⁾. Auf Grund der tatkräftigen Initiative der Leitung von BIRPI entstand dann 1963 der Plan, im Interesse einer organisatorischen Zusammenfassung und Straffung der Pariser und Berner Union als deren Dachorganisation eine neue Weltorganisation für geistiges Eigentum zu errichten. Damit wurde die Reorganisation der Verwaltungsstruktur der beiden Übereinkünfte geradezu zur Voraussetzung der weiterreichenden Absichten.

Die Reorganisation der Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union und die Pläne für die Errichtung der neuen Weltorganisation sind in den Jahren 1964 bis 1966 Gegenstand eingehender Vorverhandlungen gewesen, zunächst 1964 in einer kleinen Arbeitsgruppe aus Vertretern von zehn Staaten (darunter auch die Bundesrepublik Deutschland), 1965 und 1966 je einmal auf großen sog. Expertenkonferenzen, zu denen alle Mitgliedstaaten der Pariser und Berner Union eingeladen waren.

¹⁾ Vgl. die neuen Bestimmungen des Art. 14 Abs. 5 sowie die Entscheidung II der Konferenz über die Einsetzung eines beratenden Ausschusses, GRUR Int. 1959, 140.

²⁾ Vgl. z. B. Kühnemann im Bericht von Mitgliedern der deutschen Delegation, GRUR 1959, 110.

^{*)} Verfasser der Abschnitte A, B, D und E
^{**)} Verfasser des Abschnittes C

Über den Verlauf dieser Vorverhandlungen ist bereits eingehend berichtet worden³⁾. Sie endeten nach zum Teil heftigen Auseinandersetzungen mit einer Kompromißlösung, die den in mancher Hinsicht auseinanderstrebenden Interessen der verschiedenen Staatengruppen und insbesondere der sehr zögernden Haltung der französischen und italienischen Regierung Rechnung zu tragen versuchte. Diese Kompromißlösung wurde in den von BIRPI und der schwedischen Regierung auf Grund der Vorverhandlungen ausgearbeiteten vorbereitenden Dokumenten für die Stockholmer Konferenz im Interesse einer möglichst weitgehenden Berücksichtigung der vor allem von französischer und italienischer Seite vorgetragenen Bedenken in verschiedenen Punkten noch weiter abgeschwächt, um auf jeden Fall den Erfolg der Stockholmer Konferenz nicht zu gefährden.

Diese kompromißbereite Haltung nicht nur der Leitung von BIRPI, sondern der Gesamtheit der Mitgliedstaaten und die von BIRPI hervorragend organisierten Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz haben den Erfolg dieses Teils der Konferenz nicht nur entscheidend gefördert, sondern überhaupt erst ermöglicht. Die Verhandlungen der Stockholmer Konferenz sind infolgedessen insoweit wesentlich glatter und auch harmonischer verlaufen, als dies nach den zum Teil harten Auseinandersetzungen während der Vorverhandlungen⁴⁾ noch zu erwarten war. Die von der Konferenz vorgelegten Kompromißlösungen wurden zwar wohl nur von wenigen Delegationen als ganz befriedigend empfunden. Auch die deutsche Delegation hat in ihrer zu Beginn der Konferenz abgegebenen Grundsatzerklärung die Vorschläge für die neue Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union und für die neue Weltorganisation in ihrer der Konferenz vorgelegten Fassung als Minimallösung bezeichnet. Ähnliche Erklärungen haben auch andere Delegationen abgegeben. Aber allen Beteiligten war klar, daß keine Aussicht bestand, für andere oder weitergehende Lösungen die notwendige allgemeine Zustimmung zu finden⁵⁾. Andererseits war auch keine Delegation bereit, durch Beharren auf ihren Vorstellungen die Verantwortung für ein Scheitern der so lange und so sorgfältig vorbereiteten Konferenz zu übernehmen. Nur verhältnismäßig wenige Fragen mußten nach kontroverser Debatte durch Abstimmung entschieden werden. Sie waren im Verhältnis zu den großen Aufgaben, die sich die Konferenz gestellt hatte, von untergeordneter Bedeutung. In keinem Fall machten die in einer Abstimmung unterlegenen Delegationen bei der Schlußabstimmung von ihrem Vetorecht Gebrauch.

Sowohl die Hauptkommission IV, die sich mit der Revision der Organisationsnormen und Schlußbestimmungen der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft zu befassen hatte, als auch die Hauptkommission V, deren Aufgabe die Ausarbeitung einer neuen Konvention über die Errichtung einer Weltorganisation für geistiges Eigentum war, haben deshalb überraschend schnell grundsätzliches Einvernehmen erzielen

können. Nur über verhältnismäßig wenige Fragen ist es noch zu wirklichen Auseinandersetzungen gekommen. Deshalb weichen die abschließenden Beschlüsse dieser beiden Hauptkommissionen und damit auch die diesbezüglichen Ergebnisse der Stockholmer Konferenz in den meisten grundsätzlichen Fragen kaum von den Vorschlägen ab, die die Leitung von BIRPI auf Ersuchen und im Zusammenwirken mit der schwedischen Regierung der Konferenz in den zahlreichen und umfangreichen vorbereitenden Dokumenten unterbreitet hatte. Gleichwohl sind diese Vorschläge in zahlreichen Einzelpunkten von der Konferenz geändert worden, und über manche Fragen hat es auch noch heftige Meinungsverschiedenheiten gegeben. Den Erfolg der Konferenz aber konnten sie angesichts der fast immer ruhigen und sachlichen Konferenzatmosphäre, die nicht zuletzt auch auf die hervorragende Organisation der gesamten Konferenz durch die schwedische Regierung und die Leitung von BIRPI zurückzuführen war, kaum gefährden.

B. Die neue Gesamtkonzeption

(Verfasser: Krieger)

Die Pariser und die Berner Union haben durch die Beschlüsse der Stockholmer Konferenz eine völlig neue Organisationsstruktur erhalten. Während sie seit ihrer Gründung in den Jahren 1883 und 1886 nur Staatenverbände darstellten, die in den „Vereinigten Internationalen Büros für den Schutz des geistigen Eigentums“ lediglich über ein internationales Sekretariat verfügten, ist durch die Konvention über die Errichtung einer Weltorganisation für geistiges Eigentum erstmals eine internationale Organisation mit eigener Völkerrechtssubjektivität geschaffen worden. Im einzelnen ist folgendes vorgesehen:

1. Oberster Grundsatz der Neuorganisation ist die Unabhängigkeit und Souveränität der alten Unionen. Oberstes Organ dieser Unionen wird die Versammlung der Mitgliedstaaten, auf die alle bisher der schweizerischen Regierung zustehenden Verwaltungs- und Überwachungsbefugnisse übergehen und die zwischen den Revisionskonferenzen das allein entscheidende Organ für jede der Unionen wird.
2. Neben diesen Unionen wird die neue Weltorganisation (WIPO) errichtet, der die Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen Unionen obliegt und die sich allgemein der Förderung des Schutzes des geistigen Eigentums widmen soll.
3. Die Büros der Unionen und der neuen Weltorganisation werden zu einem gemeinsamen Internationalen Büro unter Leitung eines Generaldirektors vereinigt, der die Organisation und die Unionen in allen internationalen Angelegenheiten vertreten soll.
4. Oberstes Organ der Gesamtorganisation wird die Generalversammlung der neuen Weltorganisation sein, in der alle Mitgliedstaaten der Pariser und der Berner Union vertreten sind. Diesem „Parlament“ werden praktisch alle entscheidenden Befugnisse und Aufgaben übertragen, soweit sie mehr als nur eine einzelne Union betreffen.
5. Neben der Generalversammlung wird die neue Weltorganisation über eine sog. Konferenz verfügen, in der auch die Staaten, die nicht einer Union angehören und deshalb auch in der Generalversammlung nicht

³⁾ Vgl. hierzu im einzelnen Krieger in GRUR Int. 1965, 393 ff.

⁴⁾ Vgl. dazu im einzelnen Krieger, a.a.O.

⁵⁾ Nach Art. 37 der von der Konferenz zu ihrem Beginn angenommenen Verfahrensordnung war eine Änderung oder Ergänzung der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der an der Abstimmung teilnehmenden Mitgliedstaaten möglich, während die Annahme der neuen WIPO-Konvention eine Zweidrittelmehrheit der abstimmenden Staaten, unter denen mindestens vier Fünftel der Mitgliedstaaten sowohl der Pariser Verbandsübereinkunft als auch der Berner Union sein mußten, erforderte.

vertreten sind, volle Rechte haben. Diese Konferenz soll aber nur ein Forum für die Erörterung allgemeiner Fragen der Förderung des Schutzes des geistigen Eigentums und für die Gewährung juristisch-technischer Hilfe an die Entwicklungsländer sein.

Die neue Weltorganisation ist im Prinzip nach dem Muster einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen aufgebaut und wird künftig mit derselben rechtlichen Qualifikation wie andere internationale zwischenstaatliche Organisationen auftreten können. Das Eigentümliche an der neuen Organisation besteht nur darin, daß ihre wichtigsten Organe ganz aus den alten Unionen heraus gebildet werden sollen, die ihrerseits nicht den Rechtsstatus internationaler zwischenstaatlicher Organisationen haben. So wird sich die Generalversammlung, das „Parlament“ und damit wichtigste Organ der neuen Organisation, allein aus den Mitgliedstaaten der Pariser und der Berner Union zusammensetzen; dem Koordinierungsausschuß der neuen Organisation sollen nur Mitglieder der neu zu bildenden Verwaltungsausschüsse der Pariser und Berner Union angehören; der Direktor der bisherigen Vereinigten Internationalen Büros der beiden Unionen wird Generaldirektor der neuen Organisation, über seine Ernennung entscheidet ausschließlich die Generalversammlung, der eben wiederum nur die Mitgliedstaaten der alten Unionen angehören; Drittstaaten, die weder Mitglied der Pariser Union noch der Berner Union sind, können der neuen Organisation zwar beitreten, haben darin aber nur beschränkte Rechte und sind im wesentlichen nur in der sog. „Konferenz“ vertreten, diesem neben der Generalversammlung der neuen Organisation stehenden Organ, dem weitgehend nur beratende und empfehlende Funktionen zukommen.

Diese eigentümliche Konstruktion und Struktur der neuen Organisation ist das Ergebnis eines Kompromisses, der erst nach langwierigen Verhandlungen auf den die Stockholmer Konferenz vorbereitenden Konferenzen zustande kam⁶⁾ und der vor allem zum Ausdruck bringen und unterstreichen soll, daß die Souveränität und Unabhängigkeit der alten Unionen im Verhältnis zu der neuen Organisation soweit wie irgend möglich unangetastet bleibt. Deshalb wird man auch nur bedingt und mit Vorbehalt davon sprechen können, daß die neue Organisation eine Dachorganisation der Pariser und Berner Union sei. Rechtlich und auch nach dem in dieser Kompromißlösung zum Ausdruck gebrachten Willen der auf der Stockholmer Konferenz vertretenen Staaten stellt die neue Organisation eher ein Organ, ein völkerrechtliches Instrument der alten Unionen dar, an dem dritte Staaten in gewissem Umfang zwar beteiligt werden, aber unter der alleinigen Entscheidungsgewalt der alten Unionen. Es ist also nicht so, daß die alten Unionen in der neuen Organisation aufgehen, sondern es ist umgekehrt so, daß die alten Unionen sich der neuen Organisation bedienen und sie in allen ihren Funktionen und Lebensäußerungen entscheidend bestimmen. Ausgangspunkt und bestimmendes Merkmal der gesamten Neuorganisation ist der Grundsatz der Wahrung der absoluten Unabhängigkeit und Souveränität der alten Unionen.

Man mag dieses eigentümliche, komplizierte, unübersichtliche und in mancher Hinsicht sicher auch schwer handhabbare Ergebnis eines politischen Kompromisses bedauern. Die deutsche Delegation hat, ebenso wie schon

in den Vorverhandlungen, auch auf der Stockholmer Konferenz selbst nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie eine straffere, übersichtlichere, rationellere Struktur der neuen Organisation vorgezogen hätte, und sie hat dies in wiederholten Erklärungen deutlich zum Ausdruck gebracht. Angesichts der gegebenen, zum Teil auch politisch bestimmten Interessengegensätze war aber mehr nicht zu erreichen. Und man wird abwarten müssen, ob die neue Organisation nicht doch im Laufe der Zeit ihr eigenes Gewicht erhält und allein durch die tatsächliche Entwicklung eine zunehmende Eigenständigkeit im Verhältnis zu den alten Unionen herausbildet. Man muß sich nur darüber im klaren sein, daß dies eindeutig nicht gewollt ist und die neue Organisation rechtlich kaum über den Rang eines Hilfsorgans der alten Unionen hinausreicht.

Diese Konstruktion machte es nun aber erforderlich, vor der Errichtung der neuen Organisation zunächst einmal die Verwaltungsstruktur der Pariser und der Berner Union zu modernisieren und die Organisationsnormen dieser beiden Übereinkünfte (und natürlich der Nebenabkommen zur Pariser Verbandsübereinkunft) der beabsichtigten Reorganisation anzupassen. Gerade weil die neue Organisation ausschließlich aus den alten Unionen heraus gebildet und von den Organen dieser Unionen entscheidend bestimmt werden sollte, galt es zuvor, durch Änderung der Organisationsnormen der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft und durch die Bildung der notwendigen Organe beider Unionen, nämlich je einer Versammlung der Mitgliedstaaten und eines Verwaltungsausschusses, die Voraussetzungen für die Errichtung der neuen Organisation aus den alten Unionen heraus zu schaffen. Deshalb war es auch nur konsequent, daß die Verhandlungen über die Strukturwandlung der Pariser und der Berner Union auf der Stockholmer Konferenz in der Hauptkommission IV mit dieser Aufgabe begannen und die Hauptkommission V, der die Ausarbeitung der Konvention über die Errichtung der neuen Organisation oblag, jeweils auf den Ergebnissen der Verhandlungen in der Hauptkommission IV aufbaute. Deshalb sollen im folgenden die Verhandlungen beider Kommissionen nacheinander dargestellt werden. Ihre Ergebnisse sind naturgemäß jeweils in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit zu sehen.

In dem folgenden Bericht können nicht alle Einzelheiten der Diskussion in den Hauptkommissionen IV und V und alle Änderungen der der Konferenz vorgelegten Vorschläge — zum Teil sind diese rein redaktioneller Natur — erörtert werden. Der Bericht muß sich vielmehr auf die Hervorhebung solcher Einzelheiten beschränken, die von einem gewissen Gewicht sind oder denen jedenfalls die Konferenz eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat.

C. Die neuen Organisationsnormen und Schlußbestimmungen der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft

(Verfasser: Rogge)

Die Hauptkommission IV stand unter der ausgezeichneten und stets konziliananten Leitung des Präsidenten des französischen Patentamts, *Savignon*. Berichterstatte war Rechtsanwalt *de Sanctis* von der italienischen Delegation⁷⁾, Leiter des wichtigen Redaktionsausschusses Bot-

⁶⁾ Vgl. dazu im einzelnen *Krieger*, a.a.O.

⁷⁾ Sein Bericht ist veröffentlicht in *Prop. ind.* 1967, 233; *Ind. Prop.* 1967, 219.

schaftsrat Labry vom französischen Außenministerium. Die Arbeit der Kommission ging, sehr gefördert durch die ausgezeichnete Arbeit ihres von BIRPI gestellten Sekretariats, rasch und reibungslos vor sich und war im wesentlichen frei von politischen Spannungen, die sich, soweit sie überhaupt auftraten und deutsche Interessen berührten, vornehmlich auf die Hauptkommission V konzentrierten.

Die Hauptkommission IV hatte folgende Aufgaben:

- I. Revision der Organisationsnormen der Pariser Verbandsübereinkunft (PVÜ), der Revidierten Berner Übereinkunft (RBÜ) und der Nebenabkommen zur Pariser Verbandsübereinkunft;
- II. Ausarbeitung der neuen Übergangs- und Schlußvorschriften dieser Übereinkünfte;
- III. Behandlung eines Resolutionsentwurfs über das vorläufige Inkrafttreten der Bestimmungen zu I und II;
- IV. Beschlußfassung über die Neufestsetzung der Ausgabenhöchstbeträge der Pariser und der Berner Union für die Jahre 1968 bis 1970.

Im einzelnen ist zu den Themen der Hauptkommission IV folgendes zu bemerken:

I. Organisationsnormen der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft

Die von BIRPI in Zusammenarbeit mit der schwedischen Regierung auf Grund der Ergebnisse der vorbereitenden Konferenzen ausgearbeiteten Vorschläge sahen die Selbstverwaltung der Unionen durch folgende Organe vor:

- Die Versammlung der Mitgliedstaaten als oberstes Organ;
- einen aus der Versammlung zu wählenden Verwaltungsausschuß, bestehend aus einem Viertel der Mitgliedstaaten;
- ein Büro für den praktischen Vollzug der anfallenden Verwaltungsaufgaben.

Die Hauptkommission IV ist dieser Konzeption in allen wesentlichen Punkten gefolgt. Sie billigte ferner im wesentlichen auch die weiteren Vorschläge, insbesondere über die Finanzverfassung der Unionen und die Änderung und Revision der Unionsverträge.

1. Die Versammlung (Art. 13 PVÜ; Art. 22 RBÜ)

Die Versammlung (Assembly) wird das oberste Organ jeder Union sein, ihr kommt die Entscheidung aller die jeweilige Union betreffenden Fragen zu, insbesondere die Annahme des auf drei Jahre zu bemessenden Programms, des Haushalts, die Wahl des Verwaltungsausschusses (Executive Committee), die Aufsicht über das Büro und die Änderung der Organisationsnormen der Unionsverträge. Die Pariser Union (Lissaboner Fassung) hatte in der Vertreterkonferenz (Conference of Representatives, Art. 14 Abs. 5 Buchst. a PVÜ) und in der Konferenz von Bevollmächtigten (Conference of Plenipotentiaries, Art. 14 Abs. 5 Buchst. b PVÜ) bereits Vorstufen für ein derart souveränes Organ geschaffen. Die Vertreterkonferenz hatte aber nur beratende Funktionen gegenüber der aufsichtführenden schweizerischen Regierung. Die Konferenz von Bevollmächtigten konnte zwar bindende Entscheidungen treffen; ihre einzige Funktion bestand aber darin, über Änderungen des jährlichen Ausgabenhöchstbetrages des Internationalen Büros zu beschließen. Die Berner Union verfügte bisher nicht über entsprechende Organe.

Bei der Beratung der die Versammlung betreffenden Art. 13 PVÜ und 22 RBÜ wurden vor allem folgende Fragen erörtert:

a) Im Katalog der Zuständigkeiten der Versammlung wurde ihre Befugnis, die Tätigkeit des Generaldirektors der Weltorganisation zu kontrollieren und ihm Weisungen auch für die Behandlung von Einzelfällen zu erteilen, auf Vorschlag der deutschen Delegation stärker in den Vordergrund gerückt und präziser gefaßt (Abs. 2, a (iii)). Dies ist insbesondere deshalb bedeutsam, weil der Generaldirektor in der neuen Organisation über eine starke Stellung verfügen wird.

b) Ferner wurde eine Bestimmung aufgenommen, wonach die Versammlung die Befugnis hat, der Organisation eine besondere Finanzordnung zu geben (Abs. 2 a (VII)). Das war notwendig, weil in den die Finanzverfassung betreffenden Art. 16 PVÜ und 25 RBÜ nicht alle Einzelheiten der Finanzverfassung der Unionen geregelt werden konnten.

c) In den der Konferenz von BIRPI im Auftrage der schwedischen Regierung vorgelegten Konferenzunterlagen (im folgenden Entwurf genannt) war für Entscheidungen der Versammlung ein Quorum von einem Drittel der Mitgliedstaaten vorgesehen (Abs. 3 Buchst. b, jetzt Abs. 4 Buchst. b). Verschiedene osteuropäische Staaten, insbesondere die UdSSR, wünschten das Quorum auf die Hälfte der Mitgliedstaaten zu erhöhen. Die Befürworter eines niedrigen Quorums, insbesondere auch die Leitung von BIRPI, traten dem mit der Befürchtung entgegen, daß ein Quorum von der Hälfte der Mitgliedstaaten häufig nicht erreicht werden würde, weil insbesondere zu Routinesitzungen zahlreiche Mitgliedstaaten nicht erscheinen würden. Man einigte sich dann zunächst auf einen von Polen und Österreich unterbreiteten Kompromißvorschlag. Nach diesem Vorschlag sollte die Versammlung vorläufige Entscheidungen treffen können, sofern wenigstens ein Drittel der Mitgliedstaaten vertreten ist. Durch eine schriftliche Befragung der übrigen Mitgliedstaaten sollte das Quorum ergänzt werden. Im Verlauf der weiteren Beratungen zeigte sich dann, daß BIRPI diese Bestimmung so auslegen wollte, daß die vorläufigen Entscheidungen einstweilen exekutierbar seien und daß für ihre endgültige Wirksamkeit gerade nur so viele schriftliche Stellungnahmen zu berücksichtigen sein sollten, als notwendig sind, um das Quorum der Hälfte der Mitgliedstaaten zu erreichen. In beiden Punkten war die Konferenz einhellig anderer Auffassung. In einem neuen Abs. 4 Buchst. c wurde deshalb klargestellt, daß die auf der Basis eines Quorums von nur einem Drittel der Mitgliedstaaten getroffenen Entscheidungen schwebend unwirksam sind und nur dann Rechtskraft erlangen, wenn bei Berücksichtigung aller schriftlichen Stellungnahmen nicht nur das volle Quorum ($1/2$) erreicht, sondern auch die vorläufige Entscheidung durch die notwendige Mehrheit bestätigt wird.

d) Der Entwurf sah für die Routineentscheidungen der Versammlung eine einfache Mehrheit vor. Verschiedene Delegationen, insbesondere die der osteuropäischen Staaten, waren der Meinung, daß für den Regelfall eine Zweidrittelmehrheit vorgesehen werden sollte. Dieser Standpunkt fand nach längeren Diskussionen die Zustimmung der Mehrheit der Delegationen. Art. 13 Abs. 4 Buchst. d PVÜ (Art. 22 Abs. 3 Buchst. d

RBÜ) sieht deshalb für den Regelfall eine Zweidrittelmehrheit vor.

Mit dieser Entscheidung ergab sich das Problem, was geschehen soll, wenn sich die Versammlung nicht mit dieser Mehrheit auf einen Haushalt einigen kann. Um diesem Fall gerecht zu werden, wurde in den die Finanzfragen regelnden Art. 16 PVÜ (Art. 25 RBÜ) eine Bestimmung (Abs. 4 Buchst. f) aufgenommen, wonach die Ansätze des laufenden Haushalts weitergelten sollen, wenn die neuen Haushaltsvorschläge nicht die notwendige Mehrheit finden (siehe im einzelnen unten unter I 4 Buchst. d).

e) **Ausnahmen** von der Regel der Zweidrittelmehrheit sind lediglich für die Entscheidungen vorgesehen, die Änderungen der Organisationsnormen der Konventionen betreffen. Solche Änderungen müssen mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden, Änderungen der die Versammlung betreffenden Vorschriften sogar mit Vierfünftelmehrheit (Art. 17 Abs. 2 PVÜ, Art. 26 Abs. 2 RBÜ).

In dieser Regelung, nach der die Versammlung selbst die Befugnis erhalten soll, die Organisationsnormen der Konvention mit qualifizierter Mehrheit zu ändern, dürfte eines der bemerkenswertesten Ergebnisse der Konferenz liegen. Die Änderung der Organisationsnormen setzt danach künftig nicht mehr die einstimmige Zustimmung einer Revisionskonferenz, sondern nur noch die Mehrheitsentscheidung der Versammlung selbst voraus. Die innerstaatlichen Vorschriften der Vertragsstaaten über die Ratifikation solcher Mehrheitsbeschlüsse bleiben natürlich, wie in Art. 17 Abs. 3 PVÜ und Art. 26 Abs. 3 RBÜ ausdrücklich hervorgehoben wird, unberührt. Sobald aber drei Viertel der Mitgliedstaaten dem Generalsekretär schriftlich die Annahme des Mehrheitsbeschlusses der Versammlung mitgeteilt haben, sind nach diesen Vorschriften auch die übrigen Vertragsstaaten völkerrechtlich gebunden. Das ist das wesentlich Neue dieser Regelung. Im deutschen Verfassungsrecht wird diese Neuerung durch Art. 24 Abs. 1 des Grundgesetzes ermöglicht, wonach der Bund durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen kann — das Gesetz wird hier das Zustimmungsgesetz zur Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft sein. Ausgenommen von der automatischen Bindungswirkung auch für solche Staaten, die einen Mehrheitsbeschluß der Versammlung noch nicht ratifiziert haben, sind lediglich solche Änderungen der Organisationsnormen, die den Mitgliedstaaten größere finanzielle Verpflichtungen auferlegen. Diese Änderungen sollen nach der ausdrücklichen Bestimmung in Abs. 3 der Art. 17 PVÜ und 26 RBÜ nur die Staaten binden, die sie nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts ratifiziert haben. Diese Ausnahme dürfte jedoch nur geringe praktische Bedeutung haben. Mit ihr ist nicht die Annahme des Haushalts gemeint, sondern nur die Festlegung neuer Gebühren und Abgaben in den Konventionen, die von den Mitgliedstaaten zu tragen sind.

Durch die Befugnis der Versammlung, die Organisationsnormen der Unionsverträge mit Dreiviertelmehrheit zu ändern, ist das bisher geltende Prinzip, daß Änderungen der Unionsverträge nur auf einer Revisionskonferenz und nur einstimmig beschlossen werden können, erheblich eingeschränkt. Dieses Prinzip war schon bisher in der Berner Konvention ausdrücklich festgelegt und ist jetzt

mit Art. 27 Abs. 3 dieser Konvention erneut bestätigt worden. In der Pariser Verbandsübereinkunft hat es zwar keine ausdrückliche Festlegung erfahren, ist aber immer als ungeschriebenes Recht behandelt worden. Die neuen Vorschriften der Art. 17 PVÜ und 26 RBÜ stellen demgegenüber eine entscheidende Neuerung und einen ersten Schritt zur allgemeinen Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips dar.

f) Für die Änderung aller materiellrechtlichen Vorschriften der Unionsverträge ist in Stockholm das Einstimmigkeitsprinzip beibehalten worden. Trotzdem hat die deutsche Delegation den Versuch gemacht, zumindest festzustellen, mit welcher Intensität die Mitgliedstaaten heute noch an diesem Prinzip festhalten. Das Einstimmigkeitsprinzip war sachgerecht zu einer Zeit, als die Pariser Union und die Berner Union aus einem kleinen Kreis von Industriestaaten bestanden, die im wesentlichen einen übereinstimmenden Entwicklungsstand und übereinstimmende Rechtsvorstellungen hatten. Es mußte aber zu um so größeren Schwierigkeiten führen, je größer der Kreis der den Unionen angehörenden Staaten und je geringer damit die Wahrscheinlichkeit wurde, daß sich alle Mitgliedstaaten auf eine bestimmte Regelung einigen. Jetzt gewährt es dem einzelnen Mitglied der Union, das bereit ist, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen, einen Einfluß auf die Ausgestaltung der Unionsverträge im ganzen, der der Bedeutung dieses Staates im Verhältnis zu der großen Zahl der übrigen Unionsstaaten, die ihre Interessen auch berücksichtigen wissen möchten, nicht entspricht. Die deutsche Delegation hat deshalb zusammen mit den Delegationen der Schweiz und der Niederlande vorgeschlagen, das Prinzip der Einstimmigkeit durch das einer qualifizierten Mehrheit (Neunzehntelmehrheit, Zweidrittel-Quorum) zu ersetzen. Sie war sich dabei darüber im klaren, daß dieser Versuch keine Aussicht auf Erfolg hatte. Es ging ihr nur darum, die Frage einmal zur Debatte zu stellen und vielleicht zu erreichen, daß die Erörterung dieses Themas auf den kommenden Revisionskonferenzen fortgesetzt wird. Bei der Abstimmung haben sich immerhin von insgesamt 39 vertretenen Staaten 11 Delegationen für diesen Vorschlag und nur 22 Delegationen gegen ihn ausgesprochen, während sich 6 Delegationen der Stimme enthielten. Wenn damit auch der Vorschlag einer Ersetzung des Einstimmigkeitsprinzips durch das Prinzip der qualifizierten Mehrheit eindeutig abgelehnt war, so hat sich doch immerhin gezeigt, daß der Gedanke an eine Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips nicht auf allgemeine Ablehnung stößt und durchaus Aussichten hat, in den kommenden Jahren noch weitere Anhänger zu gewinnen. In diesem Zusammenhang mag noch erwähnt werden, daß ein in die entgegengesetzte Richtung zielender Vorschlag Ungarns, nämlich der Vorschlag, Einstimmigkeit auch für die von der Versammlung zu beschließenden Änderungen der Organisationsnormen vorzusehen, mit etwa der gleichen Mehrheit abgelehnt wurde wie der Vorschlag, das Einstimmigkeitsprinzip ganz abzuschaffen⁸⁾.

g) In bezug auf den Ort der Revisionskonferenzen wurde die Frage erörtert, ob diese künftig grundsätzlich nur noch in Genf stattfinden sollten. Brasilien hatte einen entsprechenden Antrag gestellt und dafür vor allem angeführt, daß die vom Internationalen Büro vorzubereitenden Revisionskonferenzen sich an seinem

⁸⁾ Vgl. auch unten S. 470 (5).

Sitz besonders leicht durchführen ließen, vor allem aber, daß es durch eine solche Regelung den kleineren Ländern leichter gemacht werde, an den Revisionskonferenzen teilzunehmen. Die meisten Länder unterhielten in Genf eine Ständige Vertretung, die dann auch die Revisionskonferenz wahrnehmen könne. Dagegen wurde geltend gemacht, daß es nicht wünschenswert sei, wenn derartige Konferenzen nicht von Fachleuten, sondern nur von den Vertretern einer Auslandsmission besucht würden, die zu dem Verhandlungsgegenstand keine eigene Auffassung hätten, sondern nur nach Weisung handeln könnten. Die Verhandlungen würden dadurch schwerfällig und eine Einigung zumindest erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Deshalb konnten sich vor allem diejenigen Staaten, die der Pariser und der Berner Union schon sehr lange angehören, für den brasilianischen Vorschlag nicht erwärmen. Er wurde zwar nicht rundweg abgelehnt, aber fast alle Delegationen sprachen sich dafür aus, diese Frage auf der Stockholmer Konferenz nicht weiter zu erörtern, sondern allenfalls auf der Wiener Revisionskonferenz, die für den Anfang der siebziger Jahre erwartet wird, auf sie zurückzukommen. Mit ganz überwiegender Mehrheit wurde dann der Vorschlag angenommen, die Debatte über diesen Punkt abzubrechen.

h) Der der Konferenz vorliegende Entwurf sah ein Verbot der Stimmrechtsübertragung vor. Dieses Verbot hätte der allgemein üblichen internationalen Praxis entsprochen. Madagaskar schlug demgegenüber vor, die Stimmrechtsübertragung zumindest für bestimmte Fälle zuzulassen. Das Bedürfnis für die Zulassung der Stimmrechtsübertragung begründete Madagaskar vor allem mit den besonderen Bedürfnissen der OAMPI-Staaten (der französisch sprechenden afrikanisch-madagassischen Staatengruppe), die in Jaunde (Kamerun) ein gemeinsames Patentamt unterhalten und deshalb auch gemeinsam von den mit den Patentangelegenheiten befaßten Beamten vertreten sein möchten. Obwohl bei den meisten Staaten Verständnis für die besondere Lage der OAMPI-Staaten und deshalb auch ein Bestreben festzustellen war, ihnen irgendwie zu helfen, fürchteten die meisten Delegationen, daß man mit einer Gestattung der Stimmrechtsübertragung Mißbräuche ermöglichen und außerdem auch über den Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes hinaus ein gefährliches Präjudiz für andere Konventionen schaffen würde. Ein holländisch-madagassischer Kompromißvorschlag suchte die Lösung dann in einer Vorschrift, die die Stimmrechtsübertragung in einer auf mehrfache Weise stark eingeschränkten Form zulassen sollte: erstens sollte jedem Staat nur eine Stimmrechtsvertretung möglich sein, d. h. er sollte sich nicht von mehreren Staaten das Stimmrecht übertragen lassen können. Zweitens sollte das Stimmrecht nur zwischen solchen Staaten übertragen werden können, die auf Grund eines internationalen Abkommens ein gemeinsames Büro unterhalten, das für jeden von ihnen die Funktion eines nationalen Amtes für gewerbliches Eigentum ausübt. Drittens sollte auch unter solchen Staaten das Stimmrecht nur insoweit übertragen werden können, als einer von ihnen auf Grund besonderer Umstände außerstande ist, eine Delegation zu entsenden. Viertens sollte die Stimmrechtsübertragung zu ihrer Wirksamkeit eines besonderen förmlichen Aktes bedürfen. Nach langen, immer wieder zu Gesprächen zwischen den Delegationen unterbrochenen Verhandlungen wurde dieser

Kompromißvorschlag angenommen, allerdings nur für die Pariser Verbandsübereinkunft. Eine Anregung, diese Regelung auch in die Berner Übereinkunft zu übernehmen, wurde abgelehnt, weil die OAMPI-Staaten dieser Übereinkunft noch nicht angehören. Dementsprechend wurde auch die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die WIPO-Konvention abgelehnt. Dort wäre sie nur sinnvoll gewesen, wenn die Stimmrechtsübertragung sowohl in der Pariser wie auch in der Berner Union zulässig wäre.

Nachdem die von Madagaskar beantragte Zulassung der Stimmrechtsübertragung, wenn auch in sehr eingeschränkter Form, gebilligt worden war, machte Argentinien einen sehr viel weitergehenden Vorstoß mit dem Ziel, die Stimmrechtsübertragung auch zwischen den südamerikanischen Ländern zuzulassen. Es vertrat die Auffassung, daß die vorher gefundene Lösung nur auf die Bedürfnisse der OAMPI-Staaten zugeschnitten sei und deshalb eine Diskriminierung der übrigen Entwicklungsstaaten bedeute. Argentinien wollte daher die Stimmrechtsübertragung unabhängig von dem Bestehen eines gemeinsamen Amtes für gewerblichen Rechtsschutz zugelassen wissen. Dem wurde entgegengehalten, daß zwar möglicherweise zur Zeit nur die OAMPI-Staaten die Voraussetzungen der Stimmrechtsübertragung erfüllen, daß aber die nun vorgesehene Bestimmung ihrem Wortlaut nach keineswegs auf diese Staaten beschränkt sei, sondern daß sich die Befugnis zur Stimmrechtsübertragung auf alle Staaten beziehe, die ein gemeinsames Amt für gewerbliches Eigentum unterhalten. Die meisten Staaten waren so entschieden gegen den argentinischen Vorschlag, daß sie, wenn keine andere Wahl blieb, auch ihre Zustimmung zu dem holländisch-madagassischen Kompromißvorschlag wieder zurückziehen wollten. Diese Gefahr sahen natürlich auch die OAMPI-Staaten; sie wurden dadurch in eine sehr schwierige Lage gebracht, zumal da Argentinien erklärte, gegen den niederländisch-madagassischen Vorschlag stimmen zu müssen, wenn die Konferenz den argentinischen Erweiterungsvorschlag nicht akzeptiere. Bei der von Argentinien verlangten namentlichen Abstimmung, der einzigen namentlichen Abstimmung, die im Hauptkomitee IV stattgefunden hat, wurde der argentinische Vorschlag mit 6:18:14 Stimmen abgelehnt. Auch die deutsche Delegation konnte diesem Vorschlag nicht zustimmen.

2. Der Verwaltungsausschuß (Art. 14 PVÜ; Art. 23 RBÜ)

Die Vorschriften über den Verwaltungsausschuß (Executive Committee) sind im wesentlichen so angenommen worden, wie sie der Entwurf vorsah. Versuche verschiedener Delegationen, Änderungsvorschläge durchzusetzen, scheiterten. Im einzelnen ist folgendes hervorzuheben:

a) Ein Versuch Madagaskars, die Zulassung der Stimmrechtsübertragung auch für den Verwaltungsausschuß zu erreichen, blieb erfolglos. Die Opposition gegen diesen Vorschlag war so stark, daß Madagaskar ihn ohne Abstimmung zurücknahm.

b) Ein Vorschlag Portugals, den Verwaltungsausschuß auf ein Fünftel (statt ein Viertel) der Mitgliedstaaten zu beschränken, wurde abgelehnt.

c) Nach Art. 14 Abs. 4 PVÜ soll bei der Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses auf eine ausgeglichene geographische Verteilung sowie auf das

Bedürfnis der den Sonderabkommen angehörenden Länder Rücksicht genommen werden, in dem Verwaltungsausschuß vertreten zu sein. Die Bevorzugung der Mitglieder der Sonderabkommen ist das Ergebnis der Bestrebungen, den Ländern, die sich in der Union besonders stark engagiert haben, einen entsprechend verstärkten Einfluß zu sichern und damit gleichzeitig auch eine gewisse Vertretung der Interessen der Sonderabkommen in der Union zu gewährleisten. Andererseits bringt die Vorschrift natürlich die Gefahr mit sich, daß der Verwaltungsausschuß nur oder fast nur von solchen Staaten besetzt wird, die auch den Sonderabkommen angehören. Deshalb hatte Australien den Vorschlag gemacht, bei der Wahl der Mitglieder des Verwaltungsausschusses nur auf eine ausgeglichene geographische Verteilung, nicht aber auf die Zugehörigkeit zu Sonderabkommen abzustellen. Dabei wurde es von Österreich, Brasilien, Algerien, Madagaskar und Tunesien unterstützt. Die Konferenz billigte aber die Konzeption des Entwurfs und lehnte den australischen Änderungsvorschlag mit 5 : 30 : 5 Stimmen ab.

Eine gleichlautende Vorschrift ist auch in die Berner Übereinkunft (Art. 23 Abs. 4) aufgenommen worden, obwohl sie dort, was die Berücksichtigung der Zugehörigkeit zu Sonderabkommen angeht, vorerst von theoretischer Bedeutung ist.

d) Die Frage, welche Mehrheit für Abstimmungen im Verwaltungsausschuß vorgesehen werden sollte, war ebenfalls umstritten. Der Entwurf sah für den Regelfall eine einfache Mehrheit vor. Ungarn, die UdSSR, die Tschechoslowakei, Algerien sowie einige andere Staaten sprachen sich dafür aus, auch hier eine Zweidrittelmehrheit vorzusehen. Die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, Australien und die Schweiz sprachen sich dagegen im Interesse der Arbeitsfähigkeit des Verwaltungsausschusses für die Beibehaltung der einfachen Mehrheit aus. Dieser Standpunkt setzte sich schließlich durch. Dagegen wurde ein spanischer Vorschlag, das Quorum auf weniger als die Hälfte der Mitgliedstaaten des Verwaltungsausschusses, etwa ein Drittel, festzusetzen, abgelehnt.

3. Internationales Büro (Art. 15 PVÜ; Art. 24 RBÜ)

Der die Aufgaben und Befugnisse des Internationalen Büros regelnde Art. 15 PVÜ (Art. 13^{ter} des Entwurfs) ist, abgesehen von unbedeutenden Änderungen redaktioneller Natur, fast unverändert angenommen worden. Gleiches gilt für Art. 24 RBÜ. In Abs. 7 Buchst. b ist eine Bestimmung neu eingefügt worden, die die Befugnisse des Büros festlegt, bei der Vorbereitung von Revisionskonferenzen zwischenstaatliche und nichtstaatliche internationale Organisationen zu konsultieren. Auch dieser Vorschrift dürfte jedoch nur klarstellende Bedeutung zukommen.

4. Finanzfragen (Art. 16 PVÜ; Art. 25 RBÜ)

Art. 16 PVÜ (Art. 13^{quater} des Entwurfs), der die Finanzfragen regelt, hat nicht nur redaktionell, sondern auch sachlich gegenüber dem Entwurf eine Reihe von Änderungen erfahren. Entsprechendes gilt für Art. 25 RBÜ (Art. 22 des Entwurfs).

a) Redaktionell wurde Abs. 1 Buchst. b dahin berichtet, daß auch die Einnahmen des Büros und nicht nur die Ausgaben Bestandteil des Budgets sind. Ebenfalls redaktionellen Charakter haben eine Reihe textlicher

Änderungen, die mit Rücksicht auf eine andere finanzielle Konzeption für die WIPO-Konvention aufgenommen werden mußten. Zunächst war vorgesehen, daß die WIPO als solche einen eigenen Haushalt für ihre sämtlichen Aufgaben haben sollte. Hiervon ist man aus Gründen, die im Zusammenhang mit Art. 11 der WIPO-Konvention erörtert werden, abgegangen. Die WIPO wird nach der jetzt beschlossenen Regelung zwei Haushalte haben: einen Haushalt für die gemeinsamen Ausgaben der Unionen und einen Haushalt für die „Konferenz“, also das Gremium, an dem auch die Nicht-Unions-Staaten beteiligt sind. Da beide Haushalte in der Hauptsache von den Unionen finanziert werden werden, der Haushalt der Konferenz aber auch von den Beiträgen der Nicht-Unions-Länder, die der WIPO angehören, mußte in Art. 16 PVÜ und in Art. 25 RBÜ die Unterscheidung zwischen diesen beiden Haushalten berücksichtigt werden.

b) Sehr interessant und von weittragender Bedeutung war ein spanischer Änderungsvorschlag über die Einführung von Prioritätsgebühren, der allerdings nicht angenommen wurde. Spanien hatte vorgeschlagen, in Art. 16 Abs. 3 PVÜ, der einen Katalog der Finanzquellen der Union enthält, auch aufzuführen:

„Gebühren, die durch nationale Patentämter vom Internationalen Büro für Patentanmeldungen oder andere Geschäftsvorgänge (transactions) erhoben werden, bei denen das durch diese Konvention begründete Prioritätsrecht geltend gemacht wird.“

Die spanische Delegation begründete ihren mit großer Überraschung aufgenommenen Vorschlag im wesentlichen mit dem Hinweis, daß der Finanzbedarf der Union wahrscheinlich in den nächsten Jahren erheblich steigen werde und deshalb die Zuwendungen der Mitgliedstaaten an die Union erheblich vergrößert werden müßten, wenn man nicht das Finanzsystem ändere. Wenn man an die guten Erfahrungen denke, die man mit den Gebühreneinnahmen der Madrider Union gemacht habe, liege es eigentlich auf der Hand und bedürfe keiner näheren Begründung, etwas Ähnliches auch für die Pariser Union einzuführen.

Der Vorschlag löste eine lebhafte Diskussion aus und schien auch einige Sympathien zu finden. Aber er kam zu überraschend. Die meisten Delegationen sahen sich nicht in der Lage, zu dieser Idee, deren weittragende Bedeutung ohne weiteres klar war, sofort ja oder nein zu sagen. Die Fragen, die sich aufdrängten, waren insbesondere die beiden folgenden:

Ist es sachgerecht, das Internationale Büro für die Inanspruchnahme der Priorität Gebühren erheben zu lassen, obwohl die mit dieser Inanspruchnahme verbundene Arbeit nicht vom Internationalen Büro, sondern von den nationalen Patentämtern und Gerichten zu leisten ist?

Besteht nicht die Gefahr, daß der mit der Einziehung der Gebühren verbundene Verwaltungsaufwand außer Verhältnis zu dem Wert der Gebühreneinnahmen steht?

Die spanische Delegation machte zwar geltend, daß mit der Annahme der von ihr vorgeschlagenen Bestimmung noch keine endgültige Entscheidung über die Erhebung einer Prioritätsgebühr getroffen sei; mit der Bestimmung werde vorerst nur gesagt, daß Prioritätsgebühren eine mögliche Einnahmequelle seien. Diese Argumentation überzeugte indessen nicht. Es wurde zwar als richtig angesehen, daß es für die Erhebung einer Prioritätsgebühr

noch weiterer Bestimmungen bedurft hätte, in denen die Verpflichtung zur Zahlung der Gebühr und möglicherweise Einzelheiten über die Höhe und Art der Zahlung der Gebühr festzulegen wären. Gleichwohl hätte die Annahme des spanischen Änderungsvorschlags für Art. 16 Abs. 3 PVÜ eine Vorentscheidung bedeutet, durch die man sich auch in der Hauptsache weitgehend festgelegt hätte.

Die Konferenz beschloß daher, zunächst eine Studie über die Zweckmäßigkeit solcher Gebühren in Auftrag zu geben. Die Studie soll von BIRPI in Zusammenarbeit mit einer Expertengruppe ausgearbeitet werden. Sollte sie zu einem positiven Resultat kommen, so sollen der Wiener Revisionskonferenz entsprechende Änderungsvorschläge vorgelegt werden.

c) Gemäß Abs. 4 Buchst. e soll ein Staat, der mit seinen Beitragsleistungen im Rückstand ist, sein Stimmrecht verlieren, wenn der Rückstand zwei Jahresbeiträge erreicht und der Verzug nicht mit außergewöhnlichen und unvermeidbaren Umständen entschuldigt werden kann.

Diese schon im Entwurf vorgesehene Bestimmung wurde nach intensiver Debatte unverändert angenommen.

Die UdSSR hatte zunächst die Streichung der Vorschrift beantragt und dazu vorgetragen, daß keines der der Pariser Verbandsübereinkunft angehörenden Länder Beitragsrückstände aufkommen lassen werde, wenn es dazu nicht durch die Umstände gezwungen sei. Bei den Entwicklungsstaaten könne die Nichtzahlung von Beiträgen beispielsweise auf finanzielle Schwierigkeiten zurückzuführen sein. Algerien war diesen Ausführungen mit dem Hinweis beigetreten, daß die vorgeschlagene Regelung um so gefährlicher sei, als sie politische Debatten auslösen könne. Nachdem aber BIRPI auf die jetzt schon bestehenden Beitragsrückstände aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen hatte, daß die von der UdSSR und Algerien angegriffene Bestimmung in internationalen Verträgen durchaus üblich sei, wurde der Vorschlag der UdSSR, die Vorschrift zu streichen, mit 25 : 11 : 4 Stimmen zurückgewiesen.

Es wurde lediglich der Teil der Bestimmung gestrichen, der eine Verpflichtung des Generaldirektors vorsah, diejenigen Staaten an ihre Beitragszahlungen zu erinnern, die damit im Rückstand sind. Eine sachliche Änderung ist damit jedoch nicht verbunden. Es war lediglich die allgemeine Meinung, daß eine solche Bestimmung nicht in die Konvention, sondern in das Finanzstatut gehört.

Bei späterer Gelegenheit ergab sich die weitere Frage, ob der Stimmrechtsverlust auch eintreten soll, wenn und soweit der Staat, der mit seinen Beitragszahlungen im Rückstand ist, die Funktion eines Mitglieds des Verwaltungsausschusses ausübt. Eine Delegation vertrat die Auffassung, daß der Stimmrechtsverlust insoweit nicht eintreten dürfe, weil der betreffende Staat im Verwaltungsausschuß nicht nur sich selbst, sondern drei weitere Staaten vertrete. Dem wurde entgegengehalten, daß der Verwaltungsausschuß zwar von einem Viertel der Mitglieder der Versammlung gebildet wird, daß gleichwohl aber die einzelnen Mitglieder des Verwaltungsausschusses nicht die übrigen Mitglieder der Versammlung vertreten. Tatsächlich kann wohl von einer Vertretung im eigentlichen Sinne schon deswegen nicht gesprochen werden, weil die einzelnen Mitglieder des Verwaltungsausschusses ihr

Mandat nicht von drei anderen Staaten, sondern von allen Mitgliedstaaten, nämlich von der Versammlung insgesamt, erhalten. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß hier tatsächlich ein Problem steckt, da der Verwaltungsausschuß aus einem Viertel der Mitgliedstaaten bestehen soll. Denn nur dann ist eine Repräsentation der Versammlung im Verwaltungsausschuß in der angestrebten Weise möglich. Dieses Problem wurde auf der Konferenz auch von den Staaten nicht verkannt, die sich dafür einsetzten, an dem Stimmrechtsverlust auch für den Bereich des Verwaltungsausschusses festzuhalten. Eine Lösung kann wahrscheinlich nur in der Richtung gefunden werden, daß Mitglieder des Verwaltungsausschusses, die ihr Stimmrecht verloren haben, gleichzeitig auch den Sitz im Verwaltungsausschuß verlieren und sich der Ausschuß durch Zuwahl ergänzt.

Die Konferenz entschied sich zunächst nur dafür, für den Bereich des Verwaltungsausschusses keine Ausnahme vom Prinzip des Stimmrechtsverlustes vorzusehen. Es wird jetzt Aufgabe der Verfahrensordnung der Versammlung sein, das Problem angemessen zu lösen.

d) Eine sehr wichtige Vorschrift ist in Abs. 4 Buchst. f für den Fall der verspäteten Verabschiedung des Haushalts neu aufgenommen worden. Da es geschehen kann, daß sich die Versammlung nicht rechtzeitig und mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit auf den (neuen) Haushalt einigt, war für diesen Fall Vorsorge zu treffen. Zunächst ist daran gedacht worden, den alten Haushalt unverändert ein weiteres Jahr fortbestehen zu lassen, wenn und solange die Verabschiedung eines neuen Haushalts nicht gelingt. Diese Lösung hat sich aber als unzumutbar erwiesen; die einfache Wiederholung eines Haushalts kann sich schon deshalb verbieten, weil in dem früheren Haushalt Aufgaben berücksichtigt worden sein können, die inzwischen erledigt sind. Ebenso wenig hat sich eine Lösung als befriedigend erwiesen, die den Fortbestand des alten Haushalts nur für diejenigen Aufwendungen vorsieht, die man etwa mit „regelmäßig“, „dauernd“ oder „gleichbleibend“ oder ähnlich umschreiben könnte. Keine dieser Formeln, ebenso wenig auch die Formel „laufende Personal- und Sachaufwendungen“, erschien hinreichend präzise, um eine eindeutige Feststellung zuzulassen, aus welchen Zahlen der „verlängerte Haushalt“ auf der Ausgabenseite besteht. Die Konferenz kam deshalb schließlich zu dem Ergebnis, daß eine brauchbare Formel nicht zu finden und eine abschließende Regelung dieser Frage in der Konvention selbst nicht möglich sei. Sie hat sich daher dafür entschieden, lediglich den Grundsatz festzulegen, daß im Falle der nicht rechtzeitigen Verabschiedung eines neuen Haushalts das Volumen des Vorjahreshaushalts fortbestehen soll. Die Einzelheiten sollen jedoch im Finanzstatut geregelt werden.

e) Schon der Entwurf sah in Art. 16 Abs. 6 PVÜ (bisher Art. 13^{quater} Abs. 6 PVÜ) einen Reservefonds (working capital funds; fonds de roulement) vor. Die Bestimmung hat verschiedene Änderungen erfahren, die jedoch im wesentlichen redaktioneller Natur sind und nur eine präzisere Fassung zum Ziel hatten. Dies gilt auch für Art. 25 Abs. 6 RBÜ.

Manche Delegationen fürchteten, daß der Reservefonds allzuleicht verbraucht werden und gewissermaßen die Rolle eines Nebenhaushalts erlangen könne. Er müsse dann vielleicht sehr häufig, womöglich jedes Jahr, erneuert werden. Eine solche Verwendung des Reservefonds hätte

zwar im Widerspruch zu seiner Zweckbestimmung gestanden: Ausgaben und Einnahmen werden durch den Haushalt verbindlich festgelegt, so daß sich von dieser Seite her keine Möglichkeit ergeben kann, den Reservefonds anders als zur Überbrückung finanzieller Engpässe zu benutzen, die sich aus einer verspäteten Beitragszahlung einzelner Mitgliedstaaten ergeben könnten. Um ganz sicher zu gehen, hat man gleichwohl durch die neue Fassung der Vorschrift noch klarer herausgestellt, daß der Reservefonds grundsätzlich nur einmal gebildet werden soll und daß er nur dann erweitert werden kann, wenn er unzureichend geworden ist. Unzureichend kann der Fonds, und an diese Fälle hat man vornehmlich gedacht, einmal durch einen Währungsverfall und zum anderen dadurch werden, daß er einem gegenüber dem Zeitpunkt seiner Konstituierung erweiterten Mitgliederbestand und Geschäftsumfang nicht mehr entspricht.

5. Änderungen und Revisionen der Konventionen (Art. 17, 18 PVÜ; Art. 26, 27 RBÜ)

a) Schon der Entwurf sah vor, in der Zuständigkeitsregelung zwischen Änderungen der materiellrechtlichen Bestimmungen und Änderungen der Organisationsnormen einen grundsätzlichen Unterschied zu machen. Die Änderungen der materiellrechtlichen Bestimmungen sollten weiterhin den Revisionskonferenzen vorbehalten bleiben, während Änderungen der Organisationsnormen der Versammlung selbst überlassen werden sollten. Diese Konzeption, die ein Kompromiß sehr verschiedener Auffassungen über diese Frage in den vorbereitenden Konferenzen war, ist von der Konferenz gebilligt worden. Insoweit kann im wesentlichen auf die Bemerkung oben unter 1 e) Bezug genommen werden.

b) Was die erforderlichen Mehrheiten betrifft, so war im Entwurf für die Änderungen der Organisationsnormen eine Dreiviertelmehrheit, für Änderungen des die Versammlung betreffenden Art. 13 PVÜ (Art. 22 RBÜ) jedoch Einstimmigkeit vorgesehen. Die deutsche Delegation war der Auffassung, daß die Einstimmigkeitsregel für Änderungen der Art. 13 PVÜ und 22 RBÜ zu schwerfällig sei, und schlug deshalb vor, die Einstimmigkeit durch eine Vierfünftelmehrheit zu ersetzen. Die ungarische Delegation war der entgegengesetzten Auffassung und sprach sich dafür aus, für alle Änderungen der Organisationsnormen, also auch anderer Bestimmungen als Art. 13 PVÜ und Art. 22 RBÜ, Einstimmigkeit vorzusehen. Sie berief sich hierzu auf die Tradition und vertrat die Auffassung, daß eine einheitliche Regelung für die Änderung aller Organisationsnormen übersichtlicher und leichter zu handhaben sei und ein erheblicher Fortschritt gegenüber der bisherigen Revisionspraxis schon darin liege, daß die Befugnis zur Änderung der Organisationsnormen von den Revisionskonferenzen auf die Versammlung übergehe. Die Auffassung der deutschen Delegation wurde vor allem von den Niederlanden und den USA geteilt, während der ungarische Vorschlag den Beifall der übrigen osteuropäischen Staaten fand. Bei der Abstimmung wurde der ungarische Vorschlag mit 11:22:6 Stimmen abgelehnt, während der deutsche Vorschlag mit 20:14:4 Stimmen angenommen wurde.

6. Sonderabkommen (Art. 19 PVÜ; Art. 20 RBÜ)

Art. 19 PVÜ und Art. 20 RBÜ stellen die unveränderte Übernahme der bisherigen Art. 15 PVÜ und Art. 20 RBÜ dar, durch die die Berechtigung der Verbandsstaaten klar-

gestellt wird, der Übereinkunft nicht widersprechende Sonderabkommen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts zu schließen. Auf der Stockholmer Konferenz hat die Bestimmung nicht zu Debatten Anlaß gegeben; sie hat lediglich bei der PVÜ im Zuge der neuen Durchnummerierung der Artikel eine andere Nummer erhalten.

II. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 20 bis 30 PVÜ; Art. 28 bis 38 RBÜ)

Mit den Übergangs- und Schlußbestimmungen sind, wie schon der Umstand deutlich macht, daß ihnen nicht weniger als zehn teilweise recht umfangreiche Artikel gewidmet sind, eine Reihe von Problemen verknüpft, die die Stockholmer Konferenz erheblich beschäftigt haben. Das schwierigste Problem war hierbei die Frage, welches Recht künftig zwischen Staaten gelten soll, die verschiedenen Fassungen der Berner Union angehören, insbesondere wenn der der Stockholmer Fassung angehörende Staat der Berner Union neu beigetreten ist. Dieses Problem hatte gerade für die Berner Union besondere Bedeutung, weil die Stockholmer Fassung der RBÜ außer Verbesserungen des Urheberrechtsschutzes auch Bestimmungen enthält, die eine Einschränkung des Mindestschutzes gegenüber der Brüsseler Fassung bedeuten. Daneben waren aber auch eine Reihe anderer Fragen zu beantworten. Im einzelnen ist dazu folgendes zu bemerken:

1. Beitritt; Mitgliedschaft in den Unionen und der WIPO

Die Art. 20 und 21 (Art. 16 und 16^{bis} des Entwurfs) der Pariser Verbandsübereinkunft und die Art. 28 und 29 (Art. 25 und 25^{bis} des Entwurfs) der Berner Übereinkunft regeln den Beitritt zur Stockholmer Fassung dieser Abkommen. Sie machen dabei einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Staaten, die den Unionen bereits angehören (Art. 20 PVÜ, Art. 28 RBÜ) und Staaten, die ihnen noch nicht angehören (Art. 21 PVÜ und Art. 29 RBÜ). Die Unionsländer können ihren Beitritt auf einen Teil der Stockholmer Fassung, nämlich auf die revidierten materiellrechtlichen Vorschriften oder die revidierten Organisationsnormen beschränken. Die Länder dagegen, die der Union bisher nicht angehört haben, können die Stockholmer Fassung nur in ihrer Gesamtheit annehmen. Die Ratifikation der Stockholmer Fassung insgesamt oder jedenfalls der neuen Organisationsnormen bedeutet aber noch nicht, daß der ratifizierende oder beitretende Staat gleichzeitig der neuen Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) beitrifft. Er kann vielmehr die Änderung der Organisationsnormen der Pariser Verbandsübereinkunft und/oder der Revidierten Berner Übereinkunft bejahen und ihnen beitreten, gleichzeitig aber der neuen Organisation fernbleiben. Den Unionsstaaten ist es lediglich versagt, der WIPO beizutreten, ohne gleichzeitig die neuen Organisationsnormen der Pariser oder der Berner Übereinkunft anzunehmen.

Die früheren Entwürfe sahen eine engere und nach Auffassung der deutschen Delegation bessere Verknüpfung zwischen der WIPO-Konvention und den neuen Bestimmungen über die Verwaltungsstruktur der Unionen vor. Die Bundesregierung hat diesen Punkt in ihrer offiziellen Stellungnahme vor der Konferenz wie auch auf der Konferenz selbst aufgegriffen. Sie hat die Auffassung vertreten, daß sich die neue Verwaltungsstruktur

der Unionen und die neue Weltorganisation für geistiges Eigentum nicht voneinander trennen lassen: die neuen administrativen Bestimmungen der PVÜ und der RBÜ sehen kein eigenes Büro der Unionen mehr vor, sondern weisen die Verwaltungsaufgaben dem Internationalen Büro der neuen Weltorganisation zu. Das ist zwar nicht ausdrücklich gesagt, denn der Text spricht nur von dem „Internationalen Büro“, aber es ist gemeint. Zumindest sind jedoch das Internationale Büro der Unionen und das Internationale Büro der Weltorganisation identisch. Auf die Wahl des Generaldirektors dieses Büros haben die Unionen als solche keinen Einfluß, wiewohl sie berechtigt sind, ihm für den jeweiligen Bereich der Unionen Weisungen zu erteilen. Der Generaldirektor wird vielmehr auf Vorschlag des Koordinierungsausschusses von der Generalversammlung der neuen Organisation berufen. Abgesehen von einer gewissen Übergangszeit sind in beiden Organen Länder, die der neuen Organisation nicht angehören, nicht vertreten.

Die Auffassung der deutschen Delegation, daß die Annahme der neuen Organisationsnormen notwendig mit der Annahme der WIPO-Konvention gekoppelt sein müsse, wurde im Prinzip von den Delegationen Hollands und Großbritanniens geteilt. Die niederländische Delegation machte darüber hinaus den Vorschlag, einen Beitritt der Unionsländer, der sich nur auf die revidierten materiellrechtlichen Bestimmungen bezieht, nicht zuzulassen. Sie begründete den Vorschlag damit, daß zwar manche Länder einige Zeit brauchten, um die neuen materiellrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Berner Übereinkunft, zu ratifizieren; diesen Ländern solle die Möglichkeit gegeben werden, schon vorher den neuen administrativen Teil des Abkommens zu ratifizieren. Umgekehrt werde aber kein Land aus dem innerstaatlichen Recht herrührende Schwierigkeiten haben, die neuen Organisationsnormen sogleich anzunehmen. Daher brauche ein auf die materiellrechtlichen Bestimmungen beschränkter Beitritt nicht zugelassen zu werden.

Der holländische Vorschlag wurde von Großbritannien und, mit gewissen Einschränkungen, auch von Australien unterstützt. Italien, Portugal und Frankreich setzten sich dagegen zusammen mit den osteuropäischen Staaten entschieden für die Aufrechterhaltung des Entwurfs ein. Der holländische Vorschlag wurde schließlich mit 3:17:16 Stimmen abgelehnt. Angesichts dieses eindeutigen Ergebnisses sah die deutsche Delegation keine Chance für ihren Vorschlag, der auf ähnlichen Erwägungen beruhte wie der holländische Vorschlag, die notwendige Mehrheit zu finden. Es blieb daher bei der Fassung des Entwurfs, d. h. die Stockholmer Fassung der Pariser und der Berner Übereinkunft kann von den Unionsstaaten insgesamt oder beschränkt auf ihren materiellrechtlichen oder administrativen Teil angenommen werden, und zwar auch ohne gleichzeitigen Beitritt zur WIPO. Dieses Ergebnis ist wegen der sich aus ihm ergebenden Gefahren für den Bestand der neuen Gesamtorganisation zu bedauern, konnte aber angesichts der auf der Konferenz zutage tretenden fundamentalen Auffassungsunterschiede und Interessengegensätze nicht verhindert werden.

2. Vorbehalte (Art. 22 PVÜ; Art. 30 RBÜ)

Abgesehen von der Möglichkeit, der Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft nur hinsichtlich der geänderten materiellrechtlichen oder nur hinsichtlich der neuen administrati-

ven Vorschriften beizutreten, sah der Entwurf für die Stockholmer Fassung der PVÜ keine Vorbehaltsmöglichkeiten vor. Dies ist von der Konferenz auch beschlossen worden (Art. 22 PVÜ).

Bei der Berner Übereinkunft lagen die Dinge dagegen anders. Auch hier hatte der Entwurf der Stockholmer Fassung die Tendenz, die in den früheren Fassungen gegebenen Möglichkeiten abzuschaffen, Vorbehalte zu machen oder alte Vorbehalte aufrechtzuerhalten. Neu beitretende Staaten sollten Vorbehalte überhaupt nicht erklären dürfen; Unionsstaaten sollten nur die Möglichkeit haben, wie bei der Pariser Verbandsübereinkunft ihren Beitritt auf die neuen materiellrechtlichen Vorschriften oder auf die neuen administrativen Vorschriften zu beschränken. Ein Beitritt lediglich zu den neuen Organisationsnormen bedeutete natürlich in materiellrechtlicher Hinsicht das Festhalten an einer früheren Fassung und damit auch die Aufrechterhaltung etwa noch bestehender Vorbehalte. Dagegen sollten Unionsstaaten, die den materiellrechtlichen Teil annehmen, keine Vorbehalte aufrechterhalten können. Die Regelung des Art. 25 Abs. 2 RBÜ sollte also nicht übernommen werden.

Diese Konzeption hat sich in Stockholm nicht durchsetzen lassen. Verschiedene Staaten wünschten auch für den Fall eines Beitritts zu den materiellrechtlichen Bestimmungen der Stockholmer Fassung der Berner Übereinkunft alte Vorbehalte aufrechterhalten zu können. Art. 30 Abs. 2 Buchst. a RBÜ bestimmt daher jetzt, daß solche Vorbehalte dadurch aufrechterhalten werden können, daß bei der Hinterlegung der Beitritts- oder Ratifikationsurkunde eine entsprechende Erklärung abgegeben wird.

Wenn es mit dieser Bestimmung sein Bewenden gehabt hätte, so hätte man darin allerdings wohl eine gewisse Ungleichbehandlung der neu beitretenden Nicht-Unionsstaaten sehen können. Deswegen ist als Art. 30 Abs. 2 Buchst. b RBÜ eine neue Bestimmung eingefügt worden, nach der Nicht-Unionsstaaten bei ihrem Beitritt die Erklärung abgeben können, daß sie, jedenfalls zeitweise, den das Übersetzungsrecht regelnden Art. 8 durch den Art. 5 der 1896 in Paris revidierten Fassung ersetzt sehen möchten. Wird eine solche Erklärung abgegeben, so können die Länder, aus denen die übersetzten Werke stammen, sich gegenüber dem Land, das den Vorbehalt gemacht hat, auf einen entsprechenden niedrigeren Schutz beschränken (Gegenseitigkeitsprinzip).

3. Inkrafttreten (Art. 20, 21 PVÜ; Art. 28, 29 RBÜ)

Der Entwurf sah vor, daß die neuen Organisationsnormen der Pariser Union mit der zehnten Ratifikation, die materiellrechtlichen Bestimmungen, d. h. die Einbeziehung der Erfinderbescheinigung in Art. 4 PVÜ, jedoch schon mit der fünften Ratifikation in Kraft treten sollten. Unterstützt von Rumänien sprach sich jedoch die UdSSR dafür aus, auch die neuen materiellrechtlichen Bestimmungen erst in Kraft treten zu lassen, wenn sie von zehn Staaten angenommen worden sind. Nur dann komme dieser Änderung der PVÜ ein genügendes Gewicht zu. Die materiellrechtlichen und die administrativen Bestimmungen sollten ohne Diskriminierung gleichbehandelt werden. Da die Einbeziehung der Erfinderbescheinigungen in die PVÜ unmittelbar nur im Interesse der osteuropäischen Staaten liegt, bestanden bei den anderen Ländern keine Bedenken, dem sowjetischen Vorschlag zuzustimmen. Er wurde deshalb einstimmig angenommen.

Für die Berner Union sah der Entwurf vor, daß die materiellrechtlichen Bestimmungen mit der Hinterlegung der fünften und die administrativen Vorschriften mit der Hinterlegung der siebenten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft treten sollten. Diese Vorschrift ist von der Stockholmer Konferenz unverändert angenommen worden.

Dagegen ist für das Protokoll betreffend die Entwicklungsländer eine vom Entwurf abweichende Regelung getroffen worden. Grundsätzlich tritt das Protokoll zugleich mit den geänderten materiellrechtlichen Bestimmungen für die Länder in Kraft, die die Stockholmer Fassung angenommen und dabei hinsichtlich der materiellen Bestimmungen und des Protokolls keine Vorbehalte angemeldet haben. Art. 25^{quater} RBÜ in der Fassung des Entwurfs sah darüber hinaus vor, daß (entwickelte) Länder auch schon vor der Ratifikation für Werke, für die sie Ursprungsland sind, die Anwendung des Protokolls gestatten können. Auch im Falle einer solchen Erlaubniserklärung konnten sich auf sie aber nur Entwicklungsländer berufen, die selbst den Stockholmer Text mit dem Protokoll ratifiziert hatten, und zwar erst von dem Zeitpunkt an, zu dem die Stockholmer Fassung mit dem Protokoll in Kraft getreten war. Das war in dem Entwurfstext zwar nicht ausdrücklich gesagt; zu diesem Ergebnis mußte aber die Auslegung kommen. Der in Stockholm verabschiedete Text geht, was die vorläufige Anwendbarkeit des Protokolls anlangt, nunmehr noch weiter: Art. 25^{quater} wurde gestrichen und in unveränderter Form als Art. 5 in das Protokoll selbst verlegt, um das selbständige vorzeitige „Inkrafttreten“ des Protokolls zu ermöglichen. Nach Art. 5 des Protokolls kann jedes Verbandsland, wenn es ein Entwicklungsland ist, schon vor dem Inkrafttreten der Stockholmer Fassung und damit auch vor dem allgemeinen Inkrafttreten des Protokolls, das einen integrierenden Bestandteil der Stockholmer Fassung darstellt, erklären, daß es das Protokoll anwenden möchte. Die Anwendung ist gegenüber solchen (entwickelten) Ländern zulässig, die ihrerseits erklärt haben, daß sie die Anwendung des Protokolls gestatten. Zwischen diesen Ländern gilt dann das Protokoll (man möchte fast sagen: auf bilateraler Basis) unabhängig von seinem allgemeinen Inkrafttreten, ja sogar unabhängig davon, ob die betreffenden Staaten den Stockholmer Text ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind. Es genügt, daß sie ihn gezeichnet haben.

Mit dieser Regelung, die die bisherige Praxis und Rechtstechnik der Unionsverträge durchbricht, ist man den Entwicklungsländern sehr weit entgegengekommen. Mehreren entwickelten Ländern, das zeigte sich schon auf der Konferenz, dürfte es erhebliche innenpolitische Schwierigkeiten bereiten, die auf Drängen der Entwicklungsländer in den Vertragstexten vorgesehenen Lösungen zu vollziehen, insbesondere die Erklärungen über die Gestattung der (einstweiligen) Anwendung des Protokolls betreffend die Entwicklungsländer abzugeben.

4. Abhängige Gebiete (Art. 24 PVÜ; Art. 31 RBÜ)

Erhebliche, wenn auch etwas überraschende Auseinandersetzungen verursachte die Erörterung der Art. 24 PVÜ (Art. 16^{quinquies} des Entwurfs) und 31 RBÜ (Art. 26 des Entwurfs). Bei diesen Bestimmungen handelt es sich um die unveränderte Übernahme der seit langem als Art. 16^{bis} in der Pariser Verbandsübereinkunft und als Art. 26 in der Berner Übereinkunft enthaltenen Bestimmungen, die

es den Kolonialstaaten erlauben, die Erstreckung der Unionsverträge auf ihre Kolonien und andere außenpolitisch abhängige Gebiete zu erklären.

Die osteuropäischen Staaten setzten sich nachhaltig für die Streichung dieser Bestimmungen ein. Polen erklärte, sie seien ein Ausfluß des Kolonialismus und stünden in Widerspruch zum internationalen Recht und dem Bestreben, den Kolonialismus in jeder Form zu beseitigen. Während Rumänien, Brasilien und Rußland sich im gleichen Sinne äußerten, erinnerte der Vertreter Großbritanniens daran, daß die angegriffenen Bestimmungen den abhängigen Gebieten immerhin die Möglichkeit gäben, am internationalen gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht teilzunehmen. Andere Länder, so die Niederlande, Deutschland und, bemerkenswerterweise, Kenia vertraten in noch stärkerem Maße die Auffassung, daß diese Bestimmungen, auch wenn sie letztlich eine Folge der Kolonialherrschaft seien, nur zum Vorteil der abhängigen Gebiete dienten.

Bei der Abstimmung wurde die Streichung der Bestimmungen mit 13:18:11 Stimmen abgelehnt.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß eine in etwa korrespondierende Bestimmung als Art. 6 in das Protokoll betreffend die Entwicklungsländer aufgenommen worden ist. Danach sind die entwickelten Staaten unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, die Inanspruchnahme der Vergünstigungen des Protokolls für die von ihnen abhängigen Gebiete zu erklären. Wegen der Einzelheiten und des Hintergrunds dieser Bestimmung kann auf den Bericht über die Hauptkommission II verwiesen werden⁹⁾.

5. Anwendbarkeit verschiedener Fassungen (Art. 27 PVÜ; Art. 32 RBÜ)

Ganz besondere Schwierigkeiten bereitete die Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Staaten, die verschiedenen Fassungen der Unionsverträge angehören. Diese Schwierigkeiten ergaben sich vor allem für die Berner Übereinkunft, weil hier die Stockholmer Fassung nicht nur einen verbesserten, sondern zum Teil auch einen gegenüber der Brüsseler Fassung abgeschwächten Schutz vorsieht. Im folgenden sei deshalb zunächst das Problem des Verhältnisses der Mitglieder verschiedener Fassungen zueinander für die Berner Union erörtert:

a) Die Berner Übereinkunft bestimmte in Art. 27 der Brüsseler Fassung, daß für das Verhältnis zwischen zwei Ländern, die der Brüsseler Fassung angehören, diese anwendbar ist, und daß die früheren Fassungen für die Länder anwendbar bleiben, die der Brüsseler Fassung (noch) nicht angehören. Was für das Verhältnis zwischen zwei Ländern gilt, von denen eines die Brüsseler Fassung ratifiziert hat, während das andere einer noch älteren Fassung angehört, sagte der Text nicht; in diesem Fall war aber wohl die letzte gemeinsame Fassung maßgebend. Ungeachtet dessen gewähren die Länder entsprechend dem Prinzip der Inländerbehandlung Schutz entsprechend ihrer eigenen innerstaatlichen Gesetzgebung, die mindestens der Fassung entsprechen mußte, der diese Staaten jeweils angehörten.

Der für die Stockholmer Konferenz zunächst vorgelegte Entwurf stellte lediglich eine gewisse Verfeinerung der Brüsseler Fassung des Art. 27 dar, indem er die Möglichkeit in Rechnung stellte, daß ein Land nicht der Stock-

⁹⁾ Vgl. oben S. 454 ff.

holmer Fassung insgesamt, sondern nur dem materiell-rechtlichen oder nur dem neuen administrativen Teil beitrifft. Neu war der Vorschlag für einen Art. 27 Abs. 3. Er betraf das Verhältnis zwischen Unionsländern, die noch der Brüsseler Fassung (oder einer früheren) angehören, und Ländern, die der Union durch Ratifikation der Stockholmer Fassung beitreten. Zwischen diesen Ländern besteht keine „letzte gemeinsame Fassung“, wenn das neu beitretende Land nicht gleichzeitig den alten Fassungen beitrifft. Der vorgeschlagene Art. 27 Abs. 3 schrieb für diesen Fall dem neu beitretenden Land vor, gegenüber dem einer älteren Fassung angehörenden Unionsland unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit die Stockholmer Fassung anzuwenden.

Diese Regelung wie auch ein von BIRPI kurz vor Beginn der Konferenz vorgelegter Alternativvorschlag erschien vielen Delegationen wegen der Schwierigkeiten nicht befriedigend, die sich aus dem Protokoll betreffend die Entwicklungsländer und aus dem Umstand ergeben, daß die Stockholmer Fassung gegenüber den früheren Fassungen zum Teil eine Verstärkung, zum Teil aber auch eine gewisse Abschwächung des mindestens zu gewährenden Urheberrechtsschutzes bedeutet. Die in Stockholm nach zahlreichen Änderungen und mehrfachen Sitzungen, über die hier nicht im einzelnen berichtet werden kann, beschlossene Fassung, jetzt Art. 32, versucht dem Problem mit einer differenzierteren Regelung beizukommen, als sie der ursprüngliche BIRPI-Vorschlag vorsah:

- aa) Zwischen zwei Unionsländern ist der letzte gemeinsame Text maßgebend.
- bb) Nicht-Unionsländer, die der Stockholmer Fassung beitreten, wenden diese auch gegenüber Unionsländern an, die der Stockholmer Fassung noch nicht beigetreten sind. Die noch den früheren Fassungen angehörenden Unionsstaaten sind aber berechtigt, ihnen gegenüber

- 1. die Bestimmungen der letzten Fassung anzuwenden, der sie angehören, und
- 2. den Schutz, den sie gewähren, dem „Niveau“ der Stockholmer Fassung anzupassen.

Mit anderen Worten: die neu beitretenden Staaten wenden gegenüber den alten Unionsstaaten, die die Stockholmer Fassung noch nicht ratifiziert haben, diese an; den anderen Staaten steht es jedoch frei, nach der Stockholmer Fassung oder nach einer älteren Fassung, der sie angehören, Schutz zu gewähren.

- cc) Das Protokoll betreffend die Entwicklungsländer kann nur gegenüber solchen Staaten angewendet werden, die es entweder ebenfalls ratifiziert oder doch wenigstens seine Anwendung gestattet haben.

Diese Regeln finden, daran sei an dieser Stelle erinnert, noch eine Ergänzung in dem oben unter c) erörterten Art. 5 des Protokolls betreffend die Entwicklungsländer.

b) Für den Bereich der Pariser Verbandsübereinkunft ergaben sich nicht die gleichen Schwierigkeiten wie bei der Berner Übereinkunft. Art. 27 PVÜ in der Stockholmer Fassung schreibt daher lediglich vor, daß zwischen den Unionsländern stets die letzte gemeinsame Fassung gilt (Abs. 1 und 2). Länder, die der Union neu beitreten, wenden gegenüber Unionsstaaten, die die Stockholmer Fassung noch nicht ratifiziert haben, gleichwohl die Stockholmer Fassung an, sind aber damit einverstanden, daß diese Unionsstaaten ihrerseits nur die Fassung anwenden, der sie angehören.

6. Schiedsklauseln (Art. 28 PVÜ; Art. 33 RBÜ)

Die Pariser Verbandsübereinkunft sah bisher eine Regelung für die Beilegung von Streitigkeiten nicht vor. Der Versuch, die Übereinkunft durch eine Schiedsklausel zu ergänzen, war auf der Lissabonner Revisionskonferenz noch gescheitert¹⁰). Im Gegensatz hierzu enthält die Berner Übereinkunft in ihrer Brüsseler Fassung in Art. 27^{bis} eine zwingende Bestimmung, wonach Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung der Konvention, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden können, vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen sind, sofern sich nicht die beteiligten Länder auf eine andere Art, ihren Streit zu schlichten, einigen.

Auf der Stockholmer Konferenz wurden in der Frage der Schiedsklausel zwei entgegengesetzte Tendenzen deutlich. Auf der einen Seite standen die Länder, vor allem die Niederlande, die eine obligatorische Schiedsklausel auch für die Pariser Verbandsübereinkunft wünschten. Diese Länder vertraten den Standpunkt, daß internationale Verträge in ihrem Wert entscheidend beeinträchtigt würden, wenn sie nicht auch eine Schiedsklausel haben, die ihnen bei Streitigkeiten eine gewisse Exekutierbarkeit gibt. Andere Länder, insbesondere die osteuropäischen Staaten, sahen in der Unterwerfung unter ein Gerichtsurteil oder unter einen Schiedsspruch eine Beeinträchtigung ihrer Souveränität. Sie wollten daher Schiedsklauseln generell vermeiden oder jedenfalls doch so ausgestalten, daß sie ihnen nicht zwangsläufig unterworfen sind.

Aus diesen entgegengesetzten Bestrebungen ergab sich in Stockholm ein Kompromiß. Die obligatorische Schiedsklausel der Revidierten Berner Übereinkunft wurde dadurch abgeschwächt, daß ein Staat bei der Ratifikation der Berner Übereinkunft erklären kann, daß er die Schiedsklausel auf sich nicht angewendet wissen möchte. Zum Ausgleich für diese den Wünschen der osteuropäischen Staaten entgegenkommende Regelung wurde eine der Neufassung der Schiedsklausel der Berner Übereinkunft entsprechende Schiedsklausel in die Pariser Verbandsübereinkunft aufgenommen. Mit dieser Kompromißlösung hat sich zwar die im Hinblick auf die Ergebnisse der Lissabonner Konferenz geäußerte Skepsis von Kühnemann¹¹) bestätigt, daß „die Zeiten seitdem (Brüssel) andere geworden sind“. Andererseits stellt die neue Lösung für die Pariser Verbandsübereinkunft doch einen gewissen Fortschritt dar.

7. Sprachen (Art. 29 PVÜ; Art. 37 RBÜ)

Der Text der Pariser Verbandsübereinkunft ist in Stockholm nur in französischer Sprache gezeichnet worden. Insoweit stimmt die Regelung des Art. 29 PVÜ der Stockholmer Fassung mit der des Art. 19 PVÜ der Lissabonner Fassung überein. Neben dem französischen Originaltext wird es offizielle Übersetzungen in die deutsche, die englische, die spanische, die italienische, die portugiesische und die russische Sprache geben. In dieser Aufzählung ist lediglich die russische Sprache neu. Außerdem ist neu, daß die Versammlung der Union weitere offizielle Übersetzungen anordnen kann.

Für die Berner Union gab es bisher auch nur einen Originaltext in Französisch, daneben aber einen „gleichwertigen“ Text in Englisch, jedoch war bei einem Streit

¹⁰) Vgl. hierzu Kühnemann in GRUR Int. 1959, 111.

¹¹) A. a. O.

über die Auslegung der Konvention der französische Text maßgebend (Art. 31 RBÜ). Der Entwurf für die entsprechende Bestimmung in der Stockholmer Fassung der RBÜ sah eine volle Gleichberechtigung des französischen und des englischen Textes vor. Beide sollten Originaltexte sein, keiner von diesen sollte bei der Auslegung der Konvention einen Vorrang genießen. Außerdem sollte es offizielle Übersetzungen in die deutsche, die italienische, die portugiesische, die spanische und die russische Sprache geben. Die Gleichberechtigung des englischen Textes mit dem französischen Text wurde von der französischen Delegation, die dabei von Italien, Madagaskar und Polen unterstützt wurde, erbittert bekämpft. Begründet wurde diese Auffassung damit, daß die Gleichberechtigung von zwei Texten, die aus sprachlichen Gründen nicht völlig inhaltsgleich sein könnten, immer zu Schwierigkeiten führen müsse. Die englisch-sprechenden Länder, insbesondere Großbritannien, Kanada und Australien, setzten sich dagegen für die Gleichberechtigung des englischen Textes ein und machten geltend, so insbesondere Kanada auf Grund seiner Erfahrungen mit der zweisprachigen kanadischen Verfassung, daß im Gegenteil bei Unklarheiten sehr gut ein Text durch den anderen interpretiert werden könne. Die deutsche Delegation hat dann den Kompromißvorschlag gemacht, daß zwar der französische und der englische Text grundsätzlich gleichberechtigt sein sollten, jedoch bei Streitigkeiten über die Auslegung der französische Text vorgehen sollte. Dieser Vorschlag wurde mit 16:10:4 Stimmen angenommen.

Im übrigen blieb der Entwurf unverändert, d. h. es wird offizielle Übersetzungen in die deutsche, die italienische, die portugiesische, die spanische und die russische Sprache geben. Außerdem kann die Versammlung der Union weiter offizielle Übersetzungen anordnen.

8. Übergangsregelung (Art. 30 PVÜ; Art. 38 RBÜ)

Die Übergangsregelung ist im wesentlichen so getroffen worden, wie es der Entwurf vorsah. Bis zum Inkrafttreten der WIPO-Konvention und damit bis zur Errichtung dieser Organisation und der mit ihr verbundenen Organe werden die in den neuen Verwaltungsbestimmungen der Pariser und der Berner Übereinkunft dem Internationalen Büro und dem Generaldirektor der Organisation zugewiesenen Funktionen weiterhin von BIRPI und seinem Direktor ausgeübt.

Der Entwurf sah auch bereits vor, daß die Länder, die die neuen Organisationsnormen der PVÜ und der RBÜ noch nicht annehmen, für die Dauer von fünf Jahren seit dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen dieselben Mitgliedschaftsrechte sollten wahrnehmen können, wie diejenigen Länder, die die neuen Organisationsnormen bereits angenommen haben. Diese Regelung ist in Stockholm im Prinzip gebilligt, aber noch weiter konkretisiert worden.

9. Nebenabkommen der Pariser Verbandsübereinkunft

Auch die Nebenabkommen der Pariser Verbandsübereinkunft mußten naturgemäß der neuen Verwaltungsstruktur der Pariser Union angepaßt werden. Soweit es sich bei den Nebenabkommen selbst um Unionen handelt (Madrider Markenabkommen, Haager Musterabkommen, Nizzaer Klassifikationsabkommen und Lissaboner Ursprungsabkommen), haben diese Abkommen die gleichen Organisationsnormen wie die Pariser Verbandsübereinkunft erhalten. Sie werden auch mit den gleichen Orga-

nen ausgestattet sein. Nur auf einen besonderen Verwaltungsausschuß hat man bei diesen Nebenabkommen verzichtet.

Eine Besonderheit gilt allerdings für das Haager Musterabkommen. Dieses Abkommen ist in Stockholm nicht als solches geändert worden; seine Organisationsnormen und Schlußbestimmungen sind vielmehr durch eine besondere Ergänzungsakte an die geänderte Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft angeglichen worden. Die Sonderbehandlung dieser Union restreinte war notwendig, weil die letzte Fassung des Haager Musterabkommens (Haager Fassung vom 28. November 1960) noch nicht in Kraft getreten ist und in absehbarer Zeit mit ihrem Inkrafttreten auch noch nicht gerechnet werden kann. Die Ergänzungsakte stellt daher ein Zusatzabkommen zur Londoner Fassung des Abkommens, zu seiner Haager Fassung und zu dem bereits in Kraft befindlichen Zusatzabkommen von Monaco vom 18. November 1961 zur Haager Fassung des Haager Musterabkommens¹²⁾ dar.

Eine weitere Zusatzakte ist in Stockholm außerdem auch für das Madrider Herkunftsabkommen beschlossen worden. Dies war erforderlich, weil das Madrider Herkunftsabkommen bisher selbst Organisationsnormen überhaupt nicht enthielt, da es für sich allein keine besondere „Union restreinte“ bildete. Durch die Zusatzakte ist das Abkommen auch nicht in eine solche Sonderunion umgestaltet worden. Die Zusatzakte enthält vielmehr nur die erforderlichen Anpassungsvorschriften, die durch die neuen Organisationsnormen der Pariser Verbandsübereinkunft als des Hauptabkommens für das Madrider Herkunftsabkommen notwendig geworden sind. Dies gilt insbesondere für den Übergang der Depositärfunktionen (Art. 1 der Zusatzakte), für die Verweisung auf Vorschriften der Pariser Verbandsübereinkunft (Art. 2 der Zusatzakte) und für die Unterzeichnung und Ratifikation der Zusatzakte (Art. 3). Außerdem enthält die Zusatzakte die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

III. Resolution über das vorläufige Inkrafttreten der Stockholmer Akte

Auf den vorbereitenden Konferenzen hatte man sich, um die Schwierigkeiten des Übergangs von der gegenwärtigen Verwaltungsstruktur der Pariser und der Berner Union auf die neue Organisationsform und auf die WIPO zu erleichtern, dafür entschieden, die neuen Bestimmungen auf Grund einer einstimmig zu fassenden Resolution so zu behandeln, als seien sie bereits in Kraft getreten. Obwohl der der Konferenz vorliegende Entwurf einer solchen Resolution gegenüber den auf den vorbereitenden Konferenzen gefaßten Beschlüssen schon ganz erheblich abgeschwächt war, wurden doch gegen die Resolution insbesondere von Frankreich und Italien schwere Bedenken geltend gemacht. Intensive Vermittlungsversuche insbesondere der deutschen und der amerikanischen Delegation konnten diesen Widerstand nicht überwinden. BIRPI und die schwedische Delegation zogen daraufhin den Entwurf der Resolution zurück. Da nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Ratifikationen für das Inkrafttreten der Stockholmer Fassung der Unionsverträge notwendig ist, erschien ihnen das Bedürfnis für die vorge-schlagene Resolution nicht mehr sehr groß.

¹²⁾ BGBl. II 1962 S. 958.

IV. Finanzfragen

Der Konferenz lagen Beschlussskizzen vor, nach denen die Ausgaben-Höchstbeträge auf folgende Summen festgelegt werden:

Pariser Union

1 200 000 sfrs. für 1968,

1 400 000 sfrs. für 1969,

1 600 000 sfrs. für 1970

Berner Union

800 000 sfrs. für 1968,

900 000 sfrs. für 1969,

1 000 000 sfrs. für 1970

Diese Vorschläge wurden von der Konferenz ohne langwierige Auseinandersetzungen einmütig gebilligt.

D. Die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO)

(Verfasser: Krieger)

Zum Vorsitzenden der Hauptkommission V hatte die Konferenz den Leiter der amerikanischen Delegation, *Braderman*, Deputy Assistant Secretary im State Department, gewählt. Er hatte sich bereits auf der Vorkonferenz des Jahres 1966 als Vorsitzender der für den Entwurf der WIPO-Konvention zuständigen Kommission bewährt und hat auch in Stockholm wieder mit Zielstrebigkeit, Festigkeit und großem Geschick diesen Teil der Konferenz geleitet. Vorsitzender des Redaktionsausschusses der Hauptkommission V war der Leiter der Rechtsabteilung des schwedischen Außenministeriums, *Kellberg*. Im Zusammenwirken mit der Leitung von BIRPI hatte er auch einen wesentlichen Teil der organisatorischen Vorbereitung der gesamten Konferenz übernommen und sich dadurch gemeinsam mit seinen schwedischen Kollegen *Hesser*, *Bergerus*, *Hellberg*, *Nordenson* und *Uggla* den Beifall und geradezu die Bewunderung aller Konferenzteilnehmer erworben. Zum Berichterstatter der Hauptkommission V war der Präsident des schweizerischen Patentamts, *Voyame*, gewählt worden. Sein umfassender Bericht¹³⁾ gibt Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen in dieser Kommission erschöpfend und besonders anschaulich wieder und ist auch bei dem nachfolgenden Bericht jeweils mit berücksichtigt worden.

Trotz dieser hervorragenden personellen Voraussetzungen für die Arbeit der Hauptkommission V war es bei dem Verhandlungsgegenstand dieser Kommission nicht überraschend, daß ihre Verhandlungen vereinzelt von heftigen, im wesentlichen politisch bedingten Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen gekennzeichnet waren. Angesichts des die gesamte Konferenz beherrschenden Geistes internationaler Zusammenarbeit und nicht zuletzt auf Grund der straffen Verhandlungsführung des Vorsitzenden *Braderman* haben diese Meinungsverschiedenheiten die Konferenz jedoch nie in Gefahr gebracht und konnten schließlich immer durch Kompromißlösungen überbrückt werden, mögen dabei auch gewisse Verstimmungen nicht immer vermieden worden sein.

Aufgabe der Hauptkommission V war die Beschlusssatzung über den von BIRPI im Auftrage der schwedischen Regierung der Konferenz unterbreiteten Entwurf einer Konvention über die Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (Convention establishing the

World Intellectual Property Organization — WIPO/OMPI — nachstehend wieder Entwurf genannt). Wegen der Vorgeschichte und der entscheidenden Motive für diese neue weltweite Konvention kann auf frühere Ausführungen verwiesen werden¹⁴⁾. Über die Verhandlungen in der Hauptkommission V und ihre Ergebnisse ist im einzelnen folgendes zu berichten:

I. Errichtung der neuen Weltorganisation (Art. 1 und 10)

1. Die Verhandlungen der Hauptkommission V wurden zunächst durch Grundsatzserklärungen verschiedener Delegationen eröffnet, in denen diese nochmals die grundsätzliche Haltung ihrer Regierungen zu den Plänen für die Errichtung einer neuen Weltorganisation für geistiges Eigentum darlegten.

Die französische und die italienische Delegation unterstrichen dabei erneut die schon in den Vorverhandlungen immer wieder zum Ausdruck gebrachte grundsätzliche Auffassung ihrer Regierungen, daß eine Modernisierung der Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union auch innerhalb dieser Unionen durch Änderung der Unionsverträge möglich sei und es hierfür der Errichtung einer neuen Weltorganisation nicht bedürfe. Sie gaben andererseits aber doch eindeutig zu verstehen, daß sie auf der Konferenz der Errichtung der neuen Weltorganisation nicht widersprechen würden, wenn die Mehrheit der Unionsstaaten sich dafür aussprechen sollte. Allerdings mußten sie auf der Wahrung der absoluten Souveränität und Unabhängigkeit der alten Unionen und deshalb auf einer Reihe von Änderungen des der Konferenz vorliegenden Entwurfs bestehen.

Die Mehrzahl der Delegationen, darunter vor allem auch die amerikanische und die sowjetische Delegation, sprach sich demgegenüber eindeutig zugunsten der neuen Weltorganisation aus. Auch die deutsche Delegation wies in einer Grundsatzserklärung nochmals darauf hin, daß sie die der Stockholmer Konferenz unterbreiteten Pläne im Interesse einer Förderung und Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums begrüße und den letzten Entwurf der WIPO-Konvention im Verhältnis zu den ursprünglichen Entwürfen sogar als eine Mindestlösung betrachte, deren weitere Verwässerung nur um den Preis einer entscheidenden Verminderung und Schwächung nicht nur der geplanten neuen Organisation, sondern überhaupt des Schutzes des geistigen Eigentums in der Welt zu erreichen sei.

Auch die Vertreter zahlreicher internationaler Organisationen, die an der Konferenz als Beobachter teilnahmen, befürworteten den Entwurf. Nur der Vertreter der UNESCO machte Vorbehalte geltend, die offensichtlich durch den Umstand begründet waren, daß die UNESCO mit dem Welturheberrechtsabkommen außerhalb des bisher von BIRPI verwalteten Bereichs steht und zumindest auf absehbare Zeit kaum bereit sein dürfte, das Welturheberrechtsabkommen der Verwaltung durch die neue Weltorganisation zu unterstellen, zumal da die WIPO anders als die UNESCO nicht eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen sein wird.

Insgesamt vermittelten schon die Grundsatzserklärungen in der Eröffnungssitzung der Hauptkommission V den Eindruck, daß mit grundsätzlicher Opposition gegen

¹³⁾ Prop. Ind. 1967, 192 ff.; Ind. Prop. 1967, 185 ff.; DdA 1967, 162 ff.; Copyright 1967, 154.

¹⁴⁾ Vgl. im einzelnen *Krieger*, a.a.O.

die Errichtung der neuen Weltorganisation auf der Stockholmer Konferenz kaum zu rechnen sein und nur die Ausgestaltung des Entwurfs im einzelnen Gegenstand der Diskussionen sein würde. Dieser erste Eindruck wurde durch den Verlauf der Verhandlungen vollauf bestätigt. Trotzdem darf nicht verkannt werden, daß das Ergebnis der Verhandlungen insbesondere über die WIPO-Konvention nur zu verstehen ist, wenn man sich stets den zumindest latent immer spürbar gewesenen Gegensatz vergegenwärtigt zwischen den Delegationen, die bei der Reform der Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union über den durch die Unionsverträge gezogenen Rahmen möglichst nicht hinausgehen wollten, und den eindeutig die Mehrheit bildenden Delegationen, die die Reform der Verwaltungsstruktur mit einem entschlossenen Schritt in die Zukunft internationaler Zusammenarbeit und moderner zwischenstaatlicher Organisationsformen zu verwirklichen bereit waren. Diese völlig verschiedenen Ausgangspositionen für die Reform der Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union waren für die gesamten Verhandlungen der Hauptkommissionen IV und V kennzeichnend, und die dadurch bedingten Meinungsverschiedenheiten flackerten gerade auch bei den Erörterungen über den Entwurf der WIPO-Konvention immer wieder auf.

2. Das zeigte sich z. B. bei der Diskussion über die an sich untergeordnete, für die Stellung der neuen Organisation im Kreise aller übrigen internationalen Organisationen aber doch zumindest in psychologischer Hinsicht nicht unwesentliche Frage, ob die neue Organisation, wie der ursprüngliche Entwurf des Jahres 1964 dies vorgesehen hatte, als „Weltorganisation“ oder „nur“, wie dies schon bei den Vorverhandlungen vor allem von der französischen und italienischen Delegation gefordert worden war, als „Internationale Organisation“ bezeichnet werden sollte.

Zu dem der Stockholmer Konferenz vorliegenden Entwurf hatte sich BIRPI angesichts des in den Vorverhandlungen erkennbar gewordenen Widerstandes resignierend mit der im internationalen Ansehen doch wohl geringerwertigen Bezeichnung „Internationale Organisation“ abgefunden, und die französische Delegation setzte sich in Stockholm, unterstützt allerdings nur von Italien und Griechenland, nochmals nachdrücklich für diese Lösung ein. Von der deutschen Delegation und anderen Delegationen, von allem der USA, Großbritanniens, der Schweiz und auch der Ostblockstaaten, wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Bezeichnung „Internationale Organisation“ den weltweiten Charakter der zu gründenden neuen Organisation und ihren Anspruch, die einzige Organisation für den Schutz des geistigen Eigentums in der Welt zu sein, nicht hinreichend zum Ausdruck bringe und sogar im Sinne einer regional beschränkten Organisation mißverstanden werden könne, zumal da schon die bisherigen Unionen die Mehrheit der Staaten der Welt über alle fünf Kontinente hinweg umfaßten. Die französische Delegation ließ daraufhin ihren Widerstand fallen und bewies damit ein weiteres Mal den Geist der internationalen Zusammenarbeit, der die ganze Stockholmer Konferenz auszeichnete. Das Intermezzo über die Bezeichnungsfrage ist aber kennzeichnend für die grundsätzlichen Auffassungsunterschiede über die Grundkonzeption der Reform der Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union, und diese Verschiedenheit der Aus-

gangspositionen blieb für die gesamten Verhandlungen gerade auch der Hauptkommission V maßgebend und muß bei der Beurteilung des Gesamtergebnisses dieser Verhandlungen und ihres Kompromißcharakters immer in Rechnung gestellt werden.

3. Ihren Sitz wird die neue Weltorganisation in Genf haben (Art. 10). Eine Verlegung des Sitzes ist nach der ausdrücklichen Vorschrift des Art. 10 Abs. 2 nur auf Grund eines mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschlusses der WIPO-Generalversammlung möglich, dem außerdem auch die Versammlung der Pariser Union und die Versammlung der Berner Union je mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt haben müssen (Art. 6 Abs. 3 g). Auch diese Regelung ist wieder ein Teilstück aus dem die gesamte WIPO-Konvention beherrschenden Primat der Unionen.

II. Zweck und Aufgaben der neuen Weltorganisation (Präambel, Art. 2, 3 und 4)

Zweck und Aufgaben der neuen Weltorganisation sind in der Präambel und in den Art. 3 und 4 der WIPO-Konvention umrissen. Dabei werden im wesentlichen drei Vertragszwecke unterschieden.

1. Internationale Zusammenarbeit

Auf Vorschlag der rumänischen Delegation wurde an den Anfang der Präambel das allgemeine Bestreben gestellt, „zu einem besseren Verständnis und einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu ihrem gegenseitigen Vorteil und auf der Grundlage der Achtung ihrer Souveränität und Gleichheit beizutragen“. So wichtig dieser Grundsatz ist und so bedeutsam er gerade auch für die Funktionsfähigkeit der neuen Weltorganisation sein wird, so kommt ihm doch mehr die Bedeutung eines allgemeinen Bekenntnisses zu internationaler Zusammenarbeit auf der Grundlage des Prinzips der Nichteinmischung zu, ohne schon über die konkreten Vertragszwecke der neuen Weltorganisation etwas auszusagen.

2. Weltweite Förderung des geistigen Eigentums

Wesentlich konkreter ist der in der Präambel der Konvention an zweiter Stelle aufgeführte Zweck, „den Schutz des geistigen Eigentums weltweit zu fördern, um dadurch schöpferische Tätigkeit anzuregen“. Diese Formulierung geht auf einen Vorschlag der italienischen Delegation zurück und kennzeichnet den einen der beiden Hauptzwecke der neuen Organisation. Der Begriff des „geistigen Eigentums“ ist dabei, wie die Legaldefinition in Art. 2 (VIII) zeigt, im weitesten Sinne zu verstehen und umfaßt nicht nur die überkommenen Vertragsgegenstände der Pariser und Berner Union, sondern darüber hinaus alle Rechte, die sich auf den Gebieten der Industrie, Wissenschaft, Literatur oder Kunst aus der geistigen Tätigkeit ergeben. Hervorzuheben ist die ausdrückliche Erwähnung des Schutzes gegen unlauteren Wettbewerb als Gegenstand des Schutzes des geistigen Eigentums. Dies war von der deutschen Delegation schon während der ersten Vorverhandlungen 1964 vorgeschlagen worden. Die ausdrückliche Erwähnung der wissenschaftlichen Entdeckungen in der Legaldefinition des Art. 2 (VIII) ist auf einen nachdrücklichen Wunsch der sozialistischen Staaten zurückzuführen. Sie zeigt deutlich die Ausweitung des überkommenen Begriffs des „geistigen

Eigentums". Dabei umfaßt der Begriff der wissenschaftlichen Entdeckungen, wie auch der Berichterstatte *Voyame* unter Nr. 14 seines Berichts¹⁵⁾ hervorhebt, auch Entdeckungen auf dem Gebiet der Medizin.

Der Vertragszweck der weltweiten Förderung des geistigen Eigentums wird in Art. 3 (i) der Konvention nochmals aufgenommen und dort auch auf die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen konkretisiert. Diese Vorschrift wird insbesondere die Rechtsgrundlage für die von BIRPI bereits vor Jahren eingeleitete Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen darstellen.

Die sich aus dem Vertragszweck der weltweiten Förderung des geistigen Eigentums im einzelnen ergebenden Aufgaben der Organisation sind in Art. 4 aufgezählt. Hervorzuheben ist hier die ausdrückliche Erwähnung der Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums — Art. 4 (i) —, des Abschlusses neuer internationaler Vereinbarungen auf diesem Gebiet — Art. 4 (iv) — und vor allem die Gewährung juristisch-technischer Hilfe an Entwicklungsländer — Art. 4 (v). Über die Bedeutung dieses Begriffs der juristisch-technischen Hilfe („legal-technical assistance“) ergab sich in der Hauptkommission V eine längere Diskussion, nachdem von verschiedenen Delegationen darauf hingewiesen worden war, daß sich die Hilfeleistung der neuen Organisation für die Entwicklungsländer nur auf die Unterstützung der Gesetzgebung oder Verwaltung dieser Länder durch Veranstaltung von Seminaren oder Kursen, Ausbildung von Beamten, Entsendung von Experten, Ausarbeitung von Mustergesetzentwürfen und ähnliche Vorhaben und nicht etwa auf direkte finanzielle Hilfeleistungen beziehen könne. Nach längerer Debatte einigte man sich auf den Begriff der „legal-technical-assistance“, obwohl es sich im Grunde immer nur um eine „Rechtshilfe“ im weitesten Sinne handeln kann.

3. Modernisierung der Verwaltung der Unionen

Als zweiter Hauptvertragszweck der WIPO-Konvention ist in der Präambel, wenn auch erst an dritter Stelle, das Bestreben herausgestellt, die Verwaltung der Unionen zum Schutz des geistigen Eigentums zu modernisieren und wirksamer zu gestalten. Hier ist also unmittelbar die Reform der Verwaltungsstruktur der alten Unionen angesprochen, die den Ausgangspunkt aller Überlegungen für eine neue Organisation bildete, ohne daß man ursprünglich bereits an die Errichtung einer eigenen Weltorganisation für geistiges Eigentum neben den alten Unionen gedacht hatte. Bemerkenswert und für die Anwendung und Auslegung der gesamten WIPO-Konvention von ausschlaggebender Bedeutung ist, daß bereits an dieser Stelle der Präambel der Grundsatz der Gewährleistung der vollen Unabhängigkeit jeder der von der neuen Organisation verwalteten Unionen ausdrücklich hervorgehoben wird, ein Grundsatz, der sich dann, wie bereits erwähnt, wie ein roter Faden durch die gesamte Konvention hindurchzieht und insbesondere ihren organisatorischen Aufbau kennzeichnet.

Auch dieser zweite Hauptzweck der neuen Organisation, die verwaltungsmäßige Zusammenarbeit der von der Organisation verwalteten Unionen untereinander zu

gewährleisten, wird in Art. 3 (ii) nochmals aufgenommen und in Art. 4 in verschiedener Hinsicht im einzelnen konkretisiert. Hervorzuheben ist hier vor allem die in Art. 4 (ii) vorgesehene Aufgabe der Durchführung der Verwaltungsaufgaben der Pariser Union mit ihren Nebenunionen sowie der Berner Union, die Übernahme der Verwaltung weiterer Übereinkünfte zum Schutz des geistigen Eigentums — Art. 4 (ii) —, z. B. der Internationalen Übereinkunft zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961¹⁶⁾, und die Sammlung und Vertretung aller für den Schutz des geistigen Eigentums bedeutsamen Informationen — Art. 4 (vi). Auf der Grundlage dieser Bestimmung könnte die neue Organisation z. B. ein eigenes Dokumentationszentrum über den Stand der Technik und eine Recherchenzentrale für Warenzeichen aufbauen. Auch der in Aussicht genommene Weltpatentindex¹⁷⁾ würde hierin seine gesetzliche Grundlage finden. Die wichtigste Bestimmung in diesem Katalog aber ist Art. 4 (vii), der die neue Organisation ermächtigt, Dienststellen für die Registrierung von gewerblichen Schutzrechten zu unterhalten. Damit sind natürlich in erster Linie der internationale Markendienst auf der Grundlage des Madrider Markenabkommens und der internationale Geschmacksmusterdienst auf der Grundlage des Haager Musterabkommens, ebenso aber auch andere entsprechende Einrichtungen gemeint, die vielleicht auf Grund künftiger Vereinbarungen geschaffen werden.

III. Die Beitrittsklauseln

(Art. 5, 14 und 16)

Den Höhepunkt der vor allem politisch bedingten Auseinandersetzungen während der Verhandlungen der Hauptkommission V bildeten die Erörterungen über die Beitrittsklausel der WIPO-Konvention. Hierüber hatte schon auf Vorkonferenzen trotz langwieriger Debatten eine Einigung nicht erzielt werden können, weil sich, obwohl dies fast nie ausgesprochen wurde, in diesem Punkt weit über den konkreten Anlaß hinaus der allgemeine politische Ost-West-Gegensatz offenbarte. Politischer Kern dieser Auseinandersetzungen war natürlich, obwohl auch dies kaum je auch nur angedeutet wurde, die Frage, ob der andere Teil Deutschlands, der sich entgegen der Auffassung der eindeutigen Mehrheit aller Mitgliedstaaten selbst als Mitglied sowohl der Pariser Verbandsübereinkunft als auch der Berner Übereinkunft betrachtete, zum selbständigen Beitritt zur WIPO-Konvention zugelassen werden sollte.

1. Die Alternativ-Vorschläge der Vorkonferenzen 1964/65

Auf den Vorkonferenzen der Jahre 1964 und 1965 sind drei verschiedene Vorschläge gemacht worden, die sich gegenseitig ausschlossen.

a) Zunächst der sog. „Alternativvorschlag A“, der vor allem von BIRPI und der französischen Delegation befürwortet wurde. Nach diesem Vorschlag sollten Mitglied der WIPO-Konvention werden können alle Mitgliedstaaten der Pariser und Berner Union, alle Mitgliedstaaten anderer von der WIPO verwalteter Verträge, alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen und schließlich Staaten, die von der Generalversammlung der WIPO mit qualifizierter Mehrheit zum Beitritt eingeladen würden. Die französische Dele-

¹⁶⁾ GRUR Int. 1962, 348, 384.

¹⁷⁾ Vgl. AWD 1966, 228.

gation begründete diesen Vorschlag vor allem mit dem Hinweis darauf, daß auch in der Beitrittsklausel die Unionsstaaten als Gründerstaaten der WIPO erwähnt werden müßten, um auch dadurch deutlich zu machen, daß die neue Weltorganisation aus den alten Unionen heraus gebildet werde.

b) Demgegenüber wurde vor allem von der deutschen und britischen Delegation auf den Vorkonferenzen der sog. „Alternativvorschlag B“ befürwortet, der nur die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen sowie solche Staaten zum Beitritt zulassen sollte, die von der Generalversammlung der WIPO mit qualifizierter Mehrheit zum Beitritt eingeladen würden. Die deutsche Delegation begründete diesen Vorschlag, der im sachlichen Ergebnis auch mit einem von der italienischen Delegation eingebrachten Vorschlag zur Ergänzung der die „Konferenz“ betreffenden Vorschrift unter gleichzeitiger Streichung jeder ausdrücklichen Beitrittsklausel übereinstimmte, vor allem mit dem Hinweis darauf, daß nur auf diese Weise Meinungsverschiedenheiten über die Staatsqualität eines den Beitritt erklärenden Territoriums und über seine Anerkennung als Völkerrechtssubjekt vermieden und damit politische Auseinandersetzungen von der Generalversammlung der WIPO, die solche Streitfragen ohnehin nicht lösen könne, ferngehalten würden. Dem Einwand, daß dieser Vorschlag in Widerspruch zum Universalitätsprinzip stehe, von dem auch die WIPO-Konvention ausgehen müsse, und daß man zumindest nicht Mitglieder der Pariser und Berner Union vom Beitritt zur WIPO-Konvention ausschließen könne, begegnete die deutsche Delegation mit der Feststellung, daß sämtliche Unionsmitglieder, selbst Liechtenstein und San Marino, zumindest einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen angehören (die beiden genannten Staaten dem Weltpostverein), und Nichtunionsstaaten, deren Staatsqualität unbestritten sei, ohne weiteres von der Generalversammlung zum Beitritt zugelassen werden würden. Politische Streitigkeiten über die Staatsqualität eines den Beitritt erklärenden Territoriums aber müßten von der WIPO ferngehalten werden, da sie schon wegen ihrer ganz speziellen, auf den Schutz des geistigen Eigentums gerichteten Zielsetzung mit der Entscheidung einer solchen Frage einfach überfordert sei.

c) Die osteuropäischen Staaten schließlich forderten schon auf den Vorkonferenzen mit dem „Alternativvorschlag C“ eine ganz allgemeine und uneingeschränkte Allstaatenklausel, nach der jeder Staat auf seinen Antrag ohne weitere Vorbedingungen zum Beitritt zugelassen werden sollte, sofern er die Vorschriften der WIPO-Konvention anzunehmen bereit sei. Ihr Hauptargument war der Hinweis auf das Universalitätsprinzip, das auch für die WIPO gelten müsse. Gerade weil die neue Organisation mit der Entscheidung politischer Streitfragen überfordert sei, müsse jeder Staat ohne alle Vorbedingungen der neuen Organisation beitreten können.

Auf der Vorkonferenz des Jahres 1966 konnte eine Einigung über diese drei Alternativvorschläge nicht erzielt werden. Auf Vorschlag des schon damals den Vorsitz führenden Leiters der amerikanischen Delegation, *Braderman*, beschloß das Expertenkomitee, der Stockholmer Konferenz alle drei Alternativvorschläge zur Entscheidung vorzulegen, da es sich insoweit um eine politische Frage handele, die allein in die Zuständigkeit einer Diplomatischen Konferenz falle.

2. Der BIRPI-Vorschlag 1967

In dem der Konferenz unterbreiteten Entwurf der WIPO-Konvention war den drei Alternativvorschlägen überraschend als Vorschlag der Leitung von BIRPI eine vierte Alternative vorangestellt worden, mit der entsprechend einer auf der Expertenkonferenz von 1966 von der französischen Delegation gegebenen Anregung die Unterscheidung von Vollmitgliedern und assoziierten Mitgliedern der neuen Organisation vorgeschlagen wurde: die Vollmitgliedschaft sollten alle Unionsstaaten erwerben können; als assoziierte Staaten aber sollten nur solche Nichtunionsstaaten zugelassen werden, die entweder den Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen angehören oder von der Generalversammlung der WIPO mit qualifizierter Mehrheit zum Beitritt eingeladen würden. Mit diesem neuen Vorschlag sollte vor allem zweierlei erreicht werden:

a) Mit der Unterscheidung von Vollmitgliedern und assoziierten Mitgliedern wollte man den Wünschen und Bedenken der der neuen Gesamtkonzeption wenn nicht ablehnend, so doch zumindest zurückhaltend gegenüberstehenden Minderheit der Unionsstaaten entgegenkommen, als deren Sprecher immer wieder vor allem die französische und italienische Delegation auftraten. Die Unterscheidung sollte nochmals den Grundsatz der Unabhängigkeit und Souveränität der alten Unionen unterstreichen und erneut deutlich machen, daß die WIPO nur als Gründung der Unionsstaaten und nicht etwa als eine unabhängig von ihnen und selbständig ins Leben getretene Institution angesehen werden darf.

b) Darüber hinaus aber hoffte die Leitung von BIRPI mit ihrem neuen Vorschlag eine Kompromißlösung zur Überbrückung der politischen Auseinandersetzungen über die Beitrittsklausel anbieten zu können, die praktisch auf die Beibehaltung des Status quo hinauslief. In der Sache war der BIRPI-Vorschlag insoweit mit dem Alternativvorschlag A identisch. Die Leitung von BIRPI war aber der Überzeugung, daß dies die einzige Lösung war, die schließlich von allen Mitgliedstaaten ohne Verlust politischen Prestiges akzeptiert werden konnte.

3. Die Diskussionen innerhalb der Hauptkommission V

So war es nicht überraschend, daß der BIRPI-Vorschlag von Anfang an im Mittelpunkt der Diskussionen innerhalb der Hauptkommission V stand. Auf seiner Grundlage ist dann schließlich auch nach langen und heftigen Auseinandersetzungen eine Lösung gefunden worden, die die Billigung der gesamten Konferenz gefunden hat. Diesem abschließenden Ergebnis gingen aber noch mehrere Zwischenstadien voraus:

a) Zunächst einigte man sich verhältnismäßig schnell darüber, die von BIRPI vorgeschlagene Unterscheidung zwischen Vollmitgliedern und assoziierten Mitgliedern fallenzulassen. Auf einen gemeinsamen Antrag der tschechoslowakischen, ungarischen, niederländischen, polnischen und sowjetischen Delegation wurde im Interesse der Vermeidung jeder Art von Diskriminierung, die die ganze neue Weltorganisation gerade in den Augen der Entwicklungsländer hätte diskreditieren können, beschlossen, die Unterscheidung zwischen Vollmitgliedern und assoziierten Mitgliedern ersatzlos aufzugeben.

b) Dieser Unterscheidung kam aber in erster Linie nur terminologische Bedeutung zu, so daß mit dem Beschluß,

sie aufzugeben, noch nicht viel gewonnen war. Der vor allem politische Kern der Sache blieb die Frage, ob die Zulassung zum Beitritt zur WIPO in irgendeiner Weise beschränkt werden sollte, um von vornherein politische Streitfragen über den Rechtsstatus von Mitgliedern der neuen Organisation aus deren Gremien, insbesondere ihrer Generalversammlung, herauszuhalten. Zu dieser Frage konzentrierte sich die Debatte in der Hauptkommission V zunächst auf einen britischen Vorschlag, der bereits in der schriftlichen Stellungnahme der britischen Regierung zum Entwurf der WIPO-Konvention enthalten war und seinem äußeren Eindruck nach auf dem Alternativvorschlag A aufbaute, der Sache nach aber mit dem Alternativvorschlag B nahezu identisch war: der Beitritt zur WIPO sollte allen Unionsstaaten und allen Drittstaaten offenstehen, immer aber unter der Voraussetzung, daß diese Staaten den Vereinten Nationen oder jedenfalls einer ihrer Sonderorganisationen oder dem Statut des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag angehörten. Auch unausgesprochen war jedermann klar, daß mit dieser Formel ebenso wie mit der Alternative B praktisch alle Staaten zum Beitritt zugelassen und nur Rotchina, Nordkorea, Nordvietnam und der andere Teil Deutschlands vom Beitritt ausgeschlossen wären.

c) In der entscheidenden Sitzung der Hauptkommission V am 20. Juni 1967 wurde die Debatte mit einer Erklärung des Leiters der britischen Delegation, *Grant*, eröffnet, der nochmals den britischen Vorschlag begründete und dabei vor allem hervorhob, daß nur eine diesem Vorschlag entsprechende Lösung spätere politische Auseinandersetzungen über Beitrittsfragen in den verschiedenen Gremien der WIPO vermeiden könne. Ihm traten sofort die tschechoslowakische und rumänische Delegation entgegen. Sie forderten nochmals die Annahme der Alternative C als der allein in Betracht kommenden Lösung. In der Folge sprachen sich (in dieser nicht uninteressanten Reihenfolge) Kanada, Irland, Norwegen, Mexiko, Frankreich, Kenia, Argentinien, Deutschland, Uganda, die USA, Israel, Spanien und Uruguay mit verschiedenen Begründungen, z. T. auch mit gewissen Vorbehalten, zugunsten des britischen Vorschlags aus, während außer der tschechoslowakischen und der rumänischen Delegation (wiederum in dieser Reihenfolge) auch die Delegationen Ungarns, Polens, der Sowjetunion und Weißrußlands den britischen Vorschlag scharf ablehnten. Die schwedische Delegation sprach sich eindeutig für die Annahme des (terminologisch bereinigten) BIRPI-Vorschlags aus, weil nur dieser für alle auf der Konferenz vertretenen Staaten annehmbar sei. Die deutsche Delegation legte in einer ausführlichen Erklärung im einzelnen die Gründe dar, aus denen die deutsche Delegation den britischen Vorschlag jeder anderen Lösung vorziehen müsse. Sie wies insbesondere darauf hin, daß die sog. „Wiener Formel“ (Bezugnahme auf die Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen als Beitrittsvoraussetzung in Beitrittsklauseln internationaler Verträge), auf der auch der britische Vorschlag aufbaue, seit 1961 mit Zustimmung auch der osteuropäischen Staaten in zahlreiche multilaterale Abkommen übernommen worden sei und deshalb die geeignete Grundlage auch für die Beitrittsklausel der WIPO-Konvention bilde. Auch in den anderen Verträgen sei diese Formel nicht als diskriminierend empfunden worden. Ihr entscheidender Vorzug bestehe darin, daß sie politische Auseinandersetzungen

über die Anerkennung der Staatsqualität eines Mitglieds von vornherein ausschließe.

d) Ein Zwischenspiel ergab sich, als sich nach der Erklärung der schwedischen Delegation am Schluß der Debatte der Präsident des Ost-Berliner Patentamts, *Hämmerling*, der als Vertreter von COMECON, der Wirtschaftsorganisation der osteuropäischen Staaten, an der Stockholmer Konferenz teilnahm, zu Wort meldete und, nachdem er sich für die Annahme der Alternative C eingesetzt hatte, für eine Erörterung der Frage der Mitgliedschaft des anderen Teils Deutschlands in der Pariser und Berner Union plädierte. Der Vorsitzende der Hauptkommission V ließ diese Ausführungen als nicht zur Tagesordnung gehörend nicht zu und führte, als der Vertreter von COMECON sie gleichwohl fortzusetzen versuchte, eine Abstimmung zur Geschäftsordnung herbei, die die Auffassung des Vorsitzenden einstimmig bestätigte. Als der COMECON-Vertreter auch nach dieser Entscheidung der Kommission sofort anschließend zum dritten Mal die Frage der Mitgliedschaft des anderen Teils Deutschlands ansprach, entzog ihm der Vorsitzende das Wort und beendete die Aussprache.

e) Damit aber war eine Entscheidung noch nicht gefallen. Die eindeutige Mehrheit der Delegationen, die sich zu Wort gemeldet hatten, hatte sich zwar zugunsten des britischen Vorschlags ausgesprochen. Zahlreiche Delegationen aber hatten von einer Wortmeldung abgesehen, so daß sich das Ergebnis einer Abstimmung nicht voraussehen ließ. Der Vorsitzende wollte auch eine Kampf-Abstimmung offensichtlich vermeiden. Sie hätte zu einer Belastung der bis dahin guten Konferenzatmosphäre führen können und erschien vor allem auch deshalb problematisch, weil nach der Verfahrensordnung der Konferenz (Art. 37) die Annahme der WIPO-Konvention die Zustimmung von zwei Dritteln der an der Schlußabstimmung teilnehmenden Staaten erforderte, unter denen wiederum vier Fünftel der Mitgliedstaaten der Pariser Union und vier Fünftel der Mitgliedstaaten der Berner Union sein mußten. Angesichts des Erfordernisses einer so stark qualifizierten Mehrheit war nach dem Verlauf der Debatte die Annahme des britischen Vorschlags sehr zweifelhaft. Der Vorsitzende nahm deshalb Zuflucht zu einem in solchen Situationen bewährten Mittel und schlug die Einsetzung einer Arbeitsgruppe vor, die zunächst den Versuch machen sollte, zu einer für alle Staaten annehmbaren Lösung zu gelangen.

f) In dieser Arbeitsgruppe war die deutsche Delegation nicht vertreten. Der Vorsitzende hatte vorgeschlagen, daß die Mitglieder der Arbeitsgruppe von ihm bestimmt werden sollten, und dieser Vorschlag war bei einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen worden. Auf Grund dieser Entscheidung forderte der Vorsitzende die Delegationen Frankreichs, Großbritanniens, Kenias, Mexikos, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion auf, Vertreter für die Arbeitsgruppe zu benennen. Die Arbeitsgruppe tagte dann in mehreren Sitzungen unter Vorsitz des Vizedirektors von BIRPI, *Dr. Bogtsch*, hinter verschlossenen Türen. Während dieser Zeit wollten die Gerüchte über den Verlauf der Sitzungen und ihre Ergebnisse und die auch sonst während der ganzen Konferenz sehr intensiven Gespräche in den „Coulours“ kaum abreißen. Offensichtlich ist in der Arbeitsgruppe hart gerungen worden. Das Ergebnis war eine Kompromißlösung, die in der Sache praktisch dem BIRPI-Vorschlag und da-

mit weitgehend auch dem ursprünglichen Alternativvorschlag A entsprach. Der Beitritt sollte offenstehen allen Mitgliedstaaten der Unionen sowie ferner allen Nichtunionsstaaten, diesen aber nur unter der Voraussetzung, daß sie entweder den Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen, der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien oder dem Statut des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag angehören oder daß sie mit qualifizierter Mehrheit von der Generalversammlung der WIPO zum Beitritt eingeladen werden. Mit Ausnahme von Mexiko haben alle Mitglieder der Arbeitsgruppe dieser Lösung zugestimmt. Mexiko hat sich bis zuletzt für den britischen Vorschlag eingesetzt, auch als er von der britischen Delegation gar nicht mehr vertreten wurde.

g) Eine Abstimmung über die Kompromißlösung der Arbeitsgruppe wurde in der Hauptkommission V vom Vorsitzenden vermieden. Er forderte die Delegationen lediglich zu einer Stellungnahme auf. Daraufhin ergab sich zunächst die merkwürdige Situation, daß zahlreiche Delegationen mit zum Teil gegensätzlichen Begründungen erklärten, daß sie sich im Falle einer Abstimmung der Stimme enthalten würden. Als erste Delegation erklärte Israel, daß es eine Lösung auf der Grundlage der Wiener Formel vorziehen würde, aber zur Stimmenthaltung bereit sei. Anschließend erklärten die Delegationen Rumäniens, der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Bulgariens und Ungarns in dieser Reihenfolge im wesentlichen übereinstimmend, daß sie nach wie vor die Alternative C (Allstaatenklausel) für die allein befriedigende Lösung hielten, sich bei einer Abstimmung aber ebenfalls der Stimme enthalten würden. Irland, Spanien, Griechenland, Indonesien und Japan schlossen sich im wesentlichen der Erklärung der israelischen Delegation an. Es sah schon fast so aus, als ob überhaupt nur mit Stimmenthaltungen zu rechnen sei, als endlich als erste die amerikanische Delegation erklärte, daß sie bereit sei, den Kompromißvorschlag der Arbeitsgruppe anzunehmen, wenn sie auch den britischen Vorschlag vorgezogen hätte. Dieser Erklärung schlossen sich dann die Delegationen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Schweiz, der Niederlande, Belgiens und Kenias an. Die deutsche Delegation wies nochmals darauf hin, daß sie wegen der zu erwartenden politischen Schwierigkeiten in den verschiedenen WIPO-Gremien Bedenken gegen den Vorschlag der Arbeitsgruppe habe und den britischen Vorschlag für die weit bessere Lösung halte, im Geist internationaler Zusammenarbeit aber bereit sei, ihre Bedenken zurückzustellen und bei der Abstimmung sich der Stimme zu enthalten.

h) In der Schlußabstimmung der Konferenz ist dann die Kompromißlösung der Arbeitsgruppe ohne weitere Aussprache und ohne Gegenstimmen angenommen worden, als über die WIPO-Konvention als Ganzes abgestimmt wurde. Eine Einzelabstimmung über diesen Vorschlag hat während der gesamten Konferenz niemals stattgefunden.

4. Ergebnis: Status quo

Im Ergebnis wird durch die Beitrittsklausel der WIPO-Konvention der Status quo bestätigt. Wie bisher wird der andere Teil Deutschlands behaupten können, daß ihm als Mitglied der Pariser und Berner Union auch der Bei-

tritt zur WIPO-Konvention offenstehe¹⁸⁾. Wie bisher werden aber auch die Staaten, die den anderen Teil Deutschlands nicht als Völkerrechtssubjekt anerkennen, an ihrem Standpunkt festhalten können, daß der andere Teil Deutschlands mangels eigener Staatsqualität weder der Pariser noch der Berner Union angehören und deshalb auch der WIPO-Konvention nicht beitreten kann. Bei Annahme des britischen Vorschlags wäre diese Frage im letzteren Sinne entschieden gewesen. Nach Annahme des Kompromißvorschlags der Arbeitsgruppe wird diese Frage weiterhin streitig bleiben.

5. Sonderbestimmungen für den Beitritt von Unionsstaaten

In Art. 14 der WIPO-Konvention ist angesichts der engen organisatorischen Verzahnung der WIPO mit der Pariser und der Berner Union und im Interesse der Vermeidung praktischer Schwierigkeiten bei der Verwaltung dieser Unionen durch die neue Organisation der Beitritt der Mitgliedstaaten dieser Unionen zur WIPO-Konvention von einem Beitritt zu den neuen Organisationsnormen der Pariser und Berner Union abhängig gemacht worden: Unionsstaaten können danach nur dann Mitglied der WIPO werden, wenn sie vorher oder zumindest gleichzeitig entweder die Stockholmer Fassung der Organisationsnormen der Pariser Verbandsübereinkunft (Art. 13 bis 17) oder die Stockholmer Fassung der entsprechenden Vorschriften der Berner Übereinkunft (Art. 22 bis 26) ratifiziert haben oder ihnen beigetreten sind. Wie bereits oben in Abschnitt C unter Nr. II, 1 dargelegt worden ist, kann der Beitritt zur Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft nach Art. 20 PVÜ und Art. 28 RBÜ auf die materiellrechtlichen Vorschriften oder die Organisationsnormen dieser Übereinkünfte beschränkt werden. Der Beitritt zur WIPO setzt aber schon aus praktischen Gründen für die Unionsstaaten einen Beitritt auch zu den neuen Organisationsnormen der beiden Unionsverträge voraus, weil die Organe der WIPO gerade aus den neuen Organen der Pariser und Berner Union heraus gebildet werden sollen. Dies gilt insbesondere für den Koordinierungsausschuß der WIPO, der sich aus den Mitgliedern der erst durch die Stockholmer Fassung der Unionsverträge gebildeten Verwaltungsausschüsse der Pariser und Berner Union zusammensetzen soll¹⁹⁾. Ein Beitritt von Unionsstaaten ist deshalb nach der ausdrücklichen Vorschrift des Art. 14 Abs. 2 der WIPO-Konvention nur möglich, wenn sie die Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft oder der Berner Übereinkunft entweder in ihrer Gesamtheit oder jedenfalls in ihren Organisationsnormen ratifiziert haben oder ihr beigetreten sind.

6. Vorbehalte

Vorbehalte anläßlich der Ratifikation oder des Beitritts zur WIPO-Konvention sind in Art. 16 ausdrücklich ausgeschlossen worden. Dieser Vorschrift kommt aber nur klarstellende Bedeutung zu.

¹⁸⁾ Bemerkte sei, daß die Zone trotz wiederholter, offenbar massiver Interventionen von östlicher Seite auf diplomatischer Ebene noch während der Konferenz zur Unterzeichnung der Konvention von der schwedischen Regierung nicht zugelassen worden ist, ebenso wie sie von der schwedischen Regierung auch nicht zu der Konferenz eingeladen worden war.

¹⁹⁾ Vgl. dazu unten S. 483 (IV Nr. 3).

IV. Die Organe (Art. 6 bis 9)

In dem der Stockholmer Konferenz vorliegenden BIRPI-Entwurf waren vier Organe der neuen Weltorganisation vorgesehen: die Generalversammlung mit allen Unionsstaaten, die Konferenz mit allen WIPO-Staaten, der Koordinierungsausschuß und das Internationale Büro. Dieser Vorschlag ist im Ergebnis von der Stockholmer Konferenz gebilligt worden. Meinungsverschiedenheiten bestanden nur über die Frage, ob nicht die sog. Drittstaaten, die zwar der WIPO, nicht aber einer der von ihr verwalteten Unionen angehören, ebenfalls zur Generalversammlung zugelassen werden sollten. Dann wäre die Konferenz als Organ der WIPO überflüssig geworden. Ein gemeinsam von den Delegationen der Tschechoslowakei, Ungarns, der Niederlande, Polens und der Sowjetunion eingebrachter Antrag sah denn auch eine entsprechende Straffung der Organisation vor mit der Maßgabe, daß die Nichtunionsstaaten in der Generalversammlung ausschließlich beratende Funktionen haben sollten, soweit Fragen behandelt würden, die allein die Unionsstaaten angingen. Dieser Antrag fand jedoch nicht die erforderliche Mehrheit. Entsprechend dem Kompromißcharakter der Gesamtlösung sollten die beiden Hauptaufgaben der neuen Weltorganisation auch in ihren Organen streng getrennt zum Ausdruck kommen: die Generalversammlung soll das für die Zusammenarbeit zwischen den Unionen und die Aufsicht über das Internationale Büro zuständige Organ sein, die Konferenz das allen Staaten offenstehende Forum zur Förderung des geistigen Eigentums in der Welt. So blieb es bei der bereits im Entwurf vorgesehenen Aufteilung.

1. Die Generalversammlung (Art. 6)

a) Die Generalversammlung ist das oberste Organ der neuen Weltorganisation. Sie besteht aus allen Mitgliedstaaten der WIPO, die zumindest einer der von ihr verwalteten Unionen angehören. Die der WIPO angehörenden Nichtunionsstaaten sind nur als Beobachter zur Generalversammlung zugelassen (Abs. 5).

b) Vornehmste Aufgabe der Generalversammlung ist es neben dem Budgetrecht, auf Vorschlag des Koordinierungsausschusses den Generaldirektor der Organisation zu ernennen und ihm und dem Koordinierungsausschuß alle notwendigen Instruktionen zu geben. Gerade in dieser Weisungsbefugnis, die auf Vorschlag der deutschen Delegation auch expressis verbis in die WIPO-Konvention eingefügt wurde (Art. 6 Abs. 2 (ii) und (iii)), kommt die Souveränität der Generalversammlung als des obersten Organs der neuen Organisation klar zum Ausdruck. Dieser Befugnis könnte einmal entscheidende Bedeutung zukommen.

c) Politisch bedeutsam ist außer der Befugnis, Drittstaaten und internationale Organisationen zu den Sitzungen der Generalversammlung als Beobachter zuzulassen (Art. 6 Abs. 2 (ix)), auch die Bestimmung des Abs. 2 (vii), nach der die Generalversammlung unter Berücksichtigung der Praxis der Vereinten Nationen über die Arbeitssprachen des Internationalen Büros als des Sekretariats der neuen Organisation zu entscheiden hat. Der ursprüngliche Entwurf, der Englisch und Französisch zwingend als Arbeitssprachen vorsah und der Generalversammlung nur die Befugnis zusprach, weitere Arbeitssprachen einzuführen, wurde auf eine Interven-

tion der spanischen Delegation hin geändert. Dies bedeutet nun aber nicht, wie auch in dem abschließenden Bericht²⁰⁾ des Berichterstatters *Voyame* hervorgehoben wird, daß Englisch oder Französisch nicht länger Arbeitssprachen des Internationalen Büros sein sollten oder daß künftig mit der Einführung aller fünf Arbeitssprachen der Vereinten Nationen in der WIPO (Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Chinesisch) zu rechnen wäre²¹⁾. Außer Englisch und Französisch werden weitere Arbeitssprachen allenfalls in ferner Zukunft eingeführt werden, wenn sich eine Notwendigkeit hierfür herausstellen sollte und die Kostenfrage geklärt wäre. Die entsprechende Vorschrift der Konvention hat also mehr theoretische Bedeutung. Daß sie gleichwohl zu einer lebhaften Debatte führte, beweist nur ein weiteres Mal, wie politisch virulent Diskussionen über Sprachenfragen immer sind.

d) Jeder Staat hat in der Generalversammlung eine Stimme ohne Rücksicht darauf, wievielen Unionen der Staat angehört (Art. 6 Abs. 3 a). Der Versuch Madagaskars, eine Stimmrechtsübertragung zuzulassen, führte nur für die Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft zu einem Teilerfolg unter sehr engen Voraussetzungen²²⁾. Die Hauptkommission V war der Auffassung, daß für die WIPO ein Bedürfnis zu einer so exceptionellen Regelung schon deshalb nicht anzuerkennen sei, weil die in der Pariser Verbandsübereinkunft vorausgesetzte Bedingung eines gemeinsamen Amtes der OAMPI-Staaten nur für den Bereich des gewerblichen Eigentums, nicht aber auch für den Bereich des Urheberrechts erfüllt wäre. Der Vertreter Madagaskars zog daraufhin seinen Vorschlag zurück. Auf Vorschlag der deutschen Delegation wurde dann umgekehrt, um vor allem politisch motivierten Manipulationen mit Stimmrechtsübertragungen von vornherein vorzubeugen, ausdrücklich bestimmt, daß jeder Delegierte nur einen Staat vertreten kann (Art. 6 Abs. 3 (i)).

e) Die Generalversammlung wird alle drei Jahre zu ordentlichen Sitzungen **zusammentreten** (Art. 6 Abs. 4 a). Außerordentliche Sitzungen sind nur vorgesehen, wenn ein Viertel ihrer Mitglieder oder der Koordinierungsausschuß dies beantragen (Art. 6 Abs. 4 b). Der Generaldirektor kann die Generalversammlung also nicht auf Grund eigener Initiative zu außerordentlichen Sitzungen einberufen.

f) Für die Beschlußfähigkeit der Generalversammlung hatte der Entwurf zunächst ein Quorum von einem Drittel der Mitgliedstaaten vorgesehen. Auf Vorschlag der tschechoslowakischen Delegation wurde dieses Quorum auf die Hälfte der Mitglieder erhöht (Art. 6 Abs. 3 b). Die deutsche Delegation hatte sich zusammen mit anderen Delegationen aus rein praktischen Gründen für die Beibehaltung des niedrigeren Quorums ausgesprochen, drang damit aber gegen den entschlossenen Widerstand aller osteuropäischen Staaten nicht durch. Um aber die Arbeitsfähigkeit der Generalversammlung sicherzustellen und länger andauernde Perioden der Beschlußunfähigkeit, die bei der großen Zahl der auf solchen Sitzungen häufig nicht vertretenen Entwicklungsländer gar nicht so unwahrscheinlich erscheinen, nach Möglichkeit zu vermeiden, wurde wenigstens ebenso, wie dies die

²⁰⁾ A. a. O.

²¹⁾ Die Einführung von Deutsch als Arbeitssprache stand von vornherein außerhalb aller Erwägungen, obwohl immerhin für drei alte Mitgliedstaaten der Unionen Deutsch Staatssprache ist.

²²⁾ Vgl. hierzu im einzelnen oben S. 466 (C I, 1 g).

Abs. 6 a mit einfacher Mehrheit gefaßt werden, jedoch mit der Maßgabe, daß jedes Mitglied des Ausschusses eine erneute Abstimmung verlangen kann, bei der den Verwaltungsausschüssen der Pariser und Berner Union eine Art Sperrminorität eingeräumt ist (Art. 8 Abs. 6 b). Auch dieses komplizierte Abstimmungsverfahren ist wiederum nur aus dem Bemühen der Stockholmer Konferenz heraus verständlich, die Unabhängigkeit und Souveränität der Pariser und Berner Union trotz Errichtung der WIPO soweit wie irgend möglich zu wahren.

4. Das Internationale Büro (Art. 9)

Als Sekretariat der neuen Weltorganisation und damit als letztes ihrer vier Organe sieht die WIPO-Konvention in Art. 9 das sog. Internationale Büro unter Leitung eines Generaldirektors vor. Es wird praktisch alle Aufgaben übernehmen, die heute BIRPI obliegen, mit dem Unterschied jedoch, daß dem Generaldirektor eine weit wichtigere Rolle zufällt als heute dem Direktor von BIRPI. Er wird nach Art. 6 Abs. 2 (i) auf Vorschlag des Koordinierungsausschusses (Art. 8 Abs. 3 (V)) mit Zweidrittelmehrheit sowohl der Generalversammlung als auch der Versammlungen der Pariser und Berner Union ernannt und nach Art. 9 Abs. 4 das oberste ausführende Organ der WIPO sein und diese nach außen hin vertreten. Gerade angesichts dieser herausragenden Stellung des Generaldirektors sind in Art. 9 Abs. 8 mehrere Bestimmungen aufgenommen worden, die die ausschließlich internationale Verantwortlichkeit des Generaldirektors gewährleisten sollen. Der von verschiedenen Seiten als kleinlich und gezielt gegen die USA gerichtet empfundene Versuch der französischen Delegation, eine ausdrückliche Bestimmung des Inhalts durchzusetzen, daß zum Generaldirektor nur ein Staatsangehöriger eines sowohl der Pariser Verbandsübereinkunft als auch der Berner Übereinkunft angehörenden Staates ernannt werden dürfe, wurde mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen. Der Generaldirektor kann also sogar Angehöriger eines Staates sein, der weder Mitglied der Pariser noch Mitglied der Berner Union ist. Um so größere Bedeutung kommt den seine Unabhängigkeit von Einflüssen einzelner Regierungen sichernden Bestimmungen des Art. 9 Abs. 8 zu. Verantwortlich ist der Generaldirektor ausschließlich der Generalversammlung (Art. 6 Abs. 2 (ii), Art. 9 Abs. 4 c).

Die vorgesehenen zwei oder mehr stellvertretenden Generaldirektoren werden vom Generaldirektor selbst ernannt. Er bedarf hierzu nur der Zustimmung des Koordinierungsausschusses (mit einfacher Mehrheit). Die weitere Vorschrift in Art. 9 Abs. 7, daß der Generaldirektor bei der Einstellung des Personals des Internationalen Büros die Bedeutung der Personalauswahl auf möglichst weiter geographischer Grundlage („the importance of recruiting the staff on as wide a geographical basis as possible“) zu berücksichtigen hat, entspricht einer nachdrücklich vorgetragenen Forderung der osteuropäischen Staaten.

V. Finanzfragen (Art. 11)

Die Frage der Finanzierung der neuen Organisation war schon auf den Vorkonferenzen eines der schwierigsten und meistdiskutierten Probleme. Denn gerade in dieser Frage kam es wieder entscheidend darauf an, den Grundsatz der Unabhängigkeit und Souveränität der Pariser und der Berner Union im Verhältnis zu der neuen

Weltorganisation zu wahren. Deshalb war es von Anfang an selbstverständlich, daß jede Union für sich jeweils über ein eigenes Budget verfügen sollte. Umstritten war jedoch bis zuletzt, wie die Organisation als solche finanziert werden sollte.

Der Entwurf der WIPO-Konvention sah bereits ein eigenes, aber einheitliches Budget für die Organisation vor. Bereits vor Beginn der Konferenz zeigte sich, daß insbesondere die französische und italienische Seite dieser Lösung nicht zuzustimmen bereit war, weil sie nach ihrer Auffassung dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Unionen im Verhältnis zur WIPO nicht hinreichend Rechnung trug. Die Leitung von BIRPI hat sich daraufhin unermüdlich bemüht, eine neue Lösung zu finden, und hat schließlich einen Vorschlag gemacht, der auch die Zustimmung der französischen und italienischen Delegation fand. Dieser Vorschlag ist als gemeinsamer Antrag der deutschen, französischen, britischen, italienischen, amerikanischen, ungarischen und sowjetischen Delegation eingebracht und von der Hauptkommission V einstimmig angenommen worden. Danach gilt nunmehr für die Finanzierung der neuen Weltorganisation folgendes:

1. Die Organisation wird nach Art. 11 Abs. 1 über zwei getrennte Budgets verfügen: ein Budget für die Unionen gemeinsam betreffenden Kosten und ein Budget für die Konferenz.

2. Über das Budget für die gemeinsamen Kosten der Unionen entscheidet allein die Generalversammlung (Art. 6 Abs. 2 (iv)). Die Nichtunionsstaaten sind insoweit von einer Mitwirkung ausgeschlossen. Dies ist der entscheidende Unterschied gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der WIPO-Konvention. Dieser Unterschied erst hat den Weg für die Zustimmung insbesondere der französischen und italienischen Delegation freigemacht.

Der die Unionen gemeinsam betreffende Haushalt wird die Haushaltsansätze für alle Ausgaben enthalten, die mehr als nur eine Union betreffen (Art. 11 Abs. 2 a). Er wird insbesondere durch Beiträge der Unionen als solcher (nicht der Unionsstaaten), die jeweils von den Versammlungen der Unionen in eigener souveräner Zuständigkeit festgelegt werden, sowie durch die Einnahmen aus den verschiedenen Dienstleistungen und den Veröffentlichungen des Internationalen Büros, die nicht unmittelbar eine der Unionen betreffen, finanziert (Art. 11 Abs. 2 e).

3. Der Haushalt der Konferenz wird demgegenüber nach Art. 11 Abs. 3 a nur die Ausgabenansätze für die Sitzungen der Konferenz und für die Kosten der juristisch-technischen Entwicklungshilfe enthalten. Er wird abgesehen von weniger bedeutsamen Einnahmen sowohl durch Beiträge der Nichtunionsstaaten als auch durch Beiträge der Unionen (nicht der Unionsstaaten) finanziert, die wiederum von den Versammlungen der Unionen in eigener Zuständigkeit souverän festgesetzt werden (Art. 11 Abs. 3 b). Die Unabhängigkeit der Unionen ist sogar soweit getrieben, daß es ihnen nach der ausdrücklichen Vorschrift des Art. 11 Abs. 3 b (ii) völlig freisteht, ob sie Beiträge zum Haushalt der Konferenz leisten wollen oder nicht. Über diesen Haushalt entscheidet in logischer Übereinstimmung mit dieser Konstruktion nach Art. 7 Abs. 2 (ii) allein die Konferenz, in der sowohl die Nichtunionsstaaten als auch die Unionsstaaten stimmberechtigt sind. Die Beiträge der Nichtunionsstaaten bestimmen

sich nach einem besonderen Klassensystem, dessen Einzelheiten in Art. 11 Abs. 4 geregelt sind.

4. Diese Finanzierungsregelung macht mehr als alle anderen Vorschriften der WIPO-Konvention deutlich, wie schwer es gewesen ist, eine Lösung zu finden, die den grundsätzlichen Auffassungen aller beteiligten Staaten hinreichend Rechnung trug. Man könnte kritisch bemerken, daß hier das Prinzip der Unabhängigkeit und Souveränität der Unionen auf die Spitze getrieben, wenn nicht gar ad absurdum geführt sei. Andererseits macht diese Regelung den ausgesprochenen Kompromißcharakter der Gesamtkonzeption besonders deutlich. Mehr war einfach unter den gegebenen Umständen und namentlich angesichts des Widerstands insbesondere der französischen und italienischen Delegation nicht erreichbar. Sowohl die Vorkonferenzen wie auch die Stockholmer Konferenz selbst haben eindeutig gezeigt, daß die Zeit für eine in sich geschlossene, straffe und konsequent allein auf die Zweckbestimmung einer solchen Organisation ausgerichtete Lösung etwa nach Art. 12 Abs. 1 in allen Vertragsstaaten die Rechtsstellung einzuräumen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Diese Vorschrift, die zunächst nur eine völkerrechtliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten bedeutet, dürfte vor allem für den Mitgliedstaat praktische Bedeutung haben, in dem die Organisation ihren Sitz hat. Mit diesem Staat wird sie außerdem ein besonderes „headquarters agreement“ abschließen (Art. 12 Abs. 2).

5. Von den übrigen Finanzbestimmungen der WIPO-Konvention, die weitgehend noch der Ergänzung durch die von der Generalversammlung nach Art. 6 Abs. 2 (vi) zu beschließenden „Financial Regulations“ bedürfen (z. B. hinsichtlich der Frage, ob die Generalversammlung oder die Konferenz für die den Kapitalfonds der Organisation – Art. 11 Abs. 8 – betreffenden Fragen zuständig sein soll, oder welcher Institution die Rechnungsprüfung obliegen wird), ist nur noch die wichtige Regelung des Art. 11 Abs. 5 hervorzuheben. Danach können Staaten, die mit ihren Beiträgen zur Organisation (Nichtunionsstaaten) oder zu einer der Unionen (Unionsstaaten) mehr als zwei Jahre im Rückstand sind, ihr Stimmrecht in den verschiedenen Organen der Organisation verlieren. Diese Regelung ist angelehnt an eine entsprechende Vorschrift in der Charta der Vereinten Nationen, die schon wiederholt Anlaß zu die Spalten der Weltpresse füllenden politischen Auseinandersetzungen gewesen ist. Der Vorschlag, eine ähnliche Bestimmung auch in die WIPO-Konvention aufzunehmen, stieß erwartungsgemäß auf den Widerstand der osteuropäischen Staaten, die auch bei den Vereinten Nationen immer wieder gegen die Anwendung dieser einschneidenden Sanktion aufgetreten sind. Sie erklärten sich aber schließlich mit dieser Regelung einverstanden, nachdem sie um die Bestimmung ergänzt worden war, daß die jeweiligen Organe der Organisation das Stimmrecht auch den in Zahlungsverzug geratenen Staaten weiterhin zubilligen können, wenn und solange der Zahlungsverzug als auf außergewöhnlichen und unvermeidlichen Umständen beruhend anerkannt wird. Mit

diesem Zusatz ist die abschreckende Wirkung der Sanktion entscheidend gemildert. Sie wird unter diesen Umständen in der Praxis vielleicht kaum je angewandt werden.

VI. Rechtsstellung der Weltorganisation. Beziehungen zu anderen Organisationen (Art. 12 und 13)

1. Rechtsstellung

Der Organisation ist nach Art. 12 Abs. 1 in allen Vertragsstaaten die Rechtsstellung einzuräumen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Diese Vorschrift, die zunächst nur eine völkerrechtliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten bedeutet, dürfte vor allem für den Mitgliedstaat praktische Bedeutung haben, in dem die Organisation ihren Sitz hat. Mit diesem Staat wird sie außerdem ein besonderes „headquarters agreement“ abschließen (Art. 12 Abs. 2).

Nach dem Vorbild anderer internationaler Organisationen, insbesondere der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, war von der tschechoslowakischen Delegation vorgeschlagen worden, im Entwurf der WIPO-Konvention ausdrücklich zu bestimmen, daß die Organisation in den Mitgliedstaaten nicht nur die jeweils erforderliche Rechtsstellung, sondern darüber hinaus auch alle für die Durchführung ihrer Aufgaben benötigten Vorrechte und Befreiungen (Immunitäten) genießen sollte. Eine solche Vorschrift enthält z. B. auch die Charta der Vereinten Nationen (Art. 105 Abs. 1 und 2). Verschiedene andere Delegationen, darunter auch die deutsche Delegation, waren jedoch der Auffassung, daß es einer materiellrechtlichen Regelung in der Konvention selbst auf absehbare Zeit noch nicht bedürfe und eine unmittelbar wirkende Regelung in der Konvention in verschiedenen Staaten auch verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten begegnen würde. Die Hauptkommission V stimmte daraufhin der im Entwurf der WIPO-Konvention bereits vorgesehenen Regelung zu, nach der die Organisation nur ermächtigt wird, mit den Mitgliedstaaten zwei- oder mehrseitige Abkommen über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Angehörigen der Organisation abzuschließen (Art. 12 Abs. 3). Von einer völkerrechtlichen Verpflichtung der Mitgliedstaaten durch die WIPO-Konvention selbst wurde abgesehen.

In Art. 12 Abs. 4 ist auf Antrag der französischen und schweizerischen Delegation lediglich klargestellt worden, daß der Generaldirektor der Organisation beim Abschluß und bei der Zeichnung von zwei- oder mehrseitigen Abkommen der Organisation mit den Vertragsstaaten der vorherigen Zustimmung des Koordinationsausschusses bedarf. Die Verhandlungen selbst kann er allerdings auf Grund eigener Initiative führen.

2. Beziehungen zu anderen Organisationen

Auch Vereinbarungen mit anderen internationalen staatlichen und nicht staatlichen Organisationen kann der Generaldirektor der WIPO nach Art. 13 nur mit vorheriger Zustimmung des Koordinationsausschusses treffen. Hervorzuheben ist hier nur, daß unter diese Vorschrift nur sog. Arbeitsabkommen und Zusammenarbeitsverträge fallen, nicht aber ein Vertrag mit den Vereinten Nationen über eine Umwandlung der WIPO in eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen gemäß den Art. 57 und 63

²⁷⁾ Vgl. dazu im einzelnen Krieger, a.a.O.

ihrer Charta. Ein solcher Vertrag kann nach Art. 6 Abs. 3 (f) der WIPO-Konvention allein mit Zustimmung der Generalversammlung und nur mit der qualifizierten Mehrheit von neun Zehnteln der abgegebenen Stimmen abgeschlossen werden.

VII. Inkrafttreten (Art. 15)

Schon im Entwurf der WIPO-Konvention war vorgesehen, daß die Konvention erst nach Ratifizierung durch eine größere Zahl von Staaten in Kraft treten sollte. Etwa entsprechend der Relation der Zahl der Mitgliedstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft (jetzt 79) und der Berner Übereinkunft (jetzt 58) sollte das Inkrafttreten der WIPO-Konvention von der Ratifikation durch zehn Mitgliedstaaten der Pariser Union und sieben Mitgliedstaaten der Berner Union abhängig gemacht werden, wobei Staaten, die beiden Unionen angehören, in beiden Gruppen gezählt werden sollten. Die WIPO-Konvention sollte also unter denselben Voraussetzungen in Kraft treten wie die neuen Organisationsnormen der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft (vgl. Art. 20 Abs. 2 [b] PVÜ und Art. 28 Abs. 2 [b] RBÜ).

Die französische Delegation setzte sich jedoch in Stockholm für eine wesentliche Erhöhung dieser Zahlen ein, offensichtlich nicht zuletzt wegen ihrer allgemein sehr zurückhaltenden Einstellung zu dem gesamten Projekt, obwohl sie selbst in diesem Zusammenhang ankündigte, daß Frankreich zu den ersten Staaten gehören werde, die die WIPO-Konvention ratifizieren würden. Nach ihrem Vorschlag sollte die WIPO-Konvention erst in Kraft treten, wenn 30 Mitgliedstaaten der Pariser Union und 20 der Berner Union sie ratifiziert hätten. Sie begründete ihre Auffassung mit dem Hinweis darauf, daß die Errichtung der WIPO eine so einschneidende Strukturänderung der Pariser und der Berner Union zur Folge habe, daß man ihr Inkrafttreten von einer Ratifikation durch zumindest mehr als ein Drittel der Mitgliedstaaten der beiden Unionen abhängig machen solle. Nur auf diese Weise könne auch das unvermeidliche Nebeneinanderbestehen ganz verschiedener Verwaltungssysteme abgekürzt werden.

Diesen nicht zu unterschätzenden Gesichtspunkten hat sich die Hauptkommission V jedoch nicht angeschlossen. Eine Annahme des französischen Vorschlags hätte eine ganz wesentliche Verzögerung des Inkrafttretens der Strukturreform bedeutet, zumal da die WIPO-Konvention nach ihrem Art. 14 Abs. 2²⁸⁾ von den Unionsstaaten nur zusammen mit den neuen Organisationsnormen der beiden Unionsverträge ratifiziert werden kann. Die Hauptkommission V war demgegenüber mit großer Mehrheit der Auffassung, daß die WIPO-Konvention so schnell wie möglich in Kraft treten sollte, und stimmte deshalb der schon im Entwurf vorgesehenen Regelung des Art. 15 zu.

VIII. Änderungen der WIPO-Konvention (Art. 17)

Für die Pariser Verbandsübereinkunft und die Berner Übereinkunft galt seit ihrer Gründung uneingeschränkt das Prinzip, daß sie nur auf Grund einstimmiger Beschlüsse von Revisionskonferenzen geändert werden könnten. Dieses Prinzip ist für die materiellrechtlichen Bestimmungen der beiden Unionsverträge auch in Stock-

holm aufrechterhalten worden (vgl. Art. 18 PVÜ, Art. 27 RBÜ). Schon für die Organisationsnormen der beiden Unionsverträge aber ist man in Stockholm von diesem Einstimmigkeitsprinzip abgegangen (vgl. Art. 17 PVÜ und Art. 26 RBÜ)²⁹⁾. Diese vereinfachte Regelung ist auch in die WIPO-Konvention übernommen worden. Dies bedeutet, daß die WIPO-Konvention, ohne daß die Einberufung einer formellen Revisionskonferenz erforderlich wäre, auf Grund von Mehrheitsentscheidungen geändert werden kann.

Bei der Ausgestaltung dieser Regelung im einzelnen ist andererseits aber wieder das andere Prinzip der absoluten Unabhängigkeit und Souveränität der Unionen in einer Weise zum Ausdruck gekommen, die das Verfahren zur Änderung der WIPO-Konvention erheblich kompliziert. Nach Art. 17 Abs. 2 entscheidet über Änderungen der WIPO-Konvention konsequenterweise grundsätzlich die Konferenz, also das einzige WIPO-Organ, in dem alle WIPO-Staaten, auch die Nichtunionsstaaten, vertreten sind. Den Nichtunionsstaaten ist aber ein Stimmrecht nur für solche Änderungen zugebilligt worden, durch die ihre Rechte und Verpflichtungen berührt werden. Für alle anderen Fälle haben sich die Unionsstaaten das alleinige Stimmrecht vorbehalten. Sämtliche Änderungen der WIPO können darüber hinaus zwar mit einfacher Mehrheit beschlossen werden; Voraussetzung ist jedoch, daß die Änderungsvorschläge vorher bereits von den Versammlungen der Pariser und der Berner Union nach den für die Änderung der Organisationsnormen der Unionsverträge geltenden Bestimmungen, d. h. aber mit Dreiviertelmehrheit (!) der Versammlungen der Pariser und der Berner Union (vgl. Art. 17 Abs. 2 PVÜ und Art. 26 Abs. 2 RBÜ) angenommen worden sind. Die Bestimmung des Art. 17 Abs. 2 der WIPO-Konvention, daß Änderungen der Konvention von der Konferenz mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können, steht also praktisch auf dem Papier.

Mit dieser Regelung ist das Prinzip der Unabhängigkeit und Souveränität der Unionen ähnlich wie schon bei den Finanzvorschriften der WIPO-Konvention³⁰⁾ nahezu ad absurdum geführt. Sie bedeutet zudem eine einschneidende Beschränkung für die Nichtunionsstaaten, die an sich in der Konferenz volles Stimmrecht haben sollen³¹⁾. Schließlich birgt diese Regelung mit der vagen Abgrenzung zwischen Änderungen, die die Rechte und Pflichten der Nichtunionsstaaten berühren oder nicht berühren, erheblichen Konfliktstoff in sich. Andererseits muß aber — abgesehen von der Tatsache, daß der Versuch, eine liberalere Regelung durchzusetzen, angesichts der für die Annahme der WIPO-Konvention nach der Verfahrensordnung der Stockholmer Konferenz erforderlichen Vierfünftelmehrheit der Unionsstaaten von vornherein zum Scheitern verurteilt war — berücksichtigt werden, daß es doch schon einen erheblichen Schritt vorwärts darstellt, wenn die WIPO-Konvention jedenfalls das Einstimmigkeitsprinzip ausdrücklich verwirft. Daß man auf dem Wege vom Einstimmigkeitsprinzip weg nur sehr vorsichtig vorzugehen bereit ist, liegt sicherlich nicht nur an der Skepsis und einem vielleicht übersteigerten Mißtrauen einiger Staaten gegenüber der neuen Organisation, sondern zumindest auch an der allgemein weitverbreiteten

²⁸⁾ Wegen der Einzelheiten kann insoweit auf die Ausführungen oben S. 470 (C I, 5) verwiesen werden.

³⁰⁾ Vgl. oben S. 484 (V).

³¹⁾ Vgl. Art. 7 Abs. 3 (a), oben S. 482 (IV Nr. 2).

²⁹⁾ Vgl. oben S. 480 (III Nr. 4).

Sorge vor Majorisierungen. Die Zeit für weitergehende, d. h. liberalere Lösungen ist noch nicht reif, auch abgesehen von den speziellen Einflüssen, die den Kompromißcharakter der gesamten WIPO-Konvention entscheidend geprägt haben.

Wichtig sind noch die Bestimmungen des Art. 17 Abs. 3 über das *Wirksamwerden* der gemäß Art. 17 Abs. 2 von der Konferenz beschlossenen Änderungen der WIPO-Konvention. Auch hier lehnt sich die Konvention an die entsprechenden Bestimmungen der Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft (Art. 17 Abs. 3) und der Berner Übereinkunft (Art. 26 Abs. 3) an. Änderungsbeschlüsse werden danach in Kraft treten, sobald drei Viertel der stimmberechtigten³²⁾ Mitgliedstaaten sie nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Verfassungsrechts angenommen haben. Die Verweisung auf die Stimmberechtigung der Staaten wird aus den oben dargelegten Gründen möglicherweise zu Zweifeln über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens einer Änderung führen. Dem kann wenigstens in gewissem Umfang nur dadurch vorgebeugt werden, daß die Konferenz vor ihren Abstimmungen die Frage der Stimmberechtigung jeweils eindeutig, notfalls durch Abstimmung zur Geschäftsordnung, zu klären versucht. Bemerkenswert ist auch hier wieder, daß die wirksam gewordenen Änderungsbeschlüsse, sofern sie nicht erhöhte finanzielle Verpflichtungen zur Folge haben, auch diejenigen Mitgliedstaaten binden, die ihnen nicht zugestimmt haben. Jedenfalls diese Regelung zeugt doch in nicht unerheblichem Maße von der Bereitschaft zur Intensivierung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit.

IX. Kündigung (Art. 18)

Nach Art. 18 der WIPO-Konvention ist eine Kündigung der Konvention ohne jede Einschränkung zulässig. Die deutsche Delegation hat sich zusammen mit einigen anderen Delegationen nachdrücklich dafür eingesetzt, die Kündigung der WIPO-Konvention im Interesse der Stärkung der neuen Organisation an eine gleichzeitige Kündigung zumindest der neuen Organisationsnormen der Pariser und der Berner Union zu binden. Sie hat insbesondere darauf hingewiesen, daß ohne eine solche Bindung sogar der Bestand der neuen Organisation erheblich gefährdet sein könnte, ganz abgesehen von den Unzuverlässigkeiten, die sich zwangsläufig ergeben müssen, wenn ein Teil der Unionsstaaten auf die Dauer durch die neuen Organisationsnormen der Unionsverträge, nicht aber durch die WIPO-Konvention gebunden ist.

Die deutsche Delegation konnte mit ihrem Vorschlag jedoch nicht durchdringen. Die Mehrheit in der Hauptkommission V trug einen ausgesprochenen Optimismus zur Schau und war der Auffassung, daß das durch die fehlende Bindung gegebene Risiko so gering sei, daß es in Kauf genommen werden könne.

X. Schluß- und Übergangsbestimmungen (Art. 19 bis 21)

1. Schlußbestimmungen

Die Art. 19 und 20 der WIPO-Konvention enthalten die üblichen Schlußbestimmungen eines multilateralen Vertrages. Hervorzuheben ist lediglich, daß die WIPO-Konvention gemäß ihrem Art. 20 Abs. 1 abweichend von den entsprechenden Bestimmungen der Pariser Verbands-

übereinkunft und der Berner Übereinkunft nicht nur in französischer (Art. 29 PVÜ) oder in französischer und englischer Sprache (Art. 37 RBÜ), sondern in den vier Sprachen Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch gezeichnet worden und in allen diesen Sprachen verbindlich ist. In dieser Vorschrift zeigt sich die Parallele zu den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen. Offizielle Übersetzungen sollen in Deutsch, Italienisch und auf Grund eines von der portugiesischen Delegation eingebrachten Änderungsantrags auch in Portugiesisch hergestellt werden (Art. 20 Abs. 2).

Depositarstaat ist nach Art. 20 Abs. 1 Schweden. Bemerkenswert ist jedoch, daß gleichwohl aller erforderlichen Notifikationen (Art. 19, Art. 20 Abs. 3 und 4) nicht von der schwedischen Regierung, sondern von dem Generaldirektor der neuen Organisation vorgenommen werden sollen, der allein der Generalversammlung der WIPO verantwortlich ist (Art. 6 Abs. 2 [ii]). Beim Generaldirektor und nicht bei der schwedischen Regierung sind nach Art. 14 Abs. 3 der Konvention auch die Ratifikations- und Beitrittsurkunden zu hinterlegen. Dieser Regelung könnte unter Umständen nicht unerhebliche politische Bedeutung zukommen.

2. Übergangsbestimmungen

Die Übergangsbestimmungen der WIPO-Konvention sind Gegenstand langwieriger Erörterungen schon auf den Vorkonferenzen und auch auf der Stockholmer Konferenz gewesen. Die Problematik bestand vor allem darin, wie der Übergang von der bisherigen Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union auf die völlig andersartige Verwaltungsstruktur des neuen Regimes (neue Organisationsnormen der PVÜ und der RBÜ und WIPO) übergeleitet und der unvermeidbare Zeitraum des vorläufigen Nebeneinanderbestehens beider Regime überbrückt werden könnte. Ursprünglich hatte man an eine sehr schnelle vorläufige Inkraftsetzung der neuen Bestimmungen im Wege einer von der Stockholmer Konferenz zu beschließenden Resolution gedacht. Gegen diese Lösung ergab sich aber so heftiger Widerstand, dessen Hauptsprecher wiederum die französische Delegation war, daß auch die Leitung von BIRPI, die sich zunächst sehr nachdrücklich für eine solche vorläufige Anwendung eingesetzt hatte, auf eine wesentlich weniger weitgehende Lösung zurückwich.

Für die Übergangsregelung sind nunmehr nach Art. 21 vier verschiedene Phasen vorgesehen:

a) Während der ersten Phase zwischen der Zeichnung der WIPO-Konvention, die nach Art. 20 Abs. 1 (b) übrigens noch bis zum 13. Januar 1968 (sechs Monate nach Abschluß der Stockholmer Konferenz) offensteht, und dem Zeitpunkt der Amtsübernahme des Generaldirektors der WIPO, d. h. praktisch bis zum Inkrafttreten der WIPO-Konvention, sollen alle dem Generaldirektor der WIPO und ihrem Sekretariat (Internationales Büro) zustehenden Funktionen von BIRPI und seinem Direktor wahrgenommen werden (Art. 21 Abs. 1). Dies gilt insbesondere für die nach Art. 19 und 20 Abs. 3 und 4 erforderlichen Notifikationen und ähnliche bereits vor Inkrafttreten der Konvention notwendigen Handlungen. Beim Direktor von BIRPI sind bis zum Inkrafttreten der WIPO-Konvention infolgedessen auch die Ratifikations- und Beitrittsurkunden, die die WIPO betreffen, zu hinterlegen

³²⁾ Vgl. oben.

(Art. 14 Abs. 3), obwohl Beitritte zur Pariser Union und ihren Nebenabkommen und zur Berner Union bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin der Schweizerischen Regierung gegenüber zu erklären sind.

b) Vom Inkrafttreten der WIPO-Konvention an bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der letzte Unionsstaat sowohl die neuen Organisationsnormen der Unionsverträge als auch die WIPO-Konvention ratifiziert hat oder ihnen beigetreten ist, werden nach Art. 21 Abs. 3 der Generaldirektor der WIPO und ihr Internationales Büro für die Staaten, für die noch das alte Regime gilt, die Funktionen von BIRPI und seines Direktors wahrnehmen. Diese Periode wird also von verhältnismäßig langer Dauer sein.

c) Während einer Frist von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten der WIPO-Konvention sollen die noch durch das alte Regime gebundenen Staaten auf Antrag dieselben Rechte haben, die ihnen als Mitgliedern der WIPO-Konvention zustehen würden (Art. 21 Abs. 2 [a]). Dabei ist ausdrücklich ein schriftlicher Antrag vorgeschrieben worden, insbesondere um Schwierigkeiten bei der Ermittlung des Quorums in den verschiedenen Organen der WIPO zu vermeiden. Denn bis zum Ablauf der Fünfjahresfrist sollen die Staaten, die einen solchen Antrag stellen, nach der ausdrücklichen Vorschrift des Art. 21 Abs. 2 (a) Satz 3 als Vollmitglieder sowohl der Generalversammlung als auch der Konferenz angesehen werden. In demselben Umfang können sie natürlich auch Mitglieder des Koordinierungsausschusses werden. Nach Ablauf der Fünfjahresfrist sollen diese Staaten weder in der Generalversammlung noch in der Konferenz noch im Koordinierungsausschuß Stimmrecht besitzen (Art. 21 Abs. 2 [b]).

Dieser Übergangsregelung kommt naturgemäß gerade für den Beginn der Tätigkeit der neuen Organisation entscheidende Bedeutung zu. Der Verlauf dieser Übergangsperiode wird vielleicht für das Schicksal der gesamten Neuorganisation ausschlaggebend sein. Die Attraktivität der Regelung liegt vor allem darin, daß sie den Unionsstaaten, die sich noch nicht zum Beitritt zur WIPO-Konvention entschließen können, praktisch nur Rechte einräumt und keinerlei Verpflichtungen auferlegt: auch wenn sie nach Art. 21 Abs. 2 (a) Satz 3 als Mitglieder der WIPO-Organen angesehen werden, könnten rechtliche Verpflichtungen für sie doch nur durch den formellen Akt der Ratifikation oder des Beitritts zur WIPO-Konvention entstehen. Diese gerade den zögernden Unionsstaaten sehr entgegenkommende Übergangsregelung ist sicherlich für ihre einstimmige Annahme durch die Hauptkommission V ausschlaggebend gewesen.

d) Erst wenn alle Mitgliedstaaten der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft Mitglieder der WIPO geworden sind, werden nach Art. 21 Abs. 4 alle Rechte, Verpflichtungen und Vermögenswerte von BIRPI auf das als Internationales Büro bezeichnete Sekretariat der neuen Organisation übergehen. Erst von diesem Zeitpunkt an wird die WIPO endgültig an die Stelle der bisherigen Verwaltungsorganisation der Pariser und Berner Union getreten sein und BIRPI seine langjährige verdienstvolle Geschichte abgeschlossen haben. Entsprechende Vorschriften sind auch in die Stockholmer Fassungen der beiden Unionsverträge aufgenommen worden (Art. 30 Abs. 4 PVÜ und Art. 38 Abs. 4 RBÜ). Sie sind aber auch in die WIPO-Konvention aufgenommen worden, um insoweit auch die WIPO zu binden.

E. Schlußbemerkungen

(Verfasser: Krieger)

Der vorstehende Bericht sollte vor allem deutlich machen, daß man dem auf den ersten Blick von vielen sicher als zwiespältig empfundenen Ergebnis der Verhandlungen der Stockholmer Konferenz über die Reform der Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union und über die Errichtung der neuen Weltorganisation für geistiges Eigentum nicht gerecht werden würde, wenn man sich nicht immer vergegenwärtigt, daß die Verhandlungen angesichts der so grundsätzlich unterschiedlichen Ausgangspositionen der verschiedenen Staatengruppierungen ständig unter dem Zwang standen, nicht nur für die Gesamtkonzeption, sondern auch für die zahlreichen umstrittenen Einzelprobleme Kompromißlösungen zu suchen und zu finden, die schließlich für alle Teilnehmerstaaten annehmbar waren.

Bei diesem Bemühen hat sich vor allem die Leitung von BIRPI mit dem unermüdlichen Einsatz seines Direktors, Professor Dr. *Bodenhausen*, und seines Vizedirektors, Dr. *Bogsch*, unter oft schwierigsten Verhältnissen entscheidende Verdienste erworben. Selbst in scheinbar aussichtslosen Situationen haben sie doch nie resigniert und immer wieder versucht, doch noch Lösungen zu finden, mit denen die Gegensätze überbrückt werden konnten. Welche ganz außerordentliche physische und psychische Belastung mit dieser Arbeit verbunden war, kann wohl nur der annähernd richtig ermessen, der Professor *Bodenhausen* und Dr. *Bogsch* in der täglichen, oft geradezu hektischen Konferenzarbeit während dieser fünfjährigen Mammutkonferenz erlebt hat. Sie haben praktisch die Hauptlast zumindest dieses Teils der Konferenz getragen, unterstützt von einem ausgezeichneten Arbeitsstab, für dessen Qualifikation Namen wie *Masouyé*, *Pfanner* und andere nur Beispiele sind. Ihnen ist deshalb auch in erster Linie der Erfolg dieses Teils der Konferenz zu danken.

Dieser Erfolg wäre aber nicht erreicht worden, wenn nicht auch alle Delegationen trotz aller Meinungsverschiedenheiten im Geist wirklicher internationaler Zusammenarbeit das ihre dazu beigetragen hätten und immer wieder bereit gewesen wären, Bedenken zurückzustellen und selbst leidenschaftlich vertretene eigene Auffassungen und Positionen zugunsten der um der Sache willen notwendigen Kompromißlösungen wenn nicht zu opfern, so doch jedenfalls erheblich zu modifizieren. Man hat oft der Bewunderung darüber Ausdruck gegeben, in welcher Weise die Väter der Pariser Verbandsübereinkunft und der Berner Übereinkunft vor mehr als 80 Jahren diese Unionsverträge geschaffen haben, und dabei mit größter Skepsis die Frage gestellt, ob ähnliche Leistungen internationaler Zusammenarbeit noch wiederholbar seien. Man wird nun zwar sicherlich die Ergebnisse der Stockholmer Konferenz mit dem Erfolg der Väter der Pariser und Berner Union nicht auf eine Stufe stellen dürfen. Vielleicht wird man aber doch später einmal auch diesem in einer vielfach gespaltenen Welt erreichten Konferenzergebnis den Respekt nicht versagen.

Dies aber wird natürlich entscheidend davon abhängen, wie sich die neue Verwaltungsstruktur der Pariser und Berner Union und die neue Weltorganisation in der Praxis bewähren werden. Doch sollte man in dieser Hinsicht

trotz des ausgesprochenen Kompromißcharakters der gesamten Neuregelung nicht zu pessimistisch sein. Die Kompromißlösungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß nunmehr, abgesehen nur vom Welturheberrechtsabkommen, das nach wie vor im Verwaltungsbereich der UNESCO und damit der Vereinten Nationen verbleibt, der gesamte internationale Schutz des geistigen Eigentums in einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt ist. Zwar führen die einzelnen Unionen innerhalb der WIPO ein weitgehend selbständiges Dasein. Die Organisation kann aber nach außen hin und insbesondere im Verhältnis zu den Regierungen der Staaten sowie zu anderen internationalen Organisationen und Staatenverbänden als einheitliche, alle Mitgliedstaaten umfassende und ihre Interessen auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums repräsentierende Organisation tätig werden und glaubwürdig als die maßgebliche internationale Einrichtung auf diesem Rechtsgebiet auftreten. Die bereits nach den Vorkonferenzen geäußerte³³⁾ Zuversicht, daß die neue Organisation trotz zahlreicher institutioneller Erschwernisse im Laufe ihrer Entwicklung ihr eigenes Schwergewicht erlangen werde, wenn es nur gelänge, ihr erst einmal zum Leben zu verhelfen, dürfte

³³⁾ Vgl. Krieger, a.a.O., S. 405.

auch nach Abschluß der Stockholmer Konferenz berechtigt bleiben.

Der Direktor des Eidgenössischen Amtes für geistiges Eigentum, *Voyame*, hat als Berichterstatter der Hauptkommission V in seinem abschließenden Bericht die Situation in der Geburtsstunde der neuen Weltorganisation für geistiges Eigentum treffend gekennzeichnet. Deshalb sollen seine Worte auch diesen Bericht abschließen:

« Préparée avec grand soin par les BIRPI, le Gouvernement de la Suède et divers comités d'experts, la Convention qui crée l'OMPI paraît maintenant bien au point. Le fonctionnement de la nouvelle Organisation exigera peut-être une certaine période d'adaptation. Cependant, même si le désir légitime de sauvegarder l'indépendance de chaque Union a entraîné la création de nombreux organes, la Conférence de Stockholm a réussi à délimiter clairement leurs compétences respectives. De même, les rouages financiers des Unions et de l'Organisation paraissent parfaitement adaptés aux besoins. Il se peut, certes, que des problèmes pratiques surgissent encore, qui ne sauraient être prévus aujourd'hui. Mais on peut espérer que l'esprit de coopération internationale qui a animé la Conférence de Stockholm continuera de régner dans la nouvelle Organisation et permettra de résoudre toutes les difficultés. C'est ainsi que l'OMPI pourra atteindre le noble but qui lui est assigné, qu'elle pourra encourager efficacement l'activité créatrice et, par là, contribuer à l'enrichissement spirituel et au bien-être matériel de tous les hommes. »

Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst

Convention de Berne pour la protection des œuvres littéraires et artistiques

du 9 septembre 1886
complétée à Paris le 4 mai 1896,
révisée à Berlin le 13 novembre 1908,
complétée à Berne le 20 mars 1914,
révisée à Rome le 2 juin 1928,
révisée à Bruxelles le 26 juin 1948
et révisée à Stockholm le 14 juillet 1967

Les pays de l'Union, également animés du désir de protéger d'une manière aussi efficace et aussi uniforme que possible les droits des auteurs sur leurs œuvres littéraires et artistiques,

Ont résolu de réviser et de compléter l'Acte signé à Berne le 9 septembre 1886, complété à Paris le 4 mai 1896, révisé à Berlin le 13 novembre 1908, complété à Berne le 20 mars 1914, révisé à Rome le 2 juin 1928 et révisé à Bruxelles le 26 juin 1948.

En conséquence, les Plénipotentiaires soussignés, après présentation de leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Les pays auxquels s'applique la présente Convention sont constitués à l'état d'Union pour la protection des droits des auteurs sur leurs œuvres littéraires et artistiques.

Article 2

(1) Les termes « œuvres littéraires et artistiques » comprennent toutes les productions du domaine littéraire, scientifique et artistique, quel qu'en soit le mode ou la forme d'expression, telles que : les livres, brochures et autres écrits ; les conférences, allocutions, sermons et autres œuvres de même nature ; les œuvres dramatiques ou dramatico-musicales ; les œuvres chorégraphiques et les pantomimes ; les compositions musicales avec ou sans paroles ; les œuvres cinématographiques, auxquelles sont assimilées les œuvres exprimées par un procédé analogue à la cinématographie ; les œuvres de dessin, de peinture, d'architecture, de sculpture, de gravure, de lithographie ; les œuvres photographiques, auxquelles sont assimilées les œuvres exprimées par un procédé

Berne Convention for the Protection of Literary and Artistic Works

of September 9, 1886,
completed at Paris on May 4, 1896,
revised at Berlin on November 13, 1908,
completed at Berne on March 20, 1914,
revised at Rome on June 2, 1928,
revised at Brussels on June 26, 1948,
and revised at Stockholm on July 14, 1967

The countries of the Union, being equally animated by the desire to protect, in as effective and uniform a manner as possible, the rights of authors in their literary and artistic works,

Have resolved to revise and to complete the Act signed at Berne on September 9, 1886, completed at Paris on May 4, 1896, revised at Berlin on November 13, 1908, completed at Berne on March 20, 1914, revised at Rome on June 2, 1928, and revised at Brussels on June 26, 1948.

Consequently, the undersigned Plenipotentiaries, having presented their full powers, recognized in good and due form, have agreed as follows:

Article 1

The countries to which this Convention applies constitute a Union for the protection of the rights of authors in their literary and artistic works.

Article 2

(1) The expression "literary and artistic works" shall include every production in the literary, scientific and artistic domain, whatever may be the mode or form of its expression, such as books, pamphlets and other writings; lectures, addresses, sermons and other works of the same nature; dramatic or dramático-musical works; choreographic works and entertainments in dumb show; musical compositions with or without words; cinematographic works to which are assimilated works expressed by a process analogous to cinematography; works of drawing, painting, architecture, sculpture, engraving and lithography; photographic works to which are assimilated works expressed by a process analogous to photography; works of applied art; illustrations,

analogue à la photographie ; les œuvres des arts appliqués ; les illustrations, les cartes géographiques ; les plans, croquis et ouvrages plastiques relatifs à la géographie, à la topographie, à l'architecture ou aux sciences.

(2) Est toutefois réservée aux législations des pays de l'Union la faculté de prescrire que les œuvres littéraires et artistiques ou bien l'une ou plusieurs catégories d'entre elles ne sont pas protégées tant qu'elles n'ont pas été fixées sur un support matériel.

(3) Sont protégées comme des œuvres originales, sans préjudice des droits de l'auteur de l'œuvre originale, les traductions, adaptations, arrangements de musique et autres transformations d'une œuvre littéraire ou artistique.

(4) Il est réservé aux législations des pays de l'Union de déterminer la protection à accorder aux textes officiels d'ordre législatif, administratif ou judiciaire, ainsi qu'aux traductions officielles de ces textes.

(5) Les recueils d'œuvres littéraires ou artistiques tels que les encyclopédies et anthologies qui, par le choix ou la disposition des matières, constituent des créations intellectuelles sont protégés comme telles, sans préjudice des droits des auteurs sur chacune des œuvres qui font partie de ces recueils.

(6) Les œuvres mentionnées ci-dessus jouissent de la protection dans tous les pays de l'Union. Cette protection s'exerce au profit de l'auteur et de ses ayants droit.

(7) Il est réservé aux législations des pays de l'Union de régler le champ d'application des lois concernant les œuvres des arts appliqués et les dessins et modèles industriels, ainsi que les conditions de protection de ces œuvres, dessins et modèles, compte tenu des dispositions de l'article 7 (4) de la présente Convention. Pour les œuvres protégées uniquement comme dessins et modèles dans le pays d'origine, il ne peut être réclamé dans un autre pays de l'Union que la protection spéciale accordée dans ce pays aux dessins et modèles ; toutefois, si une telle protection spéciale n'est pas accordée dans ce pays, ces œuvres seront protégées comme œuvres artistiques.

(8) La protection de la présente Convention ne s'applique pas aux nouvelles du jour ou aux faits divers qui ont le caractère de simples informations de presse.

Article 2bis

(1) Est réservée aux législations des pays de l'Union la faculté d'exclure partiellement ou totalement de la protection prévue à l'article précédent les discours politiques et les discours prononcés dans les débats judiciaires.

(2) Est réservée également aux législations des pays de l'Union la faculté de statuer sur les conditions dans lesquelles les conférences, allocutions et autres œuvres de même nature, prononcées en public, pourront être reproduites par la presse, radiodiffusées, transmises par fil au public et faire l'objet des communications publiques visées à l'article 11bis (1) de la présente Convention, lorsqu'une telle utilisation est justifiée par le but d'information à atteindre.

(3) Toutefois, l'auteur jouit du droit exclusif de réunir en recueil ses œuvres mentionnées aux alinéas précédents.

Article 3

(1) Sont protégés en vertu de la présente Convention :
(a) les auteurs ressortissant à l'un des pays de l'Union, pour leurs œuvres, publiées ou non ;

(b) les auteurs ne ressortissant pas à l'un des pays de l'Union, pour les œuvres qu'ils publient pour la première fois dans l'un de ces pays ou simultanément dans un pays étranger à l'Union et dans un pays de l'Union.

(2) Les auteurs ne ressortissant pas à l'un des pays de l'Union mais ayant leur résidence habituelle dans l'un de ceux-ci sont, pour l'application de la présente Convention, assimilés aux auteurs ressortissant audit pays.

(3) Par « œuvres publiées », il faut entendre les œuvres éditées avec le consentement de leurs auteurs, quel que soit le mode de fabrication des exemplaires, pourvu que la mise à disposition de ces derniers ait été telle qu'elle satisfasse les besoins raisonnables du public, compte tenu de la nature de l'œuvre. Ne constituent pas une publication la représentation d'une œuvre dramatique, dramatico-musicale ou cinématographique, plans, sketches et three-dimensional works relative to geography, architecture or science.

maps, plans, sketches and three-dimensional works relative to geography, architecture or science.

(2) It shall, however, be a matter for legislation in the countries of the Union to prescribe that works in general or any specified categories of works shall not be protected unless they have been fixed in some material form.

(3) Translations, adaptations, arrangements of music and other alternations of a literary or artistic work shall be protected as original works without prejudice to the copyright in the original work.

(4) It shall be a matter for legislation in the countries of the Union to determine the protection to be granted to official texts of a legislative, administrative and legal nature, and to official translations of such texts.

(5) Collections of literary or artistic works such as encyclopaedias and anthologies which, by reason of the selection and arrangement of their contents, constitute intellectual creations shall be protected as such, without prejudice to the copyright in each of the works forming part of such collections.

(6) The works mentioned in this Article shall enjoy protection in all countries of the Union. This protection shall operate for the benefit of the author and his successors in title.

(7) Subject to the provisions of Article 7 (4) of this Convention, it shall be a matter for legislation in the countries of the Union to determine the extent of the application of their laws to works of applied art and industrial designs and models, as well as the conditions under which such works, designs and models shall be protected. Works protected in the country of origin solely as designs and models shall be entitled in another country of the Union only to such special protection as is granted in that country to designs and models; however, if no such special protection is granted in that country, such works shall be protected as artistic works.

(8) The protection of this Convention shall not apply to news of the day nor to miscellaneous facts having the character of mere items of press information.

Article 2bis

(1) It shall be a matter for legislation in the countries of the Union to exclude, wholly or in part, from the protection provided by the preceding Article political speeches and speeches delivered in the course of legal proceedings.

(2) It shall also be a matter for legislation in the countries of the Union to determine the conditions under which lectures, addresses and other works of the same nature which are delivered in public may be reproduced by the press, broadcast, communicated to the public by wire and made the subject of public communication as envisaged in Article 11bis (1) of this Convention, when such use is justified by the informatory purpose.

(3) Nevertheless, the author shall enjoy the exclusive right of making a collection of his works mentioned in the preceding paragraphs.

Article 3

(1) The protection of this Convention shall apply to:

(a) authors who are nationals of one of the countries of the Union, for their works, whether published or not;

(b) authors who are not nationals of one of the countries of the Union, for their works first published in one of those countries, or simultaneously in a country outside the Union and in a country of the Union.

(2) Authors who are not nationals of one of the countries of the Union but who have their habitual residence in one of them shall, for the purposes of this Convention, be assimilated to nationals of that country.

(3) The expression "published works" means works published with the consent of their authors, whatever may be the means of manufacture of the copies, provided that the availability of such copies has been such as to satisfy the reasonable requirements of the public, having regard to the nature of the work. The performance of a dramatic, dramatico-musical, cinematographic or musical work, the public

graphique, l'exécution d'une œuvre musicale, la récitation publique d'une œuvre littéraire, la transmission ou la radio-diffusion des œuvres littéraires ou artistiques, l'exposition d'une œuvre d'art et la construction d'une œuvre d'architecture.

(4) Est considérée comme publiée simultanément dans plusieurs pays toute œuvre qui a paru dans deux ou plusieurs pays dans les trente jours de sa première publication.

Article 4

Sont protégés en vertu de la présente Convention, même si les conditions prévues à l'article 3 ne sont pas remplies,

- (a) les auteurs des œuvres cinématographiques dont le producteur a son siège ou sa résidence habituelle dans l'un des pays de l'Union ;
- (b) les auteurs des œuvres d'architecture édifiées dans un pays de l'Union ou des œuvres des arts graphiques et plastiques faisant corps avec un immeuble situé dans un pays de l'Union.

Article 5

(1) Les auteurs jouissent, en ce qui concerne les œuvres pour lesquelles ils sont protégés en vertu de la présente Convention, dans les pays de l'Union autres que le pays d'origine de l'œuvre, des droits que les lois respectives accordent actuellement ou accorderont par la suite aux nationaux, ainsi que des droits spécialement accordés par la présente Convention.

(2) La jouissance et l'exercice de ces droits ne sont subordonnés à aucune formalité ; cette jouissance et cet exercice sont indépendants de l'existence de la protection dans le pays d'origine de l'œuvre. Par suite, en dehors des stipulations de la présente Convention, l'étendue de la protection ainsi que les moyens de recours garantis à l'auteur pour sauvegarder ses droits se règlent exclusivement d'après la législation du pays où la protection est réclamée.

(3) La protection dans le pays d'origine est réglée par la législation nationale. Toutefois, lorsque l'auteur ne ressortit pas au pays d'origine de l'œuvre pour laquelle il est protégé par la présente Convention, il aura, dans ce pays, les mêmes droits que les auteurs nationaux.

(4) Est considéré comme pays d'origine :

- (a) pour les œuvres publiées pour la première fois dans l'un des pays de l'Union, ce dernier pays ; toutefois, s'il s'agit d'œuvres publiées simultanément dans plusieurs pays de l'Union admettant des durées de protection différentes, celui d'entre eux dont la législation accorde la durée de protection la moins longue ;
- (b) pour les œuvres publiées simultanément dans un pays étranger à l'Union et dans un pays de l'Union, ce dernier pays ;
- (c) pour les œuvres non publiées ou pour les œuvres publiées pour la première fois dans un pays étranger à l'Union, sans publication simultanée dans un pays de l'Union, le pays de l'Union dont l'auteur est ressortissant ; toutefois,
 - (i) s'il s'agit d'œuvres cinématographiques dont le producteur a son siège ou sa résidence habituelle dans un pays de l'Union, le pays d'origine sera ce dernier pays, et
 - (ii) s'il s'agit d'œuvres d'architecture édifiées dans un pays de l'Union ou d'œuvres des arts graphiques et plastiques faisant corps avec un immeuble situé dans un pays de l'Union, le pays d'origine sera ce dernier pays.

Article 6

(1) Lorsqu'un pays étranger à l'Union ne protège pas d'une manière suffisante les œuvres des auteurs qui sont ressortissants de l'un des pays de l'Union, ce dernier pays pourra restreindre la protection des œuvres dont les auteurs sont, au moment de la première publication de ces œuvres, ressortissants de l'autre pays et n'ont pas leur résidence habituelle dans l'un des pays de l'Union. Si le pays de la première publication fait usage de cette faculté, les autres pays de l'Union ne seront pas tenus d'accorder aux œuvres ainsi soumises à un traitement spécial une protection plus large que celle qui leur est accordée dans le pays de la première publication.

(2) Aucune restriction, établie en vertu de l'alinéa précédent, ne devra porter préjudice aux droits qu'un auteur aura

recitation of a literary work, the communication by wire or the broadcasting of literary or artistic works, the exhibition of a work of art and the construction of a Work of architecture shall not constitute publication.

(4) A work shall be considered as having been published simultaneously in several countries if it has been published in two or more countries within thirty days of its first publication.

Article 4

The protection of this Convention shall apply, even if the conditions of Article 3 are not fulfilled, to:

- (a) authors of cinematographic works the maker of which has his headquarters or habitual residence in one of the countries of the Union;
- (b) authors of works of architecture erected in a country of the Union or of other artistic works incorporated in a building or other structure located in a country of the Union.

Article 5

(1) Authors shall enjoy, in respect of works for which they are protected under this Convention, in countries of the Union other than the country of origin, the rights which their respective laws do now or may hereafter grant to their nationals, as well as the rights specially granted by this Convention.

(2) The enjoyment and the exercise of these rights shall not be subject to any formality; such enjoyment and such exercise shall be independent of the existence of protection in the country of origin of the work. Consequently, apart from the provisions of this Convention, the extent of protection, as well as the means of redress afforded to the author to protect his rights, shall be governed exclusively by the laws of the country where protection is claimed.

(3) Protection in the country of origin is governed by domestic law. However, when the author is not a national of the country of origin of the work for which he is protected under this Convention, he shall enjoy in that country the same rights as national authors.

(4) The country of origin shall be considered to be:

- (a) in the case of works first published in a country of the Union, that country; in the case of works published simultaneously in several countries of the Union which grant different terms of protection, the country whose legislation grants the shortest term of protection;
- (b) in the case of works published simultaneously in a country outside the Union and in a country of the Union, the latter country;
- (c) in the case of unpublished works or of works first published in a country outside the Union, without simultaneous publication in a country of the Union, the country of the Union of which the author is a national, provided that:
 - (i) when these are cinematographic works the maker of which has his headquarters or his habitual residence in a country of the Union, the country of origin shall be that country, and
 - (ii) when these are works of architecture erected in a country of the Union or other artistic works incorporated in a building or other structure located in a country of the Union, the country of origin shall be that country.

Article 6

(1) Where any country outside the Union fails to protect in an adequate manner the works of authors who are nationals of one of the countries of the Union, the latter country may restrict the protection given to the works of authors who are, at the date of the first publication thereof, nationals of the other country and are not habitually resident in one of the countries of the Union. If the country of first publication avails itself of this right, the other countries of the Union shall not be required to grant to works thus subjected to special treatment a wider protection than that granted to them in the country of first publication.

(2) No restrictions introduced by virtue of the preceding paragraph shall affect the rights which an author may have

acquis sur une œuvre publiée dans un pays de l'Union avant la mise à exécution de cette restriction.

(3) Les pays de l'Union qui, en vertu du présent article, restreindront la protection des droits des auteurs, le notifieront au Directeur général de l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle (ci-après désigné le « Directeur général ») par une déclaration écrite, où seront indiqués les pays vis-à-vis desquels la protection est restreinte, de même que les restrictions auxquelles les droits des auteurs ressortissant à ces pays sont soumis. Le Directeur général communiquera aussitôt le fait à tous les pays de l'Union.

Article 6bis

(1) Indépendamment des droits patrimoniaux d'auteur, et même après la cession desdits droits, l'auteur conserve le droit de revendiquer la paternité de l'œuvre et de s'opposer à toute déformation, mutilation ou autre modification de cette œuvre ou à toute autre atteinte à la même œuvre, préjudiciables à son honneur ou à sa réputation.

(2) Les droits reconnus à l'auteur en vertu de l'alinéa (1) ci-dessus sont, après sa mort, maintenus au moins jusqu'à l'extinction des droits patrimoniaux et exercés par les personnes ou institutions auxquelles la législation nationale du pays où la protection est réclamée donne qualité. Toutefois, les pays dont la législation, en vigueur au moment de la ratification du présent Acte ou de l'adhésion à celui-ci, ne contient pas de dispositions assurant la protection après la mort de l'auteur de tous les droits reconnus en vertu de l'alinéa (1) ci-dessus ont la faculté de prévoir que certains de ces droits ne sont pas maintenus après la mort de l'auteur.

(3) Les moyens de recours pour sauvegarder les droits reconnus dans le présent article sont réglés par la législation du pays où la protection est réclamée.

Article 7

(1) La durée de la protection accordée par la présente Convention comprend la vie de l'auteur et cinquante ans après sa mort.

(2) Toutefois, pour les œuvres cinématographiques, les pays de l'Union ont la faculté de prévoir que la durée de la protection expire cinquante ans après que l'œuvre aura été rendue accessible au public avec le consentement de l'auteur, ou qu'à défaut d'un tel événement intervenu dans les cinquante ans à compter de la réalisation d'une telle œuvre, la durée de la protection expire cinquante ans après cette réalisation.

(3) Pour les œuvres anonymes ou pseudonymes, la durée de la protection accordée par la présente Convention expire cinquante ans après que l'œuvre a été licitement rendue accessible au public. Toutefois, quand le pseudonyme adopté par l'auteur ne laisse aucun doute sur son identité, la durée de la protection est celle prévue à l'alinéa (1). Si l'auteur d'une œuvre anonyme ou pseudonyme révèle son identité pendant la période ci-dessus indiquée, le délai de protection applicable est celui prévu à l'alinéa (1). Les pays de l'Union ne sont pas tenus de protéger les œuvres anonymes ou pseudonymes pour lesquelles il y a tout lieu de présumer que leur auteur est mort depuis cinquante ans.

(4) Est réservée aux législations des pays de l'Union la faculté de régler la durée de la protection des œuvres photographiques et celle des œuvres des arts appliquées protégées en tant qu'œuvres artistiques; toutefois, cette durée ne pourra être inférieure à une période de vingt-cinq ans à compter de la réalisation d'une telle œuvre.

(5) Le délai de protection postérieur à la mort de l'auteur et les délais prévus aux alinéas (2), (3) et (4) ci-dessus commencent à courir à compter de la mort ou de l'événement visé par ces alinéas, mais la durée de ces délais n'est calculée qu'à partir du 1^{er} janvier de l'année qui suit la mort ou ledit événement.

(6) Les pays de l'Union ont la faculté d'accorder une durée de protection supérieure à celles prévues aux alinéas précédents.

(7) Les pays de l'Union liés par l'Acte de Rome de la présente Convention et qui accordent, dans leur législation nationale en vigueur au moment de la signature du présent Acte, des durées inférieures à celles prévues aux alinéas précédents ont la faculté de les maintenir en adhérant au présent Acte ou en le ratifiant.

acquired in respect of a work published in a country of the Union before such restrictions were put into force.

(3) The countries of the Union which restrict the grant of copyright in accordance with this Article shall give notice thereof to the Director General of the World Intellectual Property Organization (hereinafter designated as "the Director General") by a written declaration specifying the countries in regard to which protection is restricted, and the restrictions to which rights of authors who are nationals of those countries are subjected. The Director General shall immediately communicate this declaration to all the countries of the Union.

Article 6bis

(1) Independently of the author's economic rights, and even after the transfer of the said rights, the author shall have the right to claim authorship of the work and to object to any distortion, mutilation or other modification of, or other derogatory action in relation to, the said work, which would be prejudicial to his honor or reputation.

(2) The rights granted to the author in accordance with the preceding paragraph shall, after his death, be maintained, at least until the expiry of the economic rights, and shall be exercisable by the persons or institutions authorized by the legislation of the country where protection is claimed. However, those countries whose legislation, at the moment of their ratification of or accession to this Act, does not provide for the protection after the death of the author of all the rights set out in the preceding paragraph may provide that some of these rights may, after his death, cease to be maintained.

(3) The means of redress for safeguarding the rights granted by this Article shall be governed by the legislation of the country where protection is claimed.

Article 7

(1) The term of protection granted by this Convention shall be the life of the author and fifty years after his death.

(2) However, in the case of cinematographic works, the countries of the Union may provide that the term of protection shall expire fifty years after the work has been made available to the public with the consent of the author, or, failing such an event within fifty years from the making of such a work, fifty years after the making.

(3) In the case of anonymous or pseudonymous works, the term of protection granted by this Convention shall expire fifty years after the work has been lawfully made available to the public. However, when the pseudonym adopted by the author leaves no doubt as to his identity, the term of protection shall be that provided in paragraph (1). If the author of an anonymous or pseudonymous work discloses his identity during the above-mentioned period, the term of protection applicable shall be that provided in paragraph (1). The countries of the Union shall not be required to protect anonymous or pseudonymous works in respect of which it is reasonable to presume that their author has been dead for fifty years.

(4) It shall be a matter for legislation in the countries of the Union to determine the term of protection of photographic works and that of works of applied art in so far as they are protected as artistic works; however, this term shall last at least until the end of a period of twenty-five years from the making of such a work.

(5) The term of protection subsequent to the death of the author and the terms provided by paragraphs (2), (3) and (4) shall run from the date of death or of the event referred to in those paragraphs, but such terms shall always be deemed to begin on the first of January of the year following the death or such event.

(6) The countries of the Union may grant a term of protection in excess of those provided by the preceding paragraphs.

(7) Those countries of the Union bound by the Rome Act of this Convention, which grant, in their national legislation in force at the time of signature of the present Act, shorter terms of protection than those provided for in the preceding paragraphs, shall have the right to maintain such terms when ratifying or acceding to the present Act.

(8) Dans tous les cas, la durée sera réglée par la loi du pays où la protection sera réclamée ; toutefois, à moins que la législation de ce dernier pays n'en décide autrement, elle n'excèdera pas la durée fixée dans le pays d'origine de l'œuvre.

Article 7bis

Les dispositions de l'article précédent sont également applicables lorsque le droit d'auteur appartient en commun aux collaborateurs d'une œuvre, sous réserve que les délais consécutifs à la mort de l'auteur soient calculés à partir de la mort du dernier survivant des collaborateurs.

Article 8

Les auteurs d'œuvres littéraires et artistiques protégées par la présente Convention jouissent, pendant toute la durée de leurs droits sur l'œuvre originale, du droit exclusif de faire ou d'autoriser la traduction de leurs œuvres.

Article 9

(1) Les auteurs d'œuvres littéraires et artistiques protégées par la présente Convention jouissent du droit exclusif d'autoriser la reproduction de ces œuvres, de quelque manière et sous quelque forme que ce soit.

(2) Est réservée aux législations des pays de l'Union la faculté de permettre la reproduction desdites œuvres dans certains cas spéciaux, pourvu qu'une telle reproduction ne porte pas atteinte à l'exploitation normale de l'œuvre ni ne cause un préjudice injustifié aux intérêts légitimes de l'auteur.

(3) Tout enregistrement sonore ou visuel est considéré comme une reproduction au sens de la présente Convention.

Article 10

(1) Sont licites les citations tirées d'une œuvre, déjà rendue licitement accessible au public, à condition qu'elles soient conformes aux bons usages et dans la mesure justifiée par le but à atteindre, y compris les citations d'articles de journaux et recueils périodiques sous forme de revues de presse.

(2) Est réservé l'effet de la législation des pays de l'Union et des arrangements particuliers existants ou à conclure entre eux, en ce qui concerne la faculté d'utiliser licitement, dans la mesure justifiée par le but à atteindre, des œuvres littéraires ou artistiques à titre d'illustration de l'enseignement par le moyen de publications, d'émissions de radiodiffusion ou d'enregistrements sonores ou visuels, sous réserve qu'une telle utilisation soit conforme aux bons usages.

(3) Les citations et utilisations visées aux alinéas précédents devront faire mention de la source et du nom de l'auteur, si ce nom figure dans la source.

Article 10bis

(1) Est réservée aux législations des pays de l'Union la faculté de permettre la reproduction par la presse, ou la radiodiffusion ou la transmission par fil au public, des articles d'actualité de discussion économique, politique ou religieuse, publiés dans des journaux ou recueils périodiques, ou des œuvres radiodiffusées ayant le même caractère, dans les cas où la reproduction, la radiodiffusion ou ladite transmission n'en est pas expressément réservée. Toutefois, la source doit toujours être clairement indiquée ; la sanction de cette obligation est déterminée par la législation du pays où la protection est réclamée.

(2) Il est également réservé aux législations des pays de l'Union de régler les conditions dans lesquelles, à l'occasion de comptes rendus des événements d'actualité par le moyen de la photographie ou de la cinématographie, ou par voie de radiodiffusion ou de transmission par fil au public, les œuvres littéraires ou artistiques vues ou entendues au cours de l'événement peuvent, dans la mesure justifiée par le but d'information à atteindre, être reproduites et rendues accessibles au public.

Article 11

(1) Les auteurs d'œuvres dramatiques, dramatico-musicales et musicales jouissent du droit exclusif d'autoriser :

- (i) la représentation et l'exécution publiques de leurs œuvres, y compris la représentation et l'exécution publiques par tous moyens ou procédés ;
- (ii) la transmission publique par tous moyens de la représentation et de l'exécution de leurs œuvres.

(8) In any case, the term shall be governed by the legislation of the country where protection is claimed; however, unless the legislation of that country otherwise provides, the term shall not exceed the term fixed in the country of origin of the work.

Article 7bis

The provisions of the preceding Article shall also apply in the case of a work of joint authorship, provided that the terms measured from the death of the author shall be calculated from the death of the last surviving author.

Article 8

Authors of literary and artistic works protected by this Convention shall enjoy the exclusive right of making and of authorizing the translation of their works throughout the term of protection of their rights in the original works.

Article 9

(1) Authors of literary and artistic works protected by this Convention shall have the exclusive right of authorizing the reproduction of these works, in any manner or form.

(2) It shall be a matter for legislation in the countries of the Union to permit the reproduction of such works in certain special cases, provided that such reproduction does not conflict with a normal exploitation of the work and does not unreasonably prejudice the legitimate interests of the author.

(3) Any sound or visual recording shall be considered as a reproduction for the purposes of this Convention.

Article 10

(1) It shall be permissible to make quotations from a work which has already been lawfully made available to the public, provided that their making is compatible with fair practice, and their extent does not exceed that justified by the purpose, including quotations from newspaper articles and periodicals in the form of press summaries.

(2) It shall be a matter for legislation in the countries of the Union, and for special agreements existing or to be concluded between them, to permit the utilization, to the extent justified by the purpose, of literary or artistic works by way of illustration in publications, broadcasts or sound or visual recordings for teaching, provided such utilization is compatible with fair practice.

(3) Where use is made of works in accordance with the preceding paragraphs of this Article, mention shall be made of the source, and of the name of the author if it appears thereon.

Article 10bis

(1) It shall be a matter for legislation in the countries of the Union to permit the reproduction by the press, the broadcasting or the communication to the public by wire of articles published in newspapers or periodicals on current economic, political or religious topics, and of broadcast works of the same character, in cases in which the reproduction, broadcasting or such communication thereof is not expressly reserved. Nevertheless, the source must always be clearly indicated; the legal consequences of a breach of this obligation shall be determined by the legislation of the country where protection is claimed.

(2) It shall also be a matter for legislation in the countries of the Union to determine the conditions under which, for the purpose of reporting current events by means of photography, cinematography, broadcasting or communication to the public by wire, literary or artistic works seen or heard in the course of the event may, to the extent justified by the informative purpose, be reproduced and made available to the public.

Article 11

(1) Authors of dramatic, dramatico-musical and musical works shall enjoy the exclusive right of authorizing:

- (i) the public performance of their works, including such public performance by any means or process;
- (ii) any communication to the public of the performance of their works.

(2) Les mêmes droits sont accordés aux auteurs d'œuvres dramatiques ou dramatico-musicales pendant toute la durée de leurs droits sur l'œuvre originale, en ce qui concerne la traduction de leurs œuvres.

Article 11^{bis}

(1) Les auteurs d'œuvres littéraires et artistiques jouissent du droit exclusif d'autoriser :

- (i) la radiodiffusion de leurs œuvres ou la communication publique de ces œuvres par tout autre moyen servant à diffuser sans fil les signes, les sons ou les images ;
- (ii) toute communication publique, soit par fil, soit sans fil, de l'œuvre radiodiffusée, lorsque cette communication est faite par un autre organisme que celui d'origine ;
- (iii) la communication publique, par haut-parleur ou par tout autre instrument analogue transmetteur de signes, de sons ou d'images, de l'œuvre radiodiffusée.

(2) Il appartient aux législations des pays de l'Union de régler les conditions d'exercice des droits visés par l'alinéa (1) ci-dessus, mais ces conditions n'auront qu'un effet strictement limité aux pays qui les aurait établies. Elles ne pourront en aucun cas porter atteinte au droit moral de l'auteur, ni au droit qui appartient à l'auteur d'obtenir une rémunération équitable fixée, à défaut d'accord amiable, par l'autorité compétente.

(3) Sauf stipulation contraire, une autorisation accordée conformément à l'alinéa (1) du présent article n'implique pas l'autorisation d'enregistrer, au moyen d'instruments portant fixation des sons ou des images, l'œuvre radiodiffusée. Est toutefois réservé aux législations des pays de l'Union le régime des enregistrements éphémères effectués par un organisme de radiodiffusion par ses propres moyens et pour ses émissions. Ces législations pourront autoriser la conservation de ces enregistrements dans des archives officielles en raison de leur caractère exceptionnel de documentation.

Article 11^{ter}

(1) Les auteurs d'œuvres littéraires jouissent du droit exclusif d'autoriser :

- (i) la récitation publique de leurs œuvres, y compris la récitation publique par tous moyens ou procédés ;
- (ii) la transmission publique par tous moyens de la récitation de leurs œuvres.

(2) Les mêmes droits sont accordés aux auteurs d'œuvres littéraires pendant toute la durée de leurs droits sur l'œuvre originale, en ce qui concerne la traduction de leurs œuvres.

Article 12

Les auteurs d'œuvres littéraires ou artistiques jouissent du droit exclusif d'autoriser les adaptations, arrangements et autres transformations de leurs œuvres.

Article 13

(1) Chaque pays de l'Union peut, pour ce qui le concerne, établir des réserves et conditions relatives au droit exclusif de l'auteur d'une œuvre musicale et de l'auteur des paroles, dont l'enregistrement avec l'œuvre musicale a déjà été autorisé par ce dernier, d'autoriser l'enregistrement sonore de ladite œuvre musicale, avec, le cas échéant, les paroles ; mais toutes réserves et conditions de cette nature n'auront qu'un effet strictement limité au pays qui les aurait établies et ne pourront en aucun cas porter atteinte au droit qui appartient à l'auteur d'obtenir une rémunération équitable fixée, à défaut d'accord amiable, par l'autorité compétente.

(2) Les enregistrements d'œuvres musicales qui auront été réalisés dans un pays de l'Union conformément à l'article 13 (3) des Conventions signées à Rome le 2 juin 1928 et à Bruxelles le 26 juin 1948 pourront, dans ce pays, faire l'objet de reproductions sans le consentement de l'auteur de l'œuvre musicale jusqu'à l'expiration d'une période de deux années à partir de la date à laquelle ledit pays devient lié par le présent Acte.

(3) Les enregistrements faits en vertu des alinéas (1) et (2) du présent article et importés, sans autorisation des parties intéressées, dans un pays où ils ne seraient pas licites, pourront y être saisis.

(2) Authors of dramatic or dramatico-musical works shall enjoy, during the full term of their rights in the original works, the same rights with respect to translation thereof.

Article 11^{bis}

(1) Authors of literary and artistic works shall enjoy the exclusive right of authorizing:

- (i) the broadcasting of their works or the communication thereof to the public by any other means of wireless diffusion of signs, sounds or images;
- (ii) any communication to the public by wire or by rebroadcasting of the broadcast of the work, when this communication is made by an organization other than the original one;
- (iii) the public communication by loudspeaker or any other analogous instrument transmitting, by signs, sounds or images, the broadcast of the work.

(2) It shall be a matter for legislation in the countries of the Union to determine the conditions under which the rights mentioned in the preceding paragraph may be exercised, but these conditions shall apply only in the countries where they have been prescribed. They shall not in any circumstances be prejudicial to the moral rights of the author, nor to his right to obtain equitable remuneration which, in the absence of agreement, shall be fixed by competent authority.

(3) In the absence of any contrary stipulation, permission granted in accordance with paragraph (1) of this Article shall not imply permission to record, by means of instruments recording sounds or images, the work broadcast. It shall, however, be a matter for legislation in the countries of the Union to determine the regulations for ephemeral recordings made by a broadcasting organization by means of its own facilities and used for its own broadcasts. The preservation of these recordings in official archives may, on the ground of their exceptional documentary character, be authorized by such legislation.

Article 11^{ter}

(1) Authors of literary works shall enjoy the exclusive right of authorizing:

- (i) the public recitation of their works, including such public recitation by any means or process;
- (ii) any communication to the public of the recitation of their works.

(2) Authors of literary works shall enjoy, during the full term of their rights in the original works, the same rights with respect to translation thereof.

Article 12

Authors of literary or artistic works shall enjoy the exclusive right of authorizing adaptations, arrangements and other alterations of their works.

Article 13

(1) Each country of the Union may impose for itself reservations and conditions on the exclusive right granted to the author of a musical work and to the author of any words, the recording of which together with the musical work has already been authorized by the latter, to authorize the sound recording of that musical work, together with such words, if any; but all such reservations and conditions shall apply only in the countries which have imposed them and shall not, in any circumstances, be prejudicial to the rights of these authors to obtain equitable remuneration which, in the absence of agreement, shall be fixed by competent authority.

(2) Recordings of musical works made in a country of the Union in accordance with Article 13 (3) of the Conventions signed at Rome on June 2, 1928, and at Brussels on June 26, 1948, may be reproduced in that country without the permission of the author of the musical work until a date two years after that country becomes bound by this Act.

(3) Recordings made in accordance with paragraphs (1) and (2) of this Article and imported without permission from the parties concerned into a country where they are treated as infringing recordings shall be liable to seizure.

Article 14

(1) Les auteurs d'œuvres littéraires ou artistiques ont le droit exclusif d'autoriser :

- (i) l'adaptation et la reproduction cinématographiques de ces œuvres et la mise en circulation des œuvres ainsi adaptées ou reproduites ;
- (ii) la représentation et l'exécution publiques et la transmission par fil au public des œuvres ainsi adaptées ou reproduites.

(2) L'adaptation sous toute autre forme artistique des réalisations cinématographiques tirées d'œuvres littéraires ou artistiques reste soumise, sans préjudice de l'autorisation de leurs auteurs, à l'autorisation des auteurs des œuvres originales.

(3) Les dispositions de l'article 13 (1) ne sont pas applicables.

Article 14bis

(1) Sans préjudice des droits de l'auteur de toute œuvre qui pourrait avoir été adaptée ou reproduite, l'œuvre cinématographique est protégée comme une œuvre originale. Le titulaire du droit d'auteur sur l'œuvre cinématographique jouit des mêmes droits que l'auteur d'une œuvre originale, y compris les droits visés à l'article précédent.

(2) (a) La détermination des titulaires du droit d'auteur sur l'œuvre cinématographique est réservée à la législation du pays où la protection est réclamée.

(b) Toutefois, dans les pays de l'Union où la législation reconnaît parmi ces titulaires les auteurs des contributions apportées à la réalisation de l'œuvre cinématographique, ceux-ci, s'ils se sont engagés à apporter de telles contributions, ne pourront, sauf stipulation contraire ou particulière, s'opposer à la reproduction, la mise en circulation, la représentation et l'exécution publiques, la transmission par fil au public, la radiodiffusion, la communication au public, le sous-titrage et le doublage des textes, de l'œuvre cinématographique.

(c) La question de savoir si la forme de l'engagement visé ci-dessus doit, pour l'application du sous-alinéa (b) précédent, être ou non un contrat écrit ou un acte écrit équivalent est réglée par la législation du pays de l'Union où le producteur de l'œuvre cinématographique a son siège ou sa résidence habituelle. Est toutefois réservée à la législation du pays de l'Union où la protection est réclamée la faculté de prévoir que cet engagement doit être un contrat écrit ou un acte écrit équivalent. Les pays qui font usage de cette faculté devront le notifier au Directeur général par une déclaration écrite qui sera aussitôt communiquée par ce dernier à tous les autres pays de l'Union.

(d) Par « stipulation contraire ou particulière », il faut entendre toute condition restrictive dont peut être assorti ledit engagement.

(3) A moins que la législation nationale n'en décide autrement, les dispositions de l'alinéa (2) (b) ci-dessus ne sont applicables ni aux auteurs des scénarios, des dialogues et des œuvres musicales, créés pour la réalisation de l'œuvre cinématographique, ni au réalisateur principal de celle-ci. Toutefois, les pays de l'Union dont la législation ne contient pas des dispositions prévoyant l'application de l'alinéa (2) (b) précité audit réalisateur devront le notifier au Directeur général par une déclaration écrite qui sera aussitôt communiquée par ce dernier à tous les autres pays de l'Union.

Article 14ter

(1) En ce qui concerne les œuvres d'art originales et les manuscrits originaux des écrivains et compositeurs, l'auteur — ou, après sa mort, les personnes ou institutions auxquelles la législation nationale donne qualité — jouit d'un droit inaliénable à être intéressé aux opérations de vente dont l'œuvre est l'objet après la première cession opérée par l'auteur.

(2) La protection prévue à l'alinéa ci-dessus n'est exigible dans chaque pays de l'Union que si la législation nationale de l'auteur admet cette protection et dans la mesure où le permet la législation du pays où cette protection est réclamée.

(3) Les modalités et les taux de la perception sont déterminés par chaque législation nationale.

Article 14

(1) Authors of literary or artistic works shall have the exclusive right of authorizing:

- (i) the cinematographic adaptation and reproduction of these works, and the distribution of the works thus adapted or reproduced;
- (ii) the public performance and communication to the public by wire of the works thus adapted or reproduced.

(2) The adaptation into any other artistic form of a cinematographic production derived from literary or artistic works shall, without prejudice to the authorization of the author of the cinematographic production, remain subject to the authorization of the authors of the original works.

(3) The provisions of Article 13 (1) shall not apply.

Article 14bis

(1) Without prejudice to the copyright in any work which may have been adapted or reproduced, a cinematographic work shall be protected as an original work. The owner of copyright in a cinematographic work shall enjoy the same rights as the author of an original work, including the rights referred to in the preceding Article.

(2) (a) Ownership of copyright in a cinematographic work shall be a matter for legislation in the country where protection is claimed.

(b) However, in the countries of the Union which, by legislation, include among the owners of copyright in a cinematographic work authors who have brought contributions to the making of the work, such authors, if they have undertaken to bring such contributions, may not, in the absence of any contrary or special stipulation, object to the reproduction, distribution, public performance, communication to the public by wire, broadcasting or any other communication to the public, or to the subtitling or dubbing of texts, of the work.

(c) The question whether or not the form of the undertaking referred to above should, for the application of the preceding subparagraph (b), be in a written agreement or a written act of the same effect shall be a matter for the legislation of the country where the maker of the cinematographic work has his headquarters or habitual residence. However, it shall be a matter for the legislation of the country of the Union where protection is claimed to provide that the said undertaking shall be in a written agreement or a written act of the same effect. The countries whose legislation so provides shall notify the Director General by means of a written declaration, which will be immediately communicated by him to all the other countries of the Union.

(d) By "contrary or special stipulation" is meant any restrictive condition which is relevant to the aforesaid undertaking.

(3) Unless the national legislation provides to the contrary, the provisions of paragraph (2) (b) above shall not be applicable to authors of scenarios, dialogues and musical works created for the making of the cinematographic work, nor to the principal director thereof. However, those countries of the Union whose legislation does not contain rules providing for the application of the said paragraph (2) (b) to such director shall notify the Director General by means of a written declaration, which will be immediately communicated by him to all the other countries of the Union.

Article 14ter

(1) The author, or after his death the persons or institutions authorized by national legislation, shall, with respect to original works of art and original manuscripts of writers and composers, enjoy the inalienable right to an interest in any sale of the work subsequent to the first transfer by the author of the work.

(2) The protection provided by the preceding paragraph may be claimed in a country of the Union only if legislation in the country to which the author belongs so permits, and to the extent permitted by the country where this protection is claimed.

(3) The procedure for collection and the amounts shall be matters for determination by national legislation.

Article 15

(1) Pour que les auteurs des œuvres littéraires et artistiques protégés par la présente Convention soient, sauf preuve contraire, considérés comme tels et admis en conséquence devant les tribunaux des pays de l'Union à exercer des poursuites contre les contrefacteurs, il suffit que le nom soit indiqué sur l'œuvre en la manière usitée. Le présent alinéa est applicable, même si ce nom est un pseudonyme, dès lors que le pseudonyme adopté par l'auteur ne laisse aucun doute sur son identité.

(2) Est présumé producteur de l'œuvre cinématographique, sauf preuve contraire, la personne physique ou morale dont le nom est indiqué sur ladite œuvre en la manière usitée.

(3) Pour les œuvres anonymes et pour les œuvres pseudonymes autres que celles dont il est fait mention à l'alinéa (1) ci-dessus, l'éditeur dont le nom est indiqué sur l'œuvre est, sans autre preuve, réputé représenter l'auteur ; en cette qualité, il est fondé à sauvegarder et à faire valoir les droits de celui-ci. La disposition du présent alinéa cesse d'être applicable quand l'auteur a révélé son identité et justifié de sa qualité.

(4) (a) Pour les œuvres non publiées dont l'identité de l'auteur est inconnue, mais pour lesquelles il y a tout lieu de présumer que cet auteur est ressortissant d'un pays de l'Union, il est réservé à la législation de ce pays la faculté de désigner l'autorité compétente représentant cet auteur et fondée à sauvegarder et à faire valoir les droits de celui-ci dans les pays de l'Union.

(b) Les pays de l'Union qui, en vertu de cette disposition, procéderont à une telle désignation, le notifieront au Directeur général par une déclaration écrite où seront indiqués tous renseignements relatifs à l'autorité ainsi désignée. Le Directeur général communiquera aussitôt cette déclaration à tous les autres pays de l'Union.

Article 16

(1) Toute œuvre contrefaite peut être saisie dans les pays de l'Union où l'œuvre originale a droit à la protection légale.

(2) Les dispositions de l'alinéa précédent sont également applicables aux reproductions provenant d'un pays où l'œuvre n'est pas protégée ou a cessé de l'être.

(3) La saisie a lieu conformément à la législation de chaque pays.

Article 17

Les dispositions de la présente Convention ne peuvent porter préjudice, en quoi que ce soit, au droit qui appartient au Gouvernement de chacun des pays de l'Union de permettre, de surveiller ou d'interdire, par des mesures de législation ou de police intérieure, la circulation, la représentation, l'exposition de tout ouvrage ou production à l'égard desquels l'autorité compétente aurait à exercer ce droit.

Article 18

(1) La présente Convention s'applique à toutes les œuvres qui, au moment de son entrée en vigueur, ne sont pas encore tombées dans le domaine public de leur pays d'origine par l'expiration de la durée de la protection.

(2) Cependant, si une œuvre, par l'expiration de la durée de la protection qui lui était antérieurement reconnue, est tombée dans le domaine public du pays où la protection est réclamée, cette œuvre n'y sera pas protégée à nouveau.

(3) L'application de ce principe aura lieu conformément aux stipulations contenues dans les conventions spéciales existantes ou à conclure à cet effet entre pays de l'Union. A défaut de semblables stipulations, les pays respectifs régleront, chacun pour ce qui le concerne, les modalités relatives à cette application.

(4) Les dispositions qui précèdent s'appliquent également en cas de nouvelles accessions à l'Union et dans les cas où la protection serait étendue par application de l'article 7 ou par abandon de réserves.

Article 19

Les dispositions de la présente Convention n'empêchent pas de revendiquer l'application de dispositions plus larges qui seraient édictées par la législation d'un pays de l'Union.

Article 15

(1) In order that the author of a literary or artistic work protected by this Convention shall, in the absence of proof to the contrary, be regarded as such, and consequently be entitled to institute infringement proceedings in the countries of the Union, it shall be sufficient for his name to appear on the work in the usual manner. This paragraph shall be applicable even if this name is a pseudonym, where the pseudonym adopted by the author leaves no doubt as to his identity.

(2) The person or body corporate whose name appears on a cinematographic work in the usual manner shall, in the absence of proof to the contrary, be presumed to be the maker of the said work.

(3) In the case of anonymous and pseudonymous works, other than those referred to in paragraph (1) above, the publisher whose name appears on the work shall, in the absence of proof to the contrary, be deemed to represent the author, and in this capacity he shall be entitled to protect and enforce the author's rights. The provisions of this paragraph shall cease to apply when the author reveals his identity and establishes his claim to authorship of the work.

(4) (a) In the case of unpublished works where the identity of the author is unknown, but where there is every ground to presume that he is a national of a country of the Union, it shall be a matter for legislation in that country to designate the competent authority who shall represent the author and shall be entitled to protect and enforce his rights in the countries of the Union.

(b) Countries of the Union which make such designation under the terms of this provision shall notify the Director General by means of a written declaration giving full information concerning the authority thus designated. The Director General shall at once communicate this declaration to all other countries of the Union.

Article 16

(1) Infringing copies of a work shall be liable to seizure in any country of the Union where the work enjoys legal protection.

(2) The provisions of the preceding paragraph shall also apply to reproductions coming from a country where the work is not protected, or has ceased to be protected.

(3) The seizure shall take place in accordance with the legislation of each country.

Article 17

The provisions of this Convention cannot in any way affect the right of the Government of each country of the Union to permit, to control, or to prohibit by legislation or regulation, the circulation, presentation, or exhibition of any work or production in regard to which the competent authority may find it necessary to exercise that right.

Article 18

(1) This Convention shall apply to all works which, at the moment of its coming into force, have not yet fallen into the public domain in the country of origin through the expiry of the term of protection.

(2) If, however, through the expiry of the term of protection which was previously granted, a work has fallen into the public domain of the country where protection is claimed, that work shall not be protected anew.

(3) The application of this principle shall be subject to any provisions contained in special conventions to that effect existing or to be concluded between countries of the Union. In the absence of such provisions, the respective countries shall determine, each in so far as it is concerned, the conditions of application of this principle.

(4) The preceding provisions shall also apply in the case of new accessions to the Union and to cases in which protection is extended by the application of Article 7 or by the abandonment of reservations.

Article 19

The provisions of this Convention shall not preclude the making of a claim to the benefit of any greater protection which may be granted by legislation in a country of the Union.

Article 20

Les Gouvernements des pays de l'Union se réservent le droit de prendre entre eux des arrangements particuliers, en tant que ces arrangements confèreraient aux auteurs des droits plus étendus que ceux accordés par la Convention, ou qu'ils renfermeraient d'autres stipulations non contraires à la présente Convention. Les dispositions des arrangements existants qui répondent aux conditions précitées restent applicables.

Article 21

(1) Des dispositions particulières concernant les pays en voie de développement figurent dans un protocole intitulé « Protocole relatif aux pays en voie de développement ».

(2) Sous réserve des dispositions de l'article 28 (1) (b) (i) et (c), le Protocole relatif aux pays en voie de développement forme partie intégrante du présent Acte.

Article 22

(1) (a) L'Union a une Assemblée composée des pays de l'Union liés par les articles 22 à 26.

(b) Le Gouvernement de chaque pays est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

(c) Les dépenses de chaque délégation sont supportées par le Gouvernement qui l'a désignée.

(2) (a) L'Assemblée :

(i) traite de toutes les questions concernant le maintien et le développement de l'Union et l'application de la présente Convention ;

(ii) donne au Bureau international de la propriété intellectuelle (ci-après dénommé « le Bureau international ») visé dans la Convention instituant l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle (ci-après dénommée « l'Organisation ») des directives concernant la préparation des conférences de révision, compte étant dûment tenu des observations des pays de l'Union qui ne sont pas liés par les articles 22 à 26 ;

(iii) examine et approuve les rapports et les activités du Directeur général de l'Organisation relatifs à l'Union et lui donne toutes directives utiles concernant les questions de la compétence de l'Union ;

(iv) élit les membres du Comité exécutif de l'Assemblée ;

(v) examine et approuve les rapports et les activités de son Comité exécutif et lui donne des directives ;

(vi) arrête le programme, adopte le budget triennal de l'Union et approuve ses comptes de clôture ;

(vii) adopte le règlement financier de l'Union ;

(viii) crée les comités d'experts et groupes de travail qu'elle juge utiles à la réalisation des objectifs de l'Union ;

(ix) décide quels sont les pays non membres de l'Union et quelles sont les organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales qui peuvent être admis à ses réunions en qualité d'observateurs ;

(x) adopte les modifications des articles 22 à 26 ;

(xi) entreprend toute autre action appropriée en vue d'atteindre les objectifs de l'Union ;

(xii) s'acquitte de toutes autres tâches qu'implique la présente Convention ;

(xiii) exerce, sous réserve qu'elle les accepte, les droits qui lui sont conférés par la Convention instituant l'Organisation.

(b) Sur les questions qui intéressent également d'autres Unions administrées par l'Organisation, l'Assemblée statue connaissance prise de l'avis du Comité de coordination de l'Organisation.

(3) (a) Chaque pays membre de l'Assemblée dispose d'une voix.

(b) La moitié des pays membres de l'Assemblée constitue le quorum.

(c) Nonobstant les dispositions du sous-alinéa (b), si, lors d'une session, le nombre des pays représentés est inférieur à la moitié mais égal ou supérieur au tiers des pays membres de l'Assemblée, celle-ci peut prendre des décisions ; toutefois, les décisions de l'Assemblée, à l'exception de celles qui concer-

Article 20

The Governments of the countries of the Union reserve the right to enter into special agreements among themselves, in so far as such agreements grant to authors more extensive rights than those granted by the Convention, or contain other provisions not contrary to this Convention. The provisions of existing agreements which satisfy these conditions shall remain applicable.

Article 21

(1) Special provisions regarding developing countries are included in a protocol entitled "Protocol Regarding Developing Countries".

(2) Subject to the provisions of Article 28 (1) (b) (i) and (c), the Protocol Regarding Developing Countries forms an integral part of the present Act.

Article 22

(1) (a) The Union shall have an Assembly consisting of those countries of the Union which are bound by Articles 22 to 26.

(b) The Government of each country shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(c) The expenses of each delegation shall be borne by the Government which has appointed it.

(2) (a) The Assembly shall :

(i) deal with all matters concerning the maintenance and development of the Union and the implementation of this Convention ;

(ii) give directions concerning the preparation for conferences of revision to the International Bureau of Intellectual Property (hereinafter designated as "the International Bureau") referred to in the Convention establishing the World Intellectual Property Organization (hereinafter designated as "the Organization"), due account being taken of any comments made by those countries of the Union which are not bound by Articles 22 to 26 ;

(iii) review and approve the reports and activities of the Director General of the Organization concerning the Union, and give him all necessary instructions concerning matters within the competence of the Union ;

(iv) elect the members of the Executive Committee of the Assembly ;

(v) review and approve the reports and activities of its Executive Committee, and give instructions to such Committee ;

(vi) determine the program and adopt the triennial budget of the Union, and approve its final accounts ;

(vii) adopt the financial regulations of the Union ;

(viii) establish such committees of experts and working groups as may be necessary for the work of the Union ;

(ix) determine which countries not members of the Union and which intergovernmental and international non-governmental organizations shall be admitted to its meetings as observers ;

(x) adopt amendments to Articles 22 to 26 ;

(xi) take any other appropriate action designed to further the objectives of the Union ;

(xii) exercise such other functions as are appropriate under this Convention ;

(xiii) subject to its acceptance, exercise such rights as are given to it in the Convention establishing the Organization.

(b) With respect to matters which are of interest also to other Unions administered by the Organization, the Assembly shall make its decisions after having heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(3) (a) Each country member of the Assembly shall have one vote.

(b) One-half of the countries members of the Assembly shall constitute a quorum.

(c) Notwithstanding the provisions of subparagraph (b), if, in any session, the number of countries represented is less than one-half but equal to or more than one-third of the countries members of the Assembly, the Assembly may make decisions but, with the exception of decisions concerning its

nent sa procédure, ne deviennent exécutoires que lorsque les conditions énoncées ci-après sont remplies. Le Bureau international communique lesdites décisions aux pays membres de l'Assemblée qui n'étaient pas représentés, en les invitant à exprimer par écrit, dans un délai de trois mois à compter de la date de ladite communication, leur vote ou leur abstention. Si, à l'expiration de ce délai, le nombre des pays ayant ainsi exprimé leur vote ou leur abstention est au moins égal au nombre de pays qui faisait défaut pour que le quorum fût atteint lors de la session, lesdites décisions deviennent exécutoires, pourvu qu'en même temps la majorité nécessaire reste acquise.

(d) Sous réserve des dispositions de l'article 26 (2), les décisions de l'Assemblée sont prises à la majorité des deux tiers des votes exprimés.

(e) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

(f) Un délégué ne peut représenter qu'un seul pays et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.

(g) Les pays de l'Union qui ne sont pas membres de l'Assemblée sont admis à ses réunions en qualité d'observateurs.

(4) (a) L'Assemblée se réunit une fois tous les trois ans en session ordinaire, sur convocation du Directeur général et, sauf cas exceptionnels, pendant la même période et au même lieu que l'Assemblée générale de l'Organisation.

(b) L'Assemblée se réunit en session extraordinaire sur convocation adressée par le Directeur général, à la demande du Comité exécutif ou à la demande d'un quart des pays membres de l'Assemblée.

(5) L'Assemblée adopte son règlement intérieur.

Article 23

(1) L'Assemblée a un Comité exécutif.

(2) (a) Le Comité exécutif est composé des pays élus par l'Assemblée parmi les pays membres de celle-ci. En outre, le pays sur le territoire duquel l'Organisation a son siège dispose, *ex officio*, d'un siège au Comité, sous réserve des dispositions de l'article 25 (7) (b).

(b) Le Gouvernement de chaque pays membre du Comité exécutif est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

(c) Les dépenses de chaque délégation sont supportées par le Gouvernement qui l'a désignée.

(3) Le nombre des pays membres du Comité exécutif correspond au quart du nombre des pays membres de l'Assemblée. Dans le calcul des sièges à pourvoir, le reste subsistant après la division par quatre n'est pas pris en considération.

(4) Lors de l'élection des membres du Comité exécutif, l'Assemblée tient compte d'une répartition géographique équitable et de la nécessité pour les pays parties aux Arrangements particuliers qui pourraient être établis en relation avec l'Union d'être parmi les pays constituant le Comité exécutif.

(5) (a) Les membres du Comité exécutif restent en fonctions à partir de la clôture de la session de l'Assemblée au cours de laquelle ils ont été élus jusqu'au terme de la session ordinaire suivante de l'Assemblée.

(b) Les membres du Comité exécutif sont rééligibles dans la limite maximale des deux tiers d'entre eux.

(c) L'Assemblée régit les modalités de l'élection et de la réélection éventuelle des membres du Comité exécutif.

(6) (a) Le Comité exécutif :

- (i) prépare le projet d'ordre du jour de l'Assemblée ;
- (ii) soumet à l'Assemblée des propositions relatives aux projets de programme et de budget triennal de l'Union préparés par le Directeur général ;
- (iii) se prononce, dans les limites du programme et du budget triennal, sur les programmes et budgets annuels préparés par le Directeur général ;
- (iv) soumet à l'Assemblée, avec les commentaires appropriés, les rapports périodiques du Directeur général et les rapports annuels de vérification des comptes ;
- (v) prend toutes mesures utiles en vue de l'exécution du programme de l'Union par le Directeur général, confor-

own procedure, all such decisions shall take effect only if the following conditions are fulfilled. The International Bureau shall communicate the said decisions to the countries members of the Assembly which were not represented and shall invite them to express in writing their vote or abstention within a period of three months from the date of the communication. If, at the expiration of this period, the number of countries having thus expressed their vote or abstention attains the number of countries which was lacking for attaining the quorum in the session itself, such decisions shall take effect provided that at the same time the required majority still obtains.

(d) Subject to the provisions of Article 26 (2), the decisions of the Assembly shall require two-thirds of the votes cast.

(e) Abstentions shall not be considered as votes.

(f) A delegate may represent, and vote in the name of, one country only.

(g) Countries of the Union not members of the Assembly shall be admitted to its meetings as observers.

(4) (a) The Assembly shall meet once in every third calendar year in ordinary session upon convocation by the Director General and, in the absence of exceptional circumstances, during the same period and at the same place as the General Assembly of the Organization.

(b) The Assembly shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, at the request of the Executive Committee or at the request of one-fourth of the countries members of the Assembly.

(5) The Assembly shall adopt its own rules of procedure.

Article 23

(1) The Assembly shall have an Executive Committee.

(2) (a) The Executive Committee shall consist of countries elected by the Assembly from among countries members of the Assembly. Furthermore, the country on whose territory the Organization has its headquarters shall, subject to the provisions of Article 25 (7) (b), have an *ex officio* seat on the Committee.

(b) The Government of each country member of the Executive Committee shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(c) The expenses of each delegation shall be borne by the Government which has appointed it.

(3) The number of countries members of the Executive Committee shall correspond to one-fourth of the number of countries members of the Assembly. In establishing the number of seats to be filled, remainders after division by four shall be disregarded.

(4) In electing the members of the Executive Committee, the Assembly shall have due regard to an equitable geographical distribution and to the need for countries party to the Special Agreements which might be established in relation with the Union to be among the countries constituting the Executive Committee.

(5) (a) Each member of the Executive Committee shall serve from the close of the session of the Assembly which elected it to the close of the next ordinary session of the Assembly.

(b) Members of the Executive Committee may be re-elected, but not more than two-thirds of them.

(c) The Assembly shall establish the details of the rules governing the election and possible re-election of the members of the Executive Committee.

(6) (a) The Executive Committee shall:

- (i) prepare the draft agenda of the Assembly;
- (ii) submit proposals to the Assembly respecting the draft program and triennial budget of the Union prepared by the Director General;
- (iii) approve, within the limits of the program and the triennial budget, the specific yearly budgets and programs prepared by the Director General;
- (iv) submit, with appropriate comments, to the Assembly the periodical reports of the Director General and the yearly audit reports on the accounts;
- (v) in accordance with the decisions of the Assembly and having regard to circumstances arising between two

mément aux décisions de l'Assemblée et en tenant compte des circonstances survenant entre deux sessions ordinaires de ladite Assemblée ;

(vi) s'acquitte de toutes autres tâches qui lui sont attribuées dans le cadre de la présente Convention.

(b) Sur les questions qui intéressent également d'autres Unions administrées par l'Organisation, le Comité exécutif statue connaissance prise de l'avis du Comité de coordination de l'Organisation.

(7) (a) Le Comité exécutif se réunit une fois par an en session ordinaire, sur convocation du Directeur général, autant que possible pendant la même période et au même lieu que le Comité de coordination de l'Organisation.

(b) Le Comité exécutif se réunit en session extraordinaire sur convocation adressée par le Directeur général, soit à l'initiative de celui-ci, soit à la demande de son président ou d'un quart de ses membres.

(8) (a) Chaque pays membre du Comité exécutif dispose d'une voix.

(b) La moitié des pays membres du Comité exécutif constitue le quorum.

(c) Les décisions sont prises à la majorité simple des votes exprimés.

(d) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

(e) Un délégué ne peut représenter qu'un seul pays et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.

(9) Les pays de l'Union qui ne sont pas membres du Comité exécutif sont admis à ses réunions en qualité d'observateurs.

(10) Le Comité exécutif adopte son règlement intérieur.

Article 24

(1) (a) Les tâches administratives incombant à l'Union sont assurées par le Bureau international, qui succède au Bureau de l'Union réuni avec le Bureau de l'Union institué par la Convention internationale pour la protection de la propriété industrielle.

(b) Le Bureau international assure notamment le secrétariat des divers organes de l'Union.

(c) Le Directeur général de l'Organisation est le plus haut fonctionnaire de l'Union et la représente.

(2) Le Bureau international rassemble et publie les informations concernant la protection du droit d'auteur. Chaque pays de l'Union communique aussitôt que possible au Bureau international le texte de toute nouvelle loi ainsi que tous textes officiels concernant la protection du droit d'auteur.

(3) Le Bureau international publie un périodique mensuel.

(4) Le Bureau international fournit à tout pays de l'Union, sur sa demande, des renseignements sur les questions relatives à la protection du droit d'auteur.

(5) Le Bureau international procède à des études et fournit des services destinés à faciliter la protection du droit d'auteur.

(6) Le Directeur général et tout membre du personnel désigné par lui prennent part, sans droit de vote, à toutes les réunions de l'Assemblée, du Comité exécutif et de tout autre comité d'experts ou groupe de travail. Le Directeur général ou un membre du personnel désigné par lui est d'office secrétaire de ces organes.

(7) (a) Le Bureau international, selon les directives de l'Assemblée et en coopération avec le Comité exécutif, prépare les conférences de révision des dispositions de la Convention autres que les articles 22 à 26.

(b) Le Bureau international peut consulter des organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales sur la préparation des conférences de révision.

(c) Le Directeur général et les personnes désignées par lui prennent part, sans droit de vote, aux délibérations dans ces conférences.

(8) Le Bureau international exécute toutes autres tâches qui lui sont attribuées.

ordinary sessions of the Assembly, take all necessary measures to ensure the execution of the program of the Union by the Director General;

(vi) perform such other functions as are allocated to it under this Convention.

(b) With respect to matters which are of interest also to other Unions administered by the Organization, the Executive Committee shall make its decisions after having heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(7) (a) The Executive Committee shall meet once a year in ordinary session upon convocation by the Director General, preferably during the same period and at the same place as the Coordination Committee of the Organization.

(b) The Executive Committee shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, either on his own initiative, or at the request of its Chairman or one-fourth of its members.

(8) (a) Each country member of the Executive Committee shall have one vote.

(b) One-half of the members of the Executive Committee shall constitute a quorum.

(c) Decisions shall be made by a simple majority of the votes cast.

(d) Abstentions shall not be considered as votes.

(e) A delegate may represent, and vote in the name of, one country only.

(9) Countries of the Union not members of the Executive Committee shall be admitted to its meetings as observers.

(10) The Executive Committee shall adopt its own rules of procedure.

Article 24

(1) (a) The administrative tasks with respect to the Union shall be performed by the International Bureau, which is a continuation of the Bureau of the Union united with the Bureau of the Union established by the International Convention for the Protection of Industrial Property.

(b) In particular, the International Bureau shall provide the secretariat of the various organs of the Union.

(c) The Director General of the Organization shall be the chief executive of the Union and shall represent the Union.

(2) The International Bureau shall assemble and publish information concerning the protection of copyright. Each country of the Union shall promptly communicate to the International Bureau all new laws and official texts concerning the protection of copyright.

(3) The International Bureau shall publish a monthly periodical.

(4) The International Bureau shall, on request, furnish information to any country of the Union on matters concerning the protection of copyright.

(5) The International Bureau shall conduct studies, and shall provide services, designed to facilitate the protection of copyright.

(6) The Director General and any staff member designated by him shall participate, without the right to vote, in all meetings of the Assembly, the Executive Committee, and any other committee of experts or working group. The Director General, or a staff member designated by him, shall be *ex officio* secretary of these bodies.

(7) (a) The International Bureau shall, in accordance with the directions of the Assembly and in cooperation with the Executive Committee, make the preparations for the conferences of revision of the provisions of the Convention other than Articles 22 to 26.

(b) The International Bureau may consult with intergovernmental and international non-governmental organizations concerning preparations for conferences of revision.

(c) The Director General and persons designated by him shall take part, without the right to vote, in the discussions at these conferences.

(8) The International Bureau shall carry out any other tasks assigned to it.

Article 25

(1) (a) L'Union a un budget.

(b) Le budget de l'Union comprend les recettes et les dépenses propres à l'Union, sa contribution au budget des dépenses communes aux Unions, ainsi que, le cas échéant, la somme mise à la disposition du budget de la Conférence de l'Organisation.

(c) Sont considérées comme dépenses communes aux Unions les dépenses qui ne sont pas attribuées exclusivement à l'Union mais également à une ou plusieurs autres Unions administrées par l'Organisation. La part de l'Union dans ces dépenses communes est proportionnelle à l'intérêt que ces dépenses présentent pour elle.

(2) Le budget de l'Union est arrêté compte tenu des exigences de coordination avec les budgets des autres Unions administrées par l'Organisation.

(3) Le budget de l'Union est financé par les ressources suivantes :

- (i) les contributions des pays de l'Union ;
- (ii) les taxes et sommes dues pour les services rendus par le Bureau international au titre de l'Union ;
- (iii) le produit de la vente des publications du Bureau international concernant l'Union et les droits afférents à ces publications ;
- (iv) les dons, legs et subventions ;
- (v) les loyers, intérêts et autres revenus divers.

(4) (a) Pour déterminer sa part contributive dans le budget, chaque pays de l'Union est rangé dans une classe et paie ses contributions annuelles sur la base d'un nombre d'unités fixé comme suit :

Classe I	25
Classe II	20
Classe III	15
Classe IV	10
Classe V	5
Classe VI	3
Classe VII	1

(b) A moins qu'il ne l'ait fait précédemment, chaque pays indique, au moment du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, la classe dans laquelle il désire être rangé. Il peut changer de classe. S'il choisit une classe inférieure, le pays doit en faire part à l'Assemblée lors d'une de ses sessions ordinaires. Un tel changement prend effet au début de l'année civile suivant ladite session.

(c) La contribution annuelle de chaque pays consiste en un montant dont le rapport à la somme totale des contributions annuelles au budget de l'Union de tous les pays est le même que le rapport entre le nombre des unités de la classe dans laquelle il est rangé et le nombre total des unités de l'ensemble des pays.

(d) Les contributions sont dues au premier janvier de chaque année.

(e) Un pays en retard dans le paiement de ses contributions ne peut exercer son droit de vote, dans aucun des organes de l'Union dont il est membre, si le montant de son arriéré est égal ou supérieur à celui des contributions dont il est redevable pour les deux années complètes écoulées. Cependant, un tel pays peut être autorisé à conserver l'exercice de son droit de vote au sein dudit organe aussi longtemps que ce dernier estime que le retard résulte de circonstances exceptionnelles et inévitables.

(f) Dans le cas où le budget n'est pas adopté avant le début d'un nouvel exercice, le budget de l'année précédente est reconduit selon les modalités prévues par le règlement financier.

(5) Le montant des taxes et sommes dues pour des services rendus par le Bureau international au titre de l'Union est fixé par le Directeur général, qui en fait rapport à l'Assemblée et au Comité exécutif.

(6) (a) L'Union possède un fonds de roulement constitué par un versement unique effectué par chaque pays de l'Union. Si le fonds devient insuffisant, l'Assemblée décide de son augmentation.

(b) Le montant du versement initial de chaque pays au fonds précité ou de sa participation à l'augmentation de celui-ci est proportionnel à la contribution de ce pays pour l'année au cours de laquelle le fonds est constitué ou l'augmentation décidée.

Article 25

(1) (a) The Union shall have a budget.

(b) The budget of the Union shall include the income and expenses proper to the Union, its contribution to the budget of expenses common to the Unions, and, where applicable, the sum made available to the budget of the Conference of the Organization.

(c) Expenses not attributable exclusively to the Union but also to one or more other Unions administered by the Organization shall be considered as expenses common to the Unions. The share of the Union in such common expenses shall be in proportion to the interest the Union has in them.

(2) The budget of the Union shall be established with due regard to the requirements of coordination with the budgets of the other Unions administered by the Organization.

(3) The budget of the Union shall be financed from the following sources:

- (i) contributions of the countries of the Union;
- (ii) fees and charges due for services performed by the International Bureau in relation to the Union;
- (iii) sale of, or royalties on, the publications of the International Bureau concerning the Union;

(iv) gifts, bequests, and subventions;

(v) rents, interests, and other miscellaneous income.

(4) (a) For the purpose of establishing its contribution towards the budget, each country of the Union shall belong to a class, and shall pay its annual contributions on the basis of a number of units fixed as follows:

Class I	25
Class II	20
Class III	15
Class IV	10
Class V	5
Class VI	3
Class VII	1

(b) Unless it has already done so, each country shall indicate, concurrently with depositing its instrument of ratification or accession, the class to which it wishes to belong. Any country may change class. If it chooses a lower class, the country must announce it to the Assembly at one of its ordinary sessions. Any such change shall take effect at the beginning of the calendar year following the session.

(c) The annual contribution of each country shall be an amount in the same proportion to the total sum to be contributed to the annual budget of the Union by all countries as the number of its units is to the total of the units of all contributing countries.

(d) Contributions shall become due on the first of January of each year.

(e) A country which is in arrears in the payment of its contributions shall have no vote in any of the organs of the Union of which it is a member if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years. However, any organ of the Union may allow such a country to continue to exercise its vote in that organ if, and as long as, it is satisfied that the delay in payment is due to exceptional and unavoidable circumstances.

(f) If the budget is not adopted before the beginning of a new financial period, it shall be at the same level as the budget of the previous year, in accordance with the financial regulations.

(5) The amount of the fees and charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Union shall be established, and shall be reported to the Assembly and the Executive Committee, by the Director General.

(6) (a) The Union shall have a working capital fund which shall be constituted by a single payment made by each country of the Union. If the fund becomes insufficient, an increase shall be decided by the Assembly.

(b) The amount of the initial payment of each country to the said fund or of its participation in the increase thereof shall be a proportion of the contribution of that country for the year in which the fund is established or the increase decided.

(c) La proportion et les modalités de versement sont arrêtées par l'Assemblée, sur proposition du Directeur général et après avis du Comité de coordination de l'Organisation.

(7) (a) L'Accord de siège conclu avec le pays sur le territoire duquel l'Organisation a son siège prévoit que, si le fonds de roulement est insuffisant, ce pays accorde des avances. Le montant de ces avances et les conditions dans lesquelles elles sont accordées font l'objet, dans chaque cas, d'accords séparés entre le pays en cause et l'Organisation. Aussi longtemps qu'il est tenu d'accorder des avances, ce pays dispose *ex officio* d'un siège au Comité exécutif.

(b) Le pays visé au sous-alinéa (a) et l'Organisation ont chacun le droit de dénoncer l'engagement d'accorder des avances moyennant notification par écrit. La dénonciation prend effet trois ans après la fin de l'année au cours de laquelle elle a été notifiée.

(8) La vérification des comptes est assurée, selon les modalités prévues par le règlement financier, par un ou plusieurs pays de l'Union ou par des contrôleurs extérieurs, qui sont, avec leur consentement, désignés par l'Assemblée.

Article 26

(1) Des propositions de modification des articles 22, 23, 24, 25 et du présent article peuvent être présentées par tout pays membre de l'Assemblée, par le Comité exécutif ou par le Directeur général. Ces propositions sont communiquées par ce dernier aux pays membres de l'Assemblée six mois au moins avant d'être soumises à l'examen de l'Assemblée.

(2) Toute modification des articles visés à l'alinéa (1) est adoptée par l'Assemblée. L'adoption requiert les trois quarts des votes exprimés; toutefois, toute modification de l'article 22 et du présent alinéa requiert les quatre cinquièmes des votes exprimés.

(3) Toute modification des articles visés à l'alinéa (1) entre en vigueur un mois après la réception par le Directeur général des notifications écrites d'acceptation, effectuée en conformité avec leurs règles constitutionnelles respectives, de la part des trois quarts des pays qui étaient membres de l'Assemblée au moment où la modification a été adoptée. Toute modification desdits articles ainsi acceptée lie tous les pays qui sont membres de l'Assemblée au moment où la modification entre en vigueur ou qui en deviennent membres à une date ultérieure; toutefois, toute modification qui augmente les obligations financières des pays de l'Union ne lie que ceux d'entre eux qui ont notifié leur acceptation de ladite modification.

Article 27

(1) La présente Convention sera soumise à des révisions en vue d'y introduire les améliorations de nature à perfectionner le système de l'Union.

(2) A cet effet, des conférences auront lieu, successivement, dans l'un des pays de l'Union, entre les délégués desdits pays.

(3) Sous réserve des dispositions de l'article 26 applicables à la modification des articles 22 à 26, toute révision de la présente Convention, y compris le Protocole relatif aux pays en voie de développement, requiert l'unanimité des votes exprimés.

Article 28

(1) (a) Chacun des pays de l'Union qui a signé le présent Acte peut le ratifier et, s'il ne l'a pas signé, peut y adhérer. Les instruments de ratification et d'adhésion sont déposés auprès du Directeur général.

(b) Chacun des pays de l'Union peut déclarer, dans son instrument de ratification ou d'adhésion, que sa ratification ou son adhésion n'est pas applicable:

- (i) aux articles 1 à 21 et au Protocole relatif aux pays en voie de développement, ou
- (ii) aux articles 22 à 26.

(c) Si un pays de l'Union a déjà séparément accepté le Protocole relatif aux pays en voie de développement conformément à l'article 5 dudit Protocole, sa déclaration faite selon

(c) The proportion and the terms of payment shall be fixed by the Assembly on the proposal of the Director General and after it has heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(7) (a) In the headquarters agreement concluded with the country on the territory of which the Organization has its headquarters, it shall be provided that, whenever the working they are granted shall be the subject of separate agreements, capital fund is insufficient, such country shall grant advances. The amount of these advances and the conditions on which they are granted shall be the subject of separate agreements, in each case, between such country and the Organization. As long as it remains under the obligation to grant advances, such country shall have an *ex officio* seat on the Executive Committee.

(b) The country referred to in subparagraph (a) and the Organization shall each have the right to denounce the obligation to grant advances, by written notification. Denunciation shall take effect three years after the end of the year in which it has been notified.

(8) The auditing of the accounts shall be effected by one or more of the countries of the Union or by external auditors, as provided in the financial regulations. They shall be designated, with their agreement, by the Assembly.

Article 26

(1) Proposals for the amendment of Articles 22, 23, 24, 25, and the present Article, may be initiated by any country member of the Assembly, by the Executive Committee, or by the Director General. Such proposals shall be communicated by the Director General to the member countries of the Assembly at least six months in advance of their consideration by the Assembly.

(2) Amendments to the Articles referred to in paragraph (1) shall be adopted by the Assembly. Adoption shall require three-fourths of the votes cast, provided that any amendment of Article 22, and of the present paragraph, shall require four-fifths of the votes cast.

(3) Any amendment to the Articles referred to in paragraph (1) shall enter into force one month after written notifications of acceptance, effected in accordance with their respective constitutional processes, have been received by the Director General from three-fourths of the countries members of the Assembly at the time it adopted the amendment. Any amendment to the said Articles thus accepted shall bind all the countries which are members of the Assembly at the time the amendment enters into force, or which become members thereof at a subsequent date, provided that any amendment increasing the financial obligations of countries of the Union shall bind only those countries which have notified their acceptance of such amendment.

Article 27

(1) This Convention shall be submitted to revision with a view to the introduction of amendments designed to improve the system of the Union.

(2) For this purpose, conferences shall be held successively in one of the countries of the Union among the delegates of the said countries.

(3) Subject to the provisions of Article 26 which apply to the amendment of Articles 22 to 26, any revision of this Convention, including the Protocol Regarding Developing Countries, shall require the unanimity of the votes cast.

Article 28

(1) (a) Any country of the Union which has signed this Act may ratify it, and, if it has not signed it, may accede to it. Instruments of ratification and accession shall be deposited with the Director General.

(b) Any country of the Union may declare in its instrument of ratification or accession that its ratification or accession shall not apply:

- (i) to Articles 1 to 21 and the Protocol Regarding Developing Countries, or
- (ii) to Articles 22 to 26.

(c) If a country of the Union has already separately accepted the Protocol Regarding Developing Countries in accordance with Article 5 of such Protocol, its declaration

le point (i) du sous-alinéa précédent ne peut se rapporter qu'aux articles 1 à 20.

(d) Chacun des pays de l'Union qui, conformément aux sous-alinéas (b) et (c), a exclu des effets de sa ratification ou de son adhésion l'un des deux groupes de dispositions visés dans lesdits sous-alinéa peut, à tout moment ultérieur, déclarer qu'il étend les effets de sa ratification ou de son adhésion à ce groupe de dispositions. Une telle déclaration est déposée auprès du Directeur général.

(2) (a) Sous réserve des dispositions de l'article 5 du Protocole relatif aux pays en voie de développement, les articles 1 à 21 et ledit Protocole entrent en vigueur, à l'égard des cinq premiers pays de l'Union qui ont déposé des instruments de ratification ou d'adhésion sans faire une déclaration comme le permet l'alinéa (1) (b) (i), trois mois après le dépôt du cinquième de ces instruments de ratification ou d'adhésion.

(b) Les articles 22 à 26 entrent en vigueur, à l'égard des sept premiers pays de l'Union qui ont déposé des instruments de ratification ou d'adhésion sans faire une déclaration comme le permet l'alinéa (1) (b) (ii), trois mois après le dépôt du septième de ces instruments de ratification ou d'adhésion.

(c) Sous réserve de l'entrée en vigueur initiale, conformément aux dispositions des sous-alinéas (a) et (b), de chacun des deux groupes de dispositions visés à l'alinéa (1) (b) (i) et (ii), et sous réserve des dispositions de l'alinéa (1) (b), les articles 1 à 26 et le Protocole relatif aux pays en voie de développement entrent en vigueur à l'égard de tout pays de l'Union, autre que ceux visés aux sous-alinéas (a) et (b), qui dépose un instrument de ratification ou d'adhésion, ainsi qu'à l'égard de tout pays de l'Union qui dépose une déclaration en application de l'alinéa (1) (d), trois mois après la date de la notification, par le Directeur général, d'un tel dépôt, à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée dans l'instrument ou la déclaration déposée. Dans ce dernier cas, le présent Acte entre en vigueur à l'égard de ce pays à la date ainsi indiquée.

(d) L'application du Protocole relatif aux pays en voie de développement selon les termes de son article 5 est admise, avant l'entrée en vigueur du présent Acte, dès sa signature.

(3) A l'égard de chaque pays de l'Union qui dépose un instrument de ratification ou d'adhésion, les articles 27 à 38 entrent en vigueur à la première date à laquelle l'un quelconque des groupes de dispositions visés à l'alinéa (1) (b) entre en vigueur à l'égard de ce pays conformément à l'alinéa (2) (a), (b) ou (c).

Article 29

(1) Tout pays étranger à l'Union peut adhérer au présent Acte et devenir, de ce fait, membre de l'Union. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Directeur général.

(2) (a) A l'égard de tout pays étranger à l'Union qui a déposé son instrument d'adhésion un mois ou plus avant la date d'entrée en vigueur des dispositions du présent Acte, celui-ci entre en vigueur à la date à laquelle les dispositions sont entrées en vigueur pour la première fois en application de l'article 28 (2) (a) ou (b), à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée dans l'instrument d'adhésion; toutefois:

(i) si les articles 1 à 21 ne sont pas entrés en vigueur à cette date, un tel pays sera lié, durant la période intérimaire avant l'entrée en vigueur de ces dispositions, et en remplacement de celles-ci, par les articles 1 à 20 de l'Acte de Bruxelles;

(ii) si les articles 22 à 26 ne sont pas entrés en vigueur à cette date, un tel pays sera lié, durant la période intérimaire avant l'entrée en vigueur de ces dispositions, et en remplacement de celles-ci, par les articles 21 à 24 de l'Acte de Bruxelles.

Si un pays indique une date postérieure dans son instrument d'adhésion, le présent Acte entre en vigueur à l'égard de ce pays à la date ainsi indiquée.

(b) A l'égard de tout pays étranger à l'Union qui a déposé son instrument d'adhésion à une date postérieure à l'entrée en vigueur d'un seul groupe de dispositions du présent Acte ou à une date qui la précède de moins d'un mois, le présent Acte entre en vigueur, sous réserve de ce qui est prévu au sous-alinéa (a), trois mois après la date à laquelle son adhésion a été notifiée par le Directeur général, à moins qu'une date pos-

under item (i) of the preceding subparagraph may relate only to Articles 1 to 20.

(d) Any country of the Union which, in accordance with subparagraphs (b) and (c), has excluded from the effects of its ratification or accession one of the two groups of provisions referred to in those subparagraphs may at any later time declare that it extends the effects of its ratification or accession to that group of provisions. Such declaration shall be deposited with the Director General.

(2) (a) Subject to the provisions of Article 5 of the Protocol Regarding Developing Countries, Articles 1 to 21 and the said Protocol shall enter into force, with respect to the first five countries of the Union which have deposited instruments of ratification or accession without making the declaration permitted by paragraph (1) (b) (i), three months after the deposit of the fifth such instrument of ratification or accession.

(b) Articles 22 to 26 shall enter into force, with respect to the first seven countries of the Union which have deposited instruments of ratification or accession without making the declaration permitted by paragraph (1) (b) (ii), three months after the deposit of the seventh such instrument of ratification or accession.

(c) Subject to the initial entry into force, pursuant to the provisions of subparagraphs (a) and (b), of each of the two groups of provisions referred to in paragraph (1) (b) (i) and (ii), and subject to the provisions of paragraph (1) (b), Articles 1 to 26 and the Protocol Regarding Developing Countries shall, with respect to any country of the Union, other than those referred to in subparagraphs (a) and (b), which deposits an instrument of ratification or accession or any country of the Union which deposits a declaration pursuant to paragraph (1) (d), enter into force three months after the date of notification by the Director General of such deposit, unless a subsequent date has been indicated in the instrument or declaration deposited. In the latter case, this Act shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

(d) The Protocol Regarding Developing Countries may be applied, pursuant to Article 5 thereof, prior to the entry into force of this Act, from the date of its signature.

(3) With respect to any country of the Union which deposits an instrument of ratification or accession, Articles 27 to 38 shall enter into force on the earlier of the dates on which any of the groups of provisions referred to in paragraph (1) (b) enters into force with respect to that country pursuant to paragraph (2) (a), (b) or (c).

Article 29

(1) Any country outside the Union may accede to this Act and thereby become a member of the Union. Instruments of accession shall be deposited with the Director General.

(2) (a) With respect to any country outside the Union which deposits its instrument of accession one month or more before the date of entry into force of any provisions of the present Act, this Act shall enter into force, unless a subsequent date has been indicated in the instrument of accession, on the date upon which provisions first enter into force pursuant to Article 28 (2) (a) or (b); provided that:

(i) if Articles 1 to 21 do not enter into force on that date, such country shall, during the interim period before the entry into force of such provisions, and in substitution thereof, be bound by Articles 1 to 20 of the Brussels Act;

(ii) if Articles 22 to 26 do not enter into force on that date, such country shall, during the interim period before the entry into force of such provisions, and in substitution thereof, be bound by Articles 21 to 24 of the Brussels Act.

If a country indicates a subsequent date in its instrument of accession, this Act shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

(b) With respect to any country outside the Union which deposits its instrument of accession on a date which is subsequent to, or precedes by less than one month, the entry into force of one group of provisions of the present Act, this Act shall, subject to the provision of subparagraph (a), enter into force three months after the date on which its accession has been notified by the Director General, unless a sub-

térieure n'ait été indiquée dans l'instrument d'adhésion. Dans ce dernier cas, le présent Acte entre en vigueur à l'égard de ce pays à la date ainsi indiquée.

(3) A l'égard de tout pays étranger à l'Union qui a déposé son instrument d'adhésion après la date d'entrée en vigueur du présent Acte dans sa totalité, ou moins d'un mois avant cette date, le présent Acte entre en vigueur trois mois après la date à laquelle son adhésion a été notifiée par le Directeur général, à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée dans l'instrument d'adhésion. Dans ce dernier cas, le présent Acte entre en vigueur à l'égard de ce pays à la date ainsi indiquée.

Article 30

(1) Sous réserve des exceptions possibles prévues à l'alinéa suivant et aux articles 28 (1) (b) et 33 (2), ainsi que dans le Protocole relatif aux pays en voie de développement, la ratification ou l'adhésion emporte de plein droit accession à toutes les clauses et admission à tous les avantages stipulés par le présent Acte.

(2) (a) Tout pays de l'Union ratifiant le présent Acte ou y adhérant peut conserver le bénéfice des réserves qu'il a formulées antérieurement, à la condition d'en faire la déclaration lors du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion.

(b) Tout pays étranger à l'Union peut, en adhérant au présent Acte, déclarer qu'il entend substituer, provisoirement au moins, à l'article 8, concernant le droit de traduction, les dispositions de l'article 5 de la Convention d'Union de 1886 révisée à Paris en 1896, étant bien entendu que ces dispositions ne visent que la traduction dans la ou les langues du pays. Tout pays de l'Union a la faculté d'appliquer en ce qui concerne le droit de traduction des œuvres ayant pour pays d'origine un pays faisant usage d'une telle réserve une protection équivalente à celle accordée par ce dernier pays.

(c) Tout pays peut, à tout moment, retirer de telles réserves, par notification adressée au Directeur général.

Article 31

(1) Tout pays peut déclarer dans son instrument de ratification ou d'adhésion, ou peut informer le Directeur général par écrit à tout moment ultérieur, que la présente Convention est applicable à tout ou partie des territoires, désignés dans la déclaration ou la notification, pour lesquels il assume la responsabilité des relations extérieures.

(2) Tout pays qui a fait une telle déclaration ou effectué une telle notification peut, à tout moment, notifier au Directeur général que la présente Convention cesse d'être applicable à tout ou partie de ces territoires.

(3) (a) Toute déclaration faite en vertu de l'alinéa (1) prend effet à la même date que la ratification ou l'adhésion dans l'instrument de laquelle elle a été incluse, et toute notification effectuée en vertu de cet alinéa prend effet trois mois après sa notification par le Directeur général.

(b) Toute notification effectuée en vertu de l'alinéa (2) prend effet douze mois après sa réception par le Directeur général.

Article 32

(1) Le présent Acte remplace dans les rapports entre les pays de l'Union, et dans la mesure où il s'applique, la Convention de Berne du 9 septembre 1886 et les Actes de révision subséquents. Les Actes précédemment en vigueur conservent leur application, dans leur totalité ou dans la mesure où le présent Acte ne les remplace pas en vertu de la phrase précédente, dans les rapports avec les pays de l'Union qui ne ratifieraient pas le présent Acte ou n'y adhéreraient pas.

(2) Les pays étrangers à l'Union qui deviennent parties au présent Acte l'appliquent, sous réserve des dispositions de l'alinéa (3), à l'égard de tout pays de l'Union qui n'est pas partie à cet Acte ou qui, bien qu'y étant partie, a fait la déclaration prévue à l'article 28 (1) (b) (i). Lesdits pays admettent que le pays de l'Union considéré, dans ses relations avec eux :

- (i) applique les dispositions de l'Acte le plus récent auquel il est partie, et
- (ii) a la faculté d'adapter la protection au niveau prévu par le présent Acte.

sequent date has been indicated in the instrument of accession. In the latter case, this Act shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

(3) With respect to any country outside the Union which deposits its instrument of accession after the date of entry into force of the present Act in its entirety, or less than one month before such date, this Act shall enter into force three months after the date on which its accession has been notified by the Director General, unless a subsequent date has been indicated in the instrument of accession. In the latter case, this Act shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

Article 30

(1) Subject to the possibilities of exceptions provided for in the following paragraph, in Articles 28 (1) (b) and 33 (2), and in the Protocol Regarding Developing Countries, ratification or accession shall automatically entail acceptance of all the clauses and admission to all the advantages of this Act.

(2) (a) Any country of the Union ratifying or acceding to this Act may retain the benefit of the reservations it has previously formulated on condition that it makes a declaration to that effect at the time of the deposit of its instrument of ratification or accession.

(b) Any country outside the Union may, in acceding to this Act, declare that it intends to substitute, temporarily at least, for Article 8 concerning the right of translation, the provisions of Article 5 of the Union Convention of 1886, as revised in Paris in 1896, on the clear understanding that the said provisions are applicable only to translation into the language or languages of the said country. Any country of the Union has the right to apply, in relation to the right of translation of works whose country of origin is a country availing itself of such a reservation, a protection which is equivalent to the protection granted by the latter country.

(c) Any country may withdraw such reservation at any time by notification addressed to the Director General.

Article 31

(1) Any country may declare in its instrument of ratification or accession, or may inform the Director General by written notification any time thereafter, that this Convention shall be applicable to all or part of those territories, designated in the declaration or notification, for the external relations of which it is responsible.

(2) Any country which has made such a declaration or given such a notification may, at any time, notify the Director General that this Convention shall cease to be applicable to all or part of such territories.

(3) (a) Any declaration made under paragraph (1) shall take effect on the same date as the ratification or accession in which it was included, and any notification given under such paragraph shall take effect three months after its notification by the Director General.

(b) Any notification given under paragraph (2) shall take effect twelve months after its receipt by the Director General.

Article 32

(1) The present Act shall, as regards the relations between the countries of the Union, and to the extent that it applies, replace the Berne Convention of September 9, 1886, and the subsequent Acts of revision. The Acts previously in force shall continue to be applicable, in their entirety or to the extent that the present Act does not replace them by virtue of the preceding sentence, in relations with countries of the Union which do not ratify or accede to this Act.

(2) Countries outside the Union which become party to this Act shall, subject to the provisions of paragraph (3), apply it with respect to any country of the Union not party to this Act or which, although party to this Act, has made a declaration pursuant to Article 28 (1) (b) (i). Such countries recognize that the said country of the Union, in its relations with them:

- (i) may apply the provisions of the most recent Act to which it is party, and
- (ii) has the right to adapt the protection to the level provided for by this Act.

(3) Les pays qui, en ratifiant le présent Acte ou en y adhérant, ont fait l'une quelconque ou toutes les réserves autorisées par le Protocole relatif aux pays en voie de développement peuvent appliquer ces réserves dans leurs rapports avec les autres pays de l'Union qui ne sont pas parties à cet Acte ou qui, bien qu'y étant parties, ont fait une déclaration selon l'article 28 (1) (b) (i), à condition que ces derniers pays aient accepté cette application.

Article 33

(1) Tout différend entre deux ou plusieurs pays de l'Union concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention, qui ne sera pas réglé par voie de négociation, peut être porté par l'un quelconque des pays en cause devant la Cour internationale de Justice par voie de requête conforme au Statut de la Cour, à moins que les pays en cause ne conviennent d'un autre mode de règlement. Le Bureau international sera informé par le pays requérant du différend soumis à la Cour; il en donnera connaissance aux autres pays de l'Union.

(2) Tout pays peut, au moment où il signe le présent Acte ou dépose son instrument de ratification ou d'adhésion, déclarer qu'il ne se considère pas lié par les dispositions de l'alinéa (1). En ce qui concerne tout différend entre un tel pays et tout autre pays de l'Union, les dispositions de l'alinéa (1) ne sont pas applicables.

(3) Tout pays qui a fait une déclaration conformément aux dispositions de l'alinéa (2) peut, à tout moment, la retirer par une notification adressée au Directeur général.

Article 34

Après l'entrée en vigueur du présent Acte dans sa totalité, un pays ne peut adhérer à des Actes antérieurs de la présente Convention.

Article 35

(1) La présente Convention demeure en vigueur sans limitation de durée.

(2) Tout pays peut dénoncer le présent Acte par notification adressée au Directeur général. Cette dénonciation emporte aussi dénonciation de tous les Actes antérieurs et ne produit son effet qu'à l'égard du pays qui l'a faite, la Convention restant en vigueur et exécutoire à l'égard des autres pays de l'Union.

(3) La dénonciation prend effet un après le jour où le Directeur général a reçu la notification.

(4) La faculté de dénonciation prévue par le présent article ne peut être exercée par un pays avant l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de la date à laquelle il est devenu membre de l'Union.

Article 36

(1) Tout pays partie à la présente Convention s'engage à adopter, conformément à sa constitution, les mesures nécessaires pour assurer l'application de la présente Convention.

(2) Il est entendu qu'au moment où un pays dépose son instrument de ratification ou d'adhésion, il sera en mesure, conformément à sa législation interne, de donner effet aux dispositions de la présente Convention.

Article 37

(1) (a) Le présent Acte est signé en un seul exemplaire dans les langues anglaise et française et déposé auprès du Gouvernement de la Suède.

(b) Des textes officiels sont établis par le Directeur général, après consultation des Gouvernements intéressés, dans les langues allemande, espagnole, italienne et portugaise, et dans les autres langues que l'Assemblée pourra indiquer.

(c) En cas de contestation sur l'interprétation des divers textes, le texte français fera foi.

(2) Le présent Acte reste ouvert à la signature, à Stockholm, jusqu'au 13 janvier 1968.

(3) Le Directeur général transmet deux copies, certifiées conformes par le Gouvernement de la Suède, du texte signé du présent Acte aux Gouvernements de tous les pays de l'Union et, sur demande, au Gouvernement de tout autre pays.

(4) Le Directeur général fait enregistrer le présent Acte auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

(3) Any country which, in ratifying or acceding to the present Act, has made any or all of the reservations permitted under the Protocol Regarding Developing Countries may apply them in its relations with other countries of the Union which are not party to this Act or which, although party to this Act, have made a declaration as permitted by Article 28 (1) (b) (i), provided that the latter countries have accepted the application of the said reservations.

Article 33

(1) Any dispute between two or more countries of the Union concerning the interpretation or application of this Convention, not settled by negotiation, may, by any one of the countries concerned, be brought before the International Court of Justice by application in conformity with the Statute of the Court, unless the countries concerned agree on some other method of settlement. The country bringing the dispute before the Court shall inform the International Bureau; the International Bureau shall bring the matter to the attention of the other countries of the Union.

(2) Each country may, at the time it signs this Act or deposits its instrument of ratification or accession, declare that it does not consider itself bound by the provisions of paragraph (1). With regard to any dispute between such country and any other country of the Union, the provisions of paragraph (1) shall not apply.

(3) Any country having made a declaration in accordance with the provisions of paragraph (2) may, at any time, withdraw its declaration by notification addressed to the Director General.

Article 34

After the entry into force of this Act in its entirety, a country may not accede to earlier Acts of this Convention.

Article 35

(1) This Convention shall remain in force without limitation as to time.

(2) Any country may denounce this Act by notification addressed to the Director General. Such denunciation shall constitute also denunciation of all earlier Acts and shall affect only the country making it, the Convention remaining in full force and effect as regards the other countries of the Union.

(3) Denunciation shall take effect one year after the day on which the Director General has received the notification.

(4) The right of denunciation provided by this Article shall not be exercised by any country before the expiration of five years from the date upon which it becomes a member of the Union.

Article 36

(1) Any country party to this Convention undertakes to adopt, in accordance with its constitution, the measures necessary to ensure the application of this Convention.

(2) It is understood that, at the time a country deposits its instrument of ratification or accession, it will be in a position under its domestic law to give effect to the provisions of this Convention.

Article 37

(1) (a) This Act shall be signed in a single copy in the French and English languages and shall be deposited with the Government of Sweden.

(b) Official texts shall be established by the Director General, after consultation with the interested Governments, in the German, Italian, Portuguese and Spanish languages, and such other languages as the Assembly may designate.

(c) In case of differences of opinion on the interpretation of the various texts, the French text shall prevail.

(2) This Act shall remain open for signature at Stockholm until January 13, 1968.

(3) The Director General shall transmit two copies, certified by the Government of Sweden, of the signed text of this Act to the Governments of all countries of the Union and, on request, to the Government of any other country.

(4) The Director General shall register this Act with the Secretariat of the United Nations.

(5) Le Directeur général notifie aux Gouvernements de tous les pays de l'Union les signatures, les dépôts d'instruments de ratification ou d'adhésion et de déclarations comprises dans ces instruments ou faites en application de l'article 28 (1) (d), l'entrée en vigueur de toutes dispositions du présent Acte, les notifications de dénonciation et les notifications faites en application de l'article 31.

Article 38

(1) Jusqu'à l'entrée en fonctions du premier Directeur général, les références, dans le présent Acte, au Bureau international de l'Organisation ou au Directeur général sont considérées comme se rapportant respectivement au Bureau de l'Union ou à son Directeur.

(2) Les pays de l'Union qui ne sont pas liés par les articles 22 à 26 peuvent, pendant cinq ans après l'entrée en vigueur de la Convention instituant l'Organisation, exercer, s'ils le désirent, les droits prévus par les articles 22 à 26 du présent Acte, comme s'ils étaient liés par ces articles. Tout pays qui désire exercer lesdits droits dépose à cette fin auprès du Directeur général une notification écrite qui prend effet à la date de sa réception. De tels pays sont réputés être membres de l'Assemblée jusqu'à l'expiration de ladite période.

(3) Aussi longtemps que tous les pays de l'Union ne sont pas devenus membres de l'Organisation, le Bureau international de l'Organisation agit également en tant que Bureau de l'Union, et le Directeur général en tant que Directeur de ce Bureau.

(4) Lorsque tous les pays de l'Union sont devenus membres de l'Organisation, les droits, obligations et biens du Bureau de l'Union sont dévolus au Bureau international de l'Organisation.

Protocole relatif aux pays en voie de développement

Article premier

Tout pays, considéré comme pays en voie de développement conformément à la pratique établie de l'Assemblée générale des Nations Unies, qui ratifie l'Acte de la présente Convention dont le présent Protocole forme partie intégrante ou qui y adhère et qui, eu égard à sa situation économique et à ses besoins sociaux ou culturels, ne s'estime pas en mesure dans l'immédiat de prendre les dispositions propres à assurer la protection de tous les droits tels que prévus dans cet Acte, peut, par une notification déposée auprès du Directeur général au moment de sa ratification ou de son adhésion comprenant l'article 21 dudit Acte, déclarer que, pendant les dix premières années durant lesquelles il est partie à celui-ci, il se prévaudra de l'une quelconque ou de toutes les réserves suivantes :

(a) il substituera au délai de cinquante ans prévu aux alinéas (1), (2) et (3) de l'article 7 de la présente Convention un délai autre, qui ne pourra toutefois être inférieur à vingt-cinq ans, et au délai de vingt-cinq ans prévu à l'alinéa (4) dudit article un délai autre, qui ne pourra toutefois être inférieur à dix ans ;

(b) il substituera à l'article 8 de la présente Convention les dispositions suivantes :

(i) les auteurs des œuvres littéraires et artistiques protégées par la présente Convention jouissent, dans les pays autres que le pays d'origine de leurs œuvres, du droit exclusif de faire ou d'autoriser la traduction de celles-ci pendant la durée de protection de leurs droits sur les œuvres originales. Toutefois, le droit exclusif de traduction cessera d'exister lorsque l'auteur n'en aura pas fait usage dans un délai de dix ans à partir de la première publication de l'œuvre originale, en publiant ou en faisant publier, dans un des pays de l'Union, une traduction dans la langue pour laquelle la protection sera réclamée ;

(ii) lorsque, à l'expiration d'une période de trois années à compter de la première publication d'une œuvre littéraire ou artistique, ou d'une période plus longue déterminée par la législation nationale du pays en voie de développement intéressé, la traduction n'en a pas été publiée dans ce pays dans la ou l'une des

(5) The Director General shall notify the Governments of all countries of the Union of signatures, deposits of instruments of ratification or accession and any declarations included in such instruments or made pursuant to Article 28 (1) (d), entry into force of any provisions of this Act, notifications of denunciation, and notifications pursuant to Article 31.

Article 38

(1) Until the first Director General assumes office, references in this Act to the International Bureau of the Organization or to the Director General shall be deemed to be references to the Bureau of the Union or its Director, respectively.

(2) Countries of the Union not bound by Articles 22 to 26 may, until five years after the entry into force of the Convention establishing the Organization, exercise, if they so desire, the rights provided under Articles 22 to 26 of this Act as if they were bound by those Articles. Any country desiring to exercise such rights shall give written notification to this effect to the Director General; this notification shall be effective on the date of its receipt. Such countries shall be deemed to be members of the Assembly until the expiration of the said period.

(3) As long as all the countries of the Union have not become Members of the Organization, the International Bureau of the Organization shall also function as the Bureau of the Union, and the Director General as the Director of the said Bureau.

(4) Once all the countries of the Union have become Members of the Organization, the rights, obligations, and property, of the Bureau of the Union shall devolve on the International Bureau of the Organization.

Protocol Regarding Developing Countries

Article 1

Any country regarded as a developing country in conformity with the established practice of the General Assembly of the United Nations which ratifies or accedes to the Act of this Convention of which this Protocol forms an integral part and which, having regard to its economic situation and its social or cultural needs, does not consider itself immediately in a position to make provision for the protection of all the rights as provided in the Act may, by a notification deposited with the Director General, at the time of making a ratification or accession, which includes Article 21 of the Act, declare that it will, for a period of the first ten years during which it is a party thereto, avail itself of any or all of the following reservations:

(a) substitute for the term of fifty years referred to in paragraphs (1), (2) and (3) of Article 7 of this Convention a different term, provided that it shall not be less than twenty-five years; and substitute for the term of twenty-five years referred to in paragraph (4) of the said Article a different term, provided that it shall not be less than ten years;

(b) substitute for Article 8 of this Convention the following provisions:

(i) authors of literary and artistic works protected by this Convention shall enjoy in countries other than the country of origin of their works the exclusive right of making and of authorizing the translation of their works throughout the term of protection of their right in the original works. Nevertheless, the exclusive right of translation shall cease to exist if the author shall not have availed himself of it, during a term of ten years from the date of the first publication of the original work, by publishing or causing to be published, in one of the countries of the Union, a translation in the language for which protection is to be claimed;

(ii) if, after the expiration of a period of three years from the date of the first publication of a literary or artistic work, or of any longer period determined by national legislation of the developing country concerned, a translation of such work has not been published in that country into the national official

langues nationales, officielles ou régionales de ce pays par le titulaire du droit de traduction ou avec son autorisation, tout ressortissant dudit pays pourra obtenir de l'autorité compétente une licence non exclusive pour traduire l'œuvre et publier l'œuvre ainsi traduite dans l'une des langues nationales, officielles ou régionales en laquelle elle n'a pas été publiée. Cette licence ne pourra être accordée que si le requérant, conformément aux dispositions en vigueur dans le pays où est introduite la demande, justifie avoir demandé au titulaire du droit de traduction l'autorisation de traduire et de publier la traduction et, après dues diligences de sa part, n'a pu atteindre le titulaire du droit d'auteur ou obtenir son autorisation. Aux mêmes conditions, la licence pourra également être accordée si, pour une traduction déjà publiée dans cette langue dans ce pays, les éditions sont épuisées ;

- (iii) si le titulaire du droit de traduction n'a pu être atteint par le requérant, celui-ci doit adresser des copies de sa demande à l'éditeur dont le nom figure sur l'œuvre et au représentant diplomatique ou consulaire du pays dont le titulaire du droit de traduction est ressortissant, lorsque la nationalité du titulaire du droit de traduction est connue, ou à l'organisme qui peut avoir été désigné par le Gouvernement de ce pays. La licence ne pourra être accordée avant l'expiration d'un délai de deux mois à dater de l'envoi des copies de la demande ;
- (iv) la législation nationale adoptera les dispositions appropriées pour assurer au titulaire du droit de traduction une rémunération équitable, ainsi que le paiement et le transfert de cette rémunération, sous réserve de la réglementation nationale en matière de devises, et pour garantir une traduction correcte de l'œuvre ;
- (v) le titre et le nom de l'auteur de l'œuvre originale doivent être également imprimés sur tous les exemplaires de la traduction publiée. La licence ne sera valable que pour l'édition à l'intérieur du territoire du pays de l'Union où cette licence est demandée. L'importation et la vente des exemplaires dans un autre pays de l'Union sont possibles si l'une des langues nationales, officielles ou régionales de cet autre pays est la même que celle dans laquelle l'œuvre a été traduite, si la loi nationale admet la licence et si aucune des dispositions en vigueur dans ce pays ne s'oppose à l'importation et à la vente ; l'importation et la vente sur le territoire de tout pays de l'Union dans lequel les conditions précédentes n'existent pas sont réservées à la législation de ce pays et aux accords conclus par lui. La licence ne pourra être cédée par son bénéficiaire ;
- (vi) la licence ne peut être accordée lorsque l'auteur a retiré de la circulation les exemplaires de l'œuvre ;
- (vii) toutefois, si l'auteur se prévaut du droit conféré conformément au sous-alinéa (i) ci-dessus dans le délai de dix ans à compter de la date de la première publication, la licence expirera à partir de la date à laquelle l'auteur publie ou fait publier sa traduction dans le pays où la licence a été accordée ; il est entendu, cependant, que tout exemplaire de la traduction déjà prêt avant la date d'expiration de la licence pourra continuer à être vendu ;
- (viii) si l'auteur ne se prévaut pas du droit conféré conformément au sous-alinéa (i) ci-dessus dans le délai de dix ans, la rémunération prévue par la licence non exclusive dont il est question ci-dessus cesse d'être due pour toute utilisation postérieure à l'expiration de ce délai ;
- (ix) si l'auteur bénéficie du droit exclusif de traduction dans un pays pour avoir publié ou fait publier une traduction de son œuvre dans ce pays dans un délai de dix ans à compter de la première publication, mais si, postérieurement et pendant la durée du droit de l'auteur sur cette œuvre toutes les éditions de cette traduction autorisée dans ce pays viennent à être épuisées, une licence non exclusive de traduction de l'œuvre pourrait alors être obtenue de l'autorité compétente de la même manière et dans les

or regional language or languages of that country by the owner of the right of translation or with his authorization, any national of such country may obtain a non-exclusive license from the competent authority to translate the work and publish the work so translated in any of the national or official or regional languages in which it has not been published; provided that such national, in accordance with the procedure of the country concerned, establishes either that he has requested, and been denied, authorization by the proprietor of the right to make and publish the translation, or that, after due diligence on his part, he was unable to find the owner of the right. A license may also be granted on the same conditions if all previous editions of a translation in such language in that country are out of print;

- (iii) if the owner of the right of translation cannot be found, then the applicant for a license shall send copies of his application to the publisher whose name appears on the work and, if the nationality of the owner of the right of translation is known, to the diplomatic or consular representative of the country of which such owner is a national, or to the organization which may have been designated by the Government of that country. The license shall not be granted before the expiration of a period of two months from the date of the dispatch of the copies of the application;
- (iv) due provision shall be made by domestic legislation to assure to the owner of the right of translation a just compensation, to assure payment and transmittal of such compensation, subject to national currency regulations, and to assure a correct translation of the work;
- (v) the original title and the name of the author of the work shall be printed on all copies of the published translation. The license shall be valid only for publication of the translation in the territory of the country of the Union where it has been applied for. Copies so published may be imported and sold in another country of the Union if one of the national or official or regional languages of such other country is the same language as that into which the work has been so translated, and if the domestic law in such other country makes provision for such licenses and does not prohibit such importation and sale. Where the foregoing conditions do not exist, the importation and sale of such copies in a country of the Union shall be governed by its domestic law and its agreements. The license shall not be transferable by the licensee;
- (vi) the license shall not be granted when the author has withdrawn from circulation all copies of the work;
- (vii) should, however, the author avail himself of the right under subparagraph (i) above during the term of ten years from the date of first publication, the license shall terminate from the date on which the author publishes or causes to be published his translation in the country where the license has been granted, provided, however, that any copies of the translation already made before the license is terminated may continue to be sold;
- (viii) should, however, the author not avail himself of the right under subparagraph (i) above during the said term of ten years, compensation under the non-exclusive license referred to above shall cease to be due for any uses made after the expiry of such term;
- (ix) should the author be entitled to exclusive translation rights in a country by having published or caused to be published a translation of the work in that country within ten years from the date of first publication, but should thereafter during the term of the author's copyright in the work all editions of the authorized translation in that country be out of print, then a non-exclusive license to translate the work may be obtained from the competent authority in the same manner and subject to the same con-

mêmes conditions que pour la licence non exclusive visée aux sous-alinéas (ii) à (vi) ci-dessus, mais sous réserve des dispositions du sous-alinéa (vii) ci-dessus ;

(c) il appliquera les dispositions de l'article 9 (1) de la présente Convention sous réserve des dispositions suivantes :

- (i) lorsque, à l'expiration d'une période de trois années à compter de la première publication d'une œuvre littéraire ou artistique, ou d'une période plus longue déterminée par la législation nationale du pays en voie de développement intéressé, cette œuvre n'a pas été publiée dans ce pays en la forme originale dans laquelle elle a été créée, par le titulaire du droit de reproduction ou avec son autorisation, tout ressortissant dudit pays pourra obtenir de l'autorité compétente une licence non exclusive pour reproduire et publier cette œuvre à des fins éducatives ou culturelles. Cette licence ne pourra être accordée que si le requérant, conformément aux dispositions en vigueur dans le pays où est introduite la demande, justifie avoir demandé au titulaire du droit l'autorisation de reproduire et de publier l'œuvre à des fins éducatives ou culturelles et, après dues diligences de sa part, n'a pu atteindre le titulaire du droit ou obtenir son autorisation. Aux mêmes conditions, la licence pourra également être accordée si, pour cette œuvre déjà publiée en ladite forme originale dans ce pays, les éditions sont épuisées ;
- (ii) si le titulaire du droit de reproduction n'a pu être atteint par le requérant, celui-ci doit adresser des copies de sa demande à l'éditeur dont le nom figure sur l'œuvre et au représentant diplomatique ou consulaire du pays dont le titulaire du droit de reproduction est ressortissant, lorsque la nationalité du titulaire du droit de reproduction est connue, ou à l'organisme qui peut avoir été désigné par le Gouvernement de ce pays. La licence ne pourra être accordée avant l'expiration d'un délai de deux mois à dater de l'envoi des copies de la demande ;
- (iii) la législation nationale adoptera les dispositions appropriées pour assurer au titulaire du droit de reproduction une rémunération équitable, ainsi que le paiement et le transfert de cette rémunération, sous réserve de la réglementation nationale en matière de devises, et pour garantir une reproduction correcte de l'œuvre ;
- (iv) le titre original et le nom de l'auteur de l'œuvre doivent être également imprimés sur tous les exemplaires de la reproduction publiée. La licence ne sera valable que pour l'édition à l'intérieur du territoire du pays de l'Union où cette licence est demandée. L'importation et la vente des exemplaires dans un autre pays de l'Union sont possibles à des fins éducatives ou culturelles si sa loi nationale admet la licence et si aucune des dispositions en vigueur dans ce pays ne s'oppose à l'importation et à la vente ; l'importation et la vente sur le territoire de tout pays de l'Union dans lequel les conditions précédentes n'existent pas sont réservées à la législation de ce pays et aux accords conclus par lui. La licence ne pourra être cédée par son bénéficiaire ;
- (v) la licence ne peut être accordée lorsque l'auteur a retiré de la circulation les exemplaires de l'œuvre ;
- (vi) toutefois, si l'auteur se prévaut du droit de reproduire l'œuvre, la licence expirera à partir de la date à laquelle l'auteur publie ou fait publier son œuvre en sa dite forme originale dans le pays où la licence a été accordée ; il est entendu, cependant, que tout exemplaire de l'œuvre déjà prêt avant la date d'expiration de la licence pourra continuer à être vendu ;
- (vii) si l'auteur publie ou fait publier son œuvre en sa dite forme originale dans un pays mais si, postérieurement et pendant la durée du droit de l'auteur sur cette œuvre toutes les éditions autorisées en ladite forme originale viennent à être épuisées dans ce pays, une licence non exclusive de reproduction et de publication de l'œuvre pourrait alors être obtenue de l'autorité compétente de la même manière et dans les mêmes conditions que pour la licence

ditions as are provided with respect to the non-exclusive license referred to in subparagraph (ii) to (vi) above, but subject to the provisions of subparagraph (vii) above ;

(c) apply the provisions of Article 9 (1) of this Convention subject to the following provisions:

- (i) if, after the expiration of a period of three years from the date of the first publication of a literary or artistic work, or of any longer period determined by national legislation of the developing country concerned, such work has not been published in that country in the original form in which it was created, by the owner of the right of reproduction or with his authorization, any national of such country may obtain a non-exclusive license from the competent authority to reproduce and publish such work for educational or cultural purposes; provided that such national, in accordance with the procedure of the country concerned, establishes either that he has requested, and been denied, authorization by the proprietor of the right to reproduce and publish such work for educational or cultural purposes, or that, after due diligence on his part, he was unable to find the owner of the right. A license may also be granted on the same conditions if all previous editions of such work in its said original form in that country are out of print;
- (ii) if the owner of the right of reproduction cannot be found, then the applicant for a license shall send copies of his application to the publisher whose name appears on the work and, if the nationality of the owner of the right of reproduction is known, to the diplomatic or consular representative of the country of which such owner is a national, or to the organization which may have been resigned by the Government of that country. The license shall not be granted before the expiration of a period of two months from the date of the dispatch of the copies of the application;
- (iii) due provision shall be made by domestic legislation to assure to the owner of the right of reproduction a just compensation, to assure payment and transmittal of such compensation, subject to national currency regulations, and to assure an accurate reproduction of the work;
- (iv) the original title and the name of the author of the work shall be printed on all copies of the published reproduction. The license shall be valid only for publication in the territory of the country of the Union where it has been applied for. Copies so published may be imported and sold in another country of the Union for educational or cultural purposes if the domestic law in such other country makes provision for such licenses and does not prohibit such importation and sale. Where the foregoing conditions do not exist, the importation and sale of such copies in a country of the Union shall be governed by its domestic law and its agreements. The license shall not be transferable by the licensee;
- (v) the license shall not be granted when the author has withdrawn from circulation all copies of the work;
- (vi) should, however, the author avail himself of the right to reproduce the work, the license shall terminate from the date on which the author publishes or causes to be published his work in its said original form in the country where the license has been granted, provided, however, that any copies of the work already made before the license is terminated may continue to be sold;
- (vii) should the author publish or cause to be published his work in its said original form in a country, but should thereafter during the term of the author's copyright in the work all authorized editions in such original form in that country be out of print, then a non-exclusive license to reproduce and publish the work may be obtained from the competent authority in the same manner and subject to the same conditions as are provided with respect to the non-

non exclusive visée aux sous-alinéas (i) à (v) ci-dessus, mais sous réserve des dispositions du sous-alinéa (vi) ci-dessus ;

(d) il substituera aux alinéas (1) et (2) de l'article 11^{bis} de la présente Convention les dispositions suivantes :

(i) les auteurs d'œuvres littéraires et artistiques jouissent du droit exclusif d'autoriser la radiodiffusion de leurs œuvres et la communication publique de la radiodiffusion de ces œuvres si cette communication est faite à des fins lucratives ;

(ii) il appartient aux législations nationales des pays de l'Union de régler les conditions d'exercice du droit visé au sous-alinéa précédent, mais ces conditions n'auront qu'un effet strictement limité au pays qui les aurait établies. Elles ne pourront en aucun cas porter atteinte ni au droit moral de l'auteur, ni au droit qui appartient à l'auteur d'obtenir une rémunération équitable fixée, à défaut d'accord amiable, par l'autorité compétente ;

(e) il se réserve le droit, exclusivement à des fins d'enseignement, d'études et de recherches dans tous les domaines de l'éducation, de restreindre la protection des œuvres littéraires et artistiques pourvu que des dispositions appropriées soient adoptées par la législation nationale pour assurer à l'auteur une rémunération qui soit conforme aux normes de paiement applicables aux auteurs nationaux ; le paiement et le transfert de cette rémunération seront soumis à la réglementation nationale en matière de devises. Les exemplaires d'une œuvre publiée en application des réserves faites en vertu du présent alinéa peuvent être importés et vendus dans un autre pays de l'Union aux fins déterminées ci-dessus si ce dernier pays s'est prévalu desdites réserves et n'interdit pas cette importation et cette vente. Lorsque les conditions précitées ne sont pas remplies, l'importation et la vente de ces exemplaires dans un pays de l'Union non bénéficiaire du présent Protocole sont interdites en l'absence d'accord de l'auteur, ou de ses ayants droit.

Article 2

Tout pays qui n'a plus besoin de maintenir l'une quelconque des réserves ou toutes les réserves faites conformément à l'article premier du présent Protocole retirera cette ou ces réserves par notification déposée auprès du Directeur général.

Article 3

Tout pays qui a fait des réserves conformément à l'article premier du présent Protocole et qui ne se considère pas encore, à la fin de la période de dix années prévue, eu égard à sa situation économique et à ses besoins sociaux ou culturels, en mesure de retirer les réserves faites conformément à cet article premier, peut maintenir l'une quelconque des réserves ou toutes les réserves jusqu'au moment où il ratifie l'Acte adopté par la prochaine conférence de révision de la présente Convention, ou y adhère.

Article 4

Si, conformément à la pratique établie de l'Assemblée générale des Nations Unies, un pays cesse d'être considéré comme pays en voie de développement, le Directeur général le notifiera au pays intéressé et à tous les autres pays de l'Union. A l'expiration d'une période de six années, à compter de cette notification, ledit pays n'aura plus le droit de maintenir l'une quelconque des réserves faites en vertu du présent Protocole.

Article 5

(1) Tout pays de l'Union peut déclarer, à partir de la signature de la présente Convention et à tout moment avant de devenir lié par les articles 1 à 21 de ladite Convention et par le présent Protocole,

(a) s'il s'agit d'un pays visé à l'article premier du présent Protocole, qu'il entend appliquer les dispositions de ce Protocole aux œuvres dont le pays d'origine est un pays de l'Union qui accepte l'application des réserves du présent Protocole, ou

(b) qu'il admet l'application des dispositions de ce Protocole aux œuvres dont il est le pays d'origine, par les pays qui, en devenant liés par les articles 1 à 21 de la présente Convention et par le présent Protocole ou en faisant une

exclusive license referred to in subparagraphs (i) to (v) above, but subject to the provisions of subparagraph (vi) above ;

(d) substitute for paragraphs (1) and (2) of Article 11^{bis} of this Convention the following provisions:

(i) authors of literary and artistic works shall enjoy the exclusive right of authorizing the broadcasting of their works and the communication to the public of the broadcast of the works if such communication is made for profit-making purposes ;

(ii) the national legislation of the countries of the Union may regulate the conditions under which the right mentioned in the preceding subparagraph shall be exercised, but the effect of those conditions will be strictly limited to the countries which have put them in force. Such conditions shall not in any case prejudice the moral right of the author, nor the right which belongs to the author to obtain an equitable remuneration which shall be fixed, failing agreement, by the competent authority ;

(e) reserve the right, exclusively for teaching, study and research in all fields of education, to restrict the protection of literary and artistic works, provided due provision shall be made by domestic legislation to assure to the author a compensation which conforms to standards of payment made to national authors ; the payment and transmittal of such compensation shall be subject to national currency regulations. Copies of a work published pursuant to reservations under this paragraph may be imported and sold in another country of the Union for purposes as aforesaid if that country has invoked the said reservations and does not prohibit such importation and sale. Where the foregoing conditions do not exist, the importation and sale of such copies in a country of the Union which cannot take advantage of this Protocol are prohibited in the absence of agreement of the author or his successors in title.

Article 2

Any country which no longer needs to maintain any or all of the reservations made in accordance with Article 1 of this Protocol shall withdraw such reservation or reservations by notification deposited with the Director General.

Article 3

Any country which has made reservations in accordance with Article 1 of this Protocol, and which at the end of the period of ten years prescribed therein, having regard to its economic situation and its social or cultural needs, still does not consider itself in a position to withdraw the reservations under the said Article 1, may continue to maintain any or all of the reservations until it ratifies or accedes to the Act adopted by the next revision conference of this Convention.

Article 4

If, in conformity with the established practice of the General Assembly of the United Nations, a country should cease to be regarded as a developing country, the Director General shall give notification of such cessation to the country concerned and to all of the other countries of the Union. At the expiry of a period of six years from the date of such notification the said country shall no longer have the right to maintain any of the reservations under this Protocol.

Article 5

(1) Any country of the Union may declare, as from the signature of this Convention, and at any time before becoming bound by Articles 1 to 21 of this Convention and by this Protocol,

(a) in the case of a country referred to in Article 1 of this Protocol, that it intends to apply the provisions of this Protocol works whose country of origin is a country of the Union which admits the application of the reservations under the Protocol, or

(b) that it admits the application of the provisions of the Protocol to works of which it is the country of origin by countries which, on becoming bound by Article 1 to 21 of this Convention and by this Protocol, or on making

déclaration d'application du présent Protocole en vertu de la disposition du sous-alinéa (a), ont fait les réserves permises selon ledit Protocole.

(2) La déclaration doit être faite par écrit et déposée auprès du Directeur général. Elle prend effet à la date à laquelle elle a été déposée.

Article 6

Tout pays que est lié par les dispositions du présent Protocole et qui aura fait une déclaration ou une notification aux termes de l'article 31 (1) de la présente Convention au sujet de territoires qui, à la date de la signature de la présente Convention, n'assurent pas leurs relations extérieures et dont la situation peut être considérée comme analogue à celle des pays visés à l'article premier du présent Protocole, peut notifier au Directeur général que les dispositions du présent Protocole s'appliqueront à tout ou partie desdits territoires et peut déclarer dans cette notification qu'un tel territoire se prévaudra de l'une quelconque ou de toutes les réserves autorisées par le présent Protocole.

a declaration of application of this Protocol by virtue of the provision of subparagraph (a), have made reservations permitted under this Protocol.

(2) The declaration shall be made in writing and shall be deposited with the Director General. The declaration shall become effective from the date it is deposited.

Article 6

Any country which is bound by the provisions of this Protocol and which has made a declaration or notification under Article 31 (1) of this Convention in respect of territories which, on the date of the signature of this Convention, are not responsible for their external relations, and the situation of which can be regarded as analogous to that of the countries referred to in Article 1 of this Protocol, may notify the Director General that the provisions of this Protocol shall apply to all or part of those territories and may in such notification declare that any such territory will avail itself of any or all of the reservations permitted by this Protocol.

Empfehlungen auf dem Gebiete des Urheberrechts

Recommandations adoptées en matière de droit d'auteur

I.

Les pays membres de l'Union de Berne pour la Protection des Œuvres littéraires et artistiques,

Réunis en Conférence à Stockholm, du 12 juin au 14 juillet 1967,

CONSIDÉRANT que certains pays ont exprimé le désir que la durée générale de protection des œuvres littéraires et artistiques soit prolongée,

que certains pays admettent déjà une durée excédant cinquante ans après la mort de l'auteur,

qu'en outre, plusieurs pays de l'Union ont prolongé la durée de protection, pour des raisons dues à des événements de guerre,

que des négociations ont déjà eu lieu sur le plan international en vue de prévoir une prolongation de la durée de la protection par voie d'un arrangement particulier,

que, d'autre part, des accords bilatéraux ont déjà été conclus, entre certains pays, pour l'application réciproque des délais de prorogation intervenus en raison des événements de guerre,

EXPRESSER LE VŒU que soient poursuivies entre les pays intéressés les négociations tendant à la conclusion d'un arrangement multilatéral sur la prolongation de la durée de protection dans les pays qui seront parties à cet arrangement.

II.

Les pays membres de l'Union de Berne pour la protection des Œuvres littéraires et artistiques,

Réunis en Conférence à Stockholm, du 12 juin au 14 juillet 1967,

SAISIS DE propositions tendant à insérer dans la Convention de Berne des dispositions selon lesquelles

(i) serait imposée à l'éditeur d'une œuvre littéraire, dramatico-musicale ou musicale publiée dans un pays de l'Union l'obligation de déposer à la bibliothèque nationale de ce pays, ou dans tout autre établissement similaire, un fac-similé de l'exemplaire le plus ancien et le plus authentique d'une telle œuvre en la forme approuvée par son auteur;

(ii) serait réservée à la législation des pays de l'Union la faculté de prévoir que, dans le cas où une œuvre dramatico-musicale ou musicale a été rendue accessible au public avec le consentement de son auteur, les exemplaires graphiques de ladite œuvre soient également rendus accessibles au public sans restrictions contraires aux bons usages,

CONSIDÉRANT, avec sympathie, l'esprit et le but de ces propositions, sous la réserve que soient sauvegardés les droits des auteurs desdites œuvres; et

Recommandations adopted in the field of copyright

I.

The countries members of the Berne Union for the Protection of Literary and Artistic Works,

In a Conference assembled at Stockholm from June 12 to July 14, 1967,

CONSIDERING that certain countries have expressed a desire for the general term of protection of literary and artistic works to be extended,

that certain countries already grant a term of protection in excess of fifty years after the death of the author,

that, moreover, several countries of the Union have extended the term of protection, for reasons resulting from the war,

that negotiations have already taken place at the international level with the object of providing for an extension of the term of protection by a special agreement,

that, in addition, bilateral agreements have already been concluded between certain countries for the reciprocal application of extensions of terms of protection, for reasons resulting from the war,

EXPRESS THE WISH that negotiations be pursued between the countries concerned for the conclusion of a multilateral agreement on the extension of the term of protection in countries parties to that agreement.

II.

The countries members of the Berne Union for the Protection of Literary and Artistic Works,

In a Conference assembled at Stockholm from June 12 to July 14, 1967,

HAVING BEFORE THEM proposals to insert in the Berne Convention provisions under which

(i) the publisher of a literary, dramatico-musical or musical work published in a country of the Union should be under an obligation to deposit with the national library of that country, or with some other similar establishment, a facsimile of the earliest and most authentic copy of such work in the form approved by its author;

(ii) it should be a matter for the legislation of the countries of the Union to provide that, where a dramatico-musical or musical work has been made available to the public with the consent of the author thereof, the graphic copies of the said work should also be made accessible to the public without restrictions contrary to fair practice;

CONSIDER sympathetically the spirit and purpose of these proposals, subject always to the protection of the rights of authors of such works; and

EXPRIMENT LE VCEU que le Bureau international procède à l'étude des questions ainsi soulevées, afin que puisse être envisagée la possibilité d'inclure dans une prochaine révision de la Convention des dispositions s'y rapportant.

III.

Les pays membres de l'Union de Berne pour la Protection des Œuvres littéraires et artistiques,

Réunis en Conférence à Stockholm, du 12 juin au 14 juillet 1967,

RECONNAISSANT les besoins économiques et culturels particuliers des pays en voie de développement,

DÉSIREUX de leur permettre d'avoir accès, pour leurs besoins d'éducation, aux œuvres protégées par le droit d'auteur,

AYANT ADOPTÉ à cet effet le Protocole relatif aux pays en voie de développement,

RECOMMANDENT au Bureau international d'entreprendre, en association avec d'autres organisations gouvernementales et non gouvernementales, une étude des voies et moyens en vue de créer les rouages financiers permettant d'assurer aux auteurs une équitable et juste rémunération.

EXPRESS THE WISH that the International Bureau undertake a study of the above questions, in order that consideration may be given to the possibility of including provisions relating to them in a future revision of the Convention.

III.

The countries members of the Berne Union for the Protection of Literary and Artistic Works,

In a Conference assembled at Stockholm from June 12 to July 14, 1967,

RECOGNIZING the special economic and cultural needs of developing countries,

DESIROUS of enabling developing countries to have access to works protected by copyright for their educational requirements,

HAVING for this purpose adopted the Protocol Regarding Developing Countries,

RECOMMEND the International Bureau to undertake in association with other governmental and non-governmental organizations a study of ways and means of creating financial machinery to ensure a fair and just return to authors.

Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums

Convention de Paris pour la protection de la propriété industrielle

du 20 mars 1883

révisée

à Bruxelles le 14 décembre 1900,

à Washington le 2 juin 1911,

à La Haye le 6 novembre 1925,

à Londres le 2 juin 1934,

à Lisbonne le 31 octobre 1958

et à Stockholm le 14 juillet 1967

Article premier

[Constitution de l'Union;
domaine de la propriété industrielle]**)

(1) Les pays auxquels s'applique la présente Convention sont constitués à l'état d'Union pour la protection de la propriété industrielle.

(2) La protection de la propriété industrielle a pour objet les brevets d'invention, les modèles d'utilité, les dessins ou modèles industriels, les marques de fabrique ou de commerce, les marques de service, le nom commercial et les indications de provenance ou appellations d'origine, ainsi que la répression de la concurrence déloyale.

(3) La propriété industrielle s'entend dans l'acception la plus large et s'applique non seulement à l'industrie et au commerce proprement dits, mais également au domaine des industries agricoles et extractives et à tous produits fabriqués ou naturels, par exemple : vins, grains, feuilles de tabac, fruits, bestiaux, minéraux, eaux minérales, bières, fleurs, farines.

(4) Parmi les brevets d'invention sont comprises les diverses espèces de brevets industriels admises par les législations des pays de l'Union, telles que brevets d'importation, brevets de perfectionnement, brevets et certificats d'addition, etc.

Article 2

[Traitement national
pour les ressortissants des pays de l'Union]

(1) Les ressortissants de chacun des pays de l'Union jouiront dans tous les autres pays de l'Union, en ce qui concerne

**) Die Untertitel stammen von BIRPI und sollen lediglich das Verständnis der einzelnen Artikel erleichtern. Der authentische französische Text enthält keine Untertitel.

Paris Convention for the Protection of Industrial Property

of March 20, 1883

as revised

at Brussels on December 14, 1900,

at Washington on June 2, 1911,

at The Hague on November 6, 1925,

at London on June 2, 1934,

at Lisbon on October 31, 1958,

and at Stockholm on July 14, 1967

Provisional English Translation *)

Article 1

[Establishment of the Union;
Scope of Industrial Property]**)

(1) The countries to which this Convention applies constitute a Union for the protection of industrial property.

(2) Protection of industrial property shall have as its object patents, utility models, industrial designs, trademarks, service marks, trade names, indications of source or appellations of origin, and the repression of unfair competition.

(3) Industrial property shall be understood in the broadest sense and shall apply not only to industry and commerce proper, but likewise to agricultural and extractive industries and to all manufactured or natural products, for example, wines, grain, tobacco leaf, fruit, cattle, minerals, mineral waters, beer, flowers, and flour.

(4) Patents shall include the various kinds of industrial patents recognized by the laws of the countries of the Union, such as patents of importation, patents of improvement, patents and certificates of addition, etc.

Article 2

[National Treatment
for Nationals of Countries of the Union]

(1) Nationals of any country of the Union shall, as regards the protection of industrial property, enjoy in all the other

*) Vorläufige englische Übersetzung. Die Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft sieht vor, daß der Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum oder, bis zu seiner Ernennung, der Direktor von BIRPI, nach Konsultation der interessierten Regierungen eine amtliche englische Fassung anzufertigen hat. Die hier abgedruckte englische Fassung wurde uns von BIRPI zur Verfügung gestellt. Sie liegt zur Zeit den beteiligten Regierungen zur Stellungnahme vor.

la protection de la propriété industrielle, des avantages que les lois respectives accordent actuellement ou accorderont par la suite aux nationaux, le tout sans préjudice des droits spécialement prévus par la présente Convention. En conséquence, ils auront la même protection que ceux-ci et le même recours légal contre toute atteinte portée à leurs droits, sous réserve de l'accomplissement des conditions et formalités imposées aux nationaux.

(2) Toutefois, aucune condition de domicile ou d'établissement dans le pays où la protection est réclamée ne peut être exigée des ressortissants de l'Union pour la jouissance d'aucun des droits de propriété industrielle.

(3) Sont expressément réservées les dispositions de la législation de chacun des pays de l'Union relatives à la procédure judiciaire et administrative et à la compétence, ainsi qu'à l'élection de domicile ou à la constitution d'un mandataire, qui seraient requises par les lois sur la propriété industrielle.

Article 3

[Assimilation de certaines catégories de personnes aux ressortissants des pays de l'Union]

Sont assimilés aux ressortissants des pays de l'Union les ressortissants des pays ne faisant pas partie de l'Union qui sont domiciliés ou ont des établissements industriels ou commerciaux effectifs et sérieux sur le territoire de l'un des pays de l'Union.

Article 4

[A. à I. Brevets, modèles d'utilité, dessins et modèles industriels, marques, certificats d'auteur d'invention: droit de priorité. — G. Brevets: division de la demande]

A. — (1) Celui qui aura régulièrement fait le dépôt d'une demande de brevet d'invention, d'un modèle d'utilité, d'un dessin ou modèle industriel, d'une marque de fabrique ou de commerce, dans l'un des pays de l'Union, ou son ayant cause, jouira, pour effectuer le dépôt dans les autres pays, d'un droit de priorité pendant les délais déterminés ci-après.

(2) Est reconnu comme donnant naissance au droit de priorité tout dépôt ayant la valeur d'un dépôt national régulier, en vertu de la législation nationale de chaque pays de l'Union ou de traités bilatéraux ou multilatéraux conclus entre des pays de l'Union.

(3) Par dépôt national régulier on doit entendre tout dépôt qui suffit à établir la date à laquelle la demande a été déposée dans le pays en cause, quel que soit le sort ultérieur de cette demande.

B. — En conséquence, le dépôt ultérieurement opéré dans l'un des autres pays de l'Union, avant l'expiration de ces délais, ne pourra être invalidé par des faits accomplis dans l'intervalle, soit, notamment, par un autre dépôt, par la publication de l'invention ou son exploitation, par la mise en vente d'exemplaires du dessin ou du modèle, par l'emploi de la marque, et ces faits ne pourront faire naître aucun droit de tiers ni aucune possession personnelle. Les droits acquis par des tiers avant le jour de la première demande qui sert de base au droit de priorité sont réservés par l'effet de la législation intérieure de chaque pays de l'Union.

C. — (1) Les délais de priorité mentionnés ci-dessus seront de douze mois pour les brevets d'invention et les modèles d'utilité, et de six mois pour les dessins ou modèles industriels et pour les marques de fabrique ou de commerce.

(2) Ces délais commencent à courir de la date du dépôt de la première demande; le jour du dépôt n'est pas compris dans le délai.

(3) Si le dernier jour du délai est un jour férié légal, ou un jour où le Bureau n'est pas ouvert pour recevoir le dépôt des demandes dans le pays où la protection est réclamée, le délai sera prorogé jusqu'au premier jour ouvrable qui suit.

(4) Doit être considérée comme première demande dont la date de dépôt sera le point de départ du délai de priorité, une demande ultérieure ayant le même objet qu'une première demande antérieure au sens de l'alinéa (2) ci-dessus, déposée dans le même pays de l'Union, à la condition que cette demande antérieure, à la date du dépôt de la demande ultérieure, ait été retirée, abandonnée, ou refusée, sans avoir été soumise à l'inspection publique et sans laisser subsister de droits, et qu'elle n'ait pas encore servi de base pour la revendication

countries of the Union the advantages that their respective laws now grant, or may hereafter grant, to nationals, without prejudice, however, to the rights specially provided for by this Convention. Consequently, they shall have the same protection as the latter, and the same legal remedy against any infringement of their rights, provided that the conditions and formalities imposed upon nationals are complied with.

(2) However, no requirement as to domicile or establishment in the country where protection is claimed may be imposed upon nationals of countries of the Union for the enjoyment of any industrial property rights.

(3) The provisions of the laws of each of the countries of the Union relating to judicial and administrative procedure and to jurisdiction, and to the designation of an address for service or the appointment of an agent, which may be required by the laws on industrial property, are expressly reserved.

Article 3

[Same Treatment for Certain Categories of Persons as for Nationals of Countries of the Union]

Nationals of countries outside the Union who are domiciled or who have real and effective industrial or commercial establishments in the territory of one of the countries of the Union shall be treated in the same manner as nationals of the countries of the Union.

Article 4

[A to I. Patents, Utility Models, Industrial Designs, Marks, Inventors' Certificates: Right of Priority. — G. Patents: Division of the Application]

A. — (1) Any person who has properly filed an application for a patent, or for the registration of a utility model, or of an industrial design, or of a trademark, in one of the countries of the Union, or his successor in title, shall enjoy, for the purpose of filing in the other countries, a right of priority during the periods hereinafter fixed.

(2) Any filing that has the effect of a proper national filing under the domestic law of any country of the Union or under bilateral or multilateral treaties concluded between countries of the Union shall be recognized as giving rise to the right of priority.

(3) By a proper national filing is meant any filing that suffices to establish the date on which the application was filed in the country concerned, whatever may be the subsequent fate of the application.

B. Consequently, any subsequent filing in any of the other countries of the Union before the expiration of the periods to above shall not be invalidated by reason of any acts accomplished in the interval, in particular, another filing, the publication or exploitation of the invention, the putting on sale of copies of the design or model, or the use of the mark, and such acts cannot give rise to any third-party rights or any personal possession. Rights acquired by third parties before the date of the first application serving as the basis for the right of priority shall be reserved by operation of the domestic law of each country of the Union.

C. (1) The periods of priority referred to above shall be twelve months for patents and utility models, and six months for industrial designs and trademarks.

(2) These periods shall start from the date of filing of the first application; the day of filing shall not be included in the period.

(3) If the last day of the period is an official holiday, or a day when the Office is not open for the filing of applications in the country where protection is claimed, the period shall be extended until the first following working day.

(4) A later application concerning the same subject as an earlier first application within the meaning of paragraph (2), above, filed in the same country of the Union, shall be considered as the first application, of which the filing date shall be the starting point of the period of priority, if, at the time of filing the later application, the said earlier application has been withdrawn, abandoned, or refused, without having been laid open to public inspection and without leaving any rights to subsist, and if it has not yet served as a basis for

du droit de priorité. La demande antérieure ne pourra plus alors servir de base pour la revendication du droit de priorité.

D. — (1) Quiconque voudra se prévaloir de la priorité d'un dépôt antérieur sera tenu de faire une déclaration indiquant la date et le pays de ce dépôt. Chaque pays déterminera à quel moment, au plus tard, cette déclaration devra être effectuée.

(2) Ces indications seront mentionnées dans les publications émanant de l'Administration compétente, notamment sur les brevets et les descriptions y relatives.

(3) Les pays de l'Union pourront exiger de celui qui fait une déclaration de priorité la production d'une copie de la demande (description, dessins, etc.) déposée antérieurement. La copie, certifiée conforme par l'Administration qui aura reçu cette demande, sera dispensée de toute légalisation et elle pourra en tout cas être déposée, exempte de frais, à n'importe quel moment dans le délai de trois mois à dater du dépôt de la demande ultérieure. On pourra exiger qu'elle soit accompagnée d'un certificat de la date du dépôt émanant de cette Administration et d'une traduction.

(4) D'autres formalités ne pourront être requises pour la déclaration de priorité au moment du dépôt de la demande. Chaque pays de l'Union déterminera les conséquences de l'omission des formalités prévues par le présent article, sans que ses conséquences puissent excéder la perte du droit de priorité.

(5) Ultérieurement, d'autres justifications pourront être demandées.

Celui qui se prévaut de la priorité d'un dépôt antérieur sera tenu d'indiquer le numéro de ce dépôt; cette indication sera publiée dans les conditions prévues par l'alinéa (2) ci-dessus.

E. — (1) Lorsqu'un dessin ou modèle industriel aura été déposé dans un pays en vertu d'un droit de priorité basé sur le dépôt d'un modèle d'utilité, le délai de priorité ne sera que celui fixé pour les dessins ou modèles industriels.

(2) En outre, il est permis de déposer dans un pays un modèle d'utilité en vertu d'un droit de priorité basé sur le dépôt d'une demande de brevet et inversement.

F. — Aucun pays de l'Union ne pourra refuser une priorité ou une demande de brevet pour le motif que le déposant revendique des priorités multiples, même provenant de pays différents, ou pour le motif qu'une demande revendiquant une ou plusieurs priorités contient un ou plusieurs éléments qui n'étaient pas compris dans la ou les demandes dont la priorité est revendiquée, à la condition, dans les deux cas, qu'il y ait unité d'invention, au sens de la loi du pays.

En ce qui concerne les éléments non compris dans la ou les demandes dont la priorité est revendiquée, le dépôt de la demande ultérieure donne naissance à un droit de priorité dans les conditions ordinaires.

G. — (1) Si l'examen révèle qu'une demande de brevet est complexe, le demandeur pourra diviser la demande en un certain nombre de demandes divisionnaires, en conservant comme date de chacune la date de la demande initiale et, s'il y a lieu, le bénéfice du droit de priorité.

(2) Le demandeur pourra aussi, de sa propre initiative, diviser la demande de brevet, en conservant comme date de chaque demande divisionnaire la date de la demande initiale et, s'il y a lieu, le bénéfice du droit de priorité. Chaque pays de l'Union aura la faculté de déterminer les conditions auxquelles cette division sera autorisée.

H. — La priorité ne peut être refusée pour le motif que certains éléments de l'invention pour lesquels on revendique la priorité ne figurent pas parmi les revendications formulées dans la demande au pays d'origine, pourvu que l'ensemble des pièces de la demande révèle d'une façon précise lesdits éléments.

I. — (1) Les demandes de certificats d'auteur d'invention, déposées dans un pays où les déposants ont le droit de demander à leur choix soit un brevet, soit un certificat d'auteur d'invention, donneront naissance au droit de priorité institué par le présent article dans les mêmes conditions et avec les mêmes effets que les demandes de brevets d'invention.

(2) Dans un pays où les déposants ont le droit de demander à leur choix soit un brevet, soit un certificat d'auteur d'invention, le demandeur d'un certificat d'auteur d'invention béné-

claiming a right of priority. The earlier application may thereafter no longer serve as a basis for claiming a right of priority.

D. (1) Any person desiring to take advantage of the priority of an earlier filing shall be required to make a declaration indicating the date of such filing and the country in which it was made. Each country shall determine the latest date on which such declaration must be made.

(2) These particulars shall be mentioned in the publications issued by the competent authority, and in particular in the patents and the descriptions relating thereto.

(3) The countries of the Union may require any person making a declaration of priority to produce a copy of the earlier filed application (description, drawings, etc.). The copy, certified by the authority which received such application, shall not require any legalization, and may in any case be filed, without fee, at any time within three months of the filing of the later application. They may require it to be accompanied by a certificate from the same authority showing the date of filing, and by a translation.

(4) No other formalities may be required for the declaration of priority at the time of filing the application. Each country of the Union shall determine the consequences of failure to comply with the formalities prescribed by this Article, but such consequences shall in no case go beyond the loss of the right of priority.

(5) Subsequently, further justification may be required. Any person who avails himself of the priority of an application filed earlier shall be required to specify the number of that application; this number shall be published as provided for by paragraph (2) above.

E. (1) Where an industrial design is filed in a country by virtue of a right of priority based on the filing of a utility model, the period of priority shall be the same as that fixed for industrial designs.

(2) Furthermore, it is permissible to file a utility model in a country by virtue of a right of priority based on the filing of a patent application, and vice versa.

F. No country of the Union may refuse a priority or a patent application on the ground that the applicant claims multiple priorities, even if they originate in different countries, or on the ground that an application claiming one or more priorities contains one or more elements that were not included in the application or applications whose priority is claimed, provided that, in both cases, there is unity of invention within the meaning of the law of the country.

With respect to the elements not included in the application or applications whose priority is claimed, the filing of the later application shall give rise to a right of priority under ordinary conditions.

G. — (1) If the examination reveals that an application for a patent is complex, the applicant may divide the application into a certain number of divisional applications and preserve as the date of each the date of the initial application and the benefit of any possible right of priority.

(2) The applicant may also, on his own initiative, divide a patent application and preserve as the date of each divisional application the date of the initial application and the benefit of any possible right of priority. Each country of the Union shall have the right to determine the conditions under which such division shall be authorized.

H. — Priority may not be refused on the ground that certain elements of the invention for which priority is claimed do not appear among the claims formulated in the application in the country of origin, provided that the documents, as a whole, pertaining to such application, disclose such elements clearly.

I. — (1) Applications for inventors' certificates filed in a country in which applicants have the right to apply at their own option either for a patent or for an inventor's certificate shall give rise to the right of priority provided for by this Article, under the same conditions and with the same effects as applications for patents.

(2) In a country in which applicants have the right to apply at their own option either for a patent or for an inventor's certificate, an applicant for an inventor's certificate

ficiera, selon les dispositions du présent article applicables aux demandes de brevets, du droit de priorité basé sur le dépôt d'une demande de brevet d'invention, de modèle d'utilité ou de certificat d'auteur d'invention.

Article 4bis

[*Brevets*: indépendance des brevets obtenus pour la même invention dans différents pays]

(1) Les brevets demandés dans les différents pays de l'Union par des ressortissants de l'Union seront indépendants des brevets obtenus pour la même invention dans les autres pays adhérents ou non à l'Union.

(2) Cette disposition doit s'entendre d'une façon absolue, notamment en ce sens que les brevets demandés pendant le délai de priorité sont indépendants, tant au point de vue des causes de nullité et de déchéance qu'au point de vue de la durée normale.

(3) Elle s'applique à tous les brevets existant au moment de sa mise en vigueur.

(4) Il en sera de même, en cas d'accession de nouveaux pays, pour les brevets existant de part et d'autre au moment de l'accession.

(5) Les brevets obtenus avec le bénéfice de la priorité jouiront, dans les différents pays de l'Union, d'une durée égale à celle dont ils jouiraient s'ils étaient demandés ou délivrés sans le bénéfice de la priorité.

Article 4ter

[*Brevets*: mention de l'inventeur dans le brevet]

L'inventeur a le droit d'être mentionné comme tel dans le brevet.

Article 4quater

[*Brevets*: brevetabilité en cas de restriction légale de la vente]

La délivrance d'un brevet ne pourra être refusée et un brevet ne pourra être invalidé pour le motif que la vente du produit breveté ou obtenu par un procédé breveté est soumise à des restrictions ou limitations résultant de la législation nationale.

Article 5

[A. *Brevets*: introduction d'objets, défaut ou insuffisance d'exploitation, licences obligatoires. — B. *Dessins et modèles industriels*: défaut d'exploitation, introduction d'objets. — C. *Marques*: manque d'utilisation, formes différentes, emploi par copropriétaires. — D. *Brevets, modèles d'utilité, marques, dessins et modèles industriels*: signes et mentions]

A. — (1) L'introduction, par le breveté, dans le pays où le brevet a été délivré, d'objets fabriqués dans l'un ou l'autre des pays de l'Union, n'entraînera pas la déchéance.

(2) Chacun des pays de l'Union aura la faculté de prendre des mesures législatives prévoyant la concession de licences obligatoires, pour prévenir les abus qui pourraient résulter de l'exercice du droit exclusif conféré par le brevet, par exemple faute d'exploitation.

(3) La déchéance du brevet ne pourra être prévue que pour le cas où la concession de licences obligatoires n'aurait pas suffi pour prévenir ces abus. Aucune action en déchéance ou en révocation d'un brevet ne pourra être introduite avant l'expiration de deux années à compter de la concession de la première licence obligatoire.

(4) Une licence obligatoire ne pourra pas être demandée pour cause de défaut ou d'insuffisance d'exploitation avant l'expiration d'un délai de quatre années à compter du dépôt de la demande de brevet, ou de trois années à compter de la délivrance du brevet, le délai qui expire le plus tard devant être appliqué; elle sera refusée si le breveté justifie son inaction par des excuses légitimes. Une telle licence obligatoire sera non exclusive et ne pourra être transmise, même sous la forme de concession de sous-licence, qu'avec la partie de l'entreprise ou du fonds de commerce exploitant cette licence.

(5) Les dispositions qui précèdent seront applicables, sous réserve des modifications nécessaires, aux modèles d'utilité.

B. — La protection des dessins et modèles industriels ne peut être atteinte par une déchéance quelconque, soit pour défaut d'exploitation, soit pour introduction d'objets conformes à ceux qui sont protégés.

shall, in accordance with the provisions of this Article relating to patent applications, enjoy a right of priority based on an application for a patent, a utility model, or an inventor's certificate.

Article 4bis

[*Patents*: Independence of Patents Obtained for the Same Invention in Different Countries]

(1) Patents applied for in the various countries of the Union by nationals of countries of the Union shall be independent of patents obtained for the same invention in other countries, whether members of the Union or not.

(2) The foregoing provision is to be understood in an unrestricted sense, in particular, in the sense that patents applied for during the period of priority are independent, both as regards the grounds for nullity and forfeiture, and as regards their normal duration.

(3) The provision shall apply to all patents existing at the time when it comes into effect.

(4) Similarly, it shall apply, in the case of the accession of new countries, to patents in existence on either side at the time of accession.

(5) Patents obtained with the benefit or priority shall, in the various countries of the Union, have a duration equal to that which they would have, had they been applied for or granted without the benefit of priority.

Article 4ter

[*Patents*: Mention of the Inventor in the Patent]

The inventor shall have the right to be mentioned as such in the patent.

Article 4quater

[*Patents*: Patentability in Case of Restriction of Sale by Law]

The grant of a patent shall not be refused and a patent shall not be invalidated on the ground that the sale of the patented goods or of goods obtained by means of a patented process is subjected to restrictions or limitations resulting from the domestic law.

Article 5

[A. *Patents*: Importation of Articles; Failure to Work or Insufficient Working; Compulsory Licenses. — B. *Industrial Designs*: Failure to Work; Importation of Articles. — C. *Marks*: Failure to Use; Different Forms; Use by Co-proprietors. — D. *Patents, Utility Models, Marks, Industrial Designs*: Sign or Mention]

A. — (1) Importation by the patentee into the country where the patent has been granted of articles manufactured in any of the countries of the Union shall not entail forfeiture of the patent.

(2) Each country of the Union shall have the right to take legislative measures providing for the grant of compulsory licenses to prevent the abuses which might result from the exercise of the exclusive rights conferred by the patent, for example, failure to work.

(3) Forfeiture of the patent shall not be provided for except in cases where the grant of compulsory licenses would not have been sufficient to prevent the said abuses. No proceedings for the forfeiture or revocation of a patent may be instituted before the expiration of two years from the grant of the first compulsory license.

(4) A compulsory license may not be applied for on the ground of failure to work or insufficient working before the expiration of a period of four years from the date of filing of the patent application or three years from the date of the grant of the patent, whichever period expires last; it shall be refused if the patentee justifies his inaction by legitimate reasons. Such a compulsory license shall be non-exclusive and shall not be transferable, even in the form of the grant of a sub-license, except with that part of the enterprise or goodwill which exploits such license.

(5) The foregoing provisions shall be applicable, mutatis mutandis, to utility models.

B. — The protection of industrial designs shall not, under any circumstance, be subject to forfeiture, either on account of failure to work or by reason of the importation of articles corresponding to those which are protected.

C. — (1) Si, dans un pays, l'utilisation de la marque enregistrée est obligatoire, l'enregistrement ne pourra être annulé qu'après un délai équitable et si l'intéressé ne justifie pas des causes de son inaction.

(2) L'emploi d'une marque de fabrique ou de commerce, par le propriétaire, sous une forme qui diffère, par des éléments n'altérant pas le caractère distinctif de la marque dans la forme sous laquelle celle-ci a été enregistrée dans l'un des pays de l'Union, n'entraînera pas l'invalidation de l'enregistrement et ne diminuera pas la protection accordée à la marque.

(3) L'emploi simultané de la même marque sur des produits identiques ou similaires, par des établissements industriels ou commerciaux considérés comme copropriétaires de la marque d'après les dispositions de la loi nationale du pays où la protection est réclamée, n'empêchera pas l'enregistrement, ni ne diminuera d'aucune façon la protection accordée à ladite marque dans n'importe quel pays de l'Union, pourvu que ledit emploi n'ait pas pour effet d'induire le public en erreur et qu'il ne soit pas contraire à l'intérêt public.

D. — Aucun signe ou mention du brevet, du modèle d'utilité, de l'enregistrement de la marque de fabrique ou de commerce, ou du dépôt du dessin ou modèle industriel ne sera exigé sur le produit pour la reconnaissance du droit.

Article 5bis

[Tous les droits de propriété industrielle : délai de grâce pour le paiement de taxes pour le maintien des droits ; Brevets : restauration]

(1) Un délai de grâce, qui devra être au minimum de six mois, sera accordé pour le paiement des taxes prévues pour le maintien des droits de propriété industrielle, moyennant le versement d'une surtaxe, si la législation nationale en impose une.

(2) Les pays de l'Union ont la faculté de prévoir la restauration des brevets d'invention tombés en déchéance par suite de non-paiement de taxes.

Article 5ter

[Brevets : introduction libre d'objets brevetés faisant partie de moyens de locomotion]

Dans chacun des pays de l'Union ne seront pas considérés comme portant atteinte aux droits du breveté :

- 1^o l'emploi, à bord des navires des autres pays de l'Union, des moyens faisant l'objet de son brevet dans le corps du navire, dans les machines, agrès, appareils et autres accessoires, lorsque ces navires pénétreront temporairement ou accidentellement dans les eaux du pays, sous réserve que ces moyens y soient employés exclusivement pour les besoins du navire ;
- 2^o l'emploi des moyens faisant l'objet du brevet dans la construction ou le fonctionnement des engins de locomotion aérienne ou terrestre des autres pays de l'Union ou des accessoires de ces engins, lorsque ceux-ci pénétreront temporairement ou accidentellement dans ce pays.

Article 5quater

[Brevets : introduction de produits fabriqués en application d'un procédé breveté dans le pays d'importation]

Lorsqu'un produit est introduit dans un pays de l'Union où il existe un brevet protégeant un procédé de fabrication dudit produit, le breveté aura, à l'égard du produit introduit, tous les droits que la législation du pays d'importation lui accorde, sur la base du brevet de procédé, à l'égard des produits fabriqués dans le pays même.

Article 5quinquies

[Dessins et modèles industriels]

Les dessins et modèles industriels seront protégés dans tous les pays de l'Union.

Article 6

[Marques : conditions d'enregistrement, indépendance de la protection de la même marque dans différents pays]

(1) Les conditions de dépôt et d'enregistrement des marques de fabrique ou de commerce seront déterminées dans chaque pays de l'Union par sa législation nationale.

C. — (1) If, in any country, use of the registered mark is compulsory, the registration may be cancelled only after a reasonable period, and then only if the person concerned does not justify the causes of his inaction.

(2) Use of a trademark by the proprietor in a form differing in elements which do not alter the distinctive character of the mark in the form in which it was registered in one of the countries of the Union shall not entail invalidation of the registration and shall not diminish the protection granted to the mark.

(3) Concurrent use of the same mark on identical or similar goods by industrial or commercial establishments considered as co-proprietors of the mark according to the provisions of the domestic law of the country where protection is claimed shall not prevent registration or diminish in any way the protection granted to the said mark in any country of the Union, provided that such use does not result in misleading the public and is not contrary to public interest.

D. — No sign or mention of the patent, of the utility model, of the registration of the trademark, or of the deposit of the industrial design, shall be required upon the goods as a condition of recognition of the right to protection.

Article 5bis

[All Industrial Property Rights: Period of Grace for the Payment of Fees for the Maintenance of Rights; Patents: Restoration]

(1) A period of grace of not less than six months shall be allowed for the payment of the fees prescribed for the maintenance of industrial property rights, subject, if the domestic legislation so provides, to the payment of a surcharge.

(2) The countries of the Union shall have the right to provide for the restoration of patents which have lapsed by reason of non-payment of fees.

Article 5ter

[Patents: Free Importation of Patented Devices Forming Part of Vessels, Aircraft, or Land Vehicles]

In any country of the Union the following shall not be considered as infringements of the rights of the patentee:

1. the use on board vessels of other countries of the Union of devices forming the subject of his patent in the body of the vessel, in the machinery, tackle, gear and other accessories, when such vessels temporarily or accidentally enter the waters of the said country, provided that such devices are used there exclusively for the needs of the vessel;
2. the use of devices forming the subject of the patent in the construction or operation of aircraft or land vehicles of other countries of the Union, or of accessories of such aircraft or land vehicles, when the latter temporarily or accidentally enter the said country.

Article 5quater

[Patents: Importation of Goods Manufactured by a Process Patented in the Importing Country]

When goods are imported into a country of the Union where there exists a patent protecting a process of manufacture of the said goods, the patentee shall have all the rights, with regard to the imported goods, that are accorded to him by the legislation of the country of importation, on the basis of the process patent, with respect to goods manufactured in that country.

Article 5quinquies

[Industrial Designs]

Industrial designs shall be protected in all the countries of the Union.

Article 6

[Marks: Conditions of Registration; Independence of Protection of Same Mark in Different Countries]

(1) The conditions for the filing and registration of trademarks shall be determined in each country of the Union by its domestic legislation.

(2) Toutefois, une marque déposée par un ressortissant d'un pays de l'Union dans un quelconque des pays de l'Union ne pourra être refusée ou invalidée pour le motif qu'elle n'aura pas été déposée, enregistrée ou renouvelée au pays d'origine.

(3) Une marque régulièrement enregistrée dans un pays de l'Union sera considérée comme indépendante des marques enregistrées dans les autres pays de l'Union, y compris le pays d'origine.

Article 6bis

[*Marques: marques notoirement connues*]

(1) Les pays de l'Union s'engagent, soit d'office si la législation du pays le permet, soit à la requête de l'intéressé, à refuser ou à invalider l'enregistrement et à interdire l'usage d'une marque de fabrique ou de commerce qui constitue la reproduction, l'imitation ou la traduction, susceptibles de créer une confusion, d'une marque que l'autorité compétente du pays de l'enregistrement ou de l'usage estimera y être notoirement connue comme étant déjà la marque d'une personne admise à bénéficier de la présente Convention et utilisée pour des produits identiques ou similaires. Il en sera de même lorsque la partie essentielle de la marque constitue la reproduction d'une telle marque notoirement connue ou une imitation susceptible de créer une confusion avec celle-ci.

(2) Un délai minimum de cinq années à compter de la date de l'enregistrement devra être accordé pour réclamer la radiation d'une telle marque. Les pays de l'Union ont la faculté de prévoir un délai dans lequel l'interdiction d'usage devra être réclmée.

(3) Il ne sera pas fixé de délai pour réclamer la radiation ou l'interdiction d'usage des marques enregistrées ou utilisées de mauvaise foi.

Article 6ter

[*Marques: interdictions quant aux emblèmes d'Etat, signes officiels de contrôle et emblèmes d'organisations intergouvernementales*]

(1) (a) Les pays de l'Union conviennent de refuser ou d'invalider l'enregistrement et d'interdire, par des mesures appropriées, l'utilisation, à défaut d'autorisation des pouvoirs compétents, soit comme marque de fabrique ou de commerce, soit comme élément de ces marques, des armoiries, drapeaux et autres emblèmes d'Etat des pays de l'Union, signes et poinçons officiels de contrôle et de garantie adoptés par eux, ainsi que toute imitation au point de vue héraldique.

(b) Les dispositions figurant sous la lettre (a) ci-dessus s'appliquent également aux armoiries, drapeaux et autres emblèmes, sigles ou dénominations des organisations internationales intergouvernementales dont un ou plusieurs pays de l'Union sont membres, à l'exception des armoiries, drapeaux et autres emblèmes, sigles ou dénominations qui ont déjà fait l'objet d'accords internationaux en vigueur destinés à assurer leur protection.

(c) Aucun pays de l'Union ne pourra être tenu d'appliquer des dispositions figurant sous la lettre (b) ci-dessus au détriment des titulaires de droits acquis de bonne foi avant l'entrée en vigueur, dans ce pays, de la présente Convention. Les pays de l'Union ne sont pas tenus d'appliquer lesdites dispositions lorsque l'utilisation ou l'enregistrement visé sous la lettre (a) ci-dessus n'est pas de nature à suggérer, dans l'esprit du public, un lien entre l'organisation en cause et les armoiries, drapeaux, emblèmes, sigles ou dénominations, ou si cette utilisation ou enregistrement n'est vraisemblablement pas de nature à abuser le public sur l'existence d'un lien entre l'utilisateur et l'organisation.

(2) L'interdiction des signes et poinçons officiels de contrôle et de garantie s'appliquera seulement dans les cas où les marques qui les comprendront seront destinées à être utilisées sur des marchandises du même genre ou d'un genre similaire.

(3) (a) Pour l'application de ces dispositions, les pays de l'Union conviennent de se communiquer réciproquement, par l'intermédiaire du Bureau international, la liste des emblèmes d'Etat, signes et poinçons officiels de contrôle et de garantie, qu'ils désirent ou désireront placer, d'une façon absolue ou dans certaines limites, sous la protection du présent article, ainsi que toutes modifications ultérieures apportées à cette liste. Chaque pays de l'Union mettra à la disposition du public, en temps utile, les listes notifiées.

(2) However, an application for the registration of a mark filed by a national of a country of the Union in any country of the Union may not be refused, nor may a registration be invalidated, on the ground that filing, registration, or renewal, has not been effected in the country of origin.

(3) A mark properly registered in a country of the Union shall be regarded as independent of marks registered in the other countries of the Union, including the country of origin.

Article 6bis

[*Marks: Well-Known Marks*]

(1) The countries of the Union undertake, ex officio if their legislation so permits, or at the request of an interested party, to refuse or to cancel the registration, and to prohibit the use, of a trademark which constitutes a reproduction, an imitation, or a translation, capable of creating confusion, of a mark considered by the competent authority of the country of registration or use to be well known in that country as being already the mark of a person entitled to the benefits of this Convention and used for identical or similar goods. These provisions shall also apply when the essential part of the mark constitutes a reproduction of any such well known mark or an imitation capable of creating confusion therewith.

(2) A period of at least five years from the date of registration shall be allowed for claiming the cancellation of such a mark. The countries of the Union may provide for a period within the prohibition of use must be claimed.

(3) No time limit shall be fixed for claiming the cancellation or the prohibition of the use of marks registered or used in bad faith.

Article 6ter

[*Marks: Prohibitions concerning State Emblems, Official Hallmarks, and Emblems of Intergovernmental Organizations*]

(1) (a) The countries of the Union agree to refuse or invalidate the registration, and to prohibit by appropriate measures the use, without authorization by the competent authorities, either as trademarks or as elements of trademarks, of armorial bearings, flags, and other State emblems, of the countries of the Union, official signs and hallmarks indicating control and warranty adopted by them, and all imitations from a heraldic point of view.

(b) The provisions of subparagraph (a), above, shall apply equally to armorial bearings, flags, other emblems, abbreviations, and names, of intergovernmental international organizations of which one or more countries of the Union are members, with the exception of armorial bearings, flags, other emblems, abbreviations, and names, that are already the subject of international agreements in force, intended to ensure their protection.

(c) No country of the Union shall be required to apply the provisions of subparagraph (b), above, to the prejudice of the owners of rights acquired in good faith before the entry into force, in that country, of this Convention. The countries of the Union shall not be required to apply the said provisions when the use or registration referred to in subparagraph (a), above, is not of such a nature as to suggest to the public that a connection exists between the organization concerned and the armorial bearings, flags, emblems, abbreviations, and names, or if such use or registration is probably not of such a nature as to mislead the public as to the existence of a connection between the user and the organization.

(2) Prohibition of the use of official signs and hallmarks indicating control and warranty shall apply solely in cases where the marks in which they are incorporated are intended to be used on goods of the same or a similar kind.

(3) (a) For the application of these provisions, the countries of the Union agree to communicate reciprocally, through the intermediary of the International Bureau, the list of State emblems, and official signs and hallmarks indicating control and warranty, which they desire, or may hereafter desire, to place wholly or within certain limits under the protection of this Article, and all subsequent modifications of such list. Each country of the Union shall in due course make available to the public the lists thus notified.

Toutefois, cette notification n'est pas obligatoire en ce qui concerne les drapeaux des Etats.

(b) Les dispositions figurant sous la lettre (b) de l'alinéa (1) du présent article ne sont applicables qu'aux armoiries, drapeaux et autres emblèmes, sigles ou dénominations des organisations internationales intergouvernementales que celles-ci ont communiqués aux pays de l'Union par l'intermédiaire du Bureau international.

(4) Tout pays de l'Union pourra, dans un délai de douze mois à partir de la réception de la notification, transmettre, par l'intermédiaire du Bureau international, au pays ou à l'organisation internationale intergouvernementale intéressés, ses objections éventuelles.

(5) Pour les drapeaux de l'Etat, les mesures prévues à l'alinéa (1) ci-dessus s'appliqueront seulement aux marques enregistrées après le 6 novembre 1925.

(6) Pour les emblèmes d'Etat autres que les drapeaux, pour les signes et poinçons officiels des pays de l'Union et pour les armoiries, drapeaux et autres emblèmes, sigles ou dénominations des organisations internationales intergouvernementales, ces dispositions ne seront applicables qu'aux marques enregistrées plus de deux mois après réception de la notification prévue à l'alinéa (3) ci-dessus.

(7) En cas de mauvaise foi, les pays auront la faculté de faire radier même les marques enregistrées avant le 6 novembre 1925 et comportant des emblèmes d'Etat, signes et poinçons.

(8) Les nationaux de chaque pays qui seraient autorisés à faire usage des emblèmes d'Etat, signes et poinçons de leur pays, pourront les utiliser, même s'il y avait similitude avec ceux d'un autre pays.

(9) Les pays de l'Union s'engagent à interdire l'usage non autorisé, dans le commerce, des armoiries d'Etat des autres pays de l'Union, lorsque cet usage sera de nature à induire en erreur sur l'origine des produits.

(10) Les dispositions qui précèdent ne font pas obstacle à l'exercice, par les pays, de la faculté de refuser ou d'invalidier, par application du chiffre (3) de la lettre B de l'article 6quinquies, les marques contenant, sans autorisation, des armoiries, drapeaux et autres emblèmes d'Etat, ou des signes et poinçons officiels adoptés par un pays de l'Union, ainsi que des signes distinctifs des organisations internationales intergouvernementales mentionnés à l'alinéa (1) ci-dessus.

Article 6quater

[*Marques : transfert de la marque*]

(1) Lorsque, conformément à la législation d'un pays de l'Union, la cession d'une marque n'est valable que si elle a lieu en même temps que le transfert de l'entreprise ou du fonds de commerce auquel la marque appartient, il suffira, pour que cette validité soit admise, que la partie de l'entreprise ou du fonds de commerce située dans ce pays soit transmise au cessionnaire avec le droit exclusif d'y fabriquer ou d'y vendre les produits portant la marque cédée.

(2) Cette disposition n'impose pas aux pays de l'Union l'obligation de considérer comme valable le transfert de toute marque dont l'usage par le cessionnaire serait, en fait, de nature à induire le public en erreur, notamment en ce qui concerne la provenance, la nature ou les qualités substantielles des produits auxquels la marque est appliquée.

Article 6quinquies

[*Marques : protection des marques enregistrées dans un pays de l'Union dans les autres pays de l'Union (clause « telle quelle »)*]

A. — (1) Toute marque de fabrique ou de commerce régulièrement enregistrée dans le pays d'origine sera admise au dépôt et protégée telle quelle dans les autres pays de l'Union, sous les réserves indiquées au présent article. Ces pays pourront, avant de procéder à l'enregistrement définitif, exiger la production d'un certificat d'enregistrement au pays d'origine, délivré par l'autorité compétente. Aucune légalisation ne sera requise pour ce certificat.

(2) Sera considéré comme pays d'origine le pays de l'Union où le déposant a un établissement industriel ou commercial effectif et sérieux, et, s'il n'a pas un tel établissement dans l'Union, le pays de l'Union où il a son domicile, et, s'il n'a pas

Nevertheless, no such notification is required in respect of the flags of States.

(b) The provisions of subparagraph (b) of paragraph (1) of this Article shall apply only to such armorial bearings, flags, other emblems, abbreviations, and names, of intergovernmental international organizations as the latter have communicated to the countries of the Union through the intermediary of the International Bureau.

(4) Any country of the Union may, within a period of twelve months from the receipt of the notification, transmit, through the intermediary of the International Bureau, its possible objections to the country or intergovernmental international organization concerned.

(5) In the case of State flags, the measures prescribed by paragraph (1), above, shall apply solely to marks registered after November 6, 1925.

(6) In the case of State emblems other than flags, and of official signs and hallmarks of the countries of the Union, and in the case of armorial bearings, flags, other emblems, abbreviations, and names, of intergovernmental international organizations, these provisions shall apply only to marks registered more than two months after receipt of the notification provided for in paragraph (3), above.

(7) In cases of bad faith, the countries shall have the right to cancel even those marks incorporating State emblems, signs, and hallmarks, which were registered before November 6, 1925.

(8) Nationals of any country, authorized to make use of the State emblems, signs, and hallmarks, of their country, may use them even if they are similar to those of another country.

(9) The countries of the Union undertake to prohibit the unauthorized use in trade of the State armorial bearings of the other countries of the Union, when the use is of such a nature as to be misleading as to be origin of the goods.

(10) The above provisions shall not prevent the countries from exercising the right given in paragraph (3) of Article 6quinquies, Section B, to refuse or to invalidate the registration of marks incorporating, without authorization, armorial bearings, flags, other State emblems, or official signs and hallmarks adopted by a country of the Union, as well as the distinctive signs of intergovernmental international organizations referred to in paragraph (1), above.

Article 6quater

[*Marks : Assignment of Marks*]

(1) When, in accordance with the legislation of a country of the Union, the assignment of a mark is valid only if it takes place at the same time as the transfer of the business or goodwill to which the mark belongs, it shall suffice for the recognition of such validity that the portion of the business or goodwill located in that country be transferred to the assignee, together with the exclusive right to manufacture in the said country, or to sell therein, the goods bearing the mark assigned.

(2) The foregoing provision does not impose upon the countries of the Union any obligation to regard as valid the assignment of any mark the use of which by the assignee would, in fact, be of such a nature as to mislead the public, particularly as regards the origin, nature, or essential qualities, of the goods to which the mark is applied.

Article 6quinquies

[*Marks : Protection of Marks Registered in one Country of the Union in the Other Countries of the Union*]

A. — (1) Every trademark properly registered in the country of origin shall be accepted for filing and protected as it is, in the other countries of the Union, subject to the limitations indicated in this Article. Such countries may before proceeding with the final registration, require the production of a certificate, issued by the competent authority, of registration in the country of origin. No legalization of such certificate shall be required.

(2) Shall be considered the country of origin the country of the Union where the applicant has a real and effective industrial or commercial establishment, or, if he has no such establishment within the Union, the country of the Union where he has his domicile, or, if he has no domicile within

de domicile dans l'Union, le pays de sa nationalité, au cas où il est ressortissant d'un pays de l'Union.

B. — Les marques de fabrique ou de commerce, visées par le présent article, ne pourront être refusées à l'enregistrement ou invalidées que dans les cas suivants :

- 1° lorsqu'elles sont de nature à porter atteinte à des droits acquis par des tiers dans le pays où la protection est réclamée ;
- 2° lorsqu'elles sont dépourvues de tout caractère distinctif, ou bien composées exclusivement de signes ou d'indications pouvant servir, dans le commerce, pour désigner l'espèce, la qualité, la quantité, la destination, la valeur, le lieu d'origine des produits ou l'époque de production, ou devenus usuels dans le langage courant ou les habitudes loyales et constantes du commerce du pays où la protection est réclamée ;
- 3° lorsqu'elles sont contraires à la morale ou à l'ordre public et notamment de nature à tromper le public. Il est entendu qu'une marque ne pourra être considérée comme contraire à l'ordre public pour la seule raison qu'elle n'est pas conforme à quelque disposition de la législation sur les marques, sauf le cas où cette disposition elle-même concerne l'ordre public.

Est toutefois réservée l'application de l'article 10^{bis}.

C. — (1) Pour apprécier si la marque est susceptible de protection, on devra tenir compte de toutes les circonstances de fait, notamment de la durée de l'usage de la marque.

(2) Ne pourront être refusées dans les autres pays de l'Union les marques de fabrique ou de commerce pour le seul motif qu'elles ne diffèrent des marques protégées dans le pays d'origine que par des éléments n'altérant pas le caractère distinctif et ne touchant pas à l'identité des marques, dans la forme sous laquelle celles-ci ont été enregistrées audit pays d'origine.

D. — Nul ne pourra bénéficier des dispositions du présent article si la marque dont il revendique la protection n'est pas enregistrée au pays d'origine.

E. — Toutefois, en aucun cas, le renouvellement de l'enregistrement d'une marque dans le pays d'origine n'entraînera l'obligation de renouveler l'enregistrement dans les autres pays de l'Union où la marque aura été enregistrée.

F. — Le bénéfice de la priorité reste acquis aux dépôts de marques effectués dans le délai de l'article 4, même lorsque l'enregistrement dans le pays d'origine n'intervient qu'après l'expiration de ce délai.

Article 6sexies

[*Marques : marques de service*]

Les pays de l'Union s'engagent à protéger les marques de service. Ils ne sont pas tenus de prévoir l'enregistrement de ces marques.

Article 6septies

[*Marques : enregistrements effectués par l'agent ou le représentant du titulaire sans l'autorisation de celui-ci*]

(1) Si l'agent ou le représentant de celui qui est titulaire d'une marque dans un des pays de l'Union demande, sans l'autorisation de ce titulaire, l'enregistrement de cette marque en son propre nom, dans un ou plusieurs de ces pays, le titulaire aura le droit de s'opposer à l'enregistrement demandé ou de réclamer la radiation ou, si la loi du pays le permet, le transfert à son profit dudit enregistrement, à moins que cet agent ou représentant ne justifie de ses agissements.

(2) Le titulaire de la marque aura, sous les réserves de l'alinéa (1) ci-dessus, le droit de s'opposer à l'utilisation de sa marque par son agent ou représentant, s'il n'a pas autorisé cette utilisation.

(3) Les législations nationales ont la faculté de prévoir un délai équitable dans lequel le titulaire d'une marque devra faire valoir les droits prévus au présent article.

Article 7

[*Marques : nature du produit portant la marque*]

La nature du produit sur lequel la marque de fabrique ou de commerce doit être apposée ne peut, dans aucun cas, faire obstacle à l'enregistrement de la marque.

the Union but is a national of a country of the Union, the country of which he is a national.

B. — Trademarks covered by this Article may neither be denied registration nor invalidated except in the following cases:

1. when they are of such a nature as to infringe rights acquired by third parties in the country where protection is claimed;
2. when they are devoid of any distinctive character, or consist exclusively of signs or indications which may serve, in trade, to designate the kind, quality, quantity, intended purpose, value, place of origin, of the goods, or the time of production, or have become customary in the current language or in the fair and established practices of the trade of the country where protection is claimed;
3. when they are contrary to morality or public order and, in particular, of such a nature as to deceive the public. It is understood that a mark may not be considered contrary to public order for the sole reason that it does not conform to a provision of the legislation on marks, except if such provision itself relates to public order.

This provision is subject, however, to the application of Article 10^{bis}.

C. — (1) In determining whether a mark is eligible for protection, all the factual circumstances must be taken into consideration, particularly the length of time the mark has been in use.

(2) No trademark shall be refused in the other countries of the Union for the sole reason that it differs from the mark protected in the country of origin only in respect of elements that do not alter its distinctive character and do not affect its identity in the form in which it has been registered in the said country of origin.

D. — No person may benefit from the provisions of this Article if the mark for which he claims protection is not registered in the country of origin.

E. — However, in no case shall the renewal of the registration of the mark in the country of origin involve an obligation to renew the registration in the other countries of the Union in which the mark has been registered.

F. — The benefit of priority shall remain unaffected for applications for the registration of marks filed within the period fixed by Article 4, even if the registration in the country of origin is effected only after the expiration of such period.

Article 6sexies

[*Marks : Service Marks*]

The countries of the Union undertake to protect service marks. They shall not be required to provide for the registration of such marks.

Article 6septies

[*Marks : Registration in the Name of the Agent or Representative of the Proprietor Without the Latter's Authorization*]

(1) If the agent or representative of the person who is the proprietor of a mark in one of the countries of the Union applies, without the authorization of such proprietor, for the registration, in his own name, of the mark in one or more countries of the Union, the proprietor shall be entitled to oppose the registration applied for or demand its cancellation or, if the law of the country so allows, the assignment in his favor of the said registration, unless such agent or representative justifies his action.

(2) The proprietor of the mark shall, subject to the provisions of paragraph (1), above, be entitled to oppose the use of his mark by his agent or representative if he has not authorized such use.

(3) Domestic legislations may provide an equitable time limit within which the proprietor of a mark must exercise the rights provided for in this Article.

Article 7

[*Marks : Nature of the Goods to which the Mark is Applied*]

The nature of the goods to which the trademark is to be applied shall in no case form an obstacle to the registration of the mark.

Article 7bis

[Marques: marques collectives]

(1) Les pays de l'Union s'engagent à admettre au dépôt et à protéger les marques collectives appartenant à des collectivités dont l'existence n'est pas contraire à la loi du pays d'origine, même si ces collectivités ne possèdent pas un établissement industriel ou commercial.

(2) Chaque pays sera juge des conditions particulières sous lesquelles une marque collective sera protégée, et il pourra refuser la protection si cette marque est contraire à l'intérêt public.

(3) Cependant, la protection de ces marques ne pourra être refusée à aucune collectivité dont l'existence n'est pas contraire à la loi du pays d'origine, pour le motif qu'elle n'est pas établie dans le pays où la protection est requise ou qu'elle n'est pas constituée conformément à la législation de ce pays.

Article 8

[Noms commerciaux]

Le nom commercial sera protégé dans tous les pays de l'Union sans obligation de dépôt ou d'enregistrement, qu'il fasse ou non partie d'une marque de fabrique ou de commerce.

Article 9

[Marques, noms commerciaux: saisie à l'importation, etc., des produits portant illicitement une marque ou un nom commercial]

(1) Tout produit portant illicitement une marque de fabrique ou de commerce ou un nom commercial, sera saisi à l'importation dans ceux des pays de l'Union dans lesquels cette marque ou ce nom commercial ont droit à la protection légale.

(2) La saisie sera également effectuée dans le pays où l'apposition illicite aura eu lieu, ou dans les pays où aura été importé le produit.

(3) La saisie aura lieu à la requête soit du Ministère public, soit de toute autre autorité compétente, soit d'une partie intéressée, personne physique ou morale, conformément à la législation intérieure de chaque pays.

(4) Les autorités ne seront pas tenues d'effectuer la saisie en cas de transit.

(5) Si la législation d'un pays n'admet pas la saisie à l'importation, la saisie sera remplacée par la prohibition d'importation ou la saisie à l'intérieur.

(6) Si la législation d'un pays n'admet ni la saisie à l'importation, ni la prohibition d'importation, ni la saisie à l'intérieur, et en attendant que cette législation soit modifiée en conséquence, ces mesures seront remplacées par les actions et moyens que la loi de ce pays assurerait en pareil cas aux nationaux.

Article 10

[Indications fausses: saisie à l'importation, etc., des produits portant des indications fausses concernant la provenance des produits ou l'identité du producteur, etc.]

(1) Les dispositions de l'article précédent seront applicables en cas d'utilisation directe ou indirecte d'une indication fausse concernant la provenance du produit ou l'identité du producteur, fabricant ou commerçant.

(2) Sera en tout cas reconnu comme partie intéressée, que ce soit une personne physique ou morale, tout producteur, fabricant ou commerçant engagé dans la production, la fabrication ou le commerce de ce produit et établi soit dans la localité faussement indiquée comme lieu de provenance, soit dans la région où cette localité est située, soit dans le pays faussement indiqué, soit dans le pays où la fausse indication de provenance est employée.

Article 10bis

[Concurrence déloyale]

(1) Les pays de l'Union sont tenus d'assurer aux ressortissants de l'Union une protection effective contre la concurrence déloyale.

(2) Constitue un acte de concurrence déloyale tout acte de concurrence contraire aux usages honnêtes en matière industrielle ou commerciale.

Article 7bis

[Marks: Collective Marks]

(1) The countries of the Union undertake to accept for filing and to protect collective marks belonging to organized groups the existence of which is not contrary to the law of the country of origin, even if such organized groups do not possess an industrial or commercial establishment.

(2) Each country shall be the judge of the particular conditions under which a collective mark shall be protected and may refuse protection if the mark is contrary to public interest.

(3) Nevertheless, the protection of these marks shall not be refused to any organized group the existence of which is not contrary to the law of the country of origin, on the ground that such organized group is not established in the country where protection is sought or is not constituted according to the legislation of the latter country.

Article 8

[Trade Names]

A trade name shall be protected in all the countries of the Union without the obligation to file or register, whether or not it forms part of a trademark.

Article 9

[Marks, Trade Names: Seizure, on Importation, etc., of Goods Unlawfully Bearing a Mark or Trade Name]

(1) All goods unlawfully bearing a trademark or trade name shall be seized on importation into those countries of the Union where such mark or trade name is entitled to legal protection.

(2) Seizure shall likewise be effected in the country where the unlawful affixation occurred or in the country into which the goods were imported.

(3) Seizure shall take place at the request of the public prosecutor, or any other competent authority, or any interested party, whether a natural person or a legal entity, in conformity with the domestic legislation of each country.

(4) The authorities shall not be bound to effect seizure of goods in transit.

(5) If the legislation of a country does not permit seizure on importation, seizure shall be replaced by prohibition of importation or by seizure inside the country.

(6) If the legislation of a country permits neither seizure on importation nor prohibition of importation nor seizure inside the country, then, until such time as the legislation is modified accordingly, these measures shall be replaced by the actions and remedies available in such cases to nationals under the law of such country.

Article 10

[False Indications: Seizure, on Importation, etc., of Goods Bearing False Indications as to their Source or the Identity of the Producer]

(1) The provisions of the preceding Article shall apply in cases of direct or indirect use of a false indication of the source of the goods or the identity of the producer, manufacturer, or merchant.

(2) Any producer, manufacturer, or merchant, whether a natural person or a legal entity, engaged in the production or manufacture of or trade in such goods and established either in the locality falsely indicated as the source, or in the region where such locality is situated, or in the country falsely indicated, or in the country where the false indication of source is used, shall in any case be deemed an interested party.

Article 10bis

[Unfair Competition]

(1) The countries of the Union are bound to assure to nationals of such countries effective protection against unfair competition.

(2) Any act of competition contrary to honest practices in industrial or commercial matters constitutes an act of unfair competition.

(3) Notamment devront être interdits :

- 1° tous faits quelconques de nature à créer une confusion par n'importe quel moyen avec l'établissement, les produits ou l'activité industrielle ou commerciale d'un concurrent ;
- 2° les allégations fausses, dans l'exercice du commerce, de nature à discréditer l'établissement, les produits ou l'activité industrielle ou commerciale d'un concurrent ;
- 3° les indications ou allégations dont l'usage, dans l'exercice du commerce, est susceptible d'induire le public en erreur sur la nature, le mode de fabrication, les caractéristiques, l'aptitude à l'emploi ou la quantité des marchandises.

Article 10^{ter}

[*Marques, noms commerciaux, indications fausses, concurrence déloyale : recours légaux ; droit d'agir en justice*]

(1) Les pays de l'Union s'engagent à assurer aux ressortissants des autres pays de l'Union des recours légaux appropriés pour réprimer efficacement tous les actes visés aux articles 9, 10 et 10^{bis}.

(2) Ils s'engagent, en outre, à prévoir des mesures pour permettre aux syndicats et associations représentant les industriels, producteurs ou commerçants intéressés et dont l'existence n'est pas contraire aux lois de leurs pays, d'agir en justice ou auprès des autorités administratives, en vue de la répression des actes prévus par les articles 9, 10 et 10^{bis}, dans la mesure où la loi du pays dans lequel la protection est réclamée le permet aux syndicats et associations de ce pays.

Article 11

[*Inventions, modèles d'utilité, dessins et modèles industriels, marques : protection temporaire à certaines expositions internationales*]

(1) Les pays de l'Union accorderont, conformément à leur législation intérieure, une protection temporaire aux inventions brevetables, aux modèles d'utilité, aux dessins ou modèles industriels ainsi qu'aux marques de fabrique ou de commerce, pour les produits qui figureront aux expositions internationales officielles ou officiellement reconnues organisées sur le territoire de l'un d'eux.

(2) Cette protection temporaire ne prolongera pas les délais de l'article 4. Si, plus tard, le droit de priorité est invoqué, l'Administration de chaque pays pourra faire partir le délai de la date de l'introduction du produit dans l'exposition.

(3) Chaque pays pourra exiger, comme preuve de l'identité de l'objet exposé et de la date d'introduction, les pièces justificatives qu'il jugera nécessaire.

Article 12

[*Services nationaux spéciaux pour la propriété industrielle*]

(1) Chacun des pays de l'Union s'engage à établir un service spécial de la propriété industrielle et un dépôt central pour la communication au public des brevets d'invention, des modèles d'utilité, des dessins ou modèles industriels et des marques de fabrique ou de commerce.

(2) Ce service publiera une feuille périodique officielle. Il publiera régulièrement :

- (a) les noms des titulaires des brevets délivrés, avec une brève désignation des inventions brevetées ;
- (b) les reproductions des marques enregistrées.

Article 13

[*Assemblée de l'Union*]

(1) (a) L'Union a une Assemblée composée des pays de l'Union liés par les articles 13 à 17.

(b) Le Gouvernement de chaque pays est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

(c) Les dépenses de chaque délégation sont supportées par le Gouvernement qui l'a désignée.

(2) (a) L'Assemblée :

- (i) traite de toutes les questions concernant le maintien et le développement de l'Union et l'application de la présente Convention ;

(3) The following in particular shall be prohibited:

1. all acts of such a nature as to create confusion by any means whatever with the establishment, the goods, or the industrial or commercial activities, of a competitor;
2. false allegations in the course of trade of such a nature as to discredit the establishment, the goods, or the industrial or commercial activities, of a competitor;
3. indication or allegations the use of which in the course of trade is liable to mislead the public as to the nature, the manufacturing process, the characteristics, the suitability for their purpose, or the quantity, of the goods.

Article 10^{ter}

[*Marks, Trade Names, False Indications, Unfair Competition: Remedies, Right to Sue*]

(1) The countries of the Union undertake to assure to nationals of the other countries of the Union appropriate legal remedies effectively to repress all the acts referred to in Articles 9, 10, and 10^{bis}.

(2) They undertake, further, to provide measures to permit federations and associations representing interested industrialists, producers, or merchants, provided that the existence of such federations and associations is not contrary to the laws of their countries, to take action in the courts or before the administrative authorities, with a view to the repression of the acts referred to in Articles 9, 10, and 10^{bis}, to the extent to which the law of the country in which protection is claimed allows such action by federations and associations of that country.

Article 11

[*Inventions, Utility Models, Industrial Designs, Marks: Temporary Protection at Certain International Exhibitions*]

(1) The countries of the Union shall, in conformity with their domestic legislations, grant temporary protection to patentable inventions, utility models, industrial designs, and trademarks, in respect of goods exhibited at official or officially recognized international exhibitions held in the territory of any of them.

(2) Such temporary protection shall not extend the periods provided by Article 4. If, later, the right of priority is invoked, the authorities of any country may provide that the period shall start from the date of introduction of the goods into the exhibition.

(3) Each country may require, as proof of the identity of the article exhibited and of the date of its introduction, such documentary evidence as it considers necessary.

Article 12

[*Special National Industrial Property Services*]

(1) Each country of the Union undertakes to establish a special industrial property service and a central office for the communication to the public of patents, utility models, industrial designs, and trademarks.

(2) This service shall publish an official periodical journal. It shall publish regularly:

- (a) the names of the proprietors of patents granted, with a brief designation of the inventions patented;
- (b) the reproductions of registered trademarks.

Article 13

[*Assembly of the Union*]

(1) (a) The Union shall have an Assembly consisting of those countries of the Union which are bound by Article 13 to 17.

(b) The Government of each country shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(c) The expenses of each delegation shall be borne by the Government which has appointed it.

(2) (a) The Assembly shall:

- (i) deal with all matters concerning the maintenance and development of the Union and the implementation of this Convention;

- (ii) donne au Bureau international de la Propriété intellectuelle (ci-après dénommé « le Bureau international ») visé dans la Convention instituant l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle (ci-après dénommée « l'Organisation ») des directives concernant la préparation des conférences de révision, compte étant dûment tenu des observations des pays de l'Union qui ne sont pas liés par les articles 13 à 17;
 - (iii) examine et approuve les rapports et les activités du Directeur général de l'Organisation relatifs à l'Union et lui donne toutes directives utiles concernant les questions de la compétence de l'Union;
 - (iv) élit les membres du Comité exécutif de l'Assemblée;
 - (v) examine et approuve les rapports et les activités de son Comité exécutif et lui donne des directives;
 - (vi) arrête le programme, adopte le budget triennal de l'Union et approuve ses comptes de clôture;
 - (vii) adopte le règlement financier de l'Union;
 - (viii) crée les comités d'experts et groupes de travail qu'elle juge utiles à la réalisation des objectifs de l'Union;
 - (ix) décide quels sont les pays non membres de l'Union et quelles sont les organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales qui peuvent être admis à ses réunions en qualité d'observateurs;
 - (x) adopte les modifications des articles 13 à 17;
 - (xi) entreprend toute autre action appropriée en vue d'atteindre les objectifs de l'Union;
 - (xii) s'acquitte de toutes autres tâches qu'implique la présente Convention;
 - (xiii) exerce, sous réserve qu'elle les accepte, les droits qui lui sont conférés par la Convention instituant l'Organisation.
- (b) Sur les questions qui intéressent également d'autres Unions administrées par l'Organisation, l'Assemblée statue connaissance prise de l'avis du Comité de coordination de l'Organisation.
- (3) (a) Sous réserve des dispositions du sous-alinéa (b), un délégué ne peut représenter qu'un seul pays.
- (b) Des pays de l'Union groupés en vertu d'un arrangement particulier au sein d'un office commun ayant pour chacun d'eux le caractère de service national spécial de la propriété industrielle visé à l'article 12 peuvent être, au cours des discussions, représentés dans leur ensemble par l'un d'eux.
- (4) (a) Chaque pays membre de l'Assemblée dispose d'une voix.
- (b) La moitié des pays membres de l'Assemblée constitue le quorum.
- (c) Nonobstant les dispositions du sous-alinéa (b), si, lors d'une session, le nombre des pays représentés est inférieur à la moitié mais égal ou supérieur au tiers des pays membres de l'Assemblée, celle-ci peut prendre des décisions; toutefois, les décisions de l'Assemblée, à l'exception de celles qui concernent sa procédure, ne deviennent exécutoires que lorsque les conditions énoncées ci-après sont remplies. Le Bureau international communique lesdites décisions aux pays membres de l'Assemblée qui n'étaient pas représentés, en les invitant à exprimer par écrit, dans un délai de trois mois à compter de la date de ladite communication, leur vote ou leur abstention. Si, à l'expiration de ce délai, le nombre des pays ayant ainsi exprimé leur vote ou leur abstention est au moins égal au nombre de pays qui faisait défaut pour que le quorum fût atteint lors de la session, lesdites décisions deviennent exécutoires, pourvu qu'en même temps la majorité nécessaire reste acquise.
- (d) Sous réserve des dispositions de l'article 17 (2), les décisions de l'Assemblée sont prises à la majorité des deux tiers des votes exprimés.
- (e) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.
- (5) (a) Sous réserve du sous-alinéa (b), un délégué ne peut voter qu'au nom d'un seul pays.
- (b) Les pays de l'Union visés à l'alinéa (3) (b) s'efforcent, en règle générale, de se faire représenter aux sessions de l'Assemblée par leurs propres délégations. Toutefois, si, pour
- (ii) give directions concerning the preparation for conferences of revision to the International Bureau of Intellectual Property (hereinafter designated as "the International Bureau") referred to in the Convention establishing the World Intellectual Property Organization (hereinafter designated as "the Organization"), due account being taken of any comments made by those countries of the Union which are not bound by Articles 13 to 17;
 - (iii) review and approve the reports and activities of the Director General of the Organization concerning the Union, and give him all necessary instructions concerning matters within the competence of the Union;
 - (iv) elect the members of the Executive Committee of the Assembly;
 - (v) review and approve the reports and activities of its Executive Committee, and give instructions to such Committee;
 - (vi) determine the program and adopt the triennial budget of the Union, and approve its final accounts;
 - (vii) adopt the financial regulations of the Union;
 - (viii) establish such committees of experts and working groups as it deems appropriate to achieve the objectives of the Union;
 - (ix) determine which countries not members of the Union and which intergovernmental and international non-governmental organizations shall be admitted to its meetings as observers;
 - (x) adopt amendments to Article 13 to 17;
 - (xi) take any other appropriate action designed to further the objectives of the Union;
 - (xii) perform such other functions as are appropriate under this Convention;
 - (xiii) subject to its acceptance, exercise such rights as are given to it in the Convention establishing the Organization.
- (b) With respect to matters which are of interest also to other Unions administered by the Organization, the Assembly shall make its decisions after having heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.
- (3) (a) Subject to the provisions of subparagraph (b), a delegate may represent one country only.
- (b) Countries of the Union grouped under the terms of a special agreement in a common office possessing for each of them the character of a special national service of industrial property as referred to in Article 12 may be jointly represented during discussions by one of their number.
- (4) (a) Each country member of the Assembly shall have one vote.
- (b) One-half of the countries members of the Assembly shall constitute a quorum.
- (c) Notwithstanding the provisions of subparagraph (b), if, in any session, the number of countries represented is less than one-half but equal to or more than one-third of the countries members of the Assembly, the Assembly may make decisions but, with the exception of decisions concerning its own procedure, all such decisions shall take effect only if the conditions set forth hereinafter are fulfilled. The International Bureau shall communicate the said decisions to the countries members of the Assembly which were not represented and shall invite them to express in writing their vote or abstention within a period of three months from the date of the communication. If, at the expiration of this period, the number of countries having thus expressed their vote or abstention attains the number of countries which was lacking for attaining the quorum in the session itself, such decisions shall take effect provided that at the same time the required majority still obtains.
- (d) Subject to the provisions of Article 17(2), the decisions of the Assembly shall require two-thirds of the votes cast.
- (e) Abstentions shall not be considered as votes.
- (5) (a) Subject to the provisions of subparagraph (b), a delegate may vote in the name of one country only.
- (b) The countries of the Union referred to in paragraph (3) (b) shall, as a general rule, endeavor to send their own delegations to the sessions of the Assembly. If, however, for

des raisons exceptionnelles, l'un desdits pays ne peut se faire représenter par sa propre délégation, il peut donner à la délégation d'un autre de ces pays le pouvoir de voter en son nom, étant entendu qu'une délégation ne peut voter par procuration que pour un seul pays. Tout pouvoir à cet effet doit faire l'objet d'un acte signé par le chef de l'Etat ou par le ministre compétent.

(6) Les pays de l'Union qui ne sont pas membres de l'Assemblée sont admis à ses réunions en qualité d'observateurs.

(7) (a) L'Assemblée se réunit une fois tous les trois ans en session ordinaire sur convocation du Directeur général et, sauf cas exceptionnels, pendant la même période et au même lieu que l'Assemblée générale de l'Organisation.

(b) L'Assemblée se réunit en session extraordinaire sur convocation adressée par le Directeur général, à la demande du Comité exécutif ou à la demande d'un quart des pays membres de l'Assemblée.

(8) L'Assemblée adopte son règlement intérieur.

Article 14

[Comité exécutif]

(1) L'Assemblée a un Comité exécutif.

(2) (a) Le Comité exécutif est composé des pays élus par l'Assemblée parmi les pays membres de celle-ci. En outre, le pays sur le territoire duquel l'Organisation a son siège dispose, *ex officio*, d'un siège au Comité, sous réserve des dispositions de l'article 16 (7) (b).

(b) Le Gouvernement de chaque pays membre du Comité exécutif est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

(c) Les dépenses de chaque délégation sont supportées par le Gouvernement qui l'a désignée.

(3) Le nombre des pays membres du Comité exécutif correspond au quart du nombre des pays membres de l'Assemblée. Dans le calcul des sièges à pourvoir, le reste subsistant après la division par quatre n'est pas pris en considération.

(4) Lors de l'élection des membres du Comité exécutif, l'Assemblée tient compte d'une répartition géographique équitable et de la nécessité pour tous les pays parties aux Arrangements particuliers établis en relation avec l'Union d'être parmi les pays constituant le Comité exécutif.

(5) (a) Les membres du Comité exécutif restent en fonctions à partir de la clôture de la session de l'Assemblée au cours de laquelle ils ont été élus jusqu'au terme de la session ordinaire suivante de l'Assemblée.

(b) Les membres du Comité exécutif sont rééligibles dans la limite maximale des deux tiers d'entre eux.

(c) L'Assemblée régit les modalités de l'élection et de la réélection éventuelle des membres du Comité exécutif.

(6) (a) Le Comité exécutif :

- (i) prépare le projet d'ordre du jour de l'Assemblée ;
- (ii) soumet à l'Assemblée des propositions relatives aux projets de programme et de budget triennal de l'Union préparés par le Directeur général ;
- (iii) se prononce, dans les limites du programme et du budget triennal, sur les programmes et budgets annuels préparés par le Directeur général ;
- (iv) soumet à l'Assemblée, avec les commentaires appropriés, les rapports périodiques du Directeur général et les rapports annuels de vérification des comptes ;
- (v) prend toutes mesures utiles en vue de l'exécution du programme de l'Union par le Directeur général, conformément aux décisions de l'Assemblée et en tenant compte des circonstances survenant entre deux sessions ordinaires de ladite Assemblée ;
- (vi) s'acquitte de toutes autres tâches qui lui sont attribuées dans le cadre de la présente Convention.

(b) Sur les questions qui intéressent également d'autres Unions administrées par l'Organisation, le Comité exécutif

exceptional reasons, any such country cannot send its own delegation, it may give to the delegation of another such country the power to vote in its name, provided that each delegation may vote by proxy for one country only. Such power to vote shall be granted in a document signed by the Head of State or the competent Minister.

(6) Countries of the Union not members of the Assembly shall be admitted to the meetings of the latter as observers.

(7) (a) The Assembly shall meet once in every third calendar year in ordinary session upon convocation by the Director General and, in the absence of exceptional circumstances, during the same period and at the same place as the General Assembly of the Organization.

(b) The Assembly shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, at the request of the Executive Committee or at the request of one-fourth of the countries members of the Assembly.

(8) The Assembly shall adopt its own rules of procedure.

Article 14

[Executive Committee]

(1) The Assembly shall have an Executive Committee.

(2) (a) The Executive Committee shall consist of countries elected by the Assembly from among countries members of the Assembly. Furthermore, the country on whose territory the Organization has its headquarters shall, subject to the provisions of Article 16 (7) (b), have an *ex officio* seat on the Committee.

(b) The Government of each country member of the Executive Committee shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(c) The expenses of each delegation shall be borne by the Government which has appointed it.

(3) The number of countries members of the Executive Committee shall correspond to one-fourth of the number of countries members of the Assembly. In establishing the number of seats to be filled, remainders after division by four shall be disregarded.

(4) In electing the members of the Executive Committee, the Assembly shall have due regard to an equitable geographical distribution and to the need for countries party to the Special Agreements established in relation with the Union to be among the countries constituting the Executive Committee.

(5) (a) Each member of the Executive Committee shall serve from the close of the session of the Assembly which elected it to the close of the next ordinary session of the Assembly.

(b) Members of the Executive Committee may be re-elected, but only up to a maximum of two-thirds of such members.

(c) The Assembly shall establish the details of the rules governing the election and possible re-election of the members of the Executive Committee.

(6) (a) The Executive Committee shall :

- (i) prepare the draft agenda of the Assembly ;
- (ii) submit proposals to the Assembly in respect of the draft program and triennial budget of the Union prepared by the Director General ;
- (iii) approve, within the limits of the program and the triennial budget, the specific yearly budgets and programs prepared by the Director General ;
- (iv) submit, with appropriate comments, to the Assembly the periodical reports of the Director General and the yearly audit reports on the accounts ;
- (v) take all necessary measures to ensure the execution of the program of the Union by the Director General, in accordance with the decisions of the Assembly and having regard to circumstances arising between two ordinary sessions of the Assembly ;
- (vi) perform such other functions as are allocated to it under this Convention.

(b) With respect to matters which are of interest also to other Unions administered by the Organization, the Execu-

statue connaissance prise de l'avis du Comité de coordination de l'Organisation.

(7) (a) Le Comité exécutif se réunit une fois par an en session ordinaire, sur convocation du Directeur général, autant que possible pendant la même période et au même lieu que le Comité de coordination de l'Organisation.

(b) Le Comité exécutif se réunit en session extraordinaire sur convocation adressée par le Directeur général soit à l'initiative de celui-ci, soit à la demande de son président ou d'un quart de ses membres.

(8) (a) Chaque pays membre du Comité exécutif dispose d'une voix.

(b) La moitié des pays membres du Comité exécutif constitue le quorum.

(c) Les décisions sont prises à la majorité simple des votes exprimés.

(d) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

(e) Un délégué ne peut représenter qu'un seul pays et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.

(9) Les pays de l'Union qui ne sont pas membres du Comité exécutif sont admis à ses réunions en qualité d'observateurs.

(10) Le Comité exécutif adopte son règlement intérieur.

Article 15

[Bureau international]

(1) (a) Les tâches administratives incombant à l'Union sont assurées par le Bureau international, qui succède au Bureau de l'Union réuni avec le Bureau de l'Union institué par la Convention internationale pour la protection des œuvres littéraires et artistiques.

(b) Le Bureau international assure notamment le secrétariat des divers organes de l'Union.

(c) Le Directeur général de l'Organisation est le plus haut fonctionnaire de l'Union et la représente.

(2) Le Bureau international rassemble et publie les informations concernant la protection de la propriété industrielle. Chaque pays de l'Union communique aussitôt que possible au Bureau international le texte de toute nouvelle loi ainsi que tous textes officiels concernant la protection de la propriété industrielle. Il fournit, en outre, au Bureau international toutes publications de ses services compétents en matière de propriété industrielle qui touchent directement la protection de la propriété industrielle et sont jugées par le Bureau international comme présentant un intérêt pour ses activités.

(3) Le Bureau international publie un périodique mensuel.

(4) Le Bureau international fournit, à tout pays de l'Union, sur sa demande, des renseignements sur les questions relatives à la protection de la propriété industrielle.

(5) Le Bureau international procède à des études et fournit des services destinés à faciliter la protection de la propriété industrielle.

(6) Le Directeur général et tout membre du personnel désigné par lui prennent part, sans droit de vote, à toutes les réunions de l'Assemblée, du Comité exécutif et de tout autre comité d'experts ou groupe de travail. Le Directeur général ou un membre du personnel désigné par lui est d'office secrétaire de ces organes.

(7) (a) Le Bureau international, selon les directives de l'Assemblée et en coopération avec le Comité exécutif, prépare les conférences de révision des dispositions de la Convention autres que les articles 13 à 17.

(b) Le Bureau international peut consulter des organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales sur la préparation des conférences de révision.

(c) Le Directeur général et les personnes désignées par lui prennent part, sans droit de vote, aux délibérations dans ces conférences.

(8) Le Bureau international exécute toutes autres tâches qui lui sont attribuées.

Article 16

[Finances]

(1) (a) L'Union a un budget.

(b) Le budget de l'Union comprend les recettes et les dépenses propres à l'Union, sa contribution au budget des

tive Committee shall make its decisions after having heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(7) (a) The Executive Committee shall meet once a year in ordinary session upon convocation by the Director General, preferably during the same period and at the same place as the Coordination Committee of the Organization.

(b) The Executive Committee shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, either on his own initiative, or at the request of its Chairman or one-fourth of its members.

(8) (a) Each country member of the Executive Committee shall have one vote.

(b) One-half of the members of the Executive Committee shall constitute a quorum.

(c) Decisions shall be made by a simple majority of the votes cast.

(d) Abstentions shall not be considered as votes.

(e) A delegate may represent, and vote in the name of, one country only.

(9) Countries of the Union not members of the Executive Committee shall be admitted to its meetings as observers.

(10) The Executive Committee shall adopt its own rules of procedure.

Article 15

[International Bureau]

(1) (a) Administrative tasks concerning the Union shall be performed by the International Bureau, which is a continuation of the Bureau of the Union united with the Bureau of the Union established by the International Convention for the Protection of Literary and Artistic Works.

(b) In particular, the International Bureau shall provide the secretariat of the various organs of the Union.

(c) The Director General of the Organization shall be the chief executive of the Union and shall represent the Union.

(2) The International Bureau shall assemble and publish information concerning the protection of industrial property. Each country of the Union shall promptly communicate to the International Bureau all new laws and official texts concerning the protection of industrial property. Furthermore, it shall furnish the International Bureau with all the publications of its industrial property service of direct concern to the protection of industrial property which the International Bureau may find useful in its work.

(3) The International Bureau shall publish a monthly periodical.

(4) The International Bureau shall, on request, furnish any country of the Union with information on matters concerning the protection of industrial property.

(5) The International Bureau shall conduct studies, and shall provide services, designed to facilitate the protection of industrial property.

(6) The Director General and any staff member designated by him shall participate, without the right to vote, in all meetings of the Assembly, the Executive Committee, and any other committee of experts or working group. The Director General, or a staff member designated by him, shall be ex officio secretary of these bodies.

(7) (a) The International Bureau shall, in accordance with the directions of the Assembly and in cooperation with the Executive Committee, make the preparations for the conferences of revision of the provisions of the Convention other than Articles 13 to 17.

(b) The International Bureau may consult with intergovernmental and international non-governmental organizations concerning preparations for conferences of revision.

(c) The Director General and persons designated by him shall take part, without the right to vote, in the discussions at these conferences.

(8) The International Bureau shall carry out any other tasks assigned to it.

Article 16

[Finances]

(1) (a) The Union shall have a budget.

(b) The budget of the Union shall include the income and expenses proper to the Union, its contribution to the budget

dépenses communes aux Unions, ainsi que, le cas échéant, la somme mise à la disposition du budget de la Conférence de l'Organisation.

(c) Sont considérées comme dépenses communes aux Unions les dépenses qui ne sont pas attribuées exclusivement à l'Union, mais également à une ou plusieurs autres Unions administrées par l'Organisation. La part de l'Union dans ces dépenses communes est proportionnelle à l'intérêt que ces dépenses présentent pour elle.

(2) Le budget de l'Union est arrêté compte tenu des exigences de coordination avec les budgets des autres Unions administrées par l'Organisation.

(3) Le budget de l'Union est financé par les ressources suivantes :

- (i) les contributions des pays de l'Union ;
- (ii) les taxes et sommes dues pour les services rendus par le Bureau international au titre de l'Union ;
- (iii) le produit de la vente des publications du Bureau international concernant l'Union et les droits afférents à ces publications ;
- (iv) les dons, legs et subventions ;
- (v) les loyers, intérêts et autres revenus divers.

(4) (a) Pour déterminer sa part contributive dans le budget, chaque pays de l'Union est rangé dans une classe et paie ses contributions annuelles sur la base d'un nombre d'unités fixé comme suit :

Classe I	25
Classe II	20
Classe III	15
Classe IV	10
Classe V	5
Classe VI	3
Classe VII	1

(b) A moins qu'il ne l'ait fait précédemment, chaque pays indique, au moment du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, la classe dans laquelle il désire être rangé. Il peut changer de classe. S'il choisit une classe inférieure, le pays doit en faire part à l'Assemblée lors d'une de ses sessions ordinaires. Un tel changement prend effet au début de l'année civile suivant ladite session.

(c) La contribution annuelle de chaque pays consiste en un montant dont le rapport à la somme totale des contributions annuelles au budget de l'Union de tous les pays est le même que le rapport entre le nombre des unités de la classe dans laquelle il est rangé et le nombre total des unités de l'ensemble des pays.

(d) Les contributions sont dues au premier janvier de chaque année.

(e) Un pays en retard dans le paiement de ses contributions ne peut exercer son droit de vote, dans aucun des organes de l'Union dont il est membre, si le montant de son arriéré est égal ou supérieur à celui des contributions dont il est redevable pour les deux années complètes écoulées. Cependant, un tel pays peut être autorisé à conserver l'exercice de son droit de vote au sein dudit organe aussi longtemps que ce dernier estime que le retard résulte de circonstances exceptionnelles et inévitables.

(f) Dans le cas où le budget n'est pas adopté avant le début d'un nouvel exercice, le budget de l'année précédente est reconduit selon les modalités prévues par le règlement financier.

(5) Le montant des taxes et sommes dues pour des services rendus par le Bureau international au titre de l'Union est fixé par le Directeur général, qui en fait rapport à l'Assemblée et au Comité exécutif.

(6) (a) L'Union possède un fonds de roulement constitué par un versement unique effectué par chaque pays de l'Union. Si le fonds devient insuffisant, l'Assemblée décide de son augmentation.

(b) Le montant du versement initial de chaque pays au fonds précité ou de sa participation à l'augmentation de celui-ci est proportionnel à la contribution de ce pays pour l'année au cours de laquelle le fonds est constitué ou l'augmentation décidée.

(c) La proportion et les modalités de versement sont arrêtées par l'Assemblée sur proposition du Directeur général et après avis du Comité de coordination de l'Organisation.

of expenses common to the Unions, and, where applicable, the sum made available to the budget of the Conference of the Organization.

(c) Expenses not attributable exclusively to the Union but also to one or more other Unions administered by the Organization shall be considered as expenses common to the Unions. The share of the Union in such common expenses shall be in proportion to the interest the Union has in them.

(2) The budget of the Union shall be established with due regard to the requirements of coordination with the budgets of the other Unions administered by the Organization.

(3) The budget of the Union shall be financed from the following sources:

- (i) contributions of the countries of the Union;
- (ii) fees and charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Union;
- (iii) sale of, royalties on, the publications of the International Bureau concerning the Union;
- (iv) gifts, bequests, and subventions;
- (v) rents, interests, and other miscellaneous income.

(4) (a) For the purpose of establishing its contribution towards the budget, each country of the Unions shall belong to a class, and shall pay its annual contributions on the basis of a number of units fixed as follows:

Class I	25
Class II	20
Class III	15
Class IV	10
Class V	5
Class VI	3
Class VII	1

(b) Unless it has already done so, each country shall indicate, concurrently with depositing its instrument of ratification or accession, the class to which it wishes to belong. Any country may change class. If it chooses a lower class, the country must announce such change to the Assembly at one of its ordinary sessions. Any such change shall take effect at the beginning of the calendar year following the said session.

(c) The annual contribution of each country shall be an amount in the same proportion to the total sum to be contributed to the budget of the Union by all countries as the number of its units is to the total of the units of all contributing countries.

(d) Contributions shall become due on the first of January of each year.

(e) A country which is in arrears in the payment of its contributions may not exercise its right to vote in any of the organs of the Union of which it is a member if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years. However, any organ of the Union may allow such a country to continue to exercise its rights to vote in that organ if, and as long as, it is satisfied that the delay in payment is due to exceptional and unavoidable circumstances.

(f) If the budget is not adopted before the beginning of a new financial period, it shall be at the same level as the budget of the previous year, as provided in the financial regulations.

(5) The amount of the fees and charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Union shall be established, and shall be reported to the Assembly and the Executive Committee, by the Director General.

(6) (a) The Union shall have a working capital fund which shall be constituted by a single payment made by each country of the Union. If the fund becomes insufficient, the Assembly shall decide to increase it.

(b) The amount of the initial payment of each country to the said fund or of its participation in the increase thereof shall be a proportion of the contribution of that country for the year in which the fund is established or the decision to increase it is made.

(c) The proportion and the terms of payment shall be fixed by the Assembly on the proposal of the Director General and after it has heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(7) (a) L'Accord de siège conclu avec le pays sur le territoire duquel l'Organisation a son siège prévoit que, si le fonds de roulement est insuffisant, ce pays accorde des avances. Le montant de ces avances et les conditions dans lesquelles elles sont accordées font l'objet, dans chaque cas, d'accords séparés entre le pays en cause et l'Organisation. Aussi longtemps qu'il est tenu d'accorder des avances, ce pays dispose *ex officio* d'un siège au Comité exécutif.

(b) Le pays visé au sous-alinéa (a) et l'Organisation ont chacun le droit de dénoncer l'engagement d'accorder des avances moyennant notification par écrit. La dénonciation prend effet trois ans après la fin de l'année au cours de laquelle elle a été notifiée.

(8) La vérification des comptes est assurée, selon les modalités prévues par le règlement financier, par un ou plusieurs pays de l'Union ou par des contrôleurs extérieurs, qui sont, avec leur consentement, désignés par l'Assemblée.

Article 17

[Modification des articles 13 à 17]

(1) Des propositions de modification des articles 13, 14, 15, 16 et du présent article peuvent être présentées par tout pays membre de l'Assemblée, par le Comité exécutif ou par le Directeur général. Ces propositions sont communiquées par ce dernier aux pays membres de l'Assemblée six mois au moins avant d'être soumises à l'examen de l'Assemblée.

(2) Toute modification des articles visés à l'alinéa (1) est adoptée par l'Assemblée. L'adoption requiert les trois quarts des votes exprimés; toutefois, toute modification de l'article 13 et du présent alinéa requiert les quatre cinquièmes des votes exprimés.

(3) Toute modification des articles visés à l'alinéa (1) entre en vigueur un mois après la réception par le Directeur général des notifications écrites d'acceptation, effectuée en conformité avec leurs règles constitutionnelles respectives, de la part des trois quarts des pays qui étaient membres de l'Assemblée au moment où la modification a été adoptée. Toute modification desdits articles ainsi acceptée lie tous les pays qui sont membres de l'Assemblée au moment où la modification entre en vigueur ou qui en deviennent membres à une date ultérieure; toutefois, toute modification qui augmente les obligations financières des pays de l'Union ne lie que ceux d'entre eux qui ont notifié leur acceptation de ladite modification.

Article 18

[Révision des articles 1 à 12 et 18 à 30]

(1) La présente Convention sera soumise à des révisions en vue d'y introduire les améliorations de nature à perfectionner le système de l'Union.

(2) A cet effet, des conférences auront lieu, successivement, dans l'un des pays de l'Union, entre les délégués desdits pays.

(3) Les modifications des articles 13 à 17 sont régies par les dispositions de l'article 17.

Article 19

[Arrangements particuliers]

Il est entendu que les pays de l'Union se réservent le droit de prendre séparément, entre eux, des arrangements particuliers pour la protection de la propriété industrielle, en tant que ces arrangements ne contreviendraient pas aux dispositions de la présente Convention.

Article 20

[Ratification ou adhésion par des pays de l'Union; entrée en vigueur]

(1) (a) Chacun des pays de l'Union qui a signé le présent Acte peut le ratifier et, s'il ne l'a pas signé, peut y adhérer. Les instruments de ratification et d'adhésion sont déposés auprès du Directeur général.

(b) Chacun des pays de l'Union peut déclarer, dans son instrument de ratification ou d'adhésion, que sa ratification ou son adhésion n'est pas applicable:

- (i) aux articles 1 à 12 ou
- (ii) aux articles 13 à 17.

(7) (a) In the headquarters agreement concluded with the country on the territory of which the Organization has its headquarters, it shall be provided that, whenever the working capital fund is insufficient, such country shall grant advances. The amount of these advances and the conditions on which they are granted shall be the subject of separate agreements, in each case, between such country and the Organization. As long as it remains under the obligation to grant advances, such country shall have an *ex officio* seat on the Executive Committee.

(b) The country referred to in subparagraph (a) and the Organization shall each have the right to denounce the obligation to grant advances, by written notification. Denunciation shall take effect three years after the end of the year in which it has been notified.

(8) The auditing of the accounts shall be effected by one or more of the countries of the Union or by external auditors, as provided in the financial regulations. They shall be designated, with their agreement, by the Assembly.

Article 17

[Amendment of Articles 13 to 17]

(1) Proposals for the amendment of Articles 13, 14, 15, 16, and the present Article, may be initiated by any country member of the Assembly, by the Executive Committee, or by the Director General. Such proposals shall be communicated by the Director General to the member countries of the Assembly at least six months in advance of their consideration by the Assembly.

(2) Amendments to the Article referred to in paragraph (1) shall be adopted by the Assembly. Adoption shall require three-fourths of the votes cast, provided that any amendment to Article 13, and to the present paragraph, shall require four-fifths of the votes cast.

(3) Any amendment to the Articles referred to in paragraph (1) shall enter into force one month after written notifications of acceptance, effected in accordance with their respective constitutional processes, have been received by the Director General from three-fourths of the countries members of the Assembly at the time it adopted the amendment. Any amendment to the said Articles thus accepted shall bind all the countries which are members of the Assembly at the time the amendment enters into force, or which become members thereof at a subsequent date, provided that any amendment increasing the financial obligations of countries of the Union shall bind only those countries which have notified their acceptance of such amendment.

Article 18

[Revision of Articles 1 to 12 and 18 to 30]

(1) This Convention shall be submitted to revision with a view to the introduction of amendments designed to improve the system of the Union.

(2) For that purpose, conferences shall be held successively in one of the countries of the Union among the delegates of the said countries.

(3) Amendments to Articles 13 to 17 are governed by the provisions of Article 17.

Article 19

[Special Agreements]

It is understood that the countries of the Union reserve the right to make separately between themselves special agreements for the protection of industrial property, in so far as these agreements do not contravene the provisions of this Convention.

Article 20

[Ratification of Accession by Countries of the Union; Entry Into Force]

(1) (a) Any country of the Union which has signed this Act may ratify it, and, if it has not signed it, may accede to it. Instruments of ratification and accession shall be deposited with the Director General.

(b) Any country of the Union may declare in its instrument of ratification or accession that its ratification or accession shall not apply:

- (i) to Articles 1 to 12, or
- (ii) to Articles 13 to 17.

(c) Chacun des pays de l'Union qui, conformément au sous-alinéa (b), a exclu des effets de sa ratification ou de son adhésion l'un des deux groupes d'articles visés dans ledit sous-alinéa peut, à tout moment ultérieur, déclarer qu'il étend les effets de sa ratification ou de son adhésion à ce groupe d'articles. Une telle déclaration est déposée auprès du Directeur général.

(2) (a) Les articles 1 à 12 entrent en vigueur, à l'égard des dix premiers pays de l'Union qui ont déposé des instruments de ratification ou d'adhésion sans faire une déclaration comme le permet l'alinéa (1) (b) (i), trois mois après le dépôt du dixième de ces instruments de ratification ou d'adhésion.

(b) Les articles 13 à 17 entrent en vigueur, à l'égard des dix premiers pays de l'Union qui ont déposé des instruments de ratification ou d'adhésion sans faire une déclaration comme le permet l'alinéa (1) (b) (ii), trois mois après le dépôt du dixième de ces instruments de ratification ou d'adhésion.

(c) Sous réserve de l'entrée en vigueur initiale, conformément aux dispositions des sous-alinéas (a) et (b), de chacun des deux groupes d'articles visés à l'alinéa (1) (b) (i) et (ii), et sous réserve des dispositions de l'alinéa (1) (b), les articles 1 à 17 entrent en vigueur à l'égard de tout pays de l'Union, autres que ceux visés aux sous-alinéas (a) et (b), qui dépose un instrument de ratification ou d'adhésion, ainsi qu'à l'égard de tout pays de l'Union qui dépose une déclaration en application de l'alinéa (1) (c), trois mois après la date de la notification, par le Directeur général, d'un tel dépôt, à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée dans l'instrument ou la déclaration déposés. Dans ce dernier cas, le présent Acte entre en vigueur à l'égard de ce pays à la date ainsi indiquée.

(3) A l'égard de chaque pays de l'Union qui dépose un instrument de ratification ou d'adhésion, les articles 18 à 30 entrent en vigueur à la première date à laquelle l'un quelconque des groupes d'articles visés à l'alinéa (1) (b) entre en vigueur à l'égard de ce pays conformément à l'alinéa (2) (a), (b) ou (c).

Article 21

[Adhésion par des pays étrangers à l'Union ;
entrée en vigueur]

(1) Tout pays étranger à l'Union peut adhérer au présent Acte et devenir, de ce fait, membre de l'Union. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Directeur général.

(2) (a) A l'égard de tout pays étranger à l'Union qui a déposé son instrument d'adhésion un mois ou plus avant la date d'entrée en vigueur des dispositions du présent Acte, celui-ci entre en vigueur à la date à laquelle les dispositions sont entrées en vigueur pour la première fois en application de l'article 20 (2) (a) ou (b), à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée dans l'instrument d'adhésion ; toutefois :

- (i) si les articles 1 à 12 ne sont pas entrés en vigueur à cette date, un tel pays sera lié, durant la période intérimaire avant l'entrée en vigueur de ces dispositions, et en remplacement de celles-ci, par les articles 1 à 12 de l'Acte de Lisbonne ;
- (ii) si les articles 13 à 17 ne sont pas entrés en vigueur à cette date, un tel pays sera lié, durant la période intérimaire avant l'entrée en vigueur de ces dispositions, et en remplacement de celles-ci, par les articles 13 et 14 (3), (4) et (5) de l'Acte de Lisbonne.

Si un pays indique une date postérieure dans son instrument d'adhésion, le présent Acte entre en vigueur à l'égard de ce pays à la date ainsi indiquée.

(b) A l'égard de tout pays étranger à l'Union qui a déposé son instrument d'adhésion à une date postérieure à l'entrée en vigueur d'un seul groupe d'articles du présent Acte ou à une date qui la précède de moins d'un mois, le présent Acte entre en vigueur, sous réserve de ce qui est prévu au sous-alinéa (a), trois mois après la date à laquelle son adhésion a été notifiée par le Directeur général, à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée dans l'instrument d'adhésion. Dans ce dernier cas, le présent Acte entre en vigueur à l'égard de ce pays à la date ainsi indiquée.

(3) A l'égard de tout pays étranger à l'Union qui a déposé son instrument d'adhésion après la date d'entrée en vigueur du présent Acte dans sa totalité, ou moins d'un mois avant

(c) Any country of the Union which, in accordance with subparagraph (b), has excluded from the effects of its ratification or accession one of the two groups of Articles referred to in that subparagraph may at any later time declare that it extends the effects of its ratification or accession to that group of Articles. Such declaration shall be deposited with the Director General.

(2) (a) Articles 1 to 12 shall enter into force, with respect to the first ten countries of the Union which have deposited instruments of ratification or accession without making the declaration permitted under paragraph (1)(b)(i), three months after the deposit of the tenth such instrument of ratification or accession.

(b) Articles 13 to 17 shall enter into force, with respect to the first ten countries of the Union which have deposited instruments of ratification or accession without making the declaration permitted under paragraph (1)(b)(ii), three months after the deposit of the tenth such instrument of ratification or accession.

(c) Subject to the initial entry into force, pursuant to the provisions of subparagraphs (a) and (b), of each of the two groups of Articles referred to in paragraph (1)(b)(i) and (ii), and subject to the provisions of paragraph (1)(b), Articles 1 to 17 shall, with respect to any country of the Union, other than those referred to in subparagraphs (a) and (b), which deposits an instrument of ratification or accession or any country of the Union which deposits a declaration pursuant to paragraph (1)(c), enter into force three months after the date of notification by the Director General of such deposit, unless a subsequent date has been indicated in the instrument or declaration deposited. In the latter case, this Act shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

(3) With respect to any country of the Union which deposits an instrument of ratification or accession, Articles 18 to 30 shall enter into force on the earlier of the dates on which any of the groups of Articles referred to in paragraph (1)(b) enters into force with respect to that country pursuant to paragraph (2)(a), (b), or (c).

Article 21

[Accession by Countries Outside the Union ;
Entry Into Force]

(1) Any country outside the Union may accede to this Act and thereby become a member of the Union. Instruments of accession shall be deposited with the Director General.

(2) (a) With respect to any country outside the Union which deposits its instrument of accession one month or more before the date of entry into force of any provisions of the present Act, this Act shall enter into force, unless a subsequent date has been indicated in the instrument of accession, on the date upon which provisions first enter into force pursuant to Article 20 (2) (a) or (b) ; provided that :

- (i) if Articles 1 to 12 do not enter into force on that date, such country shall, during the interim period before the entry into force of such provisions and in substitution therefor, be bound by Article 1 to 12 of the Lisbon Act,
- (ii) if Articles 13 to 17 do not enter into force on that date, such country shall, during the interim period before the entry into force of such provisions, and in substitution therefor, be bound by Articles 13 and 14 (3), (4), and (5), of the Lisbon Act.

If a country indicates a subsequent date in its instrument of accession, this Act shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

(b) With respect to any country outside the Union which deposits its instrument of accession on a date which is subsequent to, or recedes by less than one month, the entry into force of one group of Articles of the present Act, this Act shall, subject to the proviso of subparagraph (a), enter into force three months after the date on which its accession has been notified by the Director General, unless a subsequent date has been indicated in the instrument of accession. In the latter case, this Act shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

(3) With respect to any country outside the Union which deposits its instrument of accession after the date of entry into force of the present Act in its entirety, or less than one

cette date, le présent Acte entre en vigueur trois mois après la date à laquelle son adhésion a été notifiée par le Directeur général, à moins qu'une date postérieure n'ait été indiquée dans l'instrument d'adhésion. Dans ce dernier cas, le présent Acte entre en vigueur à l'égard de ce pays à la date ainsi indiquée.

Article 22

[Effet de la ratification ou de l'adhésion]

Sous réserve des exceptions possibles prévues aux articles 20 (1) (b) et 28 (2), la ratification ou l'adhésion emporte de plein droit accession à toutes les clauses et admission à tous les avantages stipulés par le présent Acte.

Article 23

[Adhésion à des Actes antérieurs]

Après l'entrée en vigueur du présent Acte dans sa totalité, un pays ne peut adhérer à des Actes antérieurs de la présente Convention.

Article 24

[Territoires]

(1) Tout pays peut déclarer dans son instrument de ratification ou d'adhésion, ou peut informer le Directeur général par écrit à tout moment ultérieur, que la présente Convention est applicable à tout ou partie des territoires, désignés dans la déclaration ou la notification, pour lesquels il assume la responsabilité des relations extérieures.

(2) Tout pays qui a fait une telle déclaration ou effectué une telle notification peut, à tout moment, notifier au Directeur général que la présente Convention cesse d'être applicable à tout ou partie de ces territoires.

(3) (a) Toute déclaration faite en vertu de l'alinéa (1) prend effet à la même date que la ratification ou l'adhésion dans l'instrument de laquelle elle a été incluse, et toute notification effectuée en vertu de cet alinéa prend effet trois mois après sa notification par le Directeur général.

(b) Toute notification effectuée en vertu de l'alinéa (2) prend effet douze mois après sa réception par le Directeur général.

Article 25

[Application de la Convention sur le plan national]

(1) Tout pays partie à la présente Convention s'engage à adopter, conformément à sa constitution, les mesures nécessaires pour assurer l'application de la présente Convention.

(2) Il est entendu qu'au moment où un pays dépose son instrument de ratification ou d'adhésion, il sera en mesure, conformément à sa législation interne, de donner effet aux dispositions de la présente Convention.

Article 26

[Dénonciation]

(1) La présente Convention demeure en vigueur sans limitation de durée.

(2) Tout pays peut dénoncer le présent Acte par notification adressée au Directeur général. Cette dénonciation emporte aussi dénonciation de tous les Actes antérieurs et ne produit son effet qu'à l'égard du pays qui l'a faite, la Convention restant en vigueur et exécutoire à l'égard des autres pays de l'Union.

(3) La dénonciation prend effet un an après le jour où le Directeur général a reçu la notification.

(4) La faculté de dénonciation prévue par le présent article ne peut être exercée par un pays avant l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de la date à laquelle il est devenu membre de l'Union.

Article 27

[Application des Actes antérieurs]

(1) Le présent Acte remplace, dans les rapports entre les pays auxquels il s'applique, et dans la mesure où il s'applique, la Convention de Paris du 20 mars 1883 et les Actes de révision subséquents.

(2) (a) A l'égard des pays auxquels le présent Acte n'est pas applicable, ou n'est pas applicable dans sa totalité, mais auxquels l'Acte de Lisbonne du 31 octobre 1958 est applicable, ce dernier reste en vigueur dans sa totalité, ou dans la mesure où le présent Acte ne le remplace pas en vertu de l'alinéa (1).

month before such date, this Act shall enter into force three months after the date on which its accession has been notified by the Director General, unless a subsequent date has been indicated in the instrument of accession. In the latter case, this Act shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

Article 22

[Consequences of Ratification or Accession]

Subject to the possibilities of exceptions provided for in Articles 20 (1) (b) and 28 (2), ratification or accession shall automatically entail acceptance of all the clauses and admission to all the advantages of this Act.

Article 23

[Accession to Earlier Acts]

After the entry into force of this Act in its entirety, a country may not accede to earlier Acts of this Convention.

Article 24

[Territories]

(1) Any country may declare in its instrument of ratification or accession, or may inform the Director General by written notification any time thereafter, that this Convention shall be applicable to all or part of those territories, designated in the declaration or notification, for the external relations of which it is responsible.

(2) Any country which has made such a declaration or given such a notification may, at any time, notify the Director General that this Convention shall cease to be applicable to all or part of such territories.

(3) (a) Any declaration made under paragraph (1) shall take effect on the same date as the ratification or accession in the instrument of which it was included, and any notification given under such paragraph shall take effect three months after its notification by the Director General.

(b) Any notification given under paragraph (2) shall take effect twelve months after its receipt by the Director General.

Article 25

[Implementation of the Convention on the Domestic Level]

(1) Any country party to this Convention undertakes to adopt, in accordance with its constitution, the measures necessary to ensure the application of this Convention.

(2) It is understood that, at the time a country deposits its instrument of ratification or accession, it will be in a position under its domestic law to give effect to the provisions of this Convention.

Article 26

[Denunciation]

(1) This Convention shall remain in force without limitation as to time.

(2) Any country may denounce this Act by notification addressed to the Director General. Such denunciation shall constitute also denunciation of all earlier Acts and shall affect only the country making it, the Convention remaining in full force and effect as regards the other countries of the Union.

(3) Denunciation shall take effect one year after the day on which the Director General has received the notification.

(4) The right of denunciation provided by this Article shall not be exercised by any country before the expiration of five years from the date upon which it becomes a member of the Union.

Article 27

[Application of Earlier Acts]

(1) The present Act shall, as regards the relations between the countries to which it applies, and to the extent that it applies, replace the Convention of Paris of March 20, 1883, and the subsequent Acts of revision.

(2) (a) As regards the countries to which the present Act does not apply, or does not apply in its entirety, but to which the Lisbon Act of October 31, 1958, applies, the latter shall remain in force in its entirety or to the extent that the present Act does not replace it by virtue of paragraph (1).

(b) De même, à l'égard des pays auxquels ni le présent Acte, ni des parties de celui-ci, ni l'Acte de Lisbonne ne sont applicables, l'Acte de Londres du 2 juin 1934 reste en vigueur dans sa totalité, ou dans la mesure où le présent Acte ne le remplace pas en vertu de l'alinéa (1).

(c) De même, à l'égard des pays auxquels ni le présent Acte, ni des parties de celui-ci, ni l'Acte de Lisbonne, ni l'Acte de Londres ne sont applicables, l'Acte de La Haye du 6 novembre 1925 reste en vigueur dans sa totalité, ou dans la mesure où le présent Acte ne le remplace pas en vertu de l'alinéa (1).

(3) Les pays étrangers à l'Union qui deviennent parties au présent Acte l'appliquent à l'égard de tout pays de l'Union qui n'est pas partie à cet Acte ou qui, bien qu'y étant partie, a fait la déclaration prévue à l'article 20 (1) (b) (i). Lesdits pays admettent que le pays de l'Union considéré applique dans ses relations avec eux les dispositions de l'Acte le plus récent auquel il est partie.

Article 28

[Différends]

(1) Tout différend entre deux ou plusieurs pays de l'Union concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention qui ne sera pas réglé par voie de négociation peut être porté par l'un quelconque des pays en cause devant la Cour internationale de Justice par voie de requête conforme au Statut de la Cour, à moins que les pays en cause ne conviennent d'un autre mode de règlement. Le Bureau international sera informé par le pays requérant du différend soumis à la Cour; il en donnera connaissance aux autres pays de l'Union.

(2) Tout pays peut, au moment où il signe le présent Acte ou dépose son instrument de ratification ou d'adhésion, déclarer qu'il ne se considère pas lié par les dispositions de l'alinéa (1). En ce qui concerne tout différend entre un tel pays et tout autre pays de l'Union, les dispositions de l'alinéa (1) ne sont pas applicables.

(3) Tout pays qui a fait une déclaration conformément aux dispositions de l'alinéa (2) peut, à tout moment, la retirer par une notification adressée au Directeur général.

Article 29

[Signature, langues, fonctions du dépositaire]

(1) (a) Le présent Acte est signé en un seul exemplaire en langue française et déposé auprès du Gouvernement de la Suède.

(b) Des textes officiels sont établis par le Directeur général, après consultation des Gouvernements intéressés, dans les langues allemande, anglaise, espagnole, italienne, portugaise et russe, et dans les autres langues que l'Assemblée pourra indiquer.

(c) En cas de contestation sur l'interprétation des divers textes, le texte français fait foi.

(2) Le présent Acte reste ouvert à la signature, à Stockholm, jusqu'au 13 janvier 1968.

(3) Le Directeur général transmet deux copies, certifiées conformes par le Gouvernement de la Suède, du texte signé du présent Acte aux Gouvernements de tous les pays de l'Union et, sur demande, au Gouvernement de tout autre pays.

(4) Le Directeur général fait enregistrer le présent Acte auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

(5) Le Directeur général notifie aux Gouvernements de tous les pays de l'Union les signatures, les dépôts d'instruments de ratification ou d'adhésion et de déclarations comprises dans ces instruments ou faites en application de l'article 20 (1) (c), l'entrée en vigueur de toutes dispositions du présent Acte, les notifications de dénonciation et les notifications faites en application de l'article 24.

Article 30

[Mesures transitoires]

(1) Jusqu'à l'entrée en fonctions du premier Directeur général, les références, dans le présent Acte, au Bureau international de l'Organisation ou au Directeur général sont considérées comme se rapportant respectivement au Bureau de l'Union ou à son Directeur.

(2) Les pays de l'Union qui ne sont pas liés par les articles 13 à 17 peuvent, pendant cinq ans après l'entrée en vigueur

(b) Similarly, as regards the countries to which neither the present Act, nor portions thereof, nor the Lisbon Act applies, the London Act of June 2, 1934, shall remain in force in its entirety or to the extent that the present Act does not replace it by virtue of paragraph (1).

(c) Similarly, as regards the countries to which neither the present Act, nor portions thereof, nor the Lisbon Act, nor the London Act applies, the Hague Act of November 6, 1925, shall remain in force in its entirety or to the extent that the present Act does not replace it by virtue of paragraph (1).

(3) Countries outside the Union which become party to this Act shall apply it with respect to any country of the Union not party to this Act or which, although party to this Act, has made a declaration pursuant to Article 20 (1) (b) (i). Such countries recognize that the said country of the Union may apply, in its relations with them, the provisions of the most recent Act to which it is party.

Article 28

[Disputes]

(1) Any dispute between two or more countries of the Union concerning the interpretation or application of this Convention, not settled by negotiation, may, by any one of the countries concerned, be brought before the International Court of Justice by application in conformity with the Statute of the Court, unless the countries concerned agree on some other method of settlement. The country bringing the dispute before the Court shall inform the International Bureau; the International Bureau shall bring the matter to the attention of the other countries of the Union.

(2) Each country may, at the time it signs this Act or deposits its instrument of ratification or accession, declare that it does not consider itself bound by the provisions of paragraph (1). With regard to any dispute between such country and any other country of the Union, the provisions of paragraph (1) shall not apply.

(3) Any country having made a declaration in accordance with the provisions of paragraph (2) may, at any time, withdraw its declaration by notification addressed to the Director General.

Article 29

[Signature, Languages, Depositary Functions]

(1) (a) This Act shall be signed in a single copy in the French language and shall be deposited with the Government of Sweden.

(b) Official texts shall be established by the Director General, after consultation with the interested Governments, in the English, German, Italian, Portuguese, Russian and Spanish languages, and such other languages as the Assembly may designate.

(c) In case of differences of opinion on the interpretation of the various texts, the French text shall prevail.

(2) This Act shall remain open for signature at Stockholm until January 13, 1968.

(3) The Director General shall transmit two copies, certified by the Government of Sweden, of the signed text of this Act to the Government of all countries of the Union and, on request, to the Government of any other country.

(4) The Director General shall register this Act with the Secretariat of the United Nations.

(5) The Director General shall notify the Governments of all countries of the Union of signatures, deposits of instruments of ratification or accession and any declarations included in such instruments or made pursuant to Article 20 (1) (c), entry into force of any provisions of this Act, notifications of denunciation, and notifications pursuant to Article 24.

Article 30

[Transitional Provisions]

(1) Until the first Director General assumes office, references in this Act to the International Bureau of the Organization or to the Director General shall be deemed to be references to the Bureau of the Union or its Director, respectively.

(2) Countries of the Union not bound by Articles 13 to 17 may, until five years after the entry into force of the Con-

de la Convention instituant l'Organisation, exercer, s'ils le désirent, les droits prévus par les articles 13 à 17 du présent Acte, comme s'ils étaient liés par ces articles. Tout pays qui désire exercer lesdits droits dépose à cette fin auprès du Directeur général une notification écrite qui prend effet à la date de sa réception. De tels pays sont réputés être membres de l'Assemblée jusqu'à l'expiration de ladite période.

(3) Aussi longtemps que tous les pays de l'Union ne sont pas devenus membres de l'Organisation, le Bureau international de l'Organisation agit également en tant que Bureau de l'Union, et le Directeur général en tant que Directeur de ce Bureau.

(4) Lorsque tous les pays de l'Union sont devenus membres de l'Organisation, les droits, obligations et biens du Bureau de l'Union sont dévolus au Bureau international de l'Organisation.

vention establishing the Organization, exercise, if they so desire, the rights provided under Articles 13 to 17 of this Act as if they were bound by those Articles. Any country desiring to exercise such rights shall give written notification to that effect to the Director General; such notification shall be effective from the date of its receipt. Such countries shall be deemed to be members of the Assembly until the expiration of the said period.

(3) As long as all the countries of the Union have not become Members of the Organization, the International Bureau of the Organization shall also function as the Bureau of the Union, and the Director General as the Director of the said Bureau.

(4) Once all the countries of the Union have become Members of the Organization, the rights, obligations, and property, of the Bureau of the Union shall devolve on the International Bureau of the Organization.

Abkommen

über die Errichtung einer Weltorganisation für geistiges Eigentum

Convention instituant l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle signée à Stockholm le 14 juillet 1967

Les Parties contractantes,

Animées du désir de contribuer à une meilleure compréhension et collaboration entre les Etats, pour leur profit mutuel et sur la base du respect de leur souveraineté et égalité,

Désirant, afin d'encourager l'activité créatrice, promouvoir la protection de la propriété intellectuelle à travers le monde,

Désirant moderniser et rendre plus efficace l'administration des Unions instituées dans les domaines de la protection de la propriété industrielle et de la protection des œuvres littéraires et artistiques, tout en respectant pleinement l'autonomie de chacune des Unions,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Institution de l'Organisation

L'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle est instituée par la présente Convention.

Article 2

Définitions

Au sens de la présente Convention, il faut entendre par :

- (i) « Organisation », l'Organisation Mondiale de la Propriété Intellectuelle (OMPI) ;
- (ii) « Bureau international », le Bureau international de la propriété intellectuelle ;
- (iii) « Convention de Paris », la Convention pour la protection de la propriété industrielle signée le 20 mars 1883, y compris chacun de ses Actes révisés ;
- (iv) « Convention de Berne », la Convention pour la protection des œuvres littéraires et artistiques signée le 9 septembre 1886, y compris chacun de ses Actes révisés ;
- (v) « Union de Paris », l'Union internationale créée par la Convention de Paris ;
- (vi) « Union de Berne », l'Union internationale créée par la Convention de Berne ;
- (vii) « Unions », l'Union de Paris, les Unions particulières et les Arrangements particuliers établis en relation avec cette Union, l'Union de Berne, ainsi que tout autre engagement international tendant à promouvoir la protection de la propriété intellectuelle dont l'administration est assurée par l'Organisation en vertu de l'article 4 (iii) ;
- (viii) « propriété intellectuelle », les droits relatifs :

- aux œuvres littéraires, artistiques et scientifiques,
- aux interprétations des artistes interprètes et aux exécutions des artistes exécutants, aux phonogrammes et aux émissions de radiodiffusion,
- aux inventions dans tous les domaines de l'activité humaine,
- aux découvertes scientifiques,

Convention Establishing the World Intellectual Property Organization Signed at Stockholm on July 14, 1967

The Contracting Parties,

Desiring to contribute to better understanding and cooperation among States for their mutual benefit on the basis of respect for their sovereignty and equality,

Desiring, in order to encourage creative activity, to promote the protection of intellectual property throughout the world,

Desiring to modernize and render more efficient the administration of the Unions established in the fields of the protection of industrial property and the protection of literary and artistic works, while fully respecting the independence of each of the Unions,

Agree as follows:

Article 1

Establishment of the Organization

The World Intellectual Property Organization is hereby established.

Article 2

Definitions

For the purposes of this Convention:

- (i) "Organization" shall mean the World Intellectual Property Organization (WIPO);
- (ii) "International Bureau" shall mean the International Bureau of Intellectual Property;
- (iii) "Paris Convention" shall mean the Convention for the Protection of Industrial Property signed on March 20, 1883, including any of its revisions;
- (iv) "Berne Convention" shall mean the Convention for the Protection of Literary and Artistic Works signed on September 9, 1886, including any of its revisions;
- (v) "Paris Union" shall mean the International Union established by the Paris Convention;
- (vi) "Berne Union" shall mean the International Union established by the Berne Convention;
- (vii) "Unions" shall mean the Paris Union, the Special Unions and Agreements established in relation with that Union, the Berne Union, and any other international agreement designed to promote the protection of intellectual property whose administration is assumed by the Organization according to Article 4 (iii);

(viii) "intellectual property" shall include the rights relating to:

- literary, artistic and scientific works,
- performances of performing artists, phonograms, and broadcasts,
- inventions in all fields of human endeavor,
- scientific discoveries,

- aux dessins et modèles industriels,
- aux marques de fabriques, de commerce et de service, ainsi qu'aux noms commerciaux et dénominations commerciales,
- à la protection contre la concurrence déloyale ;
- et tous les autres droits afférents à l'activité intellectuelle dans les domaines industriel, scientifique, littéraire et artistique.

Article 3

But de l'Organisation

L'Organisation a pour but :

- (i) de promouvoir la protection de la propriété intellectuelle à travers le monde par la coopération des Etats, en collaboration, s'il y a lieu, avec toute autre organisation internationale,
- (ii) d'assurer la coopération administrative entre les Unions.

Article 4

Fonctions

Aux fins d'atteindre le but défini à l'article 3, l'Organisation, par ses organes compétents et sous réserve de la compétence de chacune des Unions :

- (i) s'emploie à promouvoir l'adoption de mesures destinées à améliorer la protection de la propriété intellectuelle à travers le monde et à mettre en harmonie les législations nationales dans ce domaine ;
- (ii) assure les services administratifs de l'Union de Paris, des Unions particulières établies en relation avec cette Union et de l'Union de Berne ;
- (iii) peut accepter d'assumer l'administration qu'implique la mise en œuvre de tout autre engagement international tendant à promouvoir la protection de la propriété intellectuelle ou de participer à une telle administration ;
- (iv) encourage la conclusion de tout engagement international tendant à promouvoir la protection de la propriété intellectuelle ;
- (v) offre sa coopération aux Etats qui lui demandent une assistance technico-juridique dans le domaine de la propriété intellectuelle ;
- (vi) rassemble et diffuse toutes informations relatives à la protection de la propriété intellectuelle, effectue et encourage des études dans ce domaine et en publie les résultats ;
- (vii) assure les services facilitant la protection internationale de la propriété intellectuelle et, le cas échéant, procède à des enregistrements en la matière et publie les indications relatives à ces enregistrements ;
- (viii) prend toutes autres mesures appropriées.

Article 5

Membres

(1) Peut devenir membre de l'Organisation tout Etat qui est membre de l'une des Unions telles qu'elles sont définies à l'article 2 (vii).

(2) Peut également devenir membre de l'Organisation tout Etat qui n'est pas membre de l'une des Unions, à la condition :

- (i) qu'il soit membre de l'Organisation des Nations Unies, de l'une des Institutions spécialisées qui sont reliées à l'Organisation des Nations Unies ou de l'Agence internationale de l'Energie atomique, ou partie au statut de la Cour internationale de Justice, ou
- (ii) qu'il soit invité par l'Assemblée générale à devenir partie à la présente Convention.

Article 6

Assemblée générale

(1) (a) Il est établi une Assemblée générale comprenant les Etats parties à la présente Convention qui sont membres de l'une au moins des Unions.

(b) Le Gouvernement de chaque Etat membre est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

(c) Les dépenses de chaque délégation sont supportées par le Gouvernement qui l'a désignée.

- industrial designs,
- trademarks, service marks, and commercial names and designations,
- protection against unfair competition, and all other rights resulting from intellectual activity in the industrial, scientific, literary or artistic fields.

Article 3

Objectives of the Organization

The objectives of the Organization are:

- (i) to promote the protection of intellectual property throughout the world through cooperation among States and, where appropriate, in collaboration with any other international organization,
- (ii) to ensure administrative cooperation among the Unions.

Article 4

Fonctions

In order to attain the objectives described in Article 3, the Organization, through its appropriate organs, and subject to the competence of each of the Unions:

- (i) shall promote the development of measures designed to facilitate the efficient protection of intellectual property throughout the world and to harmonize national legislation in this field;
- (ii) shall perform the administrative tasks of the Paris Union, the Special Unions established in relation with that Union, and the Berne Union;
- (iii) may agree to assume, or participate in, the administration of any other international agreement designed to promote the protection of intellectual property;
- (iv) shall encourage the conclusion of international agreements designed to promote the protection of intellectual property;
- (v) shall offer its cooperation to States requesting legal-technical assistance in the field of intellectual property;
- (vi) shall assemble and disseminate information concerning the protection of intellectual property, carry out and promote studies in this field, and publish the results of such studies;
- (vii) shall maintain services facilitating the international protection of intellectual property and, where appropriate, provide for registration in this field and the publication of the data concerning the registrations;
- (viii) shall take all other appropriate action.

Article 5

Membership

(1) Membership in the Organization shall be open to any State which is a member of any of the Unions as defined in Article 2 (vii).

(2) Membership in the Organization shall be equally open to any State not a member of any of the Unions, provided that:

- (i) it is a member of the United Nations, any of the Specialized Agencies brought into relationship with the United Nations, or the International Atomic Energy Agency, or is a party to the Statute of the International Court of Justice, or
- (ii) it is invited by the General Assembly to become a party to this Convention.

Article 6

General Assembly

(1) (a) There shall be a General Assembly consisting of the States party to this Convention which are members of any of the Unions.

(b) The Government of each State shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(c) The expenses of each delegation shall be borne by the Government which has appointed it.

- (2) L'Assemblée générale :
- (i) nomme le Directeur général sur présentation du Comité de coordination ;
 - (ii) examine et approuve les rapports du Directeur général relatifs à l'Organisation et lui donne toutes directives nécessaires ;
 - (iii) examine et approuve les rapports et les activités du Comité de coordination et lui donne des directives ;
 - (iv) adopte le budget triennal des dépenses communes aux Unions ;
 - (v) approuve les dispositions proposées par le Directeur général concernant l'administration relative à la mise en œuvre des engagements internationaux visés à l'article 4 (iii) ;
 - (vi) adopte le règlement financier de l'Organisation ;
 - (vii) détermine les langues de travail du Secrétariat, compte tenu de la pratique des Nations Unies ;
 - (viii) invite à devenir parties à la présente Convention les Etats visés à l'article 5 (2) (ii) ;
 - (ix) décide quels sont les Etats non membres de l'Organisation et quelles sont les organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales qui peuvent être admis à ses réunions en qualité d'observateurs ;
 - (x) s'acquitte de toutes autres tâches utiles dans le cadre de la présente Convention.
- (3) (a) Chaque Etat, qu'il soit membre d'une ou de plusieurs Unions, dispose d'une voix à l'Assemblée générale.
- (b) La moitié des Etats membres de l'Assemblée générale constitue le quorum.
- (c) Nonobstant les dispositions du sous-alinéa (b), si, lors d'une session, le nombre des Etats représentés est inférieur à la moitié mais égal ou supérieur au tiers des Etats membres de l'Assemblée générale, celle-ci peut prendre des décisions ; toutefois, les décisions de l'Assemblée générale, à l'exception de celles qui concernent sa procédure, ne deviennent exécutoires que lorsque les conditions énoncées ci-après sont remplies. Le Bureau international communique lesdites décisions aux Etats membres de l'Assemblée générale qui n'étaient pas représentés, en les invitant à exprimer par écrit, dans un délai de trois mois à compter de la date de ladite communication, leur vote ou leur abstention. Si, à l'expiration de ce délai, le nombre des Etats ayant ainsi exprimé leur vote ou leur abstention est au moins égal au nombre d'Etats qui faisait défaut pour que le quorum fût atteint lors de la session, lesdites décisions deviennent exécutoires, pourvu qu'en même temps la majorité nécessaire reste acquise.
- (d) Sous réserve des dispositions des sous-alinéas (e) et (f), l'Assemblée générale prend ses décisions à la majorité des deux tiers des votes exprimés.
- (e) L'acceptation des dispositions concernant l'administration relative à la mise en œuvre des engagements internationaux visés à l'article 4 (iii) requiert la majorité des trois quarts des votes exprimés.
- (f) L'approbation d'un accord avec l'Organisation des Nations Unies en conformité avec les dispositions des articles 57 et 63 de la Charte des Nations Unies requiert la majorité des neuf dixièmes des votes exprimés.
- (g) La nomination du Directeur général (alinéa (2) (i)), l'approbation des dispositions proposées par le Directeur général concernant l'administration relative à la mise en œuvre des engagements internationaux (alinéa (2) (v)) et le transfert du siège (article 10) requièrent la majorité prévue, non seulement dans l'Assemblée générale, mais également dans l'Assemblée de l'Union de Paris et dans l'Assemblée de l'Union de Berne.
- (h) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.
- (i) Un délégué ne peut représenter qu'un seul Etat et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.
- (4) (a) L'Assemblée générale se réunit une fois tous les trois ans en session ordinaire, sur convocation du Directeur général.
- (b) L'Assemblée générale se réunit en session extraordinaire sur convocation du Directeur général à la demande du Comité de coordination ou à la demande d'un quart des Etats membres de l'Assemblée générale.
- (2) The General Assembly shall:
- (i) appoint the Director General upon nomination by the Coordination Committee;
 - (ii) review and approve reports of the Director General concerning the Organization and give him all necessary instructions;
 - (iii) review and approve the reports and activities of the Coordination Committee and give instructions to such Committee;
 - (iv) adopt the triennial budget of expenses common to the Unions;
 - (v) approve the measures proposed by the Director General concerning the administration of the international agreements referred to in Article 4 (iii);
 - (vi) adopt the financial regulations of the Organization;
 - (vii) determine the working languages of the Secretariat, taking into consideration the practice of the United Nations;
 - (viii) invite States referred to under Article 5 (2) (ii) to become party to this Convention;
 - (ix) determine which States not Members of the Organization and which intergovernmental and international non-governmental organizations shall be admitted to its meetings as observers;
 - (x) exercise such other functions as are appropriate under this Convention.
- (3) (a) Each State, whether member of one or more Unions, shall have one vote in the General Assembly.
- (b) One-half of the States members of the General Assembly shall constitute a quorum.
- (c) Notwithstanding the provisions of subparagraph (b), if, in any session, the number of States represented is less than one-half but equal to or more than one-third of the States members of the General Assembly, the General Assembly may make decisions but, with the exception of decisions concerning its own procedure, all such decisions shall take effect only if the following conditions are fulfilled. The International Bureau shall communicate the said decisions to the States members of the General Assembly which were not represented and shall invite them to express in writing their vote or abstention within a period of three months from the date of the communication. If, at the expiration of this period, the number of States having thus expressed their vote or abstention attains the number of States which was lacking for attaining the quorum in the session itself, such decisions shall take effect provided that at the same time the required majority still obtains.
- (d) Subject to the provisions of subparagraphs (e) and (f), the General Assembly shall make its decisions by a majority of two-thirds of the votes cast.
- (e) The approval of measures concerning the administration of international agreements referred to in Article 4 (iii) shall require a majority of three-fourths of the votes cast.
- (f) The approval of an agreement with the United Nations under Articles 57 and 63 of the Charter of the United Nations shall require a majority of nine-tenths of the votes cast.
- (g) For the appointment of the Director General (paragraph 2 (i)), the approval of measures proposed by the Director General concerning the administration of international agreements (paragraph (2) (v)), and the transfer of headquarters (Article 10), the required majority must be attained not only in the General Assembly but also in the Assembly of the Paris Union and the Assembly of the Berne Union.
- (h) Abstentions shall not be considered as votes.
- (i) A delegate may represent, and vote in the name of, one State only.
- (4) (a) The General Assembly shall meet once in every third calendar year in ordinary session, upon convocation by the Director General.
- (b) The General Assembly shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General either at the request of the Coordination Committee or at the request of one-fourth of the States members of the General Assembly.

(c) Les réunions se tiennent au siège de l'Organisation.

(5) Les Etats parties à la présente Convention qui ne sont pas membres de l'une des Unions sont admis aux réunions de l'Assemblée générale en qualité d'observateurs.

(6) L'Assemblée générale établit son règlement intérieur.

Article 7 Conférence

(1) (a) Il est établi une Conférence comprenant les Etats parties à la présente Convention, qu'ils soient ou non membres de l'une des Unions.

(b) Le Gouvernement de chaque Etat est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

(c) Les dépenses de chaque délégation sont supportées par le Gouvernement qui l'a désignée.

(2) La Conférence :

(i) discute des questions d'intérêt général dans le domaine de la propriété intellectuelle et peut adopter des recommandations relativement à ces questions, tout en respectant la compétence et l'autonomie des Unions ;

(ii) adopte le budget triennal de la Conférence ;

(iii) établit, dans les limites de ce budget, le programme triennal d'assistance technico-juridique ;

(iv) adopte les modifications à la présente Convention selon la procédure définie à l'article 17 ;

(v) décide quels sont les Etats non membres de l'Organisation et quelles sont les organisations intergouvernementales et internationales non gouvernementales qui peuvent être admis à ses réunions en qualité d'observateurs ;

(vi) s'acquitte de toutes autres tâches utiles dans le cadre de la présente Convention.

(3) (a) Chaque Etat membre dispose d'une voix à la Conférence.

(b) Le tiers des Etats membres constitue le quorum.

(c) Sous réserve des dispositions de l'article 17, la Conférence prend ses décisions à la majorité des deux tiers des votes exprimés.

(d) Le montant des contributions des Etats parties à la présente Convention qui ne sont pas membres de l'une des Unions est fixé par un vote auquel seuls les délégués de ces Etats ont le droit de participer.

(e) L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

(f) Un délégué ne peut représenter qu'un seul Etat et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.

(4) (a) La Conférence se réunit en session ordinaire sur convocation du Directeur général pendant la même période et au même lieu que l'Assemblée générale.

(b) La Conférence se réunit en session extraordinaire sur convocation du Directeur général à la demande de la majorité des Etats membres.

(5) La Conférence établit son règlement intérieur.

Article 8 Comité de coordination

(1) (a) Il est établi un Comité de coordination comprenant les Etats parties à la présente Convention qui sont membres du Comité exécutif de l'Union de Paris, du Comité exécutif de l'Union de Berne ou de l'un et l'autre de ces deux Comités exécutifs. Toutefois, si l'un de ces Comités exécutifs comprend plus du quart des pays membres de l'Assemblée qui l'a élu, ledit Comité désigne, parmi ses membres, les Etats qui seront membres du Comité de coordination, de telle sorte que leur nombre n'exède pas le quart susvisé, étant entendu que le pays sur le territoire duquel l'Organisation a son siège n'entre pas en ligne de compte pour le calcul de ce quart.

(b) Le Gouvernement de chaque Etat membre du Comité de coordination est représenté par un délégué, qui peut être assisté de suppléants, de conseillers et d'experts.

(c) Meetings shall be held at the headquarters of the Organization.

(5) States party to this Convention which are not members of any of the Unions shall be admitted to the meetings of the General Assembly as observers.

(6) The General Assembly shall adopt its own rules of procedure.

Article 7 Conference

(1) (a) There shall be a Conference consisting of the States party to this Convention whether or not they are members of any of the Unions.

(b) The Government of each State shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(c) The expenses of each delegation shall be borne by the Government which has appointed it.

(2) The Conference shall :

(i) discuss matters of general interest in the field of intellectual property and may adopt recommendations relating to such matters, having regard for the competence and autonomy of the Unions ;

(ii) adopt the triennial budget of the Conference ;

(iii) within the limits of the budget of the Conference, establish the triennial program of legal-technical assistance ;

(iv) adopt amendments to this Convention as provided in Article 17 ;

(v) determine which States not Members of the Organization and which intergovernmental and international non-governmental organizations shall be admitted to its meetings as observers ;

(vi) exercise such other functions as are appropriate under this Convention.

(3) (a) Each Member State shall have one vote in the Conference.

(b) One-third of the Member States shall constitute a quorum.

(c) Subject to the provisions of Article 17, the Conference shall make its decisions by a majority of two-thirds of the votes cast.

(d) The amounts of the contributions of States party to this Convention not members of any of the Unions shall be fixed by a vote in which only the delegates of such States shall have the right to vote.

(e) Abstentions shall not be considered as votes.

(f) A delegate may represent, and vote in the name of, one State only.

(4) (a) The Conference shall meet in ordinary session, upon convocation by the Director General, during the same period and at the same place as the General Assembly.

(b) The Conference shall meet in extraordinary session, upon convocation by the Director General, at the request of the majority of the Member States.

(5) The Conference shall adopt its own rules of procedure.

Article 8 Coordination Committee

(1) (a) There shall be a Coordination Committee consisting of the States party to this Convention which are members of the Executive Committee of the Paris Union, or the Executive Committee of the Berne Union, or both. However, if either of these Executive Committees is composed of more than one-fourth of the number of the countries members of the Assembly which elected it, then such Executive Committee shall designate from among its members the States which will be members of the Coordination Committee, in such a way that their number shall not exceed the one-fourth referred to above, it being understood that the country on the territory of which the Organization has its headquarters shall not be included in the computation of the said one-fourth.

(b) The Government of each State member of the Coordination Committee shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors, and experts.

(c) Lorsque le Comité de coordination examine soit des questions intéressant directement le programme ou le budget de la Conférence et son ordre du jour, soit des propositions de modification de la présente Convention de nature à affecter les droits ou obligations des Etats parties à la présente Convention qui ne sont pas membres de l'une des Unions, un quart de ces Etats participent aux réunions du Comité de coordination avec les mêmes droits que les membres de ce Comité. La Conférence élit à chaque session ordinaire les Etats appelés à participer à de telles réunions.

(d) Les dépenses de chaque délégation sont supportées par le Gouvernement qui l'a désignée.

(2) Si les autres Unions administrées par l'Organisation désirent être représentées en tant que telles au sein du Comité de coordination, leurs représentants doivent être désignés parmi les Etats membres du Comité de coordination.

(3) Le Comité de coordination :

- (i) donne des avis aux organes des Unions, à l'Assemblée générale, à la Conférence et au Directeur général sur toutes les questions administratives et financières et sur toutes autres questions d'intérêt commun soit à deux ou plusieurs Unions, soit à une ou plusieurs Unions et à l'Organisation, et notamment sur le budget des dépenses communes aux Unions ;
- (ii) prépare le projet d'ordre du jour de l'Assemblée générale ;
- (iii) prépare le projet d'ordre du jour et les projets de programme et de budget de la Conférence ;
- (iv) se prononce, sur la base du budget triennal des dépenses communes des Unions et du budget triennal de la Conférence, ainsi que sur la base du programme triennal d'assistance technico-juridique, sur les budgets et programmes annuels correspondants ;
- (v) à l'expiration des fonctions du Directeur général, ou en cas de vacance de ce poste, propose le nom d'un candidat en vue de sa nomination à ce poste par l'Assemblée générale ; si l'Assemblée générale ne nomme pas le candidat qu'il a présenté, le Comité de coordination présente un autre candidat ; la même procédure est reprise jusqu'à la nomination par l'Assemblée générale du dernier candidat présenté ;
- (vi) si une vacance du poste de Directeur général survient entre deux sessions de l'Assemblée générale, nomme un Directeur général par intérim pour la durée précédant l'entrée en fonctions du nouveau Directeur général ;
- (vii) s'acquitte de toutes autres tâches qui lui sont attribuées dans le cadre de la présente Convention.

(4) (a) Le Comité de coordination se réunit une fois par an en session ordinaire sur convocation du Directeur général. Il se réunit en principe au siège de l'Organisation.

(b) Le Comité de coordination se réunit en session extraordinaire, sur convocation adressée par le Directeur général, soit à l'initiative de celui-ci, soit à la demande de son président ou d'un quart de ses membres.

(5) (a) Chaque Etat, qu'il soit membre de l'un seulement des deux Comités exécutifs mentionnés à l'alinéa (1) (a) ou de ces deux Comités, dispose d'une seule voix au Comité de coordination.

(b) La moitié des membres du Comité de coordination constitue le quorum.

(c) Un délégué ne peut représenter qu'un seul Etat et ne peut voter qu'au nom de celui-ci.

(6) (a) Le Comité de coordination exprime ses avis et prend ses décisions à la majorité simple des votes exprimés. L'abstention n'est pas considérée comme un vote.

(b) Même si une majorité simple est obtenue, tout membre du Comité de coordination peut, immédiatement après le vote, demander qu'il soit procédé de la manière suivante à un décompte spécial des votes : deux listes distinctes seront établies, sur lesquelles figurent respectivement les noms des Etats membres du Comité exécutif de l'Union de Paris et ceux des Etats membres du Comité exécutif de l'Union de Berne ; le vote de chaque Etat sera inscrit en regard de son nom sur chacune des listes où il figure. Dans le cas où ce décompte spécial indiquerait que la majorité simple n'est pas obtenue

(c) Whenever the Coordination Committee considers either matters of direct interest to the program or budget of the Conference and its agenda, or proposals for the amendment of this Convention which would affect the rights or obligations of States party to this Convention not members of any of the Unions, one-fourth of such States shall participate in the meetings of the Coordination Committee with the same rights as members of that Committee. The Conference shall, at each of its ordinary sessions, designate these States.

(d) The expenses of each delegation shall be borne by the Government which has appointed it.

(2) If the other Unions administered by the Organization wish to be represented as such in the Coordination Committee, their representatives must be appointed from among the States members of the Coordination Committee.

(3) The Coordination Committee shall :

- (i) give advice to the organs of the Unions, the General Assembly, the Conference, and the Director General, on all administrative, financial and other matters of common interest either to two or more of the Unions, or to one or more of the Unions and the Organization, and in particular on the budget of expenses common to the Unions ;
- (ii) prepare the draft agenda of the General Assembly ;
- (iii) prepare the draft agenda and the draft program and budget of the Conference ;
- (iv) on the basis of the triennial budget of expenses common to the Unions and the triennial budget of the Conference, as well as on the basis of the triennial program of legal-technical assistance, establish the corresponding annual budgets and programs ;
- (v) when the term of office of the Director General is about to expire, or when there is a vacancy in the post of the Director General, nominate a candidate for appointment to such position by the General Assembly ; if the General Assembly does not appoint its nominee, the Coordination Committee shall nominate another candidate ; this procedure shall be repeated until the latest nominee is appointed by the General Assembly ;
- (vi) if the post of the Director General becomes vacant between two sessions of the General Assembly, appoint an Acting Director General for the term preceding the assuming of office by the new Director General ;
- (vii) perform such other functions as are allocated to it under this Convention.

(4) (a) The Coordination Committee shall meet once every year in ordinary session, upon convocation by the Director General. It shall normally meet at the headquarters of the Organization.

(b) The Coordination Committee shall meet in extraordinary session, upon convocation by the Director General, either on his own initiative, or at the request of its Chairman or one-fourth of its members.

(5) (a) Each State, whether a member of one or both of the Executive Committees referred to in paragraph (1) (a), shall have one vote in the Coordination Committee.

(b) One-half of the members of the Coordination Committee shall constitute a quorum.

(c) A delegate may represent, and vote in the name of, one State only.

(6) (a) The Coordination Committee shall express its opinions and make its decisions by a simple majority of the votes cast. Abstentions shall not be considered as votes.

(b) Even if a simple majority is obtained, any member of the Coordination Committee may, immediately after the vote, request that the votes be the subject of a special recount in the following manner: two separate lists shall be prepared, one containing the names of the States members of the Executive Committee of the Paris Union and the other the names of the States members of the Executive Committee of the Berne Union; the vote of each State shall be inscribed opposite its name in each list in which it appears. Should this special recount indicate that a simple majority has not been

dans chacune de ces listes, la proposition ne serait pas considérée comme adoptée.

(7) Tout Etat membre de l'Organisation qui n'est pas membre du Comité de coordination peut être représenté aux réunions de ce Comité par des observateurs, avec le droit de participer aux délibérations, mais sans droit de vote.

(8) Le Comité de coordination établit son règlement intérieur.

Article 9

Bureau international

(1) Le Bureau international constitue le secrétariat de l'Organisation.

(2) Le Bureau international est dirigé par le Directeur général assisté de deux ou plusieurs Vice-directeurs généraux.

(3) Le Directeur général est nommé pour une période déterminée, qui ne peut être inférieure à six ans. Sa nomination peut être renouvelée pour des périodes déterminées. La durée de la première période et celle des périodes suivantes éventuelles, ainsi que toutes autres conditions de sa nomination, sont fixées par l'Assemblée générale.

(4) (a) Le Directeur général est le plus haut fonctionnaire de l'Organisation.

(b) Il représente l'Organisation.

(c) Il rend compte à l'Assemblée générale et se conforme à ses directives en ce qui concerne les affaires intérieures et extérieures de l'Organisation.

(5) Le Directeur général prépare les projets de budget et de programme, ainsi que les rapports périodiques d'activité. Il les transmet aux Gouvernements des Etats intéressés, ainsi qu'aux organes compétents des Unions et de l'Organisation.

(6) Le Directeur général et tout membre du personnel désigné par lui prennent part, sans droit de vote, à toutes les réunions de l'Assemblée générale, de la Conférence, du Comité de coordination, ainsi que de tout autre comité ou groupe de travail. Le Directeur général ou un membre du personnel désigné par lui est d'office secrétaire de ces organes.

(7) Le Directeur général nomme le personnel nécessaire au bon fonctionnement du Bureau international. Il nomme les Vice-directeurs généraux après approbation du Comité de coordination. Les conditions d'emploi sont fixées par le Statut du personnel qui doit être approuvé par le Comité de coordination, sur proposition du Directeur général. La nécessité de s'assurer les services d'agents éminemment qualifiés en raison de leur efficacité, de leur compétence et de leur intégrité doit être la considération dominante dans le recrutement et la détermination des conditions d'emploi des membres du personnel. Il sera dûment tenu compte de l'importance d'assurer ce recrutement sur une base géographique aussi large que possible.

(8) Les fonctions du Directeur général et des membres du personnel sont de caractère strictement international. Dans l'exercice de leurs fonctions, ceux-ci ne doivent solliciter ou recevoir d'instructions d'aucun Gouvernement ou d'aucune autorité étrangère à l'Organisation. Ils doivent s'abstenir de tout acte de nature à compromettre leur situation de fonctionnaires internationaux. Chaque Etat membre s'engage à respecter la caractère exclusivement international des fonctions du Directeur général et des membres du personnel et à ne pas chercher à influencer ceux-ci dans l'exécution de leurs fonctions.

Article 10

Siège

(1) Le siège de l'Organisation est fixé à Genève.

(2) Son transfert peut être décidé dans les conditions prévues à l'article 6 (3) (d) et (g).

Article 11

Finances

(1) L'Organisation a deux budgets distincts : le budget des dépenses communes aux Unions et le budget de la Conférence.

obtained in each of those lists, the proposal shall not be considered as carried.

(7) Any State Member of the Organization which is not a member of the Coordination Committee may be represented at the meetings of the Committee by observers having the right to take part in the debates but without right to vote.

(8) The Coordination Committee shall establish its own rules of procedure.

Article 9

International Bureau

(1) The International Bureau shall be the Secretariat of the Organization.

(2) The International Bureau shall be directed by the Director General, assisted by two or more Deputy Directors General.

(3) The Director General shall be appointed for a fixed term, which shall be not less than six years. He shall be eligible for reappointment for fixed terms. The periods of the initial appointment and possible subsequent appointments, as well as all other conditions of the appointment, shall be fixed by the General Assembly.

(4) (a) The Director General shall be the chief executive of the Organization.

(b) He shall represent the Organization.

(c) He shall report to, and conform to the instructions of, the General Assembly as to the internal and external affairs of the Organization.

(5) The Director General shall prepare the draft programs and budgets and periodical reports on activities. He shall transmit them to the Government of the interested States and to the competent organs of the Unions and the Organization.

(6) The Director General and any staff member designated by him shall participate, without the right to vote, in all meetings of the General Assembly, the Conference, the Coordination Committee, and any other committee or working group. The Director General or a staff member designated by him shall be ex officio secretary of these bodies.

(7) The Director General shall appoint the staff necessary for the efficient performance of the tasks of the International Bureau. He shall appoint the Deputy Directors General after approval by the Coordination Committee. The conditions of employment shall be fixed by the staff regulations to be approved by the Coordination Committee on the proposal of the Director General. The paramount consideration in the employment of the staff and in the determination of the conditions of service shall be the necessity of securing the highest standards of efficiency, competence, and integrity. Due regard shall be paid to the importance of recruiting the staff on as wide a geographical basis as possible.

(8) The nature of the responsibilities of the Director General and of the staff shall be exclusively international. In the discharge of their duties they shall not seek or receive instructions from any Government or from any authority external to the Organization. They shall refrain from any action which might prejudice their position as international officials. Each Member State undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Director General and the staff, and not to seek to influence them in the discharge of their duties.

Article 10

Headquarters

(1) The headquarters of the Organization shall be at Geneva.

(2) Its transfer may be decided as provided for in Article 6 (3) (d) and (g).

Article 11

Finances

(1) The Organization shall have two separate budgets: the budget of expenses common to the Unions, and the budget of the Conference.

(2) (a) Le budget des dépenses communes aux Unions contient les prévisions de dépenses présentant un intérêt pour plusieurs Unions.

(b) Ce budget est financé par les ressources suivantes :

- (i) les contributions des Unions, étant entendu que le montant de la contribution de chaque Union est fixé par l'Assemblée de cette Union, compte tenu de la mesure dans laquelle les dépenses communes sont effectuées dans l'intérêt de ladite Union ;
- (ii) les taxes et sommes dues pour les services rendus par le Bureau international qui ne sont pas en rapport direct avec l'une des Unions ou qui ne sont pas perçues pour des services rendus par le Bureau international dans le domaine de l'assistance technico-juridique ;
- (iii) le produit de la vente des publications du Bureau international qui ne concernent pas directement l'une des Unions, et les droits afférents à ces publications ;
- (iv) les dons, legs et subventions dont bénéficie l'Organisation, à l'exception de ceux visés à l'alinéa (3) (b) (iv) ;
- (v) les loyers, intérêts et autres revenus divers de l'Organisation.

(3) (a) Le budget de la Conférence contient les prévisions de dépenses pour la tenue des sessions de la Conférence et pour le programme d'assistance technico-juridique.

(b) Ce budget est financé par les ressources suivantes :

- (i) les contributions des Etats parties à la présente Convention qui ne sont pas membres de l'une des Unions ;
- (ii) les sommes éventuellement mises à la disposition de ce budget par les Unions, étant entendu que le montant de la somme mise à disposition par chaque Union est fixé par l'Assemblée de cette Union et que chaque Union est libre de ne pas contribuer à ce budget ;
- (iii) les sommes perçues pour des services rendus par le Bureau international dans le domaine de l'assistance technico-juridique ;
- (iv) les dons, legs et subventions dont bénéficie l'Organisation aux fins visées au sous-alinéa (a).

(4) (a) Pour déterminer sa part contributive dans le budget de la Conférence, chacun des Etats parties à la présente Convention qui n'est pas membre de l'une des Unions est rangé dans une classe et paie ses contributions annuelles sur la base d'un nombre d'unités fixé comme suit :

Classe A	10
Classe B	3
Classe C	1

(b) Chacun de ces Etats, au moment où il accomplit l'un des actes prévus à l'article 14 (1), indique la classe dans laquelle il désire être rangé. Il peut changer de classe. S'il choisit une classe inférieure, l'Etat doit en faire part à la Conférence lors d'une de ses sessions ordinaires. Un tel changement prend effet au début de l'année civile suivant ladite session.

(c) La contribution annuelle de chacun de ces Etats consiste en un montant dont le rapport à la somme totale des contributions au budget de la Conférence de tous ces Etats est le même que le rapport entre le nombre des unités de la classe dans laquelle il est rangé et le nombre total des unités de l'ensemble de ces Etats.

(d) Les contributions sont dues au 1^{er} janvier de chaque année.

(e) Dans le cas où le budget n'est pas adopté avant le début d'un nouvel exercice, le budget de l'année précédente est reconduit selon les modalités prévues par le règlement financier.

(5) Tout Etat partie à la présente Convention qui n'est membre d'aucune des Unions et qui est en retard dans le paiement de ses contributions compte tenu des dispositions du présent article, de même que tout Etat partie à la présente Convention qui est membre de l'une des Unions et qui est en retard dans le paiement de ses contributions au titre de cette Union, ne peut exercer son droit de vote dans aucun des organes de l'Organisation dont il est membre, si le montant de son arriéré est égal ou supérieur à celui des contributions dont il est redevable pour les deux années complètes écoulées. Cependant, un tel Etat peut être autorisé à conserver l'exer-

(2) (a) The budget of expenses common to the Unions shall include provision for expenses of interest to several Unions.

(b) This budget shall be financed from the following sources:

- (i) contributions of the Unions, provided that the amount of the contribution of each Union shall be fixed by the Assembly of that Union, having regard to the interest the Union has in the common expenses;
- (ii) charges due for services performed by the International Bureau not in direct relation with any of the Unions or not received for services rendered by the International Bureau in the field of legal-technical assistance;
- (iii) sale of, or royalties on, the publications of the International Bureau not directly concerning any of the Unions;
- (iv) gifts, bequests, and subventions, given to the Organization, except those referred to in paragraph (3) (b) (iv);
- (v) rents, interests, and other miscellaneous income, of the Organization.

(3) (a) The budget of the Conference shall include provision for the expenses of holding sessions of the Conference and for the cost of the legal-technical assistance program.

(b) This budget shall be financed from the following sources:

- (i) contributions of States party to this Convention not members of any of the Unions;
- (ii) any sums made available to this budget by the Unions, provided that the amount of the sum made available by each Union shall be fixed by the Assembly of that Union and that each Union shall be free to abstain from contributing to the said budget;
- (iii) sums received for services rendered by the International Bureau in the field of legal-technical assistance;
- (iv) gifts, bequests, and subventions, given to the Organization for the purposes referred to in subparagraph (a).

(4) (a) For the purpose of establishing its contribution towards the budget of the Conference, each State party to this Convention not member of any of the Unions shall belong to a class, and shall pay its annual contributions on the basis of a number of units fixed as follows:

Class A	10
Class B	3
Class C	1

(b) Each such State shall, concurrently with taking action as provided in Article 14 (1), indicate the class to which it wishes to belong. Any such State may change class. If it chooses a lower class, the State must announce it to the Conference at one of its ordinary sessions. Any such change shall take effect at the beginning of the calendar year following the session.

(c) The annual contribution of each such State shall be an amount in the same proportion to the total sum to be contributed to the budget of the Conference by all such States as the number of its units is to the total of the units of all the said States.

(d) Contributions shall become due on the first of January of each year.

(e) If the budget is not adopted before the beginning of a new financial period, the budget shall be at the same level as the budget of the previous year, in accordance with the financial regulations.

(5) Any State party to this Convention not member of any of the Unions which is in arrears in the payment of its financial contributions under the present Article, and any State party to this Convention member of any of the Unions which is in arrears in the payment of its contributions to any of the Unions, shall have no vote in any of the bodies of the Organization of which it is a member, if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years. However, any of these bodies may allow such a State to continue to exercise its vote in that body if, and as long as, it is satis-

cice de son droit de vote au sein dudit organe aussi longtemps que ce dernier estime que le retard résulte de circonstances exceptionnelles et inévitables.

(6) Le montant des taxes et sommes dues pour des services rendus par le Bureau international dans le domaine de l'assistance technico-juridique est fixé par le Directeur général, qui fait rapport au Comité de coordination.

(7) L'Organisation peut, avec l'approbation du Comité de coordination, recevoir tous dons, legs et subventions provenant directement de gouvernements, d'institutions publiques ou privées, d'associations ou de particuliers.

(8) (a) L'Organisation possède un fonds de roulement constitué par un versement unique effectué par les Unions et par chaque Etat partie à la présente Convention qui n'est pas membre de l'une des Unions. Si le fonds devient insuffisant, son augmentation est décidée.

(b) Le montant du versement unique de chaque Union et sa participation éventuelle à toute augmentation sont décidés par son Assemblée.

(c) Le montant du versement unique de chaque Etat partie à la présente Convention qui n'est pas membre d'une Union, et sa participation à toute augmentation, sont proportionnels à la contribution de cet Etat pour l'année au cours de laquelle le fonds est constitué ou l'augmentation décidée. La proportion et les modalités de versement sont arrêtées par la Conférence, sur proposition du Directeur général et après avis du Comité de coordination.

(9) (a) L'accord de siège conclu avec l'Etat sur le territoire duquel l'Organisation a son siège prévoit que, si le fonds de roulement est insuffisant, cet Etat accorde des avances. Le montant de ces avances et les conditions dans lesquelles elles sont accordées font l'objet, dans chaque cas, d'accords séparés entre l'Etat en cause et l'Organisation. Aussi longtemps qu'il est tenu d'accorder des avances, cet Etat dispose *ex officio* d'un siège au Comité de coordination.

(b) L'Etat visé au sous-alinéa (a) et l'Organisation ont chacun le droit de dénoncer l'engagement d'accorder des avances, moyennant notification par écrit. La dénonciation prend effet trois ans après la fin de l'année au cours de laquelle elle a été notifiée.

(10) La vérification des comptes est assurée, selon les modalités prévues dans le règlement financier, par un ou plusieurs Etats membres ou par des contrôleurs extérieurs, qui sont, avec leur consentement, désignés par l'Assemblée générale.

Article 12

Capacité juridique; privilèges et immunités

(1) L'Organisation jouit, sur le territoire de chaque Etat membre, conformément aux lois de cet Etat, de la capacité juridique nécessaire pour atteindre son but et exercer ses fonctions.

(2) L'Organisation conclut un accord de siège avec la Confédération suisse et avec tout autre Etat où le siège pourrait être fixé par la suite.

(3) L'Organisation peut conclure des accords bilatéraux ou multilatéraux avec les autres Etats membres pour s'assurer, ainsi qu'à ses fonctionnaires et aux représentants de tous les Etats membres, la jouissance des privilèges et immunités nécessaires pour atteindre son but et exercer ses fonctions.

(4) Le Directeur général peut négocier, et après approbation du Comité de coordination, conclut et signe au nom de l'Organisation les accords visés aux alinéas (2) et (3).

Article 13

Relations avec d'autres organisations

(1) L'Organisation, si elle l'estime opportun, établit des relations de travail et coopère avec d'autres organisations intergouvernementales. Tout accord général passé à cet effet avec ces organisations est conclu par le Directeur général, après approbation du Comité de coordination.

(2) L'Organisation peut prendre, pour les questions de sa compétence, toutes dispositions appropriées en vue de la

fied that the delay in payment arises from exceptional and unavoidable circumstances.

(6) The amount of the fees and charges due for services rendered by the International Bureau in the field of legal-technical assistance shall be established, and shall be reported to the Coordination Committee, by the Director General.

(7) The Organization, with the approval of the Coordination Committee, may receive gifts, bequests, and subventions, directly from Governments, public or private institutions, associations or private persons.

(8) (a) The Organization shall have a working capital fund which shall be constituted by a single payment made by the Unions and by each State party to this Convention not member of any Union. If the fund becomes insufficient, it shall be increased.

(b) The amount of the single payment of each Union and its possible participation in any increase shall be decided by its Assembly.

(c) The amount of the single payment of each State party to this Convention not member of any Union and its part in any increase shall be a proportion of the contribution of that State for the year in which the fund is established or the increase decided. The proportion and the terms of payment shall be fixed by the Conference on the proposal of the Director General and after it has heard the advice of the Coordination Committee.

(9) (a) In the headquarters agreement concluded with the State on the territory of which the Organization has its headquarters, it shall be provided that, whenever the working capital fund is insufficient, such State shall grant advances. The amount of these advances and the conditions on which they are granted shall be the subject of separate agreements, in each case, between such State and the Organization. As long as it remains under the obligation to grant advances, such State shall have an *ex officio* seat on the Coordination Committee.

(b) The State referred to in subparagraph (a) and the Organization shall each have the right to denounce the obligation to grant advances, by written notification. Denunciation shall take effect three years after the end of the year in which it has been notified.

(10) The auditing of the accounts shall be effected by one or more Member States, or by external auditors, as provided in the financial regulations. They shall be designated, with their agreement, by the General Assembly.

Article 12

Legal Capacity; Privileges and Immunities

(1) The Organization shall enjoy on the territory of each Member State, in conformity with the laws of that State, such legal capacity as may be necessary for the fulfilment of the Organization's objectives and for the exercise of its functions.

(2) The Organization shall conclude a headquarters agreement with the Swiss Confederation and with any other State in which the headquarters may subsequently be located.

(3) The Organization may conclude bilateral or multilateral agreements with the other Member States with a view to the enjoyment by the Organization, its officials, and representatives of all Member States, of such privileges and immunities as may be necessary for the fulfilment of its objectives and for the exercise of its functions.

(4) The Director General may negotiate and, after approval by the Coordination Committee, shall conclude and sign on behalf of the Organization the agreements referred to in paragraphs (2) and (3).

Article 13

Relations with Other Organizations

(1) The Organization shall, where appropriate, establish working relations and cooperate with other intergovernmental organizations. Any general agreement to such effect entered into with such organizations shall be concluded by the Director General after approval by the Coordination Committee.

(2) The Organization may, on matters within its competence, make suitable arrangements for consultation and co-

consultation des organisations internationales non gouvernementales et, sous réserve du consentement des Gouvernements intéressés, des organisations nationales, gouvernementales ou non gouvernementales, ainsi qu'en vue de toute coopération avec lesdites organisations. De telles dispositions sont prises par le Directeur général, après approbation du Comité de coordination.

Article 14

Modalités selon lesquelles les Etats peuvent devenir parties à la Convention

- (1) Les Etats visés à l'article 5 peuvent devenir parties à la présente Convention et membres de l'Organisation par :
 - (i) leur signature sans réserve de ratification, ou
 - (ii) leur signature sous réserve de ratification, suivie du dépôt de l'instrument de ratification, ou
 - (iii) le dépôt d'un instrument d'adhésion.
- (2) Nonobstant toute autre disposition de la présente Convention, un Etat partie à la Convention de Paris, à la Convention de Berne ou à ces deux Conventions, ne peut devenir partie à la présente Convention qu'en devenant simultanément partie, ou qu'après être devenu partie antérieurement, par ratification ou adhésion
 - soit à l'Acte de Stockholm de la Convention de Paris dans sa totalité ou avec la seule limitation prévue par l'article 20 (1) (b) (i) dudit Acte,
 - soit à l'Acte de Stockholm de la Convention de Berne dans sa totalité ou avec la seule limitation prévue par l'article 28 (1) (b) (i) dudit Acte.
- (3) Les instruments de ratification ou d'adhésion sont déposés auprès du Directeur général.

Article 15

Entrée en vigueur de la Convention

- (1) La présente Convention entre en vigueur trois mois après que dix Etats membres de l'Union de Paris et sept Etats membres de l'Union de Berne ont accompli l'un des actes prévus à l'article 14 (1), étant entendu que tout Etat membre des deux Unions est compté dans les deux groupes. A cette date, la présente Convention entre également en vigueur à l'égard des Etats qui, n'étant membres d'aucune des deux Unions, ont accompli, trois mois ou plus avant ladite date, l'un des actes prévus à l'article 14 (1).
- (2) A l'égard de tout autre Etat, la présente Convention entre en vigueur trois mois après la date à laquelle cet Etat a accompli l'un des actes prévus à l'article 14 (1).

Article 16

Réserves

Aucune réserve n'est admise à la présente Convention.

Article 17

Modifications

- (1) Des propositions de modification à la présente Convention peuvent être présentées par tout Etat membre, par le Comité de coordination ou par le Directeur général. Ces propositions sont communiquées par ce dernier aux Etats membres six mois au moins avant d'être soumises à l'examen de la Conférence.
- (2) Toute modification est adoptée par la Conférence. S'il s'agit de modifications de nature à affecter les droits et obligations des Etats parties à la présente Convention qui ne sont membres d'aucune des Unions, ces Etats participent également au scrutin. Les Etats parties à la présente Convention qui sont membres de l'une au moins des Unions sont seuls habilités à voter sur toutes propositions relatives à d'autres modifications. Les modifications sont adoptées à la majorité simple des votes exprimés, étant entendu que la Conférence ne vote que sur les propositions de modification adoptées au préalable par l'Assemblée de l'Union de Paris et l'Assemblée de l'Union de Berne selon les règles applicables dans chacune d'elles à la modification des dispositions administratives de leurs Conventions respectives.
- (3) Toute modification entre en vigueur un mois après la réception par le Directeur général des notifications écrites d'acceptation, effectuée en conformité avec leurs règles constitutionnelles respectives, de la part des trois quarts des Etats qui étaient membres de l'Organisation, et avaient le droit de vote sur la modification proposée aux termes de l'alinéa (2),

operation with international non-governmental organizations and, with the consent of the Governments concerned, with national organizations, governmental or non-governmental. Such arrangements shall be made by the Director General after approval by the Coordination Committee.

Article 14

Becoming Party to the Convention

- (1) States referred to in Article 5 may become party to this Convention and Member of the Organization by:
 - (i) signature without reservation as to ratification, or
 - (ii) signature subject to ratification followed by the deposit of an instrument of ratification, or
 - (iii) deposit of an instrument of accession.
- (2) Notwithstanding any other provision of this Convention, a State party to the Paris Convention, the Berne Convention, or both Conventions, may become party to this Convention only if it concurrently ratifies or accedes to, or only after it has ratified or acceded to:
 - either the Stockholm Act of the Paris Convention in its entirety or with only the limitation set forth in Article 20 (1) (b) (i) thereof,
 - or the Stockholm Act of the Berne Convention in its entirety or with only the limitation set forth in Article 28 (1) (b) (i) thereof.
- (3) Instruments of ratification or accession shall be deposited with the Director General.

Article 15

Entry into Force of the Convention

- (1) This Convention shall enter into force three months after ten States members of the Paris Union and seven States members of the Berne Union have taken action as provided in Article 14 (1), it being understood that, if a State is a member of both Unions, it will be counted in both groups. On that date, this Convention shall enter into force also in respect of States which, not being members of either of the two Unions, have taken action as provided in Article 14 (1) three months or more prior to that date.
- (2) In respect to any other State, this Convention shall enter into force three months after the date on which such State takes action as provided in Article 14 (1).

Article 16

Reservations

No reservations to this Convention are permitted.

Article 17

Amendments

- (1) Proposals for the amendment of this Convention may be initiated by any Member State, by the Coordination Committee, or by the Director General. Such proposals shall be communicated by the Director General to the Member States at least six months in advance of their consideration by the Conference.
- (2) Amendments shall be adopted by the Conference. Whenever amendments would affect the rights and obligations of States party to this Convention not members of any of the Unions, such States shall also vote. On all other amendments proposed, only States party to this Convention members of any Union shall vote. Amendments shall be adopted by a simple majority of the votes cast, provided that the Conference shall vote only on such proposals for amendments as have previously been adopted by the Assembly of the Paris Union and the Assembly of the Berne Union according to the rules applicable in each of them regarding the adoption of amendments to the administrative provisions of their respective Conventions.
- (3) Any amendment shall enter into force one month after written notifications of acceptance, effected in accordance with their respective constitutional processes, have been received by the Director General from three-fourths of the States Members of the Organization, entitled to vote on the proposal for amendment pursuant to paragraph (2), at the

au moment où la modification a été adoptée par la Conférence. Toute modification ainsi acceptée lie tous les Etats qui sont membres de l'Organisation au moment où la modification entre en vigueur ou qui en deviennent membres à une date ultérieure; toutefois, toute modification qui accroît les obligations financières des Etats membres ne lie que ceux d'entre eux qui ont notifié leur acceptation de ladite modification.

Article 18 Dénonciation

- (1) Tout Etat membre peut dénoncer la présente Convention par notification adressée au Directeur général.
- (2) La dénonciation prend effet six mois après la date à laquelle le Directeur général a reçu la notification.

Article 19 Notifications

Le Directeur général notifie aux Gouvernements de tous les Etats membres :

- (i) la date d'entrée en vigueur de la Convention ;
- (ii) les signatures et dépôts d'instruments de ratification ou d'adhésion ;
- (iii) les acceptations de modifications de la présente Convention et la date à laquelle ces modifications entrent en vigueur ;
- (iv) les dénonciations de la présente Convention.

Article 20 Dispositions protocolaires

(1) (a) La présente Convention est signée en un seul exemplaire en langues anglaise, espagnole, française et russe, ces textes faisant également foi; elle est déposée auprès du Gouvernement de la Suède.

(b) La présente Convention reste ouverte à la signature à Stockholm jusqu'au 13 janvier 1968.

(2) Des textes officiels sont établis par le Directeur général, après consultation des Gouvernements intéressés, dans les langues allemande, italienne et portugaise et dans les autres langues que la Conférence pourra indiquer.

(3) Le Directeur général transmet deux copies certifiées conformes de la présente Convention et de toute modification adoptée par la Conférence aux Gouvernements des Etats membres des Unions de Paris ou de Berne, au Gouvernement de tout autre Etat lorsqu'il adhère à la présente Convention et au Gouvernement de tout autre Etat qui en fait la demande. Les copies du texte signé de la Convention qui sont transmises aux Gouvernements sont certifiées conformes par le Gouvernement de la Suède.

(4) Le Directeur général fait enregistrer la présente Convention auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

Article 21 Clauses transitoires

(1) Jusqu'à l'entrée en fonctions du premier Directeur général, les références, dans la présente Convention, au Bureau international ou au Directeur général sont considérées comme se rapportant respectivement aux Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété industrielle, littéraire et artistique (également dénommés Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété intellectuelle (BIRPI)), ou à leur Directeur.

(2) (a) Les Etats qui sont membres de l'une des Unions, mais qui ne sont pas encore devenus parties à la présente Convention, peuvent, pendant cinq ans à compter de la date de son entrée en vigueur, exercer, s'ils le désirent, les mêmes droits que s'ils y étaient parties. Tout Etat qui désire exercer lesdits droits dépose à cette fin auprès du Directeur général une notification écrite qui prend effet à la date de sa réception. De tels Etats sont réputés être membres de l'Assemblée générale et de la Conférence jusqu'à l'expiration de ladite période.

(b) A l'expiration de la période de cinq ans, ces Etats n'ont plus le droit de vote à l'Assemblée générale, à la Conférence ou au Comité de coordination.

(c) Dès qu'ils sont devenus parties à la présente Convention, lesdits Etats peuvent exercer à nouveau le droit de vote.

time the Conference adopted the amendment. Any amendments thus accepted shall bind all the States which are Members of the Organization at the time the amendment enters into force or which become Members at a subsequent date, provided that any amendment increasing the financial obligations of Member States shall bind only those States which have notified their acceptance of such amendment.

Article 18 Denunciation

- (1) Any Member State may denounce this Convention by notification addressed to the Director General.
- (2) Denunciation shall take effect six months after the day on which the Director General has received the notification.

Article 19 Notifications

The Director General shall notify the Governments of all Member States of:

- (i) the date of entry into force of the Convention,
- (ii) signatures and deposits of instruments of ratification or accessions,
- (iii) acceptances of an amendment to this Convention, and the date upon which the amendment enters into force,
- (iv) denunciations of this Convention.

Article 20 Final Provisions

(1) (a) This Convention shall be signed in a single copy in English, French, Russian and Spanish, all texts being equally authentic, and shall be deposited with the Government of Sweden.

(b) This Convention shall remain open for signature at Stockholm until January 13, 1968.

(2) Official texts shall be established by the Director General, after consultation with the interested Governments, in German, Italian and Portuguese, and such other languages as the Conference may designate.

(3) The Director General shall transmit two duly certified copies of this Convention and of each amendment adopted by the Conference to the Government of the States members of the Paris or Berne Unions, to the Government of any other State when it accedes to this Convention, and, on request, to the Government of any other State. The copies of the signed text of the Convention transmitted to the Governments shall be certified by the Government of Sweden.

(4) The Director General shall register this Convention with the Secretariat of the United Nations.

Article 21 Transitional Provisions

(1) Until the first Director General assumes office, references in this Convention to the International Bureau or to the Director General shall be deemed to be references to the United International Bureaux for the Protection of Industrial, Literary and Artistic Property (also called the United International Bureaux for the Protection of Intellectual Property (BIRPI)), or its Director, respectively.

(2) (a) States which are members of any of the Unions but which have not become party to this Convention may, for five years from the date of entry into force of this Convention, exercise, if they so desire, the same rights as if they had become party to this Convention. Any State desiring to exercise such rights shall give written notification to this effect to the Director General; this notification shall be effective on the date of its receipt. Such States shall be deemed to be members of the General Assembly and the Conference until the expiration of the said period.

(b) Upon expiration of this five-year period, such States shall have no right to vote in the General Assembly, the Conference, and the Coordination Committee.

(c) Upon becoming party to this Convention, such States shall regain such right to vote.

(3) (a) Aussi longtemps que tous les Etats membres des Unions de Paris ou de Berne ne sont pas devenus parties à la présente Convention, le Bureau international et le Directeur général exercent également les fonctions dévolues respectivement aux Bureaux internationaux réunis pour la protection de la propriété industrielle, littéraire et artistique, et à leur Directeur.

(b) Le personnel en fonctions aux Bureaux susvisés à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention est, durant la période transitoire visée au sous-alinéa (a), considéré comme également en fonctions au Bureau international.

(4) (a) Lorsque tous les Etats membres de l'Union de Paris sont devenus membres de l'Organisation, les droits, obligations et biens du Bureau de cette Union sont dévolus au Bureau international de l'Organisation.

(b) Lorsque tous les Etats membres de l'Union de Berne sont devenus membres de l'Organisation, les droits, obligations et biens du Bureau de cette Union sont dévolus au Bureau international de l'Organisation.

(3) (a) As long as there are States members of the Paris or Berne Unions which have not become party to this Convention, the International Bureau and the Director General shall also function as the United International Bureaux for the Protection of Industrial, Literary and Artistic Property, and its Director, respectively.

(b) The staff in the employment of the said Bureaux on the date of entry into force of this Convention shall, during the transitional period referred to in subparagraph (a), be considered as also employed by the International Bureau.

(4) (a) Once all the States members of the Paris Union have become Members of the Organisation, the rights, obligations, and property, of the Bureau of that Union shall devolve on the International Bureau of the Organization.

(b) Once all the States members of the Berne Union have become Members of the Organization, the rights, obligations, and property, of the Bureau of that Union shall devolve on the International Bureau of the Organization.

© Verlag Chemie, GmbH, Weinheim/Bergstr. 1967 — Printed in Germany

Verantwortlich für den Inhalt: Professor Dr. Eugen Ulmer und Professor Dr. Friedrich-Karl Beier. Mitarbeiter der Schriftleitung: Dr. Gerhard Schricker. Verantwortlich für den Anzeigenteil: W. Thiel, Weinheim/Bergstr.; Verlag Chemie, GmbH, (Geschäftsführer: Jürgen Kreuzhage und Hans Schermer), 694 Weinheim/Bergstr.; Druck: Dr. Alexander Krebs, Weinheim/Bergstr. — Das ausschließliche Recht der Vervielfältigung und Verbreitung des Inhalts dieser Zeitschrift sowie seine Verwendung für fremdsprachige Ausgaben behält der Verlag sich vor. — Nach dem am 1. Januar 1966 in Kraft getretenen Urheberrechtsgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist für die fotomechanische, xerographische oder in sonstiger Weise bewirkte Anfertigung von Vervielfältigungen der in dieser Zeitschrift erschienenen Beiträge zum eigenen Gebrauch eine Vergütung zu bezahlen, wenn die Vervielfältigung gewerblichen Zwecken dient. Die Vergütung ist nach Maßgabe des zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V. in Frankfurt/M. und dem Bundesverband der Deutschen Industrie in Köln abgeschlossenen Rahmenabkommen vom 14. 6. 1958 und 1. 1. 1961 zu entrichten. Die Weitergabe von Vervielfältigungen, gleichgültig zu welchem Zweck sie hergestellt werden, ist eine Urheberrechtsverletzung.

Schreibkraft

(Phonotypistin, Stenotypistin) für vielseitige Tätigkeit in freiem Patentanwaltsbüro in Stuttgart gesucht.

Zuschriften erbeten unter GRUR 566 an Verlag Chemie, GmbH, 694 Weinheim/Bergstr., Postfach 129/149

Unternehmende, produktiv und rationell arbeitende,

jüngere Patentanwalts-Kollegen

Elektroniker und Maschinenbauer oder Feinmechaniker, zum Eintritt in zu groß gewordene, bisherige Einzelpraxis mit dem Ziel des Aufbaus einer Drei-Anwälte-Sozietät in Stuttgart gesucht. Eigene Mandanten oder Eigenkapital nicht nötig. Zuschriften erbeten unter GRUR 567 an Verlag Chemie, GmbH, 694 Weinheim/Bergstr., Postfach 129/149

Pierre Jean Pointet Der Schutz der Marke

Vorschläge zur Revision des schweizerischen Bundesgesetzes über Fabrik- und Handelsmarken

Sonderveröffentlichung aus »Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Auslands- und internationaler Teil«.
Übersetzt von Paul Braendli.
1964. 143 Seiten mit einem Geleitwort von Prof. Dr. E. Ulmer. Broschiert DM 6,-.

Der Verfasser hat einen konstruktiven Plan entworfen, der den weiteren Erörterungen über eine Totalrevision des schweizerischen Bundesgesetzes über Fabrik- und Handelsmarken zugrunde liegen wird.

Seine Untersuchungen sind jedoch nicht nur für die Schweiz von Bedeutung, sondern berücksichtigen in umfassender Weise die internationale Rechtsentwicklung.

VERLAG CHEMIE · GMBH · WEINHEIM / BERGSTR.

EINE NEUE REIHE
GRUR-ABHANDLUNGEN 2



W. E. von Eyben | K. Heinonen | J. S. Bull | H. Bergqvist | S. Tengelin

Das Recht des unlauteren Wettbewerbs in den nordischen Ländern

In den nordischen Ländern bestehen seit einigen Jahren Sachverständigenausschüsse, die gemeinsam an der Schaffung einer einheitlichen Wettbewerbsgesetzgebung arbeiten. Die Autoren der in diesem Heft zusammengefaßten Untersuchungen über das Wettbewerbsrecht in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden gehören den erwähnten Ausschüssen als Sachverständige ihrer Länder an. Ihre Beiträge vermitteln dem deutschsprachigen Leser erstmals einen umfassenden Einblick in das Wettbewerbsrecht der nordischen Länder. Besonders eingehende Berücksichtigung fand dabei die Entscheidungspraxis, und zwar nicht nur der Gerichte, sondern auch der von der Wirtschaft eingesetzten Gutachterausschüsse für Wettbewerbsfragen, die in den nordischen Ländern eine wichtige Rolle spielen. Ein Bericht über die Arbeiten an der Vereinheitlichung der nordischen Wettbewerbsgesetzgebung beschließt die Abhandlung.

Die GRUR-Abhandlungen werden herausgegeben von Prof. Dr. Kurt Bußmann, Dr. Ludwig Heydt, Prof. Dr. Eugen Ulmer und Prof. Dr. F.-K. Beier. Heft 2: 1967. XI, 211 Seiten. Brosch. DM 32,-

Bitte, fordern Sie unseren Sonderprospekt an.

VERLAG CHEMIE · GMBH
WEINHEIM/BERGSTR.

In- und ausländische Literatur zum Gewerblichen Rechtsschutz

Fortsetzung

- Russell-Clarke, A. D., Copyright in Industrial Design. 3rd ed. London. 1961. Geb. ca. 24.—
- Schade, H., Patents at a Glance. A Survey of Substantive Law and Formalities in 45 Countries. Suppl. by E. H. Sheppard. Köln 1964. 42 S. Geb. 39.—
- Schade, H., Patenttabelle. Bestimmungen über Verfahren u. Gebühren f. Patente u. Gebrauchsmuster in 41 Ländern. 2. Aufl. Köln 1964. 38 S. Geb. 39.—
- Schade, H., u. K. Pfanner, Das internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen. Weinheim 1962. 101 S. 570
- Schade, H., u. H. Schippel, Die Vergütung von Arbeitnehmererfindungen im privaten Dienst. Berlin 1960. 134 S. 12.60
- Scheer, H., Deutsches Patent-, Gebrauchsmuster-, Geschmacksmuster-, Warenzeichen-, Wettbewerbs- und Arbeitnehmererfindungsrecht. 16. Aufl. Köln 1965. 544 S. Geb. 69.50
- Scheer, H., Handbuch der Haupt- und Nebengesetze, Bestimmungen, Verordnungen pp. für Patente, Gebrauchsmuster, Warenzeichen, Geschmacksmuster, Wettbewerb, Preisnachlässe, Zugabewesen, Gefolgschaftserfindungen usw. Internationale Verträge. Deutschland West u. Ost. Köln 1963. 500 S. Geb. 53.50
- Scheer, H., Internationale Patent-Tafel, Muster- und Warenzeichen-Tafel. 45. Aufl. Köln 1965. 100×70 cm. 39.50
- Scheer, H., Internationales Patent-, Muster- und Warenzeichen-Recht. 22. Aufl. Köln 1965. 588 S. Geb. 79.50
- Schmidt, A., Die Patentabteilung im Betrieb. Mit 2 Abb. Düsseldorf 1963. 68 S. 12.60
- Schönherr, F., u. R. Dittich, Das Kartellgesetz mit ausführlichen Erläuterungen. 2. Aufl. m. Erg.-Heft 1959. Wien 1959/60. XII, 388 S. Geb. 31.40
- Schönherr, F., E. Saxl u. K. Wahle, Wettbewerbsrecht. Mit Anmerkungen und Entscheidungen. 3. Aufl. Wien 1959. 478 S. Geb. 29.40
- Schröder, G., Die täuschende Werbung im italienischen Wettbewerbsrecht. Köln 1962. 241 S. 28.—
- Schulze, E., Urhebervertragsrecht. Baden-Baden 1960. 336 S. Geb. 58.—
- Schwahnäusser, J., Stoff- und Verfahrensschutz chemischer Erfindungen. Köln 1962. 116 S. 16.—
- Solberg, The Patent Law Secretary's Manual and Guide. Englewood Cliffs 1965. 160 p. Cloth. ca. 41.—
- Sünner, H., u. K. Pfanner, Der gewerbliche Rechtsschutz im Euratomvertrag. Köln 1958. 197 S. 29.50
- The Encyclopedia of Patent Practice and Invention Management. Ed. by R. Calvert. New York 1965. approx. 1000 p. Cloth. ca. 135.—
- Terrell, T., and K. E. Shelby, On Patents. 10th ed. London 1961. Geb. ca. 76.—
- Tetzner, H., Kommentar zum Warenzeichengesetz. Heidelberg 1959. 624, 40 S. Geb. 52.—
- Thieme, F., Das Patentrecht der Länder der Erde in Tabellen. Berlin 1959. 79 S. Geb. 10.—
- Troller, A., Eingriffe des Staates in die Verwaltung und Verwertung von urheberrechtlichen Befugnissen. Frankfurt/M. 1960. 132 S. 12.—
- Troller, A., Jurisprudenz auf dem Holzwege. (Noch ein Beitrag zu den sogen. „Nachbarrechten“ oder dem „Leistungsschutz“ der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und des Rundfunks.) Berlin 1959. 100 S. 7.50
- Ulmer, E., Urheberrecht und angrenzende Rechte. Internat. Rechtsentwicklg. im Jahre 1961. Weinheim 1961. 46 S. S.-A. 6.—
- Ulmer, E., K. Bussmann u. S. Weber, Das Recht der Verwertungsgesellschaften. Weinheim 1955. 94 S. 15.—
- Ulmer, E., Urheber- und Verlagsrecht. 2. Aufl. Berlin 1960. XIII, 471 S. Geb. 48.—
- Urheber- und Verlagsrecht. Mit den internationalen Verträgen und dem Recht Österreichs und der Schweiz. Textausgabe mit Verweisungen und Sachverzeichnis. 4. Aufl. München 1966. VIII, 348 S. 9.80
6. Überleitungsgesetz auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes u. Neufassgn. d. PatentG, GebrauchsmusterG, WarenzeichenG u. GebührenG mit Nebengesetzen u. Materialien. Hrsg. v. K. Haertel u. A. Krieger. Köln 1961. VIII, 350 S. 19.80
- Virágh, Z., Übersetzung und Anpassung von Warenzeichen. Weinheim 1966. VIII, 179 S. 24.—
- Volmer, B., Arbeitnehmererfindungsgesetz. München 1958. XIV, 665 S. Geb. — mit Erg.-Bd. 1964. 62.—
- Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht. Amtl. Ausg. d. Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel. Köln 1962. 110 S. 7.20
- Völp, F., Patentgerichtsverfahren. Patentgesetz, Gebrauchsmustergesetz, Warenzeichengesetz in der Fassung vom 9.5.1961. Heidelberg 1961. 231 S. Geb. 22.80
- Warenzeichenlizenz, Die. Prof. Dr. Eugen Ulmer zum 60. Geburtstag gewidmet von Schülern und Assistenten. Hrsg. v. F.-K. Beier, E. Deutsch u. W. Fikentscher. Köln 1963. XV, 665 S. Geb. 83.—
- Wesener, H., Patente und Gebrauchsmuster richtig angemeldet, schnellgeschützt. München 1965. 360 S. 19.80
- Wettbewerbsrecht. KartellG, Ges. gegen den unlauteren Wettbewerb, RabattG, ZugabeVO, OrdnungswidrigkeitG, VerwZustG, VerwVollstrG, WettbewVorschr. der Europaverträge. 4. Aufl. München 1966. IV, 302 S. 8.80
- Wirner, H., Wettbewerbsrecht und internationales Privatrecht. Köln 1960. 142 S. 23.40
- Witte, J., Praktikum für Patent- und Gebrauchsmusteranmelder. Köln 1965. XXII, 292 S. 29.50
- Wortzeichen, Nicht eintragungsfähige. Alphabet. Zusammenstellung nach Veröffentlichungen d. Reichs- und d. Dtsch. Patentamts (1925—1960). 2. Aufl. mit Nachtrag. München 1958—1961. 112 S. 31.—
- Wunderlich, D., Die gemeinschaftliche Erfindung. Köln 1962. 143 S. 21.—
- Wunsiedler, F., Urheberrechtsreform im Spannungsfeld von Recht — Kultur — Ethik. Berlin 1964. 116 S. 12.50
- Zeunert, G., Aus der Arbeit des Bundespatentgerichts. Das Verfahren vor den technischen Beschwerdesenaten und Rechtsprechung des 1. bis 23. Senats. Weinheim 1963. 34 S. S.-A. 5.—
- Zeunert, G., Offenbarung des beanspruchten Erfindungsgedankens und Schutzzumfang des Patents. Mit 12 Anl. auf Faltbl. Düsseldorf 1961. 190 S. Geb. 38.—

Preise in DM-West

Lieferbar durch:

Buchhandlung und Antiquariat der Verlag Chemie GmbH
694 WEINHEIM/BERGSTR.